

die Kundmachung der Stadtgemeinde Knittelfeld mit der Aufforderung erhalten, Planungsinteressen oder Planungshindernisse bekanntzugeben. Es ist keine Antwort der Landesregierung erfolgt.

Am 11. Juni dieses Jahres hat dasselbe Amt die Kundmachung entgegengenommen, daß bis zum 31. August Einwendungen gegen den aufliegenden Entwurf einzubringen wären. Keine Antwort.

Mit Bescheid vom 17. September dieses Jahres hat die Rechtsabteilung 3 die eingereichte vierte Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Knittelfeld genehmigt.

Sämtliche eingangs zitierten Normen, Richtlinien und Erkenntnisse über den derzeitigen Fluglärm im Bereich des Flughafens Zeltweg waren bekannt. Es war ausschließlich Aufgabe der Landesbehörden, der Gemeinde Knittelfeld gegebenenfalls das überörtliche Planungshindernis einer unzumutbaren Lärmbelastung rechtzeitig bekanntzugeben.

Wenn nunmehr eine unzumutbare Lärmbelastung festgestellt wird und wenn man sich dabei auf bestehende Normen beruft, muß darauf hingewiesen werden, daß diese Normen seit Jahren gültig sind.

Anhand eines Planes – ich habe das hier bei mir liegen – könnte ich Ihnen die Grenzwerte zeigen, die die betroffene Gemeinde betreffen. Zur Zeit betrifft es die Gemeinde Knittelfeld mit 3600 Wohneinheiten, Spielberg mit 1117, Fohnsdorf mit 644, Zeltweg mit 564, Apfelberg mit 247 und weiters noch die Gemeinden mit weniger Einheiten: Judenburg, Rachau, Sankt Margarethen. Insgesamt 6213 Wohneinheiten sowie große Teile der Wohnbaugebiete innerhalb jener Lärmzone, die schon jetzt einen Dauerschallpegel von über 55 Dezibel in der Bewertung A erreicht hat.

An diesem Beispiel Knittelfeld habe ich Ihnen, werter Herr Landesrat, wohl deutlich vor Augen führen können, wie wenig die bisher bestehenden Rechtsnormen, betreffend die bisher bestehende Lärmbelastung, in die Entscheidungen der dafür Verantwortlichen eingeflossen sind.

Aber nun zur Vorgangsweise bei der Vergabe der Wohnbauförderung: Bekanntlich sind Ansuchen bei der Rechtsabteilung 14 einzureichen. Dort wird von Landesbediensteten überprüft, ob eine technische, wohnkulturelle, energiesparende und wirtschaftliche Planung gegeben ist. Eine besondere Hürde dabei ist in der Regel die Erreichung einer Zustimmung zur bauphysikalischen Berechnung und Planung. Liegt für die betreffende Gemeinde ein genehmigter Flächenwidmungs- und Bebauungsplan nicht vor, so ist ein ortsplannerisches Gutachten der Fachabteilung Ib beizubringen.

Eingebürgert hat sich in der Praxis, daß dieses ortsplannerische Gutachten auch dann verlangt wird, wenn sehr wohl ein rechtswirksamer Flächenwidmungsplan vorliegt.

Wenn die diversen Landesbediensteten der Rechtsabteilung 14 und der Fachabteilung Ib ein Ansuchen positiv begutachtet haben, wird es dem Wohnbauförderungsbeirat zur Beschlußfassung vorgelegt und sodann von der Landesregierung genehmigt.

Die Entscheidung über die Ablehnung eines Wohnbauansuchens wird also nicht vom zuständigen Beirat der Landesregierung, sondern vorher schon bei diesem Verfahren von den Landesbediensteten getroffen.

Ich kann Ihnen hiefür ein sehr junges, aktuelles Beispiel sagen: Bedienstete der Rechtsabteilung 14 und der Fachabteilung Ib teilen antragstellenden Gemeinden und Genossenschaften mit, daß sie keine Wohnbauförderung bekämen, da sie in einer gewissen Nähe zu einem Flughafen liegen. Zum Beispiel wird in einem Schreiben vom 9. November 1987 von der Fachabteilung Ib mitgeteilt, „daß für das Bauvorhaben Lobminger Straße 16a und 18a in Knittelfeld auf Grund der derzeit noch laufenden ergänzenden Untersuchungen hinsichtlich der Lärmbelastung durch die vorgesehenen Luftraumüberwachungsflugzeuge eine abschließende Beurteilung zur Zeit nicht möglich ist“.

Mit dieser Mitteilung steht dieses Vorhaben.

Daraus, sehr geehrter Herr Landesrat, ergeben sich folgende Fragen: Zuerst einmal die grundsätzliche Frage, ob es angemessen ist, daß weisungsgebundene Landesbedienstete darüber entscheiden, ob ein Wohnbauförderungsansuchen überhaupt dem Wohnbauförderungsbeirat vorgelegt wird oder nicht.

Wenn dieselben Beamten zum Beispiel hier in Knittelfeld im Jahre 1986 das gesamte Projekt Lobminger Straße positiv begutachten, von dem das erste Haus bereits im Rohbau steht, und jetzt im Jahre 1987 ihr erstes Gutachten außer Kraft setzen und die zweite Bauetappe durch das oben zitierte Schreiben vom 9. November 1987 verhindern, liegt nahe, daß hier keine objektiven Kriterien, sondern offensichtlich eine Weisung vorliegt. Dies umso mehr, als die objektiven Kriterien sich in den letzten Jahren weder verändert haben noch der Wissensstand über eventuelle Belästigungen ein anderer sein kann.

Die Sorge, Herr Landesrat, um die unzumutbare Lärmbelastung der Bevölkerung in Flugplatznähe ist berechtigt. Sie wird jedoch dann unglaublich, wenn nur Neuansiedlungen verhindert werden und nicht auch die seit Jahren Belasteten in diese Sorge miteingeschlossen werden. Besonders dann, wenn die schon vorliegenden Meßergebnisse, Richtlinien und Normen für 6213 Wohneinheiten eine Belastung darstellen, die zur Beantragung von Beihilfen für Lärmschutzmaßnahmen berechtigt.

Völlig unverständlich wird das jüngste Berechnungsmodell, in welchem mit 90 bis 95 Dezibel Belastungswerten hantiert wird, wenn seit Jahren alle einschlägigen Normen von 55 bis 60 Dezibel Unzumutbarkeitsgrenze ausgehen.

Der Hinweis auf Önormen wird dann unglaublich, wenn die darin festgelegten Grenzwerte beliebig und willkürlich angehoben oder außer acht gelassen werden.

Zum Schluß kommend möchte ich sagen: Die Ankündigung des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller, im Einzugsbereich der Flughäfen Zeltweg und Thalerhof keine Wohnbauten mehr zu fördern, war für mich aus der Tatsache heraus, daß der Herr Landesrat auch zuständiges Regierungsmitglied für die Raumordnung ist, umso unverständlicher. Die Flächenwidmungspläne sämtlicher Gemeinden im Einzugsbereich der Flughäfen wurden über seinen Antrag in der Regierung genehmigt. Das geht sogar so weit, daß Änderungen der Flächenwidmungspläne, wie am Beispiel Knittelfeld schon erläutert, von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller genehmigt wurden, als die Drakenfrage bereits hoch aktuell war und er trotzdem gegen

Wohngebietsausweisungen keinen Einspruch erhoben hat. Es ist völlig unverständlich, daß man einerseits als Raumordnungslandesrat zu Wohngebietsausweisungen ja sagt und dann in den Anzug des Wohnbaulandesrates schlüpft und zu den Förderungen von Geschosßbauten auf diesen ausgewiesenen Flächen nein sagt. (Abg. Buchberger: „Jetzt ist mir klar, was du damit hast sagen wollen!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Das hättest du bereits vor einer halben Stunde sagen können!“) Ich habe mich inzwischen von Fachleuten eingehend aufklären lassen, daß diese Bewußtesspaltung zwar rechtlich möglich ist, aber weder für mich noch für die betroffene Bevölkerung verständlich sein kann. Es wird rechtlich angeblich so argumentiert, daß die Ausweisung von Wohnfläche noch lange keinen Anspruch auf Wohnbauförderung nach sich zieht, was in diesem Fall ja äußerst delikat ist, wenn ein und dieselbe Person zu entscheiden hat und dies in verschiedene Richtungen tut. Um den meines Erachtens eher politisch motivierten Aussagen des Herrn Landesrates – ich habe dies bei einer anderen Gelegenheit als „Bodenunterstützung des Luftkrieges Krainer kontra Lichal“ bezeichnet –, aber offensichtlich hat diese Bodenunterstützung den falschen Flieger erwischt, sonst wäre es wohl nicht zu erklären, daß der Herr ÖVP-Verteidigungsminister und Drakenbefürworter in einer jüngsten Aussage so dickes Lob für den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gefunden hätte. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bist du grundsätzlich gegen die Draken?“) Herr Kollege, diese Frage stellt sich jetzt nicht. Sie verstehen davon nichts. Jetzt habe ich Ihnen gerade vor Augen geführt, daß der jetzige Fluglärm schon sehr, sehr hoch ist und es Belastungen im Sinne der Önorm sind. Ja glauben Sie, wenn irgendein anderes Überwachungsflugzeug kommt, daß da nicht auch ein mehrfacher Wert erreicht wird? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Bist du dagegen oder dafür?“) Jetzt ist in diesem Gutachten von einer vierfachen Lärmbelastung die Rede. Ja glauben Sie, wenn Ihre F-15 kommt, dann ist es von mir aus die dreieinhalbfache Lärmbelastung, oder kommt die Lightning, dann ist es die fünffache. Das spielt in dieser Frage keine Rolle mehr. Es spielt eine große Rolle, was soll dort geschehen in diesen Gebieten, wir können diese Menschen doch nicht aussiedeln. (Abg. Sponer: „Es geht um die Wohnungen. Wir wollen Wohnungen bauen!“)

Aber, Herr Landesrat, wir haben eine Vorstellung, und sozialistische Abgeordnete dieses Hauses haben sich zusammengesetzt – (Abg. Dr. Hirschmann: „Das hättest du schon lange sagen können!“) Hören Sie zu, sonst wissen Sie das dann alles nicht. Es ist so schade, wenn der Herr Kollege Dr. Hirschmann ununterbrochen mit seinen Zwischenrufen jede Argumentation hier verhindert. Er hört so nicht zu. Wir sozialistischen Abgeordneten, wir haben uns hier Sorgen gemacht – (Abg. Dr. Hirschmann: „Du bist so uninteressant, daß wir uns hier unterhalten!“) Herr Kollege, warten Sie ein bißchen, ich bin ohnehin in Kürze fertig, Sie können sofort hier dann eine Ansprache halten. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.)

So, ich danke. So eine lange Rede hätten Sie heraus wahrscheinlich gar nicht gehalten wie jetzt. Wir sozialistischen Abgeordneten haben uns zusammengesetzt, um eine einwandfreie, sachlich objektivierbare Vorgangsweise zu diesem Problem der Lärmbelästi-

gung in den Einflugschneisen festzulegen. Wir haben einen dementsprechenden Antrag bereits eingebracht. In erster Linie geht es einmal darum, daß objektivierbare Kriterien für Lärmbelastungen, und zwar für den Grad der Lärmbelastung und deren Häufigkeit, festgesetzt werden, wobei hier selbstverständlich kein Unterschied zwischen dem Lärm, den eine Militärmaschine macht, und jenem, den ein ziviles Flugzeug macht, gegeben sein darf. (Abg. Dr. Hirschmann: „Komm zum Schluß!“) Das interessiert Sie nicht, wie man dem Problem nämlich ernstlich näherrücken könnte. Wenn wir diese Kriterien haben, dann könnte man im Bereich aller Flughäfen der Steiermark, das heißt insbesondere auch in Graz, überprüfen, und es hätten dann ausführliche Messungen zu erfolgen. Und auf Grund der Ausarbeitung dieser Ergebnisse müßte sodann der Herr Landesrat sowohl in seiner Funktion als Raumordnungsreferent und auch in der als Wohnbaureferent eine Novelle zum Entwicklungsprogramm für Wohnungen anstreben, in welcher Gebiete auszuweisen wären, in denen eine Wohnbauförderung nicht mehr Platz zu greifen hat. Darum geht es ja dabei. Uns ist ja allen klar, daß nicht unmittelbar in der Einflugschneise vor dem Landeplatz gebaut werden soll. Das will doch kein Mensch. Aber derzeit, wenn ich Ihnen sage, betrifft es die halbe Stadt Knittelfeld – eigentlich wirklich die Hälfte hier graphisch gesehen –, und es kann dort nie mehr etwas gebaut werden, wenn es nach der jetzigen Unterlage geht. (Abg. Buchberger: „Ich kenne mich nicht aus. Früher hast du gesagt, es soll gebaut werden, jetzt soll nicht gebaut werden!“) Ja, da hättet ihr aufpassen müssen, da hilft nichts.

Diese Novelle zum Entwicklungsprogramm müßte selbstverständlich in der Regierung beschlossen werden, andererseits müßte man sich jedoch auch Gedanken über eine besondere Förderung zur Sanierung bestehender Bauten machen, um die Lärmbelastung auch dort auf ein Minimum zu beschränken. Gerade im Zuge der Verländerung des Wohnbauwesens wären solche Schritte sinnvoll und aktuell.

Herr Landesrat, ich will hier kein Mißverständnis aufkommen lassen. Ich merke das schon bei den Kollegen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Erhart, sei gnädig, komm zum Schluß!“) Ich kritisiere keineswegs, daß Sie unter Außerachtlassung der Önorm Wohnbauten im Einzugsbereich von Flugplätzen gefördert haben. Zu kritisieren ist meines Erachtens der Zeitpunkt, zu dem Sie plötzlich die Önormen als Kriterium heranziehen. Diese Vorgangsweise erscheint mir vordergründig als neuerliche Waffe in der Drakenfrage zu sein. Das Traurige daran ist nur, daß Sie dabei das erste Mal echt auf Kosten der Bevölkerung diesen Krieg führen. Ich hoffe daher, daß dieses Problem vorerst einer sachlich einwandfreien Vorgangsweise unterzogen wird, bevor die Bevölkerung durch neuerliche Ankündigungen verunsichert wird. Wir werden keineswegs irgendwelche Einschränkungen aus politischer Sicht akzeptieren, solange der rechtlich einwandfreie Weg nicht beschritten wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich einen Geburtstagsglückwunsch zum Ausdruck bringen. In unserer Mitte haben wir ein Geburtstagskind. Dr. Karl Maitz feiert heute seinen 48er. Wir gratulieren herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Abgeordnete Erhart hat aus dieser Wohnbaudebatte eine verspätete Drakendebatte zu machen versucht. Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter Erhart, und damit der sozialistischen Fraktion dieses Hauses in voller Ruhe nur eines sagen: Als wir im Interesse unseres Bundeslandes und unserer Bevölkerung mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln gegen diese Draken gekämpft haben und weiterhin kämpfen werden, da waren wir in der Tat immer allein. Da haben Sie letztlich nie mitgetan, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben, wie in vielen anderen Fragen unseres Landes, auch hier einen Zickzackkurs, der seinesgleichen sucht, gesteuert. Da hat es immer ein paar Obersteirer gegeben, die sich getraut haben, hier gegen den Draken zu argumentieren, aber in allen möglichen Sitzungen haben Sie dann immer wieder mitgestimmt, weil Sie den Parteigehorsam stets vor die existentiellen Anliegen unserer Steiermark gestellt haben. Und das ist das Doppelspiel, das Sie spielen. Und da tun wir ganz sicherlich nicht mit. Sie haben es bei den Draken so gemacht (Abg. Hammer: „60 Prozent der Drakenkompensation geht in die Steiermark!“), Sie haben es bei General Motors so gemacht, vor der Landtagswahl dafür, nachher wieder dagegen. (Beifall bei der ÖVP.) Sie haben es beim Konferenzzentrum so gemacht und in den vielen, vielen anderen Fragen unseres Bundeslandes (Abg. Sponer: „Das ist polemisch!“) haben Sie es auch so gemacht – einmal dafür, einmal dagegen, einmal der Gigl, einmal der Gogl. Und das Image haben Sie auch bei den Steirern bekommen, das Ihnen gebührt. (Abg. Sponer: „Einmal Gigl, einmal Gogl, das macht ihr selber!“) Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Abgeordneter Sponer, und auch für Sie gilt das, was für den Kollegen Rainer und für alle gilt, daß Sie mit Schreien die Wahrheit nicht ersetzen. Dieser Kurs, den Sie in diesen Fragen steuern, ist ein beschämender. Sie sollten in sich gehen (Abg. Gennaro: „Hinausgehen werden wir!“) und einmal nachdenken, was Sie sich selbst, aber das ist mir gar nicht so wichtig, sondern was Sie dem Land mit dieser Ihrer Haltung antun. Der Abgeordnete Erhart hat überhaupt kein Recht, hierher zu gehen und in einem Dreiviertelstundenvortrag sich aufzuregen über die Lärmbelästigungen und andere Fragen. Wir haben das vor Monaten, vor Jahren immer und immer wieder aufgezeigt, und Sie haben nicht mitgetan, als es drum und drauf angekommen ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sponer: „Was sagt der Verteidigungsminister?“) Was der Verteidigungsminister sagt, ist seine Sache. Herr Abgeordneter Sponer, darf ich dir jetzt eines sagen:

Wir, und an der Spitze der Herr Landeshauptmann, haben die Interessen unserer Steirer gegenüber jedem Mann, gegenüber jedem Minister, vertreten. Da ist es uns nicht so wichtig, ob das ein Sozialist oder ein ÖVPLer ist. Es geht um die Interessen der Steiermark. Und Sie haben das nie getan. (Beifall bei der ÖVP.) Da habe ich mich oft für Sie geschämt, das sage ich Ihnen

(Abg. Tschernitz: „So schaust du aus!“), als wir in den Jahren, als wir in der Opposition gewesen sind, mit Ihnen vereinbart haben, wie wir diese oder jene Forderung durchbringen. Und wenn es dann drum und drauf angekommen ist, war der Auftrag von Wien: kuschen. (Abg. Sponer: „Was hat sich geändert?“) Das ist nicht der Stil, den wir brauchen, um für die Steiermark einiges zu erreichen. (Unverständlicher Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Weilharter.)

Und nun, meine Damen und Herren, ein zweiter Punkt. Ich möchte zugestehen, Herr Kollege Weilharter, auf Grund dessen, was Sie gestern hier vorgelesen und als Budgetrede bezeichnet haben, gestatten Sie mir, daß ich nicht vorhabe, auf irgendwelche Zwischenrufe von Ihnen im Rahmen dieser Budgetdebatte einzugehen.

Ich möchte zwei Punkte noch zu den Vorrednern sagen, meine Damen und Herren: So hat der Herr Kollege Gottlieb eine sicher auch von großem Ernst getragene Wortmeldung, die sich naturgemäß auch mit den Fragen der Bauarbeiterarbeitslosigkeit beschäftigt hat, vorgetragen. Ich erinnere mich an die Debatten, die wir hier im Hohen Haus gerade zum Kapitel Wohnbau mit dem verdienstvollen Kollegen Loidl, der ja heute zuhört, was seine Nachfolger so alles von sich geben, gehabt haben. Ich möchte sagen, ich verstehe die Sorgen des Kollegen Gottlieb. Nur, bitte schön, Kollege Gottlieb, versuchen wir, immer möglichst bei der Wahrheit zu bleiben. Und wenn von Bauarbeiterarbeitslosigkeit oder der drohenden Gefahr die Rede ist, dann darf ich doch eines sagen, daß wir durch außerordentliche Kraftanstrengungen des Landes in den letzten Jahren – und das hat der Herr Landeshauptmann immer auch persönlich so durchgesetzt – insgesamt in der Steiermark von Jahr zu Jahr ein steigendes Baubudget erreichen konnten und daß aber das Baubudget des Bundes insgesamt in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr gesunken ist. Und wenn es daher einen öffentlichen Verursacher für eine Arbeitslosigkeit gibt, die mir auch zu hoch ist – keine Frage –, dann ist natürlich insbesondere der Bund anzusprechen, und dann dürfen doch wir, die wir unsere Arbeitnehmer und die wir die gesamte Bevölkerung zu vertreten haben, auch in diesem Punkt den Bund, wer immer dort Bundeskanzler oder Minister in den verschiedensten Ministerien ist, nicht aus der Verantwortung auch für diese Berufsgruppe entlassen. Das muß ich doch in aller Deutlichkeit sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Denn es hilft ja nichts, Kollege Gottlieb, wenn man sich hierherstellt und mit Zahlen jongliert. Ich sage dir nur eine Zahl, und die sagt ja alles: Unser Budget beträgt 26 Milliarden Schilling, das des Bundes 500 Milliarden Schilling. (Abg. Sponer: „Gib eine Ruhe, 1 zu 20!“)

Daß wir trotzdem durch Kraftanstrengungen viel zustandebringen, wenn ich insbesondere auch an das Sonderprogramm Obersteiermark denke, wofür du dich, lieber Kollege Vollmann, in aller Form noch beim Herrn Landeshauptmann bedanken darfst, wie ich annehme, ist ja nur diese große steirische Politik. Aber wir dürfen den Bund aus seiner Verantwortung nicht entlassen. (Abg. Mag. Rader: „Ihr seid bald aus der Regierung draußen!“)

Herr Abgeordneter Mag. Rader, ich weiß nicht, ob Sie nicht, bevor wir aus der Regierung sind, schon aus

dem Landtag sind. (Abg. Mag. Rader: „Da kannst du lange warten!“) Das werden wir ja sehen.

Ich würde an Ihrer Stelle – Sie sind sich interessanterweise mit dem Abgeordneten Trampusch immer einig, daß wir bald aus der Bundesregierung sind –, wenn ich mit einem Überhang von 39 Stimmen mit dem Kollegen Weilharter hier herinnen sitze, in stiller Demut dankbar und froh sein, wenn mich ja niemand fragt, mit welchem Überhang ich in diesem Landtag bin. (Beifall bei der ÖVP.)

Und eine zweite Vorbemerkung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zu dem, was die Frau Abgeordnete Meyer gesagt hat: Sie hat etwas gesagt, was mich persönlich auch sehr beschäftigt. Das ist die Frage: Wie können wir für sozial Schwache billiger bauen? Und sie hat gemeint, daß es ein Kontingent dafür geben sollte. (Abg. Sponer: „Ein Modell!“) Nun hört sich das sehr gut an, und wer wäre nicht dafür, wenn wir uns das leisten können und wenn es ein durchgerechnetes Modell hierfür auch gibt. Aber ich darf doch eines sagen: (Abg. Sponer: „Gibt es ja!“) Herr Abgeordneter Sponer, bitte die Geduld zu haben, mir zuzuhören. (Abg. Sponer: „Das ist eine Nervenprobe, Kollege Schützenhöfer!“)

Ich glaube, daß die eigentliche Schwierigkeit bei jenen liegt, die sozusagen einen mittleren Verdienst haben, weil der wirklich sozial Schwache doch über die Wohnbeihilfe wesentliche Kosten abdecken kann. Der Mittelverdiener – ja, schauen Sie sich die Statistik an, da kommen Sie drauf, daß junge Akademiker und so weiter sich die Wohnungen nicht mehr leisten können – ist es. (Abg. Sponer: „Wenn du das ernst meinst, dann weißt du, daß die Betriebskosten das Problem sind!“) Aber was den sozial Schwachen betrifft, so, Herr Kollege Sponer, ist es die Frage der Betriebskosten – richtig – und nicht so sehr die Frage der Anschaffungskosten. Ich glaube aber jedenfalls – und das wollte ich dazu sagen –, daß wir – und unser Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller ist ja hier nicht nur verständnisbereit, sondern weiß um die Probleme ja mindestens so gut Bescheid wie wir alle – darüber in ernsthafte Gespräche eintreten sollen.

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte ich zu meiner eigentlichen Wortmeldung kommen. Ich möchte das also nicht tun, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen möchte – der amtierende Landtagspräsident ist ja in politischer Hinsicht mein Ehrenobmann, und das sagt er mir dann sicher in seinem Büro –, daß ich zu lange geredet hätte. Deshalb möchte ich diese Wortmeldung wieder mitnehmen und nur eines sagen: daß wir stolz darauf sein können, daß es in der Steiermark Eigenheimbauer gibt, und zwar mehr als Wohnungswerber im Verhältnis von 3000 zu 2000 – (Abg. Sponer: „Wohnungswerber gibt es nur 2000 – wo hast du das her?“) das ist für mich familienpolitisch sehr wichtig, ist sehr wichtig in bezug auf die Möglichkeit, daß Märkte und Dörfer weiterhin leben –, daß wir insbesondere auch, seit Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hierfür zuständig ist, in der Wohnhaussanierung sehr, sehr viele (Abg. Sponer: „50.000 Wohnungen Fehlbestand!“) Mittel einsetzen konnten – wir werden 1,1 Milliarden Schilling heuer erreichen; das ist gegenüber 1984 eine Verdreifachung –, daß wir in der Jungfamilienförderung durchaus österreichweit beispielgebend sind. (Abg. Tschernitz: „Das ist erst aktiviert worden!“)

Und jener Bereich – das möchte ich zum Schluß ganz kurz nennen –, der mir natürlich sehr am Herzen liegt, ist die Frage der Kontrolle im Wohnbau. Ich habe ja über 40 Berichte im Kontroll-Ausschuß schon bearbeitet. Ich möchte diesen Bericht nicht verlesen, aber einen Dank darf ich schon sagen: einerseits an die Herren der Rechtsabteilung 14, Hofrat Dr. Nopp, Abteilungsvorstand, auch an Hofrat Dr. Rauchlatner, und andererseits insbesondere auch an den Landesrechnungshofdirektor Dr. Ortner mit seinen Mitarbeitern, denn der Landesrechnungshof – und wir haben in der Steiermark die strengsten Richtlinien bekommen, wir haben ein Wohnbaukontrollmodell, das sich österreichweit sehen lassen kann – macht es sich eben nicht so einfach, daß er nur Fehler aufzeigt, sondern er ergreift auch Initiativen, er macht Vorschläge, und in gar nicht wenigen Fällen sind diese Vorschläge über Beschluß der Landesregierung auch in die Tat umgesetzt worden. Ich möchte daher dem Herrn Hofrat Dr. Ortner und seinen Mitarbeitern sehr, sehr herzlich danken. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich vorsorglich zu Wort gemeldet, nachdem ich den Kollegen Hermann Schützenhöfer kenne und weiß, daß er zu gerne polemisiert (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Tut er nicht!“), und er hat es also mit Ausnahme des Beginnes in der Form unterlassen, daß er angesichts der nicht mehr vorhandenen Redezeit, weil wir so lange im Verzug sind, die eigentliche Rede gestrichen hat und bei der Polemik verblieben ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Sponer: „Schadel!“) Vielleicht darf man nur soviel anmerken, und damit möchte ich schon wieder Schluß machen, für uns ist bitte eines feststellbar, wir brauchen diese Dinge nicht so zu sehen und auch nicht so zu behandeln und legistisch diese Umwege nicht zu beschreiten, die hier beschritten werden müssen und die leider auch unser Herr Landesrat mitvollzieht in seiner sehr unangenehmen Form, und das wird in ausreichender Weise in fast 30 Minuten dargestellt, wenn wir von Anbeginn an uns zu einer korrekten formalen Vorgangsweise verstanden haben. Wir waren immer der Meinung, daß man sich um diese Frage der Überwachungsflugzeuge nicht herumschwindeln kann, daß wir sie zu akzeptieren haben, und wir haben dort, wo die Mehrheitsfraktion dieses Hauses, wie wir glaubten, berechtigterweise Bedenken eingewendet hat, Bedenken, die auch begründet und auch belegt waren durch ein Gutachten, das wir alle zusammen sehr ernst genommen haben, haben wir in einer gemeinsamen Beschlußfassung diesen Bedenken auch Rechnung getragen. Wir mußten nur leider feststellen, meine Damen und Herren, daß sich – wie so oft – bei diesem Gutachten herausgestellt hat, daß letztendlich dieses Gutachten nicht hält. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist nicht wahr!“) Und da gibt es einige sehr prominente Vertreter in diesem Hohen Haus, die Erfahrungen damit noch machen werden, und wir fürchten, daß sich dann am Ende herausstellen wird, daß die ÖVP zu einem Kurs zurück muß, der noch mehr weh tun wird als die Wortmeldung meines Kollegen Erhart. (Beifall

bei der SPÖ.) Wir glauben aber, meine Damen und Herren, daß man sich nach jenen Grundsätzen bewegen sollte, daß es keine Unterschiede geben kann, daß Flugzeuge Lärm erzeugen, daß drumherum situierte Wohngebiete nie gut angesiedelt sind und die vorhandenen darunter zu leiden haben, das war allen von Anfang an klar. Der Widerspruch wird völlig sichtbar, wenn man die Grazer Situation nimmt. Wir kämpfen wieder gemeinsam und, wie wir glauben, aus wirtschaftlichen Interessen völlig berechtigt, meine Damen und Herren, um den innerdeutschen Anschluß nicht zu verlieren, um Düsenjets. Und wir wissen, daß diese Flugzeuge Lärm erzeugen. Und der Lärm ist in der Größenordnung nur marginalunterschiedlich, von der Einwirkungsdauer, von allem her betrachtet, kaum ein Unterschied zu einem Flugzeug, das als Überwachungsflugzeug eingesetzt werden soll. Und hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit der Situation und auch Ihrer Handlungen von der Österreichischen Volkspartei. Und daher sollte man sich Polemik ersparen. Sie werden es schwer genug haben, Ihrem Minister klar zu machen, daß Ihre Haltung verändert werden muß, weil Sie letztendlich akzeptieren werden müssen, daß der Beschluß der Bundesregierung und daß die Haltung Ihres Ministers einfach im Interesse des Staates umgesetzt werden müssen und daß wir hier eine gemeinsame Verantwortung haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Der Kollege Rainer hat einen Ansatzpunkt aufgezeigt, der vielleicht die steirische Situation in vielen Bereichen verbessern könnte. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, und auch der Kollege Weilharter hat es schon in der Generalrede ausgeführt, daß genau in dieser unseligen Auseinandersetzung, die der Kollege Rainer hier angezogen hat als Reaktion auf die Rede des Kollegen Schützenhöfer, einer der Kernpunkte darin liegt, daß die Steiermark in dieser so schwierigen Situation, in der sie jetzt ist, von niemandem Solidarität erfährt, eine Solidarität, die wir im Augenblick so notwendig haben wie noch nie in der Zweiten Republik, insbesondere in der Obersteiermark. Und ich würde meinen, daß wir genau in dieser Situation jetzt beginnen müssen, die Situation wieder zu verändern und zu normalisieren. Ich halte die Nominierung eines Mannes, der auch in Wohnbaufragen – und damit bin ich natürlich beim Thema – in Wien intervenieren wird, nämlich des Dr. Lichtenstein als steirischen Botschafter in Wien, für ein Signal, das gegeben werden sollte gegenüber Wien, weil der Dr. Lichtenstein bekanntlich einer der vehementesten Befürworter dieser Überwachungsflugzeuge ist. Ich halte seine Nominierung durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, der es ja in der Regierung vorgeschlagen hat, für ein Signal in Richtung Wien, daß er bereit ist, hier einzulenken. Ich würde ihm diesen Rückweg nicht verbauen wollen. Wirklich nicht verbauen wollen, weil es dringlich notwendig ist, diese wirklich unselige Auseinandersetzung wegen ein paar Fliegern, unter der in Wahrheit die gesamte steirische Wirtschaft und die obersteirischen Arbeitnehmer leiden müssen, endlich zu beenden (Abg. Pörtl: „Du bist ein Demagoge.

Verteidigst du den Frischenschlager?“), um hier eine vernünftige Situation wieder herbeizuführen. Ich glaube, daß es sinnvoll wäre, wenn alle in diesem Haus diese wirklich unangenehme, für die Steiermark in Wahrheit nur schädliche Polemik im Zusammenhang mit den Überwachungsflugzeugen beenden. (Abg. Buchberger: „Niemand auf der ganzen Welt würde die alten Draken kaufen!“) Weil der Kollege Schützenhöfer früher von Wahlergebnissen geredet hat. Ich weiß nicht, ob ihr das schon wißt, aber immerhin haben wir bei den heutigen Personalvertretungswahlen unsere Position beim Bundesheer auf eure Kosten verbessert, und zwar verdoppelt. Und das zeigt ja schon, daß diejenigen, denen die Landesverteidigung am Herzen liegt, auch bei Wahlergebnissen anders reagieren, als es der ÖAAB-Sekretär gerne haben möchte.

Meine Damen und Herren, aber zurück zum Thema. (Abg. Schützenhöfer: „Soll ich Ihnen die Listen vorlegen, wie Ihr Minister interveniert hat in Sachen Bundesheer? Das war Personalterror!“) Aber Sie haben mit denselben Methoden das wieder endgültig aufgehoben, und alle Personalentscheidungen. (Abg. Schützenhöfer: „Auf solche Methoden haben wir uns nie eingelassen. Das, was die Herren Frischenschlager und Grünes aufgeführt haben, dafür sollten Sie sich schämen. Sie werden mir in Sachen Personalpolitik nichts vormachen. Sie sollten sich schämen. In diesem Haus wird mir niemand etwas vormachen in bezug auf Personalpolitik!“ – Beifall bei der ÖVP.) Ich weiß schon, Herr Kollege Schützenhöfer, für Ihre Methoden waren wir zu unerfahren und zu zurückhaltend, das ist die nüchterne Realität. (Abg. Schützenhöfer: „Ich werde mir nicht etwas in bezug auf Moral sagen lassen von jenen, die selbst die Hose voll haben!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader!“) Ich gebe dem Herrn Schützenhöfer recht. Sie haben vollkommen recht, es wird Ihnen niemand etwas vormachen im Zusammenhang mit der Personalpolitik, weil so lang kann ich die Methoden gar nicht studieren, daß ich sie so gut beherrsche wie Sie. (Abg. Schützenhöfer: „Ich sage Ihnen eines. Das geht zu weit!“) Und damit ist das Thema für mich abgeschlossen.

Ich würde meinen, daß wir wirklich beginnen sollten im Zusammenhang mit dieser wirklich unseligen Auseinandersetzung, die nichts mit Personalpolitik zu tun hat, Herr Kollege Schützenhöfer, hier einzulenken zum Wohle der Steiermark und damit endlich wieder jene Solidarität auch der Bundesstellen wieder erfolgt. Und ich kann mir vorstellen, daß auch Ihre Mitglieder der Bundesregierung, und ich nehme an, auch die Sozialisten, bereit sein werden, in dem Augenblick, wo diese wirklich nicht verständliche Haltung beendet wird, auch mit finanziellen Mitteln sehr starke Solidarität mit der steirischen Wirtschaft und mit der obersteirischen Industrie zu üben, und das sollte uns einmal einen Rückzug wert sein. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich finde die Dinge doch ein wenig eigenartig, wie hier argumentiert wird, wie leichtfertig. Ich darf die

Kollegen von der sozialistischen Fraktion an ihren Slalom in den letzten Jahren erinnern. Der Kollege Rainer hat hier durchaus – für mich persönlich – versucht, eine seriöse neue Positionierung einzubringen. Ich fürchte nur, daß sie wiederum nur ad hoc gilt, und daß schon morgen, wie schon so oft in den letzten Jahren, ganz anderes gelten kann. (Abg. Tschernitz: „Von der Linie sind wir nie abgegangen!“) Herr Kollege Tschernitz, darf ich Sie an folgendes erinnern: Es war doch in den letzten Jahren oft so – und ich erinnere mich an eine Fülle von Landtagsbeschlüssen hier im Hohen Haus und an einstimmige Regierungsbeschlüsse, die in der Drakenfrage gefaßt wurden; ich brauche sie Ihnen nicht im Detail aufzuzählen –, das war nämlich Ihr Hauptproblem und das ist es bis heute, daß Sie dann nicht alle im gemeinsamen Chor, der ist ja bei Ihnen schwer feststellbar, aber vereinzelte Abgeordnete hier herschicken, die dann wieder ganz anderes sagen. Ich möchte aber durchaus sachlich bleiben bei dem, was der Kollege Rainer sagt: „Ja, Flugzeuge machen alle einen Lärm“; das ist ganz richtig, und ich glaube, daß die Frage der Landesverteidigung eine außerordentlich wichtige ist und daß man sie mit dem Thema des Draken nicht belasten hätte sollen. Das war unsere Argumentation von Anfang an und ist es bis heute geblieben. Wir haben uns nicht am Lärmargument festgenagelt; das ist eines unter sehr vielen. Ich glaube, wir konnten gemeinsam mit vielen Leuten, die Ihrer Partei nahestehen, die im parteifreien Raum sind oder wo immer auch, darauf hinweisen, daß es sich bei dieser Entscheidung um eine, wie ich meine, außerordentlich unglückselige gehandelt hat, und wir haben – glaube ich – nachweisen können, daß das Flugzeug für unsere Begriffe, wenn man grundsätzlich dafür ist – auch darüber gibt es sehr unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung, aber nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch im Bundesheer – und wenn man die Dinge wirklich bei Lichte besieht, daß die Leute zu Recht gesagt haben: „Das ist zu teuer, das ist zu alt“. (Abg. Erhart: „Warum bringen Sie das jetzt?“) Geh, laß mich bitte ausreden! (Abg. Erhart: „Es geht um die Wohnbauten. Ich sage, es ist egal, an welchen Ort die Flugzeuge kommen. Es wird Lärm geben, und das wird ein Problem!“) Herr Kollege Erhart, bitte schön, ich darf nur auf das Thema Bezug nehmen; es ist ja von Ihren Kollegen dann weitergeführt worden. Natürlich geht es in diesem Zusammenhang primär um eine Lärmfrage, aber es ist schon eine Frage, wenn ich sage: „Ich habe hier ein außerordentlich problematisches Flugzeug“ – und das ist ja von Fachleuten – glaube ich – zugegeben. Ja, Sie, die landen bei uns in Ballungszentren – ich brauche Ihnen das ja nicht zu sagen –: Graz oder oben die Region Aichfeld-Murboden. Wenn da ein Flugzeug abstürzt – und bitte, es ist ja nicht erst eines abgestürzt, es sind weit über hundert Flugzeuge abgestürzt. (Abg. Erhart: „Das ist eine große Sorge. Aber die anderen können auch abstürzen!“ – Abg. Vollmann: „Die 747 kann auch abstürzen!“ – Abg. Buchberger: „Das sind nicht so alte Häfen!“) Ich glaube, darüber darf man sich doch einig sein, daß es eben eine modernere Technologie gibt und eine etwas veraltete Technologie. Lassen Sie mich ganz offen folgendes sagen: Ich glaube, daß die Frage der Luftraumüberwachung oder Luftraumverteidigung außerordentlich problematisch von der prinzipiellen Lösung her für Österreich ist. Aber, nachdem es einen

gemeinsamen Beschluß des Nationalrates gibt und man sich gemeinsam dazu bekannt hat, dann hätten wir doch gemeint, daß für Geld, das ohnedies nicht vorhanden ist, ein bestmögliches Gerät angeschafft wird. Und da haben wir gemeint – und da ist uns der Nachweis gelungen –, daß es sich bei diesem Gerät bei Gott nicht um die bestmögliche Variante handelt. Ich glaube, über das haben wir uns so oft hier unterhalten, und jeder von Ihnen, der es in dieser Frage heute ernst meint, wird hier nicht hergehen können und jetzt sagen: „Das gilt alles nicht mehr, es geht nur um die Lärmfrage.“ Ich möchte Ihnen da gar nicht wehtun, ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß die Frage von uns immer etwas komplexer angelegt war, und wir bleiben dabei. Wissen Sie, das ist vielleicht der Unterschied zu manchen von Ihnen – auch das ganz unpolemisch –: Wenn wir uns ein Urteil gebildet haben, dann pflegen wir dabei zu bleiben, im Interesse des Landes Steiermark.

Zum Zweiten, was der Kollege Mag. Rader sagt, daß der Dr. Liechtenstein für die Draken ist, ist eine der vielen Fehlmeldungen, wie sie Ihnen halt tagtäglich passieren. Er ist für Luftraumüberwachungsflugzeuge, selbstverständlich, aber nicht für die Draken. Und ich möchte Ihnen etwas Zweites dazusagen: Was uns in dieser Frage insgesamt sehr verbittert, meine Damen und Herren – ich sage auch das ganz unpolemisch –, ist, nachdem wir in der verstaatlichten Industrie so außerordentlich große Probleme haben – ich brauche Ihnen das nicht zu sagen, sie kommen von dort oben, Sie erleben das hautnah mit, und ich möchte in der Situation gar niemandem unterstellen, daß er sich leichtfertig darüber hinwegsetzt –, weil dort Tausende Leute ihre Arbeit verloren haben und verlieren werden. Das ist ein Unglück, gegen das wir uns leider nicht wehren können. Furchtbar! Wir können vom Land her einige Akzente setzen, wir können aber, bitte, dieses Unglück nicht aufhalten. Mir geht es jetzt nicht um eine Schuldzuweisung, damit wir uns da auch richtig verstehen, aber mir geht es darum zu sagen: Das Land Steiermark handelt in dieser Frage gemeinsam – und ich erinnere mich sehr gut an die Debatte im Vorjahr hier, wie der Landeshauptmann und sein Stellvertreter – und auch schon vor zwei Jahren – sehr eindrucksvoll und sehr beeindruckend zu dieser Sache gesprochen haben. Und es ist richtig, was hier gesagt wurde: Es geht um eine gesamtösterreichische Solidarität, und trotzdem werden wir das gesamte Unglück in seinem Ausmaß nicht von uns abwenden können. Aber es ist bei Gott kein hausgemachtes Unglück, und ich möchte schon dazusagen: Wir sind nicht nur aus falschem Stolz, wir sind nicht bereit, auf den Knien über den Semmering zu rutschen und um jeden Groschen zu betteln, denn die Arbeiter da oben haben in guten Zeiten gearbeitet, abgeliefert, und da hat sich niemand bei ihnen bedankt, und sie haben in diesen Zeiten Anspruch und Recht auf Solidarität, ohne daß sie auf den Knien über den Semmering gerutscht kommen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Dann hätte im Parlament Ihre Meinung eine andere sein müssen!“) Gennaro, ich habe mich jetzt sehr bemüht, in der Sache einen Ton anzuschlagen, der – glaube ich – hoffentlich der Situation einigermaßen gerecht wird.

Ein Zweites, was ich aber im Zusammenhang mit der Drakengeschichte nicht verstehen kann, meine lieben

Freunde – ich darf Sie so ansprechen –: Ich bin davon überzeugt, daß die Stationierungsfrage, wie sie ursprünglich von Wien verordnet wurde – und Sie erinnern sich, niemand von uns, weder der Herr Landeshauptmann, noch sein Stellvertreter, auch nicht der Klubobmann der Freiheitlichen Partei, wurde informiert –, es kam an einem Novembertag des Jahres 1984 die Meldung, daß diese Flugzeuge angekauft und in der Steiermark stationiert werden. Und wissen Sie, wir alle haben aus vielen Gründen gewußt: Niemand hat mit diesen Flugzeugen eine Freude, aber über alles könnte man reden. Es wurde aber nicht gesprochen, und Belastungen sind gerecht zu verteilen. Aber so geht es nicht. Und wenn ich jetzt sage, wie der Herr Mag. Rader, und daherkomme (Abg. Mag. Rader: „Der Herr Dr. Mock war informiert!“), die verstaatlichte Industrie mit ihrer ganzen Malaise und die Draken kriegen sie jetzt auch noch auf den Schädel, Sie, und das ist es doch unterm Strich! (Beifall bei der ÖVP.)

Und da soll mir niemand mit falschen staatspolitischen Tönen daherkommen, aber gar niemand daherkommen, und uns Belehrungen erteilen, denn ich habe bis heute keinen Menschen in Österreich getroffen, der gesagt hat „ich nehme ein paar Draken“ und gewußt hat gleichzeitig, daß es überhaupt möglich ist, in seinem Bundesland Draken landen zu lassen. Wir wenden uns nicht – wie gesagt – gegen Aufgaben, die wir dieser Republik als Ganzes schuldig sind, selbstverständlich, das braucht diesem Land Steiermark mit seiner historischen Rolle niemand zu sagen, absolut niemand – aber wir lassen uns bitte auch nicht für blöd verkaufen und für politisches Kleingeld verschachern, gleich an welche Partei, meine Damen und Herren, ob es die ÖVP ist, die SPÖ oder die FPÖ. Wir haben hier die Interessen dieses Landes und seiner Bürger zu vertreten, und dazu stehen wir, egal, ob es uns lieb sein mag im Verhältnis zu unserer Bundesspitze oder auch nicht. (Abg. Mag. Rader: „Sie persönlich müssen die Zeche nicht zahlen!“) Herr Mag. Rader, wir sind hier unteilbar, und Sie werden – glaube ich – den Ernst der Lage nicht begriffen haben. (Abg. Mag. Rader: „Hauptsache, Sie haben alles begriffen!“) Ich werfe Ihnen das nicht vor, bei Gott nicht. Aber ich glaube, die Stunde ist zu ernst zu akzeptieren, daß man dauernd – ich habe persönlich sehr viel Verständnis für lustige Dinge – daß man dauernd in Dingen, die dieses Land so sehr betreffen, versucht, uns so billig auseinanderzuidividieren. Ich bin der Meinung, es ist unsatthaft zu sagen, machen wir in dieser Frage ein Bazargeschäft. Gebt uns etwas für die Verstaatlichte, und wir nehmen alle Draken. Wir halten diese Frage, meine Damen und Herren, prinzipiell auseinander, weil wir der Meinung sind, daß wir in Hinkunft, wenn wir das ernst nehmen, so nicht Politik machen können, daß man sagt, ich tu hier ein bißchen schachern, du tust dort ein bißchen schachern, wenn wir in den Augen der Bevölkerung glaubwürdig sein wollen. Wir wollen das. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte da gar niemand auch auf der Seite der sozialistischen Fraktion zumindest ausschließen, daß sie das auch so wollen. Ich weiß, daß es da eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen gibt, die es sich in der Frage gar nicht leicht gemacht haben. Aber ich möchte schon bitten – es wird nicht leicht werden –, daß wir hier nicht nur sagen, es ist euer Minister zuständig, ich sage ganz offen dazu, meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben darauf nie Rücksicht

genommen, wenn es um die Interessen dieses Landes gegangen ist.

Und ich bitte Sie nur abschließend in einem Satz gerade angesichts der Komplexität der Probleme dieses Landes, und es gibt kein Bundesland in Österreich, das wissen Sie zum Teil sogar besser als ich, weil Sie länger hier sind, weil Sie länger in Ihren Betrieben und Ihren Orten für Politik verantwortlich sind, es gibt kein Bundesland in Österreich, das im Moment mit so großen Problemen zu kämpfen hat wie das unsere. Und noch einmal, es sind zu einem Großteil Probleme, für die wir wirklich nichts können und wo wir natürlich um einen Beitrag der Solidarität bitten. Aber wir lassen uns nicht für deppert verkaufen in diesem Land, und wir sind auch nicht bereit, für Dinge, auf die wir einen Anspruch und ein Recht haben – noch einmal wiederhole ich es –, auf den Knien über den Semmering zu rutschen. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sehr geehrte Damen und Herren!

Flächenwidmungspläne müssen erstellt werden, und es ist der Sinn dieser Flächenwidmungspläne, Gefahrenzonen auszuweisen. Gefahrenzonen, wie Hochwasser, Muren, Lawinen oder auch Lärmbelastung. Die Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ sagt ja schon aus, daß man so fördern muß, daß auch eine soziale Wohlfahrt damit erreicht wird. Ich glaube, daß das, was da oben in Aichfeld-Murboden passiert, fachlich berechtigt ist. Ich würde auch so eine Situation, wie sie oben ist, keinesfalls fördern, vor allem nicht mit Steuergeldern. Die Frau Dr. Lang, die sozusagen hier in Schweden war, um sich mit den Draken zu beschäftigen, habe ich selbst kennengelernt, und zwar in der Vorlesung für den technischen Umweltschutz. Ich war zwar schon ein ausgebildeter Techniker, aber ich habe als Postgraduate-Studium diesen technischen Umweltschutz inskribiert und besucht. Ich habe sie als gewissenhafte Technikerin kennengelernt. Und wenn diese Frau Dr. Lang heute der Steiermark gewisse Dinge ratet, dann glaube ich, daß es sinnvoll ist, es zu befolgen. Die Aussage „das Möse-Gutachten hält nicht“, freilich hält es, weil es einfach ein Gutachten ist über technische Dinge, über Lärmbelastung. Und wenn er als Umwelthygieniker ableitet, daß dadurch eine Gesundheitsgefährdung eintritt, und sei es nur für eine Person, nur für ein Kind, dann haben wir das ernstzunehmen. Der Lärm ist meßbar, Flugzeuge erzeugen Lärm. Selbstverständlich, aber diese Lärm-entwicklung, wenn Sie sich das angehört hätten, was Prof. Möse demonstriert hat, es war der Bürgermeister Stingl dort aus Ihrer Fraktion, es war Landeshauptmann Dr. Krainer dort, es waren aus allen politischen Gruppierungen Leute dort und haben es sich angehört. Das ist nicht nur eine Belastung für die Ohren, sondern für den ganzen Körper. Es ist eine physisch-psychische Belastung, die nach Schweizer Erfahrungen bis zur Gesichtslähmung bei Kindern führt, vor allem dieser Überschallknall. Ich glaube, daß man hier dies nicht abtun kann, Flugzeuge erzeugen Lärm. Daß diese Flieger bereits in Österreich sind und in Linz-Hörsching zusammengebastelt werden, um nach der Grazer Gemeinderatswahl hier herumzufliegen, das steht

ja an und für sich fest, nur, wir sind immer wieder guten Mutes und glauben, daß es uns gemeinsam in der Steiermark gelingen wird, das zu erreichen, was die Antiatomkraftwerksbewegung erreicht hat – ein Atomkraftwerk, eine absolute technische Fehlentwicklung, Fehlgeburt –, daß das einfach in Österreich nicht in Betrieb geht. Sicher, Tschernobyl hat gezeigt, daß diese Entscheidung absolut 100 Prozent richtig war, weil in der Technik gibt es keine 100prozentige Sicherheit. Und wenn eben ein kleines Risiko da ist – das ist bei jedem technischen Bauwerk –, das genetische Schäden bewirkt, das Generationsprobleme erzeugt, das unter Umständen die ganze nördliche Hemisphäre ausrotten kann, da muß man dazu nein sagen. Da muß man wirklich sagen, daß wir als Österreicher hier eine Vorwegreiterrolle erfüllt haben, und es ist irgendwie eine makabre Ironie, daß es gerade uns am schwersten durch Tschernobyl erwischt hat. Das Milchpulver zum Beispiel in Ägypten ist radioaktiv verseucht, das österreichische Milchpulver. Das sind die Sorgen. Wir sind völlig unschuldig an der Situation, nur sieht man, wohin diese Technikgläubigkeit, diese Gläubigkeit der Technokraten – alles ist technisch machbar – hinführt. Ich gebe zum Beispiel der Frau Präsident Zdarsky hundertprozentig recht, wenn sie heute dieses Pilotenspiel hier anführt. Aber erlauben Sie mir einen kleinen Vergleich. Diese Draken sind auch ein Pilotenspiel. Die Chefpiloten, die Ära Kreisky, das sage ich hier mit voller Berechtigung, die haben uns diese Draken- und Saabgeschichten mit ihren Kontakten nach Schweden eingebracht. Und die Kopiloten sind der Drescher, wer der zweite Kopilot ist, weiß ich nicht. Aber wenn der Herr Abgeordnete Heinzinger sagt, da sind Gelder wohin geflossen, zu Parteien – ich will Sie nicht in Ihrer Ehre beleidigen, aber ich glaube auch, daß da etwas Wahres daran ist, sonst wäre der (Präsident Zdarsky: „Glauben Sie, daß ich ein Geld habe?“) Heinzinger geklagt worden –, seien es die Naturfreunde oder irgendwer, ich weiß es nicht genau. Aber es sind Gespräche im Umlauf. Und den zweiten Kopiloten zu finden, das müßte eigentlich gelingen.

Gemeinsame Verantwortung: Wir sehen eben darin eine gemeinsame Verantwortung. Herr Kollege, Sie lachen, aber Sie haben das Thema hier angerissen, und erlauben Sie mir, daß wir auf das Thema eben auch einsteigen. Sie sagen, das Möse-Gutachten hält nicht. Wer soll denn das sagen, als ein Arzt? Und auch, wenn Dr. Möse für uns in manchen Dingen einmal so und einmal so sagt, aber er hat das damals sicher mit voller Überzeugung festgestellt, und das bezieht sich ja auf die Schweizer Ergebnisse. Wir wollen nicht, daß es hier praktisch zu Menschenopfern kommt. Und auch, wenn der Lindwurm in Klagenfurt vielleicht damals kleine Kinder gefressen hat und so weiter, wir wollen nicht, daß dieser Draken auch kleine Kinder schädigt, zartes Leben schädigt. Ich möchte nicht sensibel werden oder hier im Landtag Sentimentalität verbreiten, aber wenn Sie der Vater von dem Kind wären, bei dem es dann zu einer Gesichtslähmung kommt, dann würden Sie hier anders reden – glaube ich.

Zur Personalpolitik, die hier angeklungen ist, eines Steger, der immer ein wilder Verfechter dieses Drakens war und ist: Er hat sicher in kurzer Zeit auf personalpolitischer Ebene das gemacht, wofür andere jahrelang gebraucht haben.

Zur Luftraumüberwachung: Wir reden immer von Luftraumüberwachung. Jeder glaubt, dieses Gerät muß sozusagen in der Lage sein, feindliche Angriffe abzuwehren. Es ist kein Abwehrjäger. Es geht allein um den Begriff Luftraumüberwachung. Und wenn man das heute vielleicht ein bißchen polemisch ausdrückt – der Herr Abgeordnete Mag. Rader ist zwar nicht da –: Mir ist ein sogenannter Radarschirm lieber als diese fliegenden Mähdrescher.

In der Technik gibt es bereits eine Entwicklung zu fliegenden Drohnen. Das sind unbemannte, ganz kleine Flugkörper, die jederzeit in der Lage sind, den Luftraum zu überwachen. Wir haben Radarsysteme, die überall angewendet werden. Warum sollen wir das nicht auch machen? Unsere Politik – und das sage ich hier jetzt ganz klar – ist erstens eine Politik der kleinen Schritte, und zwar in erster Linie, diesen Draken zu verhindern. Auch wenn er kommt, dann soll er nicht fliegen.

Das zweite ist natürlich überhaupt die generelle Diskussion, ob wir überhaupt Abfangjäger brauchen, wenn wir eigentlich nur eine Luftraumüberwachung wollen.

In dem Sinne wünsche ich uns allen, bitte, daß es hier nicht zu solchen kleinlichen Diskussionen über Draken hin und her kommt, sondern wir müssen hier gemeinsam versuchen, das für die Steiermark abzuwenden. Und ich glaube, die gemeinsame Linie war da. Also warum dieses Ausscheren? Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kehre zurück zum Ausgangspunkt: Der soziale Wohnbau ist auch im Bereich der Wohnhaussanierung – und das ist einer jener Teile, wo meine Zuständigkeit gegeben ist – vor einer radikalen und großen Änderung. Wie Sie wissen, soll die Kompetenz den Ländern übertragen werden, und es liegt eine entsprechende Regierungsvorlage bereits für ein Verfassungsgesetz im Nationalrat zur Beratung vor. Nach einer notwendigen Übergangsfrist soll dann auch die gesetzliche Kompetenz bei den Ländern liegen, und es soll nach umfassender Diskussion ein entsprechendes Landesgesetz beschlossen werden, in dem auch die Wohnhaussanierung inbegriffen sein soll und auch das derzeit noch gültige Landeswohnbauförderungsgesetz. Damit kann in Zukunft ein lang erwünschtes Ziel erreicht werden und die Förderungen auch im Bereich der Gesetzgebung den Bedürfnissen unseres Landes angepaßt werden. Damit aber die Euphorie nicht zu groß wird, gibt es natürlich auch hier einige Wermutstropfen. Es handelt sich um die zukünftige Finanzierung der Förderungen. Ich will mich hier nur auf die Wohnhaussanierung beschränken, denn über die anderen Förderungen, wie Eigenheim- und Geschosbauförderung, die ja den Großteil ausmachen, wird ja Kollege Dipl.-Ing. Schaller sprechen und darauf eingehen.

Zur Wohnhaussanierung: Hier fördern wir bekanntlich im Sanierungsbereich im Normalfall – das ist eine Variante – in Form von 30prozentigen Annuitäts-

zuschüssen für aufzunehmende Darlehen bis zu einem Betrag von 300.000 Schilling je Wohnung. Damit können sowohl Verbesserungsmaßnahmen – also Licht, Wasser, Sanitäranlagen und Heizung – als auch Erhaltungsarbeiten, zum Beispiel Dach- und Fassadenreparaturen, gefördert werden. Wie positiv sich diese Möglichkeit auswirkt, das kann man bei den vielen Häusern in unseren Städten, Märkten und Dörfern sehen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres allein konnten 4625 Anträge positiv erledigt werden, wofür 322 Millionen Schilling an bezuschuften Darlehen verbaut wurden. Dies bedeutet auch eine ganz bedeutende Ankurbelung unserer Wirtschaft, vor allem des Baunebengewerbes und vor allem in der ohnedies schweren Zeit des Winters. Die Finanzierung dieser Förderung erfolgte bisher je zur Hälfte durch den Bund und durch das Land. Für neue Vorhaben ab 1988 wird von seiten des Bundes dafür kein Geld mehr fließen. Das ist der eine Wermutstropfen. Wir haben aber auch für den Bereich der sogenannten umfassenden Sanierung – das betrifft den Altbestand von Geschoßhäusern, deren Sanierung so umfangreich und kostspielig ist, daß beinahe Neubaukosten entstehen, die bis zu 80 Prozent gehen können – Direktarlehen vom Land vorgesehen. Diese Mittel sind bisher von der Kontrollbank gekommen. Dem Land Steiermark standen dafür 124 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von zehn Jahren und 6 Prozent Verzinsung zu. Diese Mittel wurden vom Land dann weiter gestützt und im Rahmen der sogenannten umfassenden Sanierung in Form von einprozentigen Direktarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren vergeben. Hat sich zu einer der begehrtesten Förderungsarten entwickelt; aber auch erst in den letzten zwei Jahren. Mit dieser Förderungsart konnten heuer bereits 89 Ansuchen mit über 700 Wohnungen und einem Förderungsvolumen von 392 Millionen Schilling gefördert werden.

Spitzenreiter in der regionalen Verteilung dieser Förderung unseres Landes, also bei der umfassenden Sanierung, war der Bezirk Knittelfeld mit 160 Wohneinheiten und 63 Millionen Schilling, gefolgt von Judenburg mit 123 Wohneinheiten und 72 Millionen Schilling und Graz mit 120 Wohneinheiten und 76 Millionen Schilling. Diese Mittel der Kontrollbank fallen allerdings ab 1988 leider auch aus. Wir werden daher im Einvernehmen mit dem Kollegen Dipl.-Ing. Schaller in Hinkunft auch für diese wichtige Förderungsmaßnahme die entsprechenden Mittel aus dem allgemeinen Wohnbauförderungstopf zur Verfügung stellen müssen, wenn wir sie weiter betreiben wollen.

Im Bereich des Landeswohnbauförderungsgesetzes wurden heuer Förderungen für 645 Eigenheime in Form von Zinsenzuschüssen mit gestützten Darlehen von 172 Millionen Schilling bewilligt.

Auch die Förderung im Bereich der Hausstandsgründung für Jungfamilien erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. In den ersten zehn Monaten konnten 2023 junge Familien eine solche Förderung erhalten.

Erstmalig sind 1987 im Rahmen des Landesfonds Förderungen für indirekte Verbesserungen vorgesehen. Es handelt sich um den erstmaligen Versuch, im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes analog zur sogenannten Stadterneuerungsverordnung des Bundes Förderungen für vorbereitende Untersuchungen, Durchführung von Ideenwettbewerben, Schaffung von

Sanierungshotels, Schaffung von Wohnstraßen, Verkehrsberuhigten Zonen sowie Spiel-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Dafür sind heuer insgesamt 24 Millionen Schilling an Darlehen vorgesehen und wegen der großen Anzahl aus dem ganzen Land, die diesen Betrag um ein Vielfaches übersteigt, auch noch nicht vergeben. Es sind aber allerdings alle Ansuchenden ordnungsgemäß informiert, daß das zum gegebenen Zeitpunkt geschehen wird und welchen Anteil wir dann auch geben können. Das ist nämlich die gerechtere Methode, als daß man von Anbeginn weg einfach so lange vergibt, bis die 24 Millionen Schilling weg sind, und wer nachher kommt, kann durch die Finger schauen.

Für das nächste Jahr allerdings mußte wegen der gesamten Budgetsituation auch des Landes diese Förderungsart sehr radikal gekürzt werden.

Ich möchte noch erwähnen, daß wir im Bereich des Landes nunmehr ebenfalls ein steirisches Rückzahlungsbegünstigungsgesetz beschließen werden – ich hoffe morgen –, das analoge Bestimmungen des Bundesrückzahlungsbegünstigungsgesetzes enthält.

Es soll damit auch jenen Förderungswerbern, die seinerzeit Landesdarlehen erhalten haben, die Möglichkeit eröffnet werden, ebenfalls von der Möglichkeit der begünstigten Rückzahlung Gebrauch zu machen. Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich es nicht versäumen, auch den Mitgliedern des Landeswohnbauförderungsbeirates für meinen Teil des Bereiches unter dem Vorsitz der Frau Präsident Waltraud Klasnic und dem stellvertretenden Vorsitzenden – ich habe ihn früher hier gesehen –, dem Herrn Bürgermeister Simon Pichler, für ihre konstruktive Arbeit sehr herzlich zu danken. Ich möchte mich auch beim Herrn Vorstand der Rechtsabteilung 14, Hofrat Dr. Nopp, und seinen bewährten Mitarbeitern für die kollegiale und fruchtbare Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verhehle nicht, daß ich eigentlich sehr betroffen bin. Und zwar betroffen von der Art und Weise, wie man sich mit einer Frage, die eigentlich doch sehr viele Menschen bewegt, auseinandersetzt. Ich bin gar nicht unglücklich darüber, daß dies hier geschieht, weil damit klargestellt wird, wie in einer solchen Frage agiert wird. Ich gehöre diesem Haus immerhin 22 Jahre an, und ich sage das ganz ehrlich – ich bin persönlich von der Art und Weise sehr betroffen, wie mir hier beispiellose Unterstellungen in die Schuhe geschoben werden. Ich bin wirklich tief betroffen, weil ich so etwas eigentlich noch nicht mitgemacht habe. Ich werde mich sicher nicht hinreißen lassen, so zu agieren, wie Sie agiert haben. Und man kann sich darüber erregen oder nicht, als Politiker muß man es aushalten, wenn einem in einer solchen Weise so etwas passiert, aber ich sage Ihnen schon etwas dazu. Mir ist es daher auch klar, warum bei uns und bei mir im Büro täglich gar nicht wenig Leute anrufen, die offensichtlich von Ihnen so verunsichert worden sind, und ängstlich anfragen, ob sie die Wohnbauförderung ver-

lieren und ob jetzt die Wohnbeihilfe eingestellt wird. Mir ist völlig klar, wo die Ursachen liegen. Meine Damen und Herren! (Abg. Rainer: „Wer hat es ausgelöst?“) Ich kann nur sagen, hier wird einfach in einer Weise mit Menschen gespielt, die man sich nicht gefallen lassen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich würde Ihnen gerne konzедieren, Herr Kollege Erhart, wenn Sie mit derselben Leidenschaft gegen den Einsatz des Draken gekämpft hätten, daß Sie mit derselben Leidenschaft sich dann auch für solche Probleme einsetzen würden.

Ich habe bisher nie gehört, daß Sie mit dem gleichen Engagement aufgetreten sind. (Abg. Erhart: „Darf ich etwas sagen?“) Selbstverständlich! (Abg. Erhart: „Sie haben das als erstes bei einer Wohnbaueröffnung und bei der Konferenz ausgesagt. Ich habe nur das zitiert, was Sie gesagt haben. Ich zeige Ihnen die Zeitungsartikel!“) Nein, das ist genau das. Ich werde mich sehr bemühen, Ihnen sehr klare Antworten auf die polemische Art, wie Sie mir hier Dinge unterstellt haben, zu geben. Ich glaube, es ist eine völlige Umkehrung der Tatsachen, wenn man den Umweltreferenten, der sich dafür einsetzt, daß die Menschen vor den Schädigungen des Draken geschützt werden, dann für die Schäden verantwortlich machen will, die der Draken verursacht. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist wirklich ungeheuerlich. Das ist genau das, was ich bei der Pressekonferenz gesagt habe und was ich auch immer gesagt habe. Der Draken ist die Ursache, daß die Lebensqualität für viele Menschen in diesem Land entscheidend verschlechtert wird. Das ist die Ursache! Selbstverständlich! (Abg. Sponer: „Das stimmt nicht, Herr Landesrat!“) Und genau das ist die Ursache! Jawohl! (Abg. Sponer: „Das ist nicht die Ursache. Ob das F-4 oder sonst irgendwie heißt, ist das gleiche!“) Danke für das Stichwort. Das zeigt mir, wie wenig Sie sich wirklich mit der Materie auseinandergesetzt haben. Wenn Sie sich nämlich ein bißchen damit auseinandersetzen würden, dann würden Sie solche Behauptungen, wie Sie sie heute aufgestellt haben, nicht aufstellen. Natürlich ist jedes Düsenflugzeug laut. Natürlich verursacht auch eine zivile Verkehrsmaschine einen Triebwerkslärm. Natürlich verursachen auch andere Düsenjäger Lärm. Aber bitte, der gravierende Unterschied ist der, daß der Draken systembedingt sozusagen auf dem Feuerstrahl startet und landet und dadurch der Lärm direkt auf die Bewohner herunterkommt und damit die Qualität des Lebens im Umraum entscheidend beeinträchtigt wird. Das ist der wirkliche Unterschied. Alle anderen Düsenflugzeuge starten anders, und jetzt komme ich schon auf einige Fragen zurück. Sie sagen: „Sie haben es verabsäumt, irgendetwas vorher dagegen zu tun. Sie haben nicht verhindert, daß Flächenwidmungspläne dann genehmigt werden.“ Sie haben mir unterstellt, daß ich sozusagen eine Art Propaganda gegen den Draken gemacht habe. Ich sage Ihnen ganz klar, wie die Wirklichkeit ist. Wir haben sowohl im Süden von Graz – Gott sei Dank – seit mehreren Jahren zwei Flugbeobachtungsstationen, wo permanent gemessen wird. Wir haben auch zwei permanente Stationen im Raum von Zeltweg, wo seit Jahren gemessen wird. Wir haben alle Ergebnisse vorliegen, und Sie hätten sich nur ein bißchen erkundigen müssen, dann hätten Sie nicht solche Aussagen gemacht. Die Wahrheit ist nämlich die, daß wir jetzt praktisch im Bereich von Spielberg lediglich – (Abg. Sponer: „155 Dezi-

bel!“) Ich kenne die Karte sehr gut, Sie brauchen sie mir gar nicht zu zeigen – hören Sie zu! Ich weiß, daß Sie das nicht gerne wollen, weil offensichtlich die Wahrheit weh tut. Die Wahrheit ist, daß im ersten Halbjahr 1987 nur bei einem Prozent der Überflüge im Bereich Spielfeld Überschreitungen der 95 dB festgestellt wurden. Im Bereich von Aichdorf waren 6 Prozent der Überflüge Überschreitungen von 95 dB. Wenn man weiß, daß diese Überschreitungen unter gewissen Voraussetzungen auch verhindert werden können, dann muß ich sagen, bisher ist die Situation eben nicht so, wie Sie sie geschildert haben.

Ich sage Ihnen auch jetzt etwas zu diesen Geschichten mit den Entschädigungen. Das Hauptproblem ist: Die politische Entscheidung war falsch, erstens den Draken anzukaufen, ein ausgesprochen lärmintensives Gerät, zweitens den Draken dort einzusetzen, wo die dichten Besiedlungsgebiete sind. Das ist die falsche Entscheidung, und gegen die kämpfe ich an. Ich bin mit Ihnen sofort auf einer Linie, wenn Sie sagen: Versuchen wir, den Einsatz des Drakens zu verhindern. Um das geht es. Aber bitte, Sie müssen mir konzедieren, daß ich diejenigen, die dort später wohnen, auch schützen möchte vor einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Das ist die Wahrheit. (Beifall bei der ÖVP.) Schauen Sie, ich habe nichts anderes gemacht. Jetzt komme ich auf das Gutachten der Frau Prof. Lang zurück, das Sie kritisiert haben. Prof. Lang ist die offizielle Begutachterin des Verteidigungsministeriums, meine Damen und Herren. Die Studie wurde auch nicht von uns in Auftrag gegeben. (Abg. Gennaro: „Prof. Möse hat auch ein Gutachten gemacht!“) Natürlich, jawohl, der Prof. Möse hat gar nichts anderes gemacht. (Abg. Gennaro: „Und dieses Gutachten muß genauso viel wert sein wie jedes andere. Er widerruft sein Gutachten alle 14 Tage!“) Lassen Sie mich ausreden! Aber schauen Sie, Sie werden sicher die Autorität des Prof. Möse nicht erschüttern. Ich kann Ihnen nur sagen, Prof. Möse hat gar nichts anderes gemacht, als daß er festgestellt hat, daß dort, wo die 95 Dezibel überschritten werden, eine gesundheitliche Beeinträchtigung effektiv gegeben ist. Und wenn ich die Lärmkarten habe – und bitte, das sind die offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums hinsichtlich der Start- und Landevorgänge; die sind genau angegeben: das sind der Ost- und der Weststart, in Graz sind es der Süd- und der Nordstart, also offizielle Dokumente – und dann feststellte, wo die 95-Dezibel-Zone liegt, dann weiß ich, daß dort die Lebensverhältnisse der Menschen so verschlechtert worden sind, daß ich es einfach nicht zulassen kann, in Zukunft dort weiterhin öffentliche Mittel einzusetzen. Jetzt kann ich Ihnen noch etwas sagen: Sie haben eine Fülle von verschiedenen Normen und so weiter zitiert. Ich weiß nicht, ob Sie sich dabei auskennen, denn es ist Ihnen da ein gewaltiger Lapsus passiert. Sie haben nämlich immer den Dauerschallpegel mit dem Spitzenpegel verwechselt. (Abg. Erhart: „Dauerschallpegel!“) Im Wohnbau haben wir auf Grund dieser von Ihnen zitierten Richtlinien einen Dauerschallpegel von 55 beziehungsweise 45 Dezibel in den Wohngebieten. Das ist der Dauerschallpegel. Jenseits dieser Lärmbelastungen ist ein Wohnbau nicht zulässig. Zu dem, wovon Sie gesprochen haben, wo Sie mir unterstellt haben, daß wir mit verschiedenen Maßstäben messen – einmal reden wir von 95, einmal von 75 und einmal

von 55 –, kann ich nur sagen: Das sind zwei paar Schuhe. Denn das eine sind die Dauerschallbelastungen und das andere sind die Spitzenschallbelastungen. Die Spitzenschallbelastungen werden um 20 Dezibel höher angesetzt. Das heißt, sie kommen bei den 55 dann auf die 75. Wenn wir jetzt davon ausgehen, daß wir ohnedies einen sehr, sehr hohen Grenzwert von 95 noch akzeptieren, dann heißt das, daß die Überschreitungen von 75 auf 85 eine Verdoppelung des höchstzulässigen Schallausmaßes und auf 95 eine Vervierfachung ist. Das heißt, wir haben in der 95-Dezibel-Zone viermal so hohe Werte, als sie im Wohnbau zugelassen sind. Und wenn Sie von mir jetzt erwarten, daß ich dort Wohnbau zulasse und fördere, dann kann ich Ihnen nur sagen, dann ist ein solches Menschenverständnis zynisch, wenn ich das beurteilen müßte. Denn den Menschen zuzumuten, in solchen Zonen zu leben, bitte, da kann ich nur sagen: Bitte, da geh ich ganz sicher nicht mit, und da bin ich nicht bereit, irgendjemandem dort Wohnbauförderungsmittel zu geben. (Abg. Erhart: „Was ist mit den anderen, die schon dort leben?“) Ja eben, das ist ja genau das, wo ich Sie überhaupt nicht verstehe. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ja nicht unsere Schuld!“) Meine Damen und Herren, im Prinzip geht es um eine Schadensbegrenzung. (Abg. Dr. Maitz: „Ihr wißt nichts und redet daher!“)

Ich kann nur eines sagen, bitte, um jetzt noch einmal auf Ihre Fragen einzugehen: Ich möchte Ihnen zu keiner Frage eine Antwort schuldig bleiben. Sie haben überhaupt sehr eigenartig agiert. Auf der einen Seite haben Sie mir ununterbrochen vorgeworfen, wie schrecklich es ist, daß ich die Menschen da oben sozusagen schädige, indem ich nicht mehr bauen lasse, und im nächsten Satz haben Sie mir vorgeworfen, daß wir noch immer bauen haben lassen, daß wir nicht längst alles unterbunden haben, obwohl wir bereits gewußt haben, daß so eine Lärmbelastung besteht. Ich stelle fest, ich wiederhole: Derzeit ist die Lärmsituation bei den jetzigen Einsätzen so, daß Grenzwertüberschreitungen im Raum Zeltweg–Fohnsdorf in ganz wenigen Fällen tatsächlich passieren.

Im Raum Graz – auch dazu sage ich Ihnen ganz klar (Abg. Zellnig: „Die Lärmbelastungen sind schon vorhanden!“), ein Prozent – ich habe es früher gesagt – in Spielberg, von 100 Überfliegungen eine –, und in Zeltweg, also in Aichdorf, sind es 6 Prozent der Überfliegungen, die die 95-Dezibel-Marke überschreiten. Weil immer wieder gesagt wird: „Ja, der Zivilflugverkehr macht auch sehr viel Lärm, und davon redet ihr nicht“: Stimmt bis zu einem bestimmten Grundsatz. (Abg. Günther Ofner: „Ganz sicher!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Sie wollen es nicht verstehen!“) Nein! Jetzt hören Sie zu! Ich verstehe das wirklich nicht. Ich sage Ihnen ja ganz objektiv, wie die Dinge sind. In Graz gibt es bei Zivilflugzeugen dann eine Lärmüberschreitung im Norden des Flughafens, und zwar im Bereich der Schindler-Siedlung, wenn von Norden her gelandet wird. Nun hat aber der Flughafen Graz seit Jahren die Fluggesellschaften angewiesen, nicht von Norden, sondern von Süden zu landen und nach Süden zu starten. Damit gibt es das Problem bei der Schindler-Siedlung nur mehr in Grenzfällen. Im Süden von Graz ist es richtig, daß ein Teil der Gebiete innerhalb der 95-Dezibel-Zone liegen, auch bei Zivilflugzeugen. Aber in

dieser Zone wird jetzt abgelöst, ich glaube, daß in zwei Jahren alle abgesiedelt sind. Durch den Zivilflugverkehr werden daher keine übermäßigen Lärmbeeinträchtigungen in Hinkunft hervorgerufen. Also das ist klar nachweisbar. Bitte, es steht Ihnen der Herr Oberbaurat Perner auch gern zur Verfügung. Er kann Ihnen sämtliche Meßdaten vorlegen, und zwar von allen Start- und Landevorgängen. Wir können für jede Maschine, die in Graz startet und landet, nachweisen, ob sie an einem bestimmten Tag Lärmüberschreitungen gehabt hat oder nicht. Also, ich glaube, man kann schon sagen, daß diese Dinge tatsächlich nicht so sind, wie sie behauptet worden sind.

Nun vielleicht noch etwas zu den einzelnen Fragen: Bitte, ich finde das einfach ungeheuerlich, wenn Sie unseren Beamten unterstellen, daß sie hier mit verschiedenen Maßstäben messen. Wenn ein Beamter einen Akt zur Beurteilung bekommt – und zwar ist das in diesem Fall derjenige, der die Lärmbeeinträchtigungen zu prüfen hat –, und er stellt fest, daß ein solcher Wohnbau innerhalb der 95-Dezibel-Zone liegt, und er würde dann ein positives Gutachten abgeben, dann würde er gegen seinen Beamteneid verstoßen. Ihm jetzt zu unterstellen, daß er mit verschiedenen Maßstäben gemessen hat, finde ich wirklich ungeheuerlich. (Abg. Erhart: „Von verschiedenen Maßstäben habe ich nichts gesagt, sondern daß er jetzt in bezug auf den künftigen Lärm schon stoppt!“) Es ist sicher so, Kollege Erhart, ich erkläre Ihnen das ja, ich kläre Sie ja auf, Sie sollen ja eine Antwort von mir bekommen – in dem einen Fall, den Sie meinen, tatsächlich ein positives Gutachten abgegeben hat – auch mit Recht, weil wir im sechszwanzigsten Jahr die Einsatzpläne des Bundesheeres nicht gekannt haben. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, weil Sie gesagt haben: „Wer soll das bezahlen?“ Das frage ich mich auch: „Wer soll diese Entschädigungen bezahlen?“ Bitte, jeder Flächenwidmungsplan ist auch dem Verteidigungsministerium vor der Beschlußfassung zur Kenntnis gebracht worden. Das Verteidigungsministerium hat bis vor kurzem in keinem einzigen Fall eine negative Stellungnahme abgegeben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Obwohl sie seit 20 Jahren wissen, daß Abfangjäger kommen!“)

Kollege Erhart, ich gehe davon aus, daß derjenige, der jetzt das Pech hat, in einer solchen Einflugschneise leben zu müssen, oder der dort einen Grund hat, den er jetzt nicht verwerten kann, einen Entschädigungsanspruch hat, denn er hat ja seinen Grund im Vertrauen auf die Rechtslage in einem Baugebiet erworben, in der Hoffnung und Erwartung, daß er den Bau realisieren kann. (Abg. Erhart: „Richtig!“) Wenn er ihn jetzt nicht realisieren kann, weil wir unter Umständen auf Grund der Lärmsituation ein solches Gebiet aus der Wohnverbauung ausscheiden müssen, ja, bitte schön, hat er ganz klar einen Rechtsanspruch auf Entschädigung. Aber bitte, da kann ich nur sagen: Da bin ich die falsche Adresse, denn wir haben korrekterweise jeden Flächenwidmungsplan an das Verteidigungsministerium geschickt. Ich meine, das ist genau die Problematik, die ich aufzuzeigen versucht habe. (Abg. Rainer: „Werden Sie den Herrn Minister, der Ihrer Partei angehört, veranlassen, daß er dieses Problem der Ablösung klären wird?“) Natürlich! Sie, ich gehe davon aus. (Abg. Rainer: „Werden Sie uns dann Bescheid geben?“ – Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein

Rechtsverfahren!") Herr Kollege Rainer, ich gehe davon aus, daß eine Reihe von Prozessen geführt werden wird, und ich wäre sogar froh, wenn ein Musterprozeß geführt würde, damit den Leuten der entstandene Schaden auch ersetzt wird. Aber ich sage noch einmal, das Hauptproblem ist, daß die Drakenentscheidung falsch war. Und bitte, vielleicht ist es heute der Anlaß gewesen, daß Sie jetzt anders agieren. Hören Sie bitte wirklich auf, die Leute zu verunsichern und ihnen einzureden, daß ich schuld bin, daß sie dort unter so ungünstigen Wohnverhältnissen leben müssen. Im Gegenteil! (Abg. Erhart: „Das hat niemand gesagt!") Ja, sehr wohl. Herr Kollege Erhart, ich habe genug, die mir das erzählt haben, was Sie oben über mich gesagt haben. Es ist für mich erledigt. (Abg. Erhart: „Nichts anderes, als ich heute hier gesagt habe!") Herr Kollege Erhart, mir ist allerhand unterstellt worden heute, allerhand. (Abg. Erhart: „Das ist eine Unterstellung!") Schauen Sie – (Abg. Kammlander: „Euch ist es egal, ob sie kommen. Ihr drückt euch davor!")

Meine Damen und Herren! Kämpfen wir dagegen an, und zwar wirklich alle Fraktionen im Haus, daß der Draken nicht kommt. Denn bitte, mir vorzuwerfen, daß ich jetzt die Menschen, die dort geschädigt werden, aus Scham beschützen möchte, bitte das wirklich zu unterlassen. Kämpfen wir gegen diese Entscheidung an, daß hier im falschen Gebiet das falsche Flugzeug eingesetzt wird. Und jetzt sage ich Ihnen auch etwas: Wie geht es weiter? (Abg. Erhart: „Das Wesentlichste ist, daß wir den Kampf gegen den Draken und die Argumente im Zusammenhang mit den Schäden anders angehen!") Ja wie denn? (Abg. Erhart: „Indem wir nicht den Drakenkampf führen!" – Abg. Buchberger: „Wir sind ja grundsätzlich dagegen!" – Abg. Kanduth: „Keine Draken, dann können wir weiterbauen!") Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen auch sagen, wie es weitergeht. Es hat ja keinen Sinn zu polemisieren und mir alles mögliche zu unterstellen, ich will gar nicht mehr darüber reden. Genau als der erste Fall bei mir gelandet ist, weil der Bürgermeister Pichler von Knittelfeld mir in seiner Not geschrieben hat, daß er hängengeblieben ist mit einem Wohnbauvorhaben, war das ja für mich der Anlaß, das ganze Problem aufzurollen, weil ich gesehen habe, was auf uns zukommt. Ich kann ja jetzt nicht die Augen verschließen und sagen, es war nichts. Ich muß ja in meiner Verantwortung handeln. Ich habe etwas veranlaßt und möchte davon auch den Landtag informieren, ich habe sofort eine Arbeitsgruppe eingesetzt unter der Leitung von Prof. Möse mit Fachleuten der Ib unter der fachlichen Leitung des Raumplaners Dipl.-Ing. Pumpernick, der jede Gemeinde, die betroffen ist, genau untersucht. Daß wir einmal wissen, welche Objekte jetzt schon betroffen sind. Was kann man dort eventuell gegen den Lärm noch im nachhinein machen, und welche Bauflächen, die noch nicht verbaut sind, sind betroffen, um abschätzen zu können, wo und in welchem Umfang wirkt sich dieser Drakeneinsatz aus. Dann wird diese Unsicherheit aufhören, und man kann sagen, bitte, in der unmittelbaren Einflugschneise, dort wird es keinen Wohnbau geben, und die anderen Gebiete werden selbstverständlich verbaut werden können. (Abg. Erhart: „Sie hätten damit zuerst anfangen sollen!") Aber schauen Sie, Herr Kollege, beim ersten Fall, mit dem ich konfrontiert worden bin, habe

ich sofort die Kommission eingesetzt, und bitte, die arbeitet bereits. Ich kann nicht versprechen, daß wir bis Weihnachten schon die abschließenden Ergebnisse haben, aber ich bin selbst in höchstem Maß interessiert, daß das klargestellt wird, denn die Leute sind total verunsichert, weil niemand weiß, kann ich dort bauen, kann ich nicht bauen. Aber bitte, ich bin nicht schuld an dieser Verunsicherung, das sage ich noch einmal. Wenn schon, dann sind die schuld, die sich für den Draken entschieden haben. Ich werde dazu beitragen, daß diese Verunsicherung so schnell als möglich beendet ist und wir uns dann überlegen, was dort weiter geschehen kann, wo die Beeinträchtigung wirklich gegeben ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren, ganz kurz möchte ich doch noch zu den anderen Beiträgen einiges auch sagen. Ich werde mich bemühen, es im Schnellzugstempo zu machen. Und zwar beginnend bei der Frau Kollegin Meyer. Die heute mehrmals angeschnittenen 2,7 Milliarden Schilling, die jetzt auf der Kassa liegen. Es ist richtig, daß wir zurzeit finanziell gut dотиert sind. Das war bitte nicht immer so. Wir haben Zeiten gehabt, Ende der 70er Jahre – der Kollege Loidl, ich weiß nicht, ob er noch da ist –, wo wir, damit die Bauwirtschaft floriert, bis zu zwei Jahre Vorgriffe gemacht haben, sozusagen Impulse ausgelöst haben, gegengesteuert haben und lange Zeit gebraucht haben, diese massiven Vorgriffe in den Zeiten, wo es besser gegangen ist, wieder abzubauen. Ich habe also, als ich das Wohnbaureferat übernommen habe, ich will nicht sagen, eine Art Kassensturz gemacht, aber ich habe mich einmal zusammengesetzt mit den Herren der Rechtsabteilung 14, und wir haben überlegt, ob wir, weil damals schon absehbar war, daß die Baukonjunktur vor allem in den Wintermonaten ganz am Boden liegt, ob wir etwas Zusätzliches machen können, um Mittel für den Wohnbau flüssig zu machen. Bei dieser Gelegenheit habe ich festgestellt, daß rund 2000 Wohneinheiten, die bisher bereits zugesagt und vergeben waren, also wo die Landesregierung die Entscheidung bereits getroffen hat, aus alten Programmen nicht verbaut waren. Ich habe dann den Herrn Hofrat Dr. Nopp gebeten, jedem einzelnen Fall nachzugehen. Das ist auch unverzüglich geschehen. Ich habe auch gar keinen Zweifel daran gelassen, daß ich gegebenenfalls die Mittel zurückziehe und sie neu verteile, wenn aus Gründen, die nicht nachweisbar sind, die Mittel gehortet und nicht verbaut werden. Tatsächlich konnte ich ziemlich bald feststellen, daß von diesen 2109 Wohneinheiten, die wir damals erfaßt haben, bei 1349 auf Grund dieser Androhung des Entzuges dann zugesagt worden ist, noch heuer zu verbauen. Wir haben inzwischen auch überprüft, ob diese Zusagen der Bauträger eingehalten worden sind. Von diesen 1349 sind in der Zwischenzeit tatsächlich 1096 in Bau gegangen. Das heißt, von 150 abgesehen, das sind nicht ganz 10 Prozent, sind die übrigen auf Grund dieses Schreckschusses tatsächlich in Bau gegangen. 1013 sind noch nicht begonnen. Hier sind sechs Bauvorhaben mit 77 Wohneinheiten zur Umschichtung beantragt. Das heißt, dort ist kein Bedarf gegeben, 13 Bauvorhaben mit 134 Wohneinheiten werden im ersten Halbjahr 1988 in Bau gehen und 41 Bauvorhaben mit 802 Wohneinheiten im zweiten Halbjahr 1988, dort ist glaubhaft nachgewiesen worden, daß tatsächlich Probleme da waren, seien es Schwierigkeiten mit

den Anrainern, seien es Schwierigkeiten mit der Baubehörde und dergleichen.

Nun, was diese 2,7 Milliarden Schilling betrifft, auch dazu muß man sagen: Wenn ich davon ausgehe, was von den heuer zugesicherten Förderungsvorhaben draußen ist, so macht das 2,5 Milliarden Schilling aus. Oder mit anderen Worten: Wenn ich alles das, was jetzt bereits verbindlich zugesagt ist, finanzieren müßte, würden wir zuwenig haben, und wir würden einen Vorgriff doch von einem Jahr haben.

Nun, meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Wir sind im höchsten Maß interessiert, daß diese Mittel auch der Verbauung zugeführt werden. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich werde auch im kommenden Jahr sehr darauf drängen, daß dieser Druck von uns nicht nachläßt und daß die zugesagten Mittel auch wirklich verbaut werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Aber der Ehrlichkeit halber muß man auch sagen, daß es auch noch andere Gründe gibt. Wir haben uns seinerzeit an das zweite Sonderwohnbauprogramm angeschlossen. Das ist zusätzlich dazugekommen, mußte vorzeitig abgewickelt werden. Damit sind natürlich die Bauträger mit dem Normalprogramm etwas in Verzug geraten, und das war vielleicht mit einer der Gründe, daß es hier einen Rückstau gegeben hat.

Ich möchte jetzt noch etwas unterstreichen, was der Kollege Kanduth gesagt hat: Ich bezweifle, ob wir sehr viel mehr derzeit verbauen könnten. Ich war kürzlich bei der Bauinnung, bei ihrem Innungstag, und da ist mir immer wieder gesagt worden: „Es passiert uns zunehmend, daß bei unseren Ausschreibungen keine Angebote mehr kommen.“ Das heißt, die Firmen sind derzeit sehr gut ausgelastet. Also insoweit kann man sagen, daß das Ganze durchaus läuft.

Zur Frage „sozialer Wohnbau“, Frau Abgeordnete Meyer: Ich gehe davon aus, daß in Zukunft die knapper werdenden Mittel vor allem für jene Schichten eingesetzt werden müssen, die von der sozialen Situation heraus selbst nicht in der Lage sein werden, sich eine Wohnung zu schaffen. Ich denke hier ganz pragmatisch. Selbstverständlich dort, wo Mietwohnungen erforderlich sind, werden wir Mietwohnungen bauen, wo Eigentumswohnungen gewünscht sind, werden wir Eigentumswohnungen bauen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Aber es ist nicht so – das traue ich mich auch zu sagen –, daß heute sozial schwächere Gruppen sich eine Wohnung nicht leisten können. Das Problem ist vielmehr dort, worauf der Abgeordnete Gottlieb hingewiesen hat, nämlich bei den Betriebskosten. Denn beim Wohnungserwerb haben wir ein so gutes sozial abgesichertes System über das Eigenmittlersatzdarlehen bis zur Wohnbeihilfe. (Abg. Meyer: „Aber die Grund- und Aufschließungskosten!“) Ja, und das wollte ich Ihnen gerade sagen. Niemand würde eine Gemeinde daran hindern, so wie sie es beim Sonderwohnbauprogramm tun haben müssen, auch für Mietwohnungen den Grund und die Aufschließungskosten zur Verfügung zu stellen. Das ist eine Einladung an unsere Gemeinden, auf diesem Gebiet tätig zu sein. (Abg. Meyer: „Für Mietwohnungen schon!“)

Zur Problematik „Veränderung“ – auch dazu ein sehr direktes Wort: Ich bitte um Verständnis, aber ich muß zu diesen paar entscheidenden Fragen etwas

sagen, weil ich sie nicht im Raum stehen lassen kann. Wir begrüßen die Verlängerung, aber – da gebe ich dem Kollegen Gottlieb durchaus recht – wir müssen darum kämpfen, daß die Aufbringung der Mittel auch in Zukunft gesichert ist, und vor allem, daß die Mittel zweckgebunden für den Wohnbau eingesetzt werden können. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Und ich verhehle nicht, daß ich hier nicht ganz ohne Sorge bin. Denn die jetzige Lösung schaut so aus, daß das Bundesgesetz, das die Aufbringung der Mittel bisher gesichert hat, in das Finanzausgleichsgesetz übergeleitet wird, das Ende 1988 ausläuft, und wir dann unter Umständen darum kämpfen und raufen müssen, im neuen Finanzausgleich die Mittel überhaupt zu bekommen und sie vor allem auch zweckgebunden zu bekommen. Daher haben wir von der Steiermark aus vorgeschlagen, daß als Begleitung zur Verlängerung eine Artikel-15a-Vereinbarung zwischen den Bundesländern und dem Bund getroffen wird, wo unbefristet sowohl der Aufbringungsschlüssel wie auch die Zweckbindung sichergestellt sind. Ich glaube, darum werden wir kämpfen müssen, weil es uns sonst wirklich passieren könnte, daß wir dann immer knapper beteiligt werden. Ich gehe auf jeden Fall davon aus, daß dann auch der Finanzreferent in Zukunft das eine Sechstel zur Verfügung stellt, das er bisher auch zur Verfügung stellen mußte.

Nun, was die Wartezeit betrifft: Ich habe veranlaßt – und ich habe das auch mit dem Herrn Kollegen Gross besprochen –, daß wir die Wartezeiten verkürzen, weil ich auch der Meinung bin, wenn wir finanziell so gut dotiert sind, dann sollten wir schnellstmöglich unseren Häuslbauern das Geld zukommen lassen. Wir haben sie ja auf neun Monate – glaube ich, Herr Hofrat – heruntergesetzt. Kürzer geht es wirklich nicht, weil die Akten auch bearbeitet werden müssen. Die Leute kommen also schneller und früher zu ihrem Geld. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die eine Frage möchte ich nicht im Raum stehen lassen. Sie haben sie – glaube ich – angeschnitten, Kollege Gottlieb, mit diesen 300 Millionen Schilling mit der Fußnote. Bitte, die ist nicht von mir aus hineingekommen; die hat der Finanzreferent hineingegeben. Und das ist – glaube ich –, bitte, ein Mißverständnis: Das sagt nichts anderes, als daß zuerst die Budgetmittel ausgeschöpft werden und dann erst die Bankmittel in Anspruch genommen werden, weil wir nicht jetzt schon Bankmittel in Anspruch nehmen wollen. (Abg. Gottlieb: „Herr Landesrat, ich glaube umgekehrt. Zuerst müßten die auf dem Girokonto liegenden verbraucht werden, und dann können die anderen in Anspruch genommen werden!“) Jawohl, so ist es. Danke für die Korrektur, es ist richtig: Zuerst müssen die Mittel verbraucht werden, die auf dem Konto liegen, und dann können die anderen Mittel in Anspruch genommen werden. Also keine Angst, wir werden auch diesbezüglich weiterarbeiten.

Und abschließend, meine Damen und Herren, noch ein Wort: Ich hoffe, daß das heute nicht Anzeichen in Richtung einer Auseinanderentwicklung in der Wohnbaupolitik waren. Ich bin viele Jahre einer der Sprecher der Volkspartei zur Wohnbaupolitik gewesen. Wir haben eigentlich mit dem Kollegen Loidl oder auch dem Kollegen Pichler bei aller Unterschiedlichkeit

mancher Auffassungen trotzdem immer einen Grundkonsens gehabt. Ich sage ganz offen: Ich werde mich sehr darum bemühen, daß auch in Zukunft ein solcher Grundkonsens gegeben ist (Beifall bei ÖVP und SPÖ.), weil ich überhaupt nichts davon halte, daß gerade so entscheidende Fragen wie die des Wohnbaues zum Gegenstand von Parteipolemik gemacht werden. Wir werden daher sicher – und ich habe die ersten Vorgespräche bereits geführt, auch mit Leuten aus Ihrer Fraktion – sehr gewissenhaft auch die Neuordnung des Wohnbauförderungswesens in der Steiermark vorbereiten, und ich werde mich sicher auch bemühen, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Eines allerdings möchte ich auch sagen: In der Grundlinie – glaube ich – werden wir nicht allzuviel ändern müssen. Das kombinierte System von Objektförderung auf der einen Seite und Subjektförderung auf der anderen Seite hat sich durchaus bewährt, so daß wir sehr wahrscheinlich über die eine oder die andere Frage natürlich reden, aber am Gesamtsystem nicht allzuviel ändern wollen. Denn ich glaube auch, daß ein System, das sich bewährt hat, nicht deshalb geändert werden muß, damit wir etwas Neues haben.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen herzlich. Ich habe gerade einen Zettel bekommen, daß für die Eigenheimbauer nach neun Monaten Wartezeit die Beschlußfassung erfolgen kann und nach einem Jahr eine Darlehensauszahlung möglich ist. Bisher war die Wartezeit ein Jahr bis zur Beschlußfassung und eineinviertel bis eineinhalb Jahre bis zur Auszahlung. Ich stelle das richtig. Ich danke Ihnen abschließend noch einmal für Ihre sonst im allgemeinen recht konstruktiven Beiträge. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Hammerl: Ich bitte um Annahme der Gruppe 4.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 4 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5, Gesundheit.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag!

In der Gruppe 5, Gesundheit, wurden im Finanzausschuß die einzelnen Positionen und Ansätze beraten. Die Gesamteinnahmen dieser Gruppe sind mit 2.809.266.000 Schilling und die Gesamtausgaben mit 4.180.972.000 Schilling präliminiert. Ich stelle den Antrag um Annahme der Gruppe 5.

Präsident Zdarsky: Die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Vom gestrigen Nachmittag ist mir noch die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer im Ohr über

den Sport und den Tourismus. Ich möchte ein bißchen zur Kehrseite der Medaille kommen. Es hat genau dazugepaßt. Ich teile diese Begeisterung nicht in der Form. Die Zahl der Urlauber, die in den heimischen Bergen und Tälern Erholung suchen, nimmt langsam ab. Daß unser Umgang mit Landschaft – die Erschließung der Bergregionen für Schipisten, die Verschandelung von Ortskernen mit modernen Betonklötzen, die Überbetonung eines einmaligen Sportereignisses als einziger Attraktivitätsfaktor – so bald wie möglich in eine andere Richtung führen sollte, ist durch Naturschützer, Wissenschaftler und sogar Tourismusfachleute bekannt und aufgezeigt worden. Wenn Urlauber statt friedlicher Landschaft zersiedelte Appartementdörfer, durch Schnellstraßen erschlossene Täler und dicht gedrängte Schiliftbergregionen vorfinden, dann erinnert sie das sehr an die Unwirtlichkeit der Großstadt, der sie gerade zu entfliehen gedacht haben. (Präsident Zdarsky: „Bitte um mehr Aufmerksamkeit!“) Umweltbewußtsein gehört zum Beispiel für die Gäste aus der Bundesrepublik auch zum Urlaubsland. Das ist ein Punkt, warum sie gerne wohin fahren, ein sehr wichtiger, vorrangiger Punkt. Für Schiliftstrassen werden hochalpine Weiden und deren Humusdecken mit schweren Arbeitsgeräten bearbeitet, auf denen dann im Winter Schifahrer die Wiesen abrasieren und im Sommer karge Hänge ohne Blumen hinterlassen. Für alle sichtbar, wenn man ins Ennstal fährt. Dieselaggregate zur Stromerzeugung, Abwässer und Müll bleiben nicht ohne Folgen. Die österreichischen Waldbesitzer erleiden schon jetzt jährlich einen Schaden von 5 Milliarden Schilling, das ist die Hälfte ihres Rohertrages, und das ist auch ihr privates Problem, weil ihnen dieser Schaden bis heute nicht ersetzt wird. Wenn in Zeiten wie diesen von mehr „privat“ und weniger Staat gesprochen wird, dann trifft das auf fatale Weise schon heute für viele Waldbesitzer beziehungsweise für viele Zigmilliarden Schilling zu. Durch ein Zuwenig an staatlicher Problemlösungskapazität entsteht immer mehr Schaden für den wehrlosen Privaten. Wer heute etwas anderes sucht zur Erholung, intakte Landschaft und Ruhe, muß immer weiter ausweichen. Für diese Reiselustigen – wird argumentiert – brauchen wir schnelle Straßenverbindungen, um möglichst ohne Aufenthalt, von beidseitigen Lärmschutzwänden begleitet, das Urlaubsziel zu erreichen. Die Möglichkeit, die Probleme des internationalen Reiseverkehrs mit seinen alljährlichen Staus durch Angebote und Ausbau des Schienenverkehrs in den Griff zu bekommen, scheitert weiterhin an dem Unwillen und der Unfähigkeit, das Auto in seine Schranken zu verweisen. Die Abgasbelastung der Anrainer solcher Transitrouten durch unser Land ist mit der von städtischen Ballungsgebieten vergleichbar. Wir wissen heute, daß das Angebot von ausgebauten Straßen nur Verkehr anzieht. Die Zukunftsberechnungen der Benutzerfrequenz für die Pyhrnautobahn bestätigen diese Befürchtungen. Sie sollten unter dem Schlagwort der Privatisierung auch einmal darüber Rechenschaft geben, daß das Defizit des privaten Kfz-Verkehrs in Österreich 50 Milliarden Schilling beträgt, wenn man alles zusammenrechnet von der Verkehrsregelung, den Unfalltoten und so weiter. Allein die sozialen Kosten der Unfälle betragen über 30 Milliarden Schilling jährlich. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Zitat bringen, das zwar nicht von Karl Popper sondern

von Karl Farkaš stammt, wo dieser treffend meint: „Der Österreicher kauft von dem Geld, das er nicht hat, ein Vehikel, das er eigentlich nicht braucht, um demjenigen zu imponieren, den er nicht ausstehen kann.“ Um den Kreis „Fremdenverkehr – Reiseverkehr – Umwelt“ zu schließen, komme ich zu einem von mir gebrachten und immer wieder kritisierten Thema, zu den Motorsportveranstaltungen. An dieser Frage entzündet sich meistens das ungeklärte Verhältnis zum Auto. Ob diese Veranstaltungen gefördert werden sollten und welche sozialen Kosten damit verbunden sind, habe ich hier im Sommer schon gesagt. (Abg. Weilharter: „Das verstehen Sie nicht, Frau Kollegin!“) Ich verstehe es wirklich nicht. Aber bei Ihnen bin ich auch nicht ganz sicher, ob Sie es verstehen.

Ob eine zweifelhafte Sache gut wird, wenn sie Arbeitsplätze schafft und Gäste anlockt, ist die andere Frage. Es ist wirklich eine Schizophrenie, das zu behaupten. Viele Waldbesitzer, Anrainer und Umweltschützer wissen die Antwort, die heißen muß: Keine Motorsportveranstaltungen im Natur- und Landschaftsschutzgebiet, keine LKW-Rennen am Österreich-Ring. Ich persönlich tue mir sehr leicht, weil ich bin gegen jedes Autorennen, ich sage, ich persönlich, weil hohe Geschwindigkeit, riskante Überholmanöver, der aggressive Kampf und die Gefährdung des eigenen Lebens und das der Zuschauer eine Verführung zum Nachahmen ist. Die jährliche Unfallopferstatistik kennen wir alle, und ich möchte auch – eigenartigerweise, in den Perspektiven der Steirischen Wirtschaftsförderung habe ich das gelesen – zitieren: „Ob die Sublimierung des Konfliktes in Form des Sports ausreicht, ist fraglich. Die Aggressionen werden nicht abgebaut, sondern eher verstärkt.“ Bitte, Perspektiven, Bruno Fritsch, Zürich. Diese Veranstaltungen, die damit verbundenen Belastungen besonders in noch intakten Wald- und Landschaftsgebieten sind nicht nur für mich eine Umweltprovokation. Es darf also nicht heißen „Der Wald stirbt – es lebe das Auto!“ Und wenn jetzt vielleicht wieder Zwischenrufe kommen zu meinem Auto, ich würde gerne darauf antworten. Aber es kommen keine. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

Abg. Weilharter: Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Daß im Voranschlag 1988 für Umweltschutzmaßnahmen wieder um rund eine Million Schilling weniger eingeplant worden ist als im Vorjahr, scheint mir ein deutliches Zeichen dafür zu sein, daß man den Ernst der Situation noch immer nicht ganz erkannt hat.

Zwar wurde dieser Budgetposten auch in der Vergangenheit immer kräftig überzogen. Ich hielte es jedoch für zweckmäßiger, schon im vorhinein mehr Mittel einzusetzen als bisher.

Nun liegt ein Entwurf für ein Umweltschutzgesetz vor. Erlauben Sie mir dazu eine Frage: Lohnt sich der Aufwand überhaupt, wenn man bedenkt, daß das Land nahezu keine Umweltschutzkompetenzen hat und dadurch auch die vorgesehenen Gremien nur einen sehr beschränkten Wirkungsbereich haben werden?

Es wird hier – trotz der Eingrenzung im Paragraphen 2 – der Anschein erweckt, als könnte der

Landesgesetzgeber durch dieses Umweltschutzgesetz den ganzen Umweltschutzbereich umfassend beeinflussen beziehungsweise umfassende Maßnahmen treffen. Für meine Begriffe ist das aber nicht so!

Ich meine daher, man sollte versuchen, und es schiene mir auch sinnvoll, Kompetenzen im Umweltschutzbereich dadurch zu erreichen, indem man diese Frage in die sogenannten Staatsvertragsverhandlungen miteinbezieht.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf auch ein Wort zum Landesumweltschutzbeirat verlieren:

Hier sollte eine Regelung ähnlich wie beim Landeskulturbeirat getroffen werden. Im vorliegenden Entwurf werden die Fachleute für meine Begriffe zuwenig berücksichtigt. Außerdem sollten Bürgerinitiativen, die es zu verschiedenen Projekten ja bereits gibt, mit einbezogen werden.

Was den vorgesehenen sogenannten Umweltanwalt betrifft, müßte dieser nach dem Vorbild des niederösterreichischen Umweltschutzgesetzes, nämlich nach dem Paragraph 11 Absatz 1, automatisch Parteienstellung haben, allerdings mit der gleichzeitigen Möglichkeit, auf diese auch verzichten zu können.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, wenn das Amt der Landesregierung als Hilfsapparat für den Umweltanwalt eingesetzt wird. Dies kann oder muß sogar zu Konflikten beziehungsweise zu Überschneidungen zwischen Vollziehung und Kontrolle führen. Ein solcher Hilfsapparat müßte daher direkt dem Umweltanwalt und nicht der Landesregierung unterstellt sein.

Apropos Landesregierung: Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren, in der letzten Sitzung einen Brief des Müllkaisers Schöffel an die Bürgermeister gezeigt, in dem er behauptet: „Die notwendigen Bewilligungen“ – für Deponien nämlich –, „auf die wir einen Rechtsanspruch haben, liegen zum jeweils notwendigen Zeitpunkt immer vor.“

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat damals dazu gemeint: Davon könne nicht die Rede sein, derartige Zusagen gäbe es nicht.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie nun: Hat die Landesregierung den Herrn Schöffel aufgefordert, derartige Behauptungen zu unterlassen oder zu dementieren? Nichts dergleichen ist passiert. Daher stehen sie nach wie vor im Raum, und die Bürgermeister kennen sich nach wie vor nicht aus, wer da wirklich das Sagen hat, Herr Kollege Harmtodt. (Abg. Harmtodt: „Aber nicht die Bürgermeister!“) Eigenartigerweise, Herr Kollege Harmtodt, hat der Herr Schöffel dieses Rundschreiben ja nicht an alle Bürgermeister des Bezirkes Radkersburg gesandt. Warum wohl, Herr Kollege Harmtodt?

Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Was da im Fohnsdorfer Murwald und in Halbenrain geschehen ist und noch geschieht, strotzt nur so vor Ungereimtheiten, die wirklich raschest aufgeklärt werden müssen.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, sagen Sie den Bürgern dieser Regionen endlich klipp und klar, ob eine Deponie gebaut beziehungsweise erweitert wird oder nicht. Die Bürger warten darauf!

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich mich noch mit einem weiteren Kapitel beschäftigen,

das diese Budgetgruppe umfaßt, nämlich die Luft: Ich möchte auf die Situation der Grazer Luft eingehen:

Die Meßwerte, Erhebungen und Berechnungen während der letzten 20 Jahre zeigen eine stark abnehmende Tendenz der Luftbelastung durch Schwefeldioxid. Ausschlaggebend dafür waren sicher der zunehmende Fernwärme- und Erdgaseinsatz, die Schwefelgehaltssenkung der Heizöle, energiesparende Maßnahmen und Förderungsmaßnahmen seitens des Umweltschutzamtes der Stadt Graz.

Durch diese Maßnahmen ist es Schritt für Schritt zu einer Verbesserung der Grazer Luft gekommen, vor allem durch den forcierten Ausbau der Fernwärme.

Meine Damen und Herren, es muß jedem bewußt sein, daß ein solches Projekt nicht im stillen und heimlich realisiert werden kann, sondern daß damit auch umfangreiche Aufgrabungen verbunden sind. Dies wird wohl niemand leugnen können und wollen. Wir bekennen uns dazu, daß unser Stadtrat Peter Weinmeister für diese Aufgrabungen verantwortlich ist. Aber es geschieht endlich etwas Vernünftiges in dieser Stadt, und es geht in diesen Fragen endlich etwas weiter! Oder, meine Damen und Herren, würden Sie es für vernünftiger halten, den Ausbau des Fernwärmenetzes noch ein paar Jahre zu verschleppen und den Grazern damit noch ein paar Jahre mehr eine schlechte Luft zu bescheren?

Sehr geehrte Damen und Herren, seien wir doch froh, daß es Initiativen gibt, und werfen wir nicht jedem, der etwas anpackt und durchzieht, gleich Prügel in den Weg, nur weil – gerade in dem Fall in Graz – eine Wahl ins Haus steht.

Leider ist wegen der zunehmenden Kraftfahrzeugemissionen jedoch für die nächsten Jahre mit einem Ansteigen der allgemeinen Schadstoffbelastungen zu rechnen. Dieser unhaltbare Zustand ist in erster Linie auf die verfehlte Verkehrspolitik in Graz zurückzuführen. Seit Inbetriebnahme des Einbahnsystems in der Innenstadt ist nämlich verkehrsplanerisch so gut wie gar nichts geschehen. Der neue Smogalarmplan sieht nun die Einbeziehung von weiteren zwei Schadstoffen in die Meßergebnisse vor, nämlich Stickoxide und Kohlenmonoxide. Außerdem beinhaltet er eine der strengsten Grenzwertrichtlinien.

All diese Punkte, meine Damen und Herren – zunehmende Kraftfahrzeugemissionen, verfehlte Verkehrspolitik, erweiterte Messungen und niedrigere Grenzwerte –, können nun dazu führen, daß in der Landeshauptstadt noch in diesem Winter – noch in diesem Jahr – ein Smogalarm zu befürchten ist. Die strengen Richtlinien bringen aber auch uns Politiker in Zugzwang, beim Hauptverursacher der Luftbelastungen, dem privaten Verkehr – endlich ein Umdenken – und das ist das Wesentliche in diesen Fragen – einzuleiten. Und das, meine Damen und Herren, muß so rasch wie möglich zum Wohle unserer Menschen, unserer Bürger des Landes Steiermark, passieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, wir unterbrechen nun die Sitzung und nehmen sie pünktlich um 19 Uhr wieder auf. Der erste Redner nach der Unterbrechung ist der Herr Abgeordnete Bacher. (Unterbrechung der Sitzung von 18.30 Uhr bis 19 Uhr.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir lesen täglich in den Medien von den Problemen der Spitalsfinanzierung. Aber in einem Sozialstaat ist ein Krankenhaus beziehungsweise jede andere Institution und Leistung der medizinischen Betreuung und Versorgung eine Sozialleistung und daher nicht mit einem profitorientierten Unternehmen, wo man möglichst viel Gewinn erwartet, vergleichbar. Gerade im medizinischen Bereich sieht es bei der Kosten-Nutzen-Rechnung so aus, daß zwar die Kosten in harten Zahlen erfaßbar sind, der erfolgswirtschaftliche Nutzen nur schwer in Schilling und Groschen ausgedrückt werden kann. Meine Damen und Herren, es steht außer Diskussion, daß die Spitäler in den letzten Jahren einen starken Kostenanstieg verzeichnen, der auf die hohe Technisierung und den hohen Anstieg der Medikamentenkosten einerseits, aber auch auf den steigenden Personalbedarf andererseits zurückzuführen ist. Nun soll aber die Problematik nicht damit abgetan werden, es sei eben alles teurer geworden. Denn neben dem starken Kostenanstieg hat die Medizin in den letzten 20 Jahren auch einen spürbaren Wandel durchgemacht, der durch die steigende Nachfrage nach Krankenhausleistungen, die im wesentlichen zwei Ursachen hat, nämlich den medizinischen Fortschritt und die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft, gekennzeichnet ist. Der Nutzen der modernen Medizin liegt nicht nur im rechnerisch erfaßbaren ethischen Bereich, sondern auch in Bereichen, in denen sich zumindest theoretisch ein finanzieller Nutzen erreichen läßt. Zum Beispiel werden mehr Menschen als früher medizinisch betreut, weil zunehmend mehr Gewicht auf Präventivmaßnahmen, wie Vorsorgeuntersuchung, Mutter-Kind-Paß, betriebsärztliche Betreuung und so weiter, gelegt wird. Krankheiten und Leiden, die früher unweigerlich tödlich endeten, können behandelt werden, was speziell bei langwierigen und schwer heilbaren Krankheiten natürlich beträchtliche Summen verschlingt. Es hat sich auch in den letzten 20 Jahren ein völlig neuer Stand der medizinischen Betreuung ergeben. Inzwischen ist die Lebenserwartung gestiegen, und dadurch nehmen zwangsläufig die Alterskrankheiten zu. Die ärztliche Kunst entwickelt sich so rasch, daß in vielen Fachbereichen traditionelle und neu entwickelte Verfahren nebeneinander angewendet werden. Moderne Behandlungsmethoden und eine hoch entwickelte medizinische Technik sind zwar kostenintensiv, ersetzen aber in vielen Fällen langwierige und dadurch ebenfalls kostenintensive traditionelle Verfahren. Um den medizinischen, den medizinisch-technischen und den pharmakologischen Fortschritt zu erhalten und auszubauen, muß das einzelne Krankenhaus unter Berücksichtigung seiner Leistungsfähigkeit jene Kosten ersetzt erhalten, die bei sparsamer Wirtschaftsführung unvermeidbar sind. Daher statt Defizitabdeckung und pauschalierten Tagessätzen Leistungshonorierung mit differenziertem Leistungsentgelt. Die Mittelverteilung soll leistungsbezogen erfolgen. Viele Experten sind, wie wir wissen, auch der Meinung, daß eine weitere Verkürzung der Verweilzeiten auch bei uns vertretbar

sein müßte. Ein wichtiger Bereich der Gesundheitspolitik ist auch die Forderung der aktiven Gesundheitsvorsorge mit dem Ziel, jene Möglichkeiten zu verbessern, mit denen der Bürger selbst zur Gesundheit beitragen könnte.

Meine Damen und Herren! Zur Spitalsfinanzierung muß festgestellt werden, daß erst mit dem Eintritt der ÖVP in die Bundesregierung endlich eine Reform des Spitalswesens und der Gesundheitspolitik möglich ist. So gibt es bis heute noch kein gesamtösterreichisches Gesundheitskonzept. Zwar gibt es die Gesundheitspolitik der Länder. (Abg. Günther Ofner: „Das glaubst du doch selbst nicht!“) Herr Kollege Ofner, läßt du mich weiterreden? (Abg. Günther Ofner: „Das glaubst du doch selber nicht!“) Zwar gibt es die Gesundheitspolitik der Länder, Gemeinden und Krankenkassen, aber es gibt bis heute, Herr Kollege Ofner, noch keine gesamtösterreichische Gesundheitspolitik. Auch die Ausbildung der Ärzte ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Eine internationale Bestandsaufnahme zeigt, daß unsere Ärzteausbildung in Ländern wie den USA, Kanada und Japan nicht mehr anerkannt wird und daher in vielen westeuropäischen Staaten Zusatzprüfungen notwendig sind. In einer Rangliste der Ärztequalität, erstellt von der US-Kommission für ausländische medizinische Absolventen, steht Österreich weltweit an 79. Stelle hinter Ländern wie Südkorea, Nigeria oder Bangladesch. Neben diesen qualitativen Problemen im Bereich der Ärzteausbildung warten auch noch 3000 arbeitslose Jungärzte auf einen Ausbildungsplatz im Schnitt zwei bis drei Jahre. Trotz dieser Entwicklung, die sich über Jahre bereits abgezeichnet hat, meinte der ehemalige Gesundheitsminister Dr. Steyrer – die „Arbeiterzeitung“ berichtete am 24. August 1981 davon –, daß von einer drohenden Entwicklung in Richtung Medizinerschwenne keine Rede sein kann. Obwohl die Probleme der Spitalsfinanzierung bekannt waren und auch alle Regierungserklärungen seit 1970 die Ankündigung enthielten, daß dieses System auf ein leistungsorientiertes Spitalsfinanzierungssystem umgestellt werden soll, passierte trotzdem nichts. Erst mit Hilfe der ÖVP in der Bundesregierung wird es möglich sein, daß nicht mehr Spitalsdefizite abgedeckt werden, sondern es wird leistungsorientierte Zuschüsse geben. Dies bedeutet kostensparender wirtschaften, schrittweiser Abbau von Akutbetten und Rationalisierungsmaßnahmen. (Abg. Trampusch: „Herr Abgeordneter, ist das plötzlich Bundeskompetenz geworden?“) Es ist auch Bundeskompetenz. (Abg. Trampusch: „Ach so!“) Weil es eben seit Jahren keine gesamtösterreichische Gesundheitspolitik gab und damit die Finanzierung immer schwieriger wurde, hat der Steiermärkische Landtag vor zwei Jahren einstimmig die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft geschaffen. Diese Aufgliederung, meine Damen und Herren, war bereits der erste Solidaritätsbeitrag der Kollegenschaft in den Spitälern an das Land Steiermark und seine Bevölkerung. Daher hat auch die Null-Lohnrunde bei den 10.000 Bediensteten in den 21 Krankenanstalten eine Diskussion ausgelöst. Wir werden sie aber im Sinne gelebter Solidarität mittragen. (Abg. Günther Ofner: „Das müßt ihr mittragen!“) Dazu kommen aber noch Ankündigungen des Vorstandes, wie zum Beispiel Zusammenlegungen von Küchen, Schließung der Wäschereien in den Krankenanstalten, Vergabe von Reinigungsarbeiten an Privat-

firmen und so weiter. Vorübergehend sollen sogar Stationen überhaupt endgültig geschlossen werden. Hier, in diesen Fragen, wird auch die Belegschaft die Solidarität des Eigentümers brauchen, damit diese angeführten Vorhaben nicht alle Realität werden. Es wurde aber auch in der Steiermark damit begonnen, die Akutbetten zu reduzieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang das Landeskrankenhaus Stolzalpe erwähnen. Wir haben nach einem Strukturkonzept den Bettenbestand von 391 Betten auf rund 340 gesenkt. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang bei all denjenigen, die mitgearbeitet haben, daß unsere Bevölkerung auch im Bezirk eine interne Station endlich erhalten hat.

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang noch das neue AKH in Wien erwähnen: Symbol einer verfehlten Gesundheitspolitik. Es ist aber auch Beispiel für das Versagen der Kontrolle, verursacht durch die Identität zwischen politischer Macht und Kontrollinstanzen. Es ist aber auch Symbol für eine Verschwendungspolitik großen Stils. Diese Tatsache ist jedem klar, in welche verheerende Situation uns 16 Jahre sozialistische Alleinregierung im Bund gebracht haben. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Herrmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag! Werte Damen und Herren!

Meine erste Rede vor dem Landtag in der Gruppe 5 betrifft das Kapitel „Umwelt“, und hier den Ansatz 521, die Reinhaltung der Gewässer. Ich will hier nicht den Anschein erwecken, daß ein neuer Grüner in den Landtag einzieht (Abg. Kammlander: „Das wäre schön!“), doch für uns Sozialisten sind Umweltanliegen nichts Neues. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wage die Behauptung, daß gerade wir Sozialisten die ersten Grünen waren (Abg. Ing. Stoisser: „Frau Kammlander, er macht Ihnen Konkurrenz!“), denn Umweltanliegen sind für uns nicht neu und wurden immer vorrangig behandelt.

Ich möchte hier aufzeigen, wie wir durch unser Verhalten und durch Modetorheiten uns bald selbst umbringen. Nur, weil es momentan „in“ ist, alles chemisch rein – also die normale Waschmaschine genügt ja nicht mehr – zu haben, und weil es derzeit „in“ ist, mit ausgewaschenen Jeans zu gehen, muß ein Teil unseres Flusses, die Lafnitz, sterben. Die Mode ist schnelllebig, doch die Umweltschäden sind von langer Dauer. Ich möchte auch aufzeigen, daß wir als Gemeindevertreter mehr Unterstützung der Behörde benötigen.

Der Firma Höfler Ges. m. b. H. in Lafnitz wurde mit Bescheid des Landeshauptmannes vom 23. Juli 1986 die wasserrechtliche Bewilligung zur Einleitung von Kühlwässern, Abwässern und Rückspülwässern in den Unterwasserkanal eines E-Werkes, welcher nach zirka 400 Metern in die Lafnitz mündet, befristet bis 31. Dezember 1988 gewährt. Die Befristung erfolgte deshalb, da wir bis zu diesem Zeitpunkt unseren Kanal fertig haben.

Am 17. Jänner 1987 wurden eine starke Verunreinigung des Kanals sowie tote Fische entdeckt. Die Gendarmerie nahm daraufhin Wasserproben, welche

vom Referat für Gewässeraufsicht und Gewässerschutz untersucht wurden. Am 19. Jänner, also zwei Tage später, wurden von Bediensteten des vorgenannten Referates Wasserproben entnommen und auch der Kanal untersucht. Es wurde eine völlige Verödung der Lebensgemeinschaft des Gewässergrundes festgestellt. Die Laboruntersuchungen ergaben, daß fischgiftige Substanzen vorhanden waren und sind. Die Versuchsfische waren nach zwanzigminütigem Aufenthalt in Wasserproben verendet. Die Textilwaschwässer waren organisch sehr stark verschmutzt, und die Reinigungswässer wiesen eine starke Konzentration an Perchloräthylen auf. Bescheidmäßig dürfte die Konzentration nur ein Mikrogramm pro Liter Perchlor betragen. Bei den Proben wurde aber eine Konzentration von sage und schreibe 8770 Mikrogramm pro Liter festgestellt, wobei noch eine Einleitmenge von 1,5 Sekundenliter festgestellt wurde. Die Konzentration hat also das Neunzigfache überschritten. Wenn ich das nun auf acht Stunden pro Tag hochrechne, so wären das 40 Dekagramm Perchlor pro Tag, die in unsere Lafnitz eingeleitet wurden. Da Perchlor schwerer ist als Wasser, muß mit einer extremen Gefährdung des Grundwassers gerechnet werden. Ein in der Nähe liegender Badensee wird mit diesem Grundwasser gespeist! Eine Mülldeponie kann man ausbaggern, aber unsere Lafnitz-Auen nicht. Gerade unsere Lafnitz-Auen sind noch ein naturbelassenes Gebiet, wo seltene Vögel brüten und seltene Pflanzen wachsen. Normalerweise gehört dieses Gebiet in den Naturschutz versetzt. Um diese Auen zu schützen, wurden als sofortige Aktivitäten der Gemeinde die Abwässer dem Abwasserkanal und einer Klärung zugeführt. Wie wir feststellten, wäre dann die Kläranlage bald umgekippt, und es mußte wieder in den Fluß eingeleitet werden.

Dies kann meiner Meinung nach nicht zielführend sein, da eben auch die Bakterien einer biologischen Kläranlage verenden müssen, wenn sogar Fische und Kleinlebewesen verenden. Da diese Verunreinigung nun fast schon ein Jahr andauert, erwarten wir eine Hilfe der Behörde. Die Behörde hat – lobenswert – sehr rasch reagiert und die Verschmutzung festgestellt, aber sichtbare Konsequenzen konnte die Bevölkerung nicht feststellen, denn man kann noch immer eine sichtbare Verschmutzung feststellen, und zwar die Blaufärbung, die eben durch die Jeansauswaschung erfolgt. Eine wirksame Abhilfe würde eine Entsorgung des Perchlors und der anderen Verunreinigungen nur durch Absetzbecken oder andere technische Einrichtungen am Firmengelände schaffen. Diese Investitionen würden aber die Firma in finanzielle Schwierigkeiten bringen, und wir brauchen jeden Arbeitsplatz, da unser Ort erst 1986 150 Arbeitsplätze verloren hat. Wir kämpfen daher auch im Bezirk Hartberg um jeden Arbeitsplatz. Eine wirksame Hilfe kann meiner Ansicht nach nur durch Zurverfügungstellung von Mitteln aus der Abwasserbeseitigung erfolgen, zumal diese Liegenschaft meines Wissens noch immer im Besitz des Landes ist.

Meine Damen und Herren! Geschehen muß etwas, denn wenn wir uns selbst vergiften, dann brauchen wir keine Arbeitsplätze und auch keine stonewashed Jeans.

Ich danke den anderen Fraktionen, daß es nicht so viele Zwischenrufe gegeben hat. Ich weiß, daß ich nur

für diese eine Rede Schonfrist hatte. (Beifall bei der SPÖ.)

Mein Dank und meine Anerkennung gebühren aber den Damen zu meiner linken Seite, die in einer lobenswerten Ausdauer unsere mehr oder minder wichtigen Reden zu Papier gebracht haben. Ihnen gebührt ein Applaus. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter, wenn Sie solche Reden halten, sind Sie unserer Schonfrist bis zum Ende Ihrer Tage sicher. Das war eine großartige Rede für die Lafnitz, und ich habe mit Begeisterung gesehen, wie Ihnen selbst der Herr Abgeordnete Gennaro Beifall gespendet hat. Er hat sein grünes Herz entdeckt.

Eine Tagesordnung und eine Ordnung des Budgets, die Umwelt und Spitäler vermischt, zwingt mich, von den Kläranlagen zu einer Aufklärungsanlage zu kommen. Ich rede zu den Spitälern:

Wir haben seit vielen Jahren hier gemeinsam um die Lösung der Spitals-Ges. m. b. H. gerungen. Mir geht es heute allerdings so wie einem Ringer, der in den Ring steigt, und der Partner ist weg.

Es ist der Herr Landesrat Heidinger nicht mehr da, aber es ist ein anderer Partner gekommen, der nach seinen Aussagen allerdings den „Kampf“ zu einem Paarlaufen machen möchte, wozu ich mich gerne bereiterkläre. Wobei ich nicht sagen will, daß das Ringen in der Vergangenheit schlecht war: Wir haben mit dem Herrn Landesrat Heidinger durchaus faire Kämpfe gehabt. (Landesrat Dr. Klausner: „Ich bleibe Ihnen erhalten!“) Ja, danke vielmals. Sie waren immer ein sehr beachtenswerter Coach im Hintergrund, Herr Landesrat. Es hat hier und da ein bißchen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Coach und dem Ge-coachten gegeben. (Abg. Trampusch: „Sie wollten immer die Regeln fürs Ringen bestimmen, und das geht nicht!“) Nein, nein, ich unterwerfe mich gern. Aber ich glaube nur, daß der Coach natürlich rascher die Umstellung mitvollzogen hat, weil er ja bei der ursprünglichen Form des Spitalswesens nur einmal pro Jahr coachen konnte, nämlich beim Budget, während er jetzt zum Dauercoach geworden ist. Da verstehe ich schon, daß er die Lösung schneller goutiert hat.

Herr Landesrat Heidinger hat nach anfänglichen skeptischen Äußerungen und doch nicht immer ganz übereinstimmenden Meinungen mit der Gesellschaft – um es vorsichtig zu formulieren – zum Schluß bei seiner Verabschiedung im Krankenhaus, wo ich zugegen war, immerhin gesagt: „Na ja, ich nehme zur Kenntnis, diese Gesellschaft existiert, und sie wird bleiben, und ich wünsche ihr alles Gute“. Er hat mit einem Wort akzeptiert, daß sie Tritt gefaßt hat. Das ist nach Jahren des Kämpfens und Stürmens ein ganz beachtlicher Fortschritt.

Ich möchte sagen, daß der Fortschritt auch nicht unbegründet ist. Herr Landesrat, Sie erleben das ja genauso hautnah wie ich. Es hat sich einfach gezeigt in

diesen zwei Arbeitsjahren, daß es der Gesellschaft gelungen ist, den primären Auftrag, nämlich den Abgang zu konsolidieren, daß diese Abgangskonsolidierung gelungen ist. Ich habe leider nicht die Zahlen, die wir eigentlich haben möchten, die abgeklärten Zahlen zwischen der Rechtsabteilung 12 und der Gesellschaft. Es hat einige Gründe, warum die noch nicht vorliegen. Aber ich habe mir einfach herausgeschrieben die Aufwendungen des Landes für die Spitäler in den letzten Jahren. Ich möchte Ihnen das an Hand eines Schaubildes zeigen, das doch recht eindrucksvoll ist. Hier haben Sie einen Knick, das war der KRAZAF in seiner Wirksamkeit im Jahre 1979, und dann ist es einfach immer gestiegen und gestiegen, die Abgänge bis zum Jahre 1985 auf eine Höhe von 1,42 Milliarden. Ich rechne immer den Gesellschafterzuschuß, die Aufwendungen für den KRAZAF und die Investitionsmittel zusammen, also alles, was das Land eben für seine Spitäler aufwenden mußte. (Abg. Spöner: „Ist das das neueste? Sie haben jedes Jahr eines!“) Das ist das allerneueste! Brandneu! (Abg. Trampusch: „Der Herr Landeshauptmann verwendet immer kräftigere Farben!“) Da hier haben die Herren in der Gesellschaft anfangen müssen, indem sie einmal gleich am Anfang viel weniger Geld bekommen haben. Das war der Beginn im Jahre 1986. Es ist dann angestiegen im Jahre 1987 auf 1,48 Milliarden Schilling und ist jetzt für das Jahr 1988 – und das finde ich beachtlich – auf 1,35 abgesunken. Das heißt zu deutsch, der Zuschuß des Landes für die Spitäler ist im Jahre 1988 derselbe wie im Jahr 1984. Jetzt frage ich Sie, zeigen Sie mir einen einzigen Betrieb des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der nicht als gewinnbringender Betrieb zu führen ist, wo Sie sagen können, Sie haben im Jahre 1988 die gleiche Höhe des Zuschusses wie im Jahr 1984. Ich halte das für ein sehr beachtliches Ergebnis und glaube, man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Gesellschaft damit Tritt gefaßt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte nicht verhehlen, daß das nicht ausschließlich die Frucht eines sparsamen, vorsichtigen Wirtschaftens war, sondern auch auf der Einnahmenseite die Gunst der Stunde, die Einnahmen sind um etwa 4,75 Prozent gestiegen, während die Abschlüsse beim Personal niedriger, bis jetzt zur Null-Runde, waren, was sicher der Gesellschaft zugute kommt. Andererseits hat die Gesellschaft sehr gut verhandelt in jenen Bereichen, wo man noch verhandeln kann, nämlich Ambulanzgebühren einerseits und mit den Zuschußkrankenkassen, so daß auch diese Einnahmensteigerungen letztlich auf das Geschick der Gesellschaft zurückzuführen sind. Und die 50 Schilling pro Tag Selbstbehalt sind natürlich auch etwas, was die Gesellschaft freut und ihre Einnahmensituation verbessert.

Nur muß man dabei eines beachten, daß mit diesen praktisch gleichbleibenden Zuschüssen eine ganze Reihe von Verbesserungen einhergehen und eine ganze Reihe von neuen Kostenaufnahmen, die beachtlich sind. So müssen Sie bedenken, daß die Gründungskosten da drinnen stecken. Die Gesellschaft hat das Pestalozziheim angekauft, hat es saniert, es ist alles in diesem Zuschuß drinnen. Also ein bleibender Wert für das Land, Eigentümer ist ja das Land. Die Gesellschaft hat eine EDV-Anlage gekauft und das ganze

System innerhalb eines halben Jahres auf EDV umgestellt. Auch eine beachtliche Leistung. Es wurde der Vollbetrieb Deutschlandsberg aufgenommen. Das geht auch zum Teil noch in dieser Rechnung auf. Und wer die „Koralmbank“ kennt, weiß, daß sie nicht die billigste in der Steiermark ist. Deutschlandsberg ist ein Krankenhaus, das sehr große Leistungen erbringt, daher aber auch teuer ist. Rottenmann II ist in Betrieb gegangen, also auch eine Betriebsführung, die zusätzliche Kosten erfordert. Und die ärztliche Versorgung ist ganz allgemein verbessert worden. In den Standardkrankenhäusern sind jetzt vier Ärzte statt drei. Die Nachtdienste wurden verbessert. 167 Dienstposten sind zusätzlich geschaffen worden, um das ärztliche und medizinische Personal zu erhöhen. Heuer werden noch 82 Turnusärzte dazukommen, weil wir bekanntlich den Bettenschlüssel auf 1 zu 15 erhöht haben. Das alles zu einem relativ gleichbleibenden Betrag, den wir zuschießen müssen. Die Gesellschaft hat auch Einkäufe im medizinisch-technischen Bereich getätigt, die beachtlich sind: Den Kernspintomograph in Graz, weiter den neuen, soeben in der Nervenambulanz installierten „Single-Photon-Emission-CT“. Weiters den CT in Leoben, eine beachtliche Zusatzleistung für dieses Schwerpunktspital. Kirner weiß das, und eine Reihe neuer Leistungen.

Was will ich damit sagen? Man kann der Gesellschaft nicht den Vorwurf machen, daß sie nur gespart hat, sondern sie hat neben dem Konsolidieren auch immer wieder den Auftrag ernstgenommen, die medizinische Versorgung für die Steirerinnen und Steirer zu verbessern. Das ist ihr auch gelungen. Immerhin ist jeder sechste Steirer im vergangenen Jahr stationär und jeder dritte Steirer ambulant behandelt worden: Eine enorme Nachfrage nach ärztlicher Versorgung, die hier erfüllt worden ist. Es gibt auch Konzepte, die sich sehen lassen können. Es ist ein Gynäkologiekonzept da, es ist ein Strukturkonzept der Stolzalpe da, dies hat der Herr Abgeordnete Bacher schon erwähnt, es ist das Psychiatriekonzept da, es ist das Pulmologiekonzept erstellt worden, alles in diesen zwei Jahren, und es ist ein Wäschereikonzept in Ausarbeitung, das nicht unbestritten ist und wo es noch einige Kämpfe geben wird zwischen Vorstand und Betriebsrat. Wobei ich sagen will, daß nach den anfänglichen, ganz schwierigen Situationen, die es zwischen Vorstand und Betriebsrat gegeben hat, beide Parteien offenbar lernen, miteinander umzugehen. Ich muß mich herzlich bedanken sowohl beim Vorstand als auch bei den Betriebsräten, vor allem beim Vorsitzenden Fischer und bei Scherübl, daß sie nunmehr in einer verständnisvollen Weise versuchen, die immer wieder auftretenden Probleme zwischen einer aktiven Gesellschaft und einem Betriebsrat, der seine Belegschaft ordentlich vertreten will, daß diese Probleme nunmehr in einem zunehmenden – wie ich glaube – Klima des Konsens ausgehandelt werden. Ich möchte auch anmerken, daß die Gesellschaft politisch gelernt hat. Am Anfang war es manchmal so, daß ich den Eindruck gehabt habe, der eine oder andere Vorstand prescht einmal vor, will irgendetwas zusperrern und erwartet dann von den Politikern, daß sie das Pratzerl darüberhalten über diese ganze Angelegenheit. Wir haben dann klargestellt, daß die Spitalsgesellschaft eigentlich nicht so gemeint war, sondern daß der Vorstand in eigener Verantwortung Vorschläge macht, für die er

dann auch geradestehen muß. Auch hier ist umgedacht worden.

Ich würde nicht anstehen zu sagen, das alles ist ein erster Schritt. Ein erster Schritt, daß man einen 5,6-Milliarden-Betrieb mit 10.000 Betten nicht in Form der Kameralistik führt, sondern betriebswirtschaftlich. Das halte ich für gut und richtig. Ich möchte nicht sagen, daß alles schon gelöst ist. Im Gegenteil, wenn Sie die KRAZAF-Lösung anschauen, ist sie ein zitterndes Glück. Es wiederholt sich alle paar Jahre, daß man nicht weiß, ob diese Konstruktion noch hält. Werden wir draufzahlen? Bekommen wir etwas? Einstweilen ist der KRAZAF für uns ein Segen. Wir wenden heuer etwa 183 Millionen Schilling vom Land auf, bekommen aber über 680 Millionen Schilling zurück. Also ein Segen für uns, und Gott sei Dank existiert das. Aber ob der Segen in der Form weiterbestehen wird auch über die Zeit hinaus, für die er nunmehr beschlossen wurde, weiß man nicht.

Ein ebenso zitterndes Glück sind die Sondergebühren. Wenn Sie sich den Wirtschaftsbericht der Gesellschaft anschauen, gehen sie zurück. Das Sondergebührenaufkommen nimmt ab; überhaupt kein Zweifel, warum, weil halt Leute es sich nicht mehr in derselben Weise leisten können, eine Zusatzversicherung zu haben. Es ist für einen Drei-Personen-Haushalt sehr belastend, 1200 bis 1300 Schilling monatlich für eine Zusatzversicherung zu bezahlen, und es gibt Austrittswellen, die uns nicht sehr nützen und wo wir auch sagen müssen – das ist ein Aufkommen, ich glaube, von etwa 320 Millionen Schilling –: Na, wenn das ein bißchen ins Wackeln kommt, schaut die Finanzierung auch nicht rosig aus.

Schwierigkeiten wird es sicher auch mit der Harmonie mit den Kliniken geben. Es gibt hier die Forderung einer eigenen Klinikergesellschaft. Die Kliniken selber haben anspruchsvolle Programme für die Zukunft. Werden sie auch haben müssen, weil der Herr Abgeordnete Bacher mit Recht gesagt hat, daß hier die medizinische Forschung nicht immer den internationalen Ruf genießt, den wir gerne hätten, und daß hier die neuen Berufungen – vor allem Professor Krejs – sehr darauf bedacht sind, den Ruf der Grazer Fakultät in der medizinischen Forschung zu mehren und zu verbessern. Wir hören das gerne, nur, das kostet Geld – ganz schlicht gesagt. Wenn mehr geforscht werden soll, muß es mehr Forscher geben, und es muß mehr Zeit für die Forschung geben; dann gibt es weniger Zeit für die Bettenbetreuung, und irgendwer muß das zahlen. Nachdem wir wissen, wie der Bund mit seinen finanziellen Mitteln umgeht, können wir uns schon denken, an wem das letztlich wieder hängenbleibt. Ich meine daher, daß man sich ernste Gedanken über die Zukunft der Finanzierung der Spitäler machen muß, und ich stehe nicht an zu sagen: Ich bin auf der einen Seite durchaus froh, daß die Gebietskrankenkasse in der Steiermark eine relativ hohe Deckung vornimmt. Wir liegen bei etwa 60 Prozent. Das ist im Vergleich beispielsweise zu Kärnten viel. Nur, wenn man genau hinschaut, sind natürlich unsere Pflegegebührensätze extrem niedrig. Die liegen erheblich unter dem österreichischen Durchschnitt. Würde ich nur den Kärntner Satz nehmen, wäre die Deckung schon erheblich unter 50 Prozent. Das heißt also, so gut, wie es zunächst auf den ersten Blick ausschaut, ist es gar nicht. Dazu

kommt, daß wir uns halt Jahr für Jahr ärgern – und ich sage es noch einmal –, wenn dann 100, 200 Millionen Schilling von den Gewinnen der Gebietskrankenkasse nach Wien transferiert werden, weil wir sagen: „Ja, bitte schön, von unseren Arbeitnehmern bezahlt; wieso geht das nicht in unsere Spitäler, sondern woanders hin? Wieso wird das als Gewinn gehortet?“ Also das sind Dinge, über die wir auch nicht glücklich sind.

Dazu kommt, daß ich glaube, daß das jetzige System der Sozialversicherung, genauer der Krankenversicherung, noch nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wenn Sie sich die Steiermark anschauen, ganz besonders nicht. Ich danke dem Abgeordneten Rainer für das Büchlein über die Sozialversicherungsstatistik. Ich habe ein bißchen drin geblättert und festgestellt, daß wir in der Steiermark elf Krankenversicherungsträger haben. Elf Stück, davon allein sieben Betriebskrankenkassen mit Mitgliedern bei ungefähr 1800 bis 18.000. Also ganz winzige Kassen. Daß das natürlich nicht gescheit ist und es gescheiter wäre, man würde die Krankenkassen verändern und gleichzeitig vereinheitlichen, scheint mir logisch, aber ich weiß ganz genau, welches heißes Eisen ich da angreife. Nur, à la longue kann ich mir, ehrlich gestanden, kaum vorstellen, daß da ein Weg vorbeigeht an der Zusammenlegung. Denn, bitte, die überflüssigen Verwaltungskosten, die bei den insgesamt elf Krankenversicherungsträgern anlaufen, können auf die Dauer nicht bestehen bleiben. (Abg. Rainer: „Ich teile vollends deine Meinung bis zu einem gewissen Grad. Bei den Verwaltungskosten sind die Betriebskassen momentan noch im gewaltigen Vorteil. Momentan noch. Wenn es nicht so bleibt, dann stellt sich die Frage!“) Ja, nur, nicht böse sein. Wenn ich elfmal Verwaltungspersonal bezahlen muß, Abrechnungen, Kontrollen und so weiter durchführen, ist das immer teurer, selbst wenn ich extrem günstig liege, als wenn ich es einmal mache. Ich weiß, auf was ich da hinsteuere, und ich weiß genau, daß das weder hier noch dort immer auf Gegenliebe stößt, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß wir es à la longue vermeiden können.

Und ein Zweites: Es wird jetzt bei der Reform des KRAZAF sehr viel von einem neuen System der Leistungsbeurteilung geredet – auch der Abgeordnete Bacher hat das gesagt –, codierte Diagnose heißt das, kommt aus den Vereinigten Staaten und ist sehr kompliziert. Dort haben sie, glaube ich, zehn Jahre an dem System getüftelt. Ich bin nicht sicher, ob wir das innerhalb eines Jahres – denn, bitte, im Juli 1988 sollen wir damit beginnen – hinbekommen werden, und ich frage mich, ob es nicht möglich wäre, zunächst einmal ein viel simpleres System anzuwenden. Nämlich die Beträge, die wir von den Kassen kriegen, als Topf herzunehmen, sie der Krankenanstalt zu geben und auf ihre Verantwortung hin verbrauchen zu lassen. Ob das jetzt KRAZAF ist oder Gebietskrankenkasse oder was auch immer, denn das zwingt natürlich den Rechtsträger, sparsam zu sein. Wenn er weiß, er bekommt ein bestimmtes Ausmaß an Mitteln, die bestenfalls nach einem Index erhöht werden, dann wird er damit sparsam umgehen und sich genau überlegen, ob er nicht da und dort etwas einspart, dafür da und dort bei Spitzenleistungen großzügiger ist und so weiter. Ein Vorschlag, der nicht von mir kommt, den der Abgeordnete Loidl schon vor Jahren einmal

gemacht hat, als er in der Gebietskrankenkasse saß und gesagt hat: „Ja, wozu brauchen wir denn diese riesigen Aufwendungen für die Zurechnung und Kontrolle jeder Leistung?“ Und das ist ja tatsächlich immer ein ausgesprochen kompliziertes Unternehmen, festzustellen: „Sonographie, das sind soundsoviele Schillinge, und LT, das sind soundsoviele Schillinge“. Das wird genau geprüft. Aber dann schaue ich mir einmal an, ob der Arzt nicht in seiner Verantwortung sagen kann: „So, und jetzt mache ich dreimal Sonographie, damit das herinnen ist, was ich mir als kostendeckende Versicherungsleistung vorstelle“. Alles, was von oben verordnet wird in der Wirtschaft, ist problematisch. Das alles könnten wir uns ersparen, wenn das in die Verantwortung der Gesellschaft käme, und ich bin überzeugt, daß auf die Art und Weise ein sehr interessanter Einsparungseffekt erzielt werden könnte. Ich würde daher vorschlagen: Vereinheitlichung und Verländerung der Krankenversicherung und globale Mittelzuweisung statt dieses komplizierte, aufwendige, kontrollierende und meines Erachtens in Summe nicht sehr effiziente System, das wir gegenwärtig haben. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort.

Abg. Zellnig: Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat jetzt vom Kranksein und Krankenhaus gesprochen; ich möchte ebenfalls zum kranken Wald hier einige Worte kundtun. Sehr geehrte Damen und Herren, schon vor längerer Zeit sind das Waldsterben und die Luftverschmutzung, durch die der Wald stirbt, eigentlich ein bißchen in den Hintergrund geraten. Es sind noch einzelne Meldungen festzustellen, aber die Horrormeldungen, die zur Feststellung des Waldsterbens geführt haben, haben jedenfalls nachgelassen.

Ich habe heute den neuesten Bericht der Forstinventur hier, weil der Bund auf Grund des Forstgesetzes jährlich eine Waldzustandsinventur durchführen muß. Diese bezieht sich seit einigen Jahren auf den Kronenzustandsbericht der Probestämme.

Im Jahre 1987 haben 48 Spezialisten auf 2273 Probestämmen den Kronenzustand von 73.522 Probestämmen in Österreich beurteilt. Das sind gegenüber dem Jahr 1986 um 436 weniger Bäume. In der Steiermark, sehr geehrte Damen und Herren, gibt es 542 Dauerbeobachtungsflächen mit 16.491 Probestämmen laut Stand August 1986.

Das Erfreuliche in dieser Entwicklung ist, daß der Waldzustand sich gegenüber dem Inventurjahr 1986 leicht verbessert hat. 66,5 Prozent der beurteilten Bäume haben direkte und dichte Benadelung sowie Belaubung aufzuweisen. Das ist eine Verbesserung gegenüber dem Jahr 1986 um 3,5 Prozent. 30 Prozent haben schwache Kronenverlichtungen, das ist eine Verbesserung um 2 Prozent, und 3,5 Prozent haben mittlere und starke Kronenverlichtungen, das ist eine Verbesserung um 1,5 Prozent. Die Steiermark liegt im Bundesdurchschnitt im vorderen Drittel. Keine Schäden weisen in der Steiermark 84 Prozent unserer gesamten Waldfläche auf, im Bundesdurchschnitt sind dies 75 Prozent. Schwache Schäden weisen in Steier-

mark 15 Prozent der Gesamtfläche auf, Bundesdurchschnitt 21,5 Prozent, mittlere, schwere und starke Schäden 1 Prozent, Bundesdurchschnitt 3,5 Prozent.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was ist die Ursache dieser leichten Verbesserung des Waldzustandes? Ich bin davon überzeugt, daß die von Bund und Land gesetzten gesetzlichen Maßnahmen sicherlich zur Verbesserung der Luft beigetragen haben. Wir wissen, der Schwefelgehalt konnte gesenkt werden. Keine Fortschritte gibt es bei den Stickoxiden, aber das wesentliche Faktum der Verbesserung des Waldzustandes kommt von der Natur. Das Jahr 1987 war ein niederschlagsreiches Jahr. Unser Wald wurde ausreichend bewässert. Dadurch erholten sich ganz besonders die Fichten- und Tannenbestände. Die Laubbäume – und das ist irgendwie interessant – konnten daraus keinen Nutzen ziehen, im Gegenteil, bei den Laubbäumen setzen das Waldsterben und die Krankheiten verstärkt ein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie setzen sich die Waldschäden in unserem Wald zusammen? Schäden durch Luftverschmutzung weisen 698.000 Hektar auf, das sind von der Gesamtfläche 18,1 Prozent, Insektenschäden 5,8 Prozent, Schäden durch Schnee und Raufrost 4,2 Prozent, Pflanzen- und Pilzschäden 4,1 Prozent, aktuelle Wildschäden 3,4 Prozent, Sturmschäden 3 Prozent, Schäden durch Weidevieh 1,7 Prozent. Daraus ersehen wir, daß auf einer Fläche von 855.000 Hektar, das sind 55,1 Prozent des Gesamtschadens der Schadenfläche im Wald, der Schaden nicht auf Luftverschmutzung, sondern auf den natürlichen Schaden zurückzuführen ist. Wir wissen schon, daß die neuen Technologien der Holzwerbung, ja auch in der Rückung, zum Beispiel Seilwinde, Knickschlepper, sicherlich auch wesentlich zu dieser Verschlechterung beitragen. Und wesentlich erscheint mir auch der Überbestand des Wildes. Sehr geehrte Damen und Herren, es wäre falsch, auf Grund des jetzt vorliegenden Waldzustandsberichtes zu glauben, wir halten das Waldsterben auf. Nein, im Gegenteil. Wir müssen uns bemühen, daß der Wald weiterhin gesund bleibt. Wir brauchen den Wald im Interesse des Menschen und auch des Waldes. Wir brauchen den Wald aus wirtschaftlichen Gegebenheiten. Wir müssen uns um die Gesundung bemühen, daß der Wald seine Schutz- und Wohlfahrtsfunktion weiterhin erfüllen kann. In diesem Sinn ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Schwab hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte die Gruppe 5 nicht vorübergehen lassen, ohne auch einige Anmerkungen zu aufgeworfenen Fragen aus der Sicht der Landwirtschaft zu machen. Es gibt zwei neue Aktivitäten, die durchaus hoffnungsvolle Ansätze bringen und die man auch erwähnen soll. Zum einen, es gibt ein eigenes Flächensicherungsprogramm, und zum zweiten, es gibt eine neue Aktivität, und zwar die Umweltberater für die Steiermark.

Ich möchte aber vorher einige Sätze zur Kollegin Kammländer sagen, die auch Fremdenverkehr, Schipisten erwähnt hat, von kahlen Schipisten gesprochen

hat. Ich stehe nicht an, auch zu sagen, daß natürlich dort und da Fehler beim Anlegen der Schipisten passiert sind, wenn sie horizontal angelegt wurden. Wenn man diese Schipisten aber schleifenförmig baut, dann ist zwischendurch immer wieder ein großes Stück Wald, das in der bewährten Schutzwirkung auch hier voll die Funktion erfüllt. Ich würde aus unserer Sicht sagen, ich spreche hier von der Dachstein-Tauern-Region im wesentlichen, daß ein Teil der Waldfläche ganz einfach einer neuen Funktion zugeführt wurde, im Winter für den Fremdenverkehr, von dem unsere Region lebt, der den Menschen bei uns Beschäftigung und Brot gibt, und im Sommer erfüllt diese Fläche, die sauber begrünt wurde, es ist sehenswert bei uns am Hauser Kaibling und auch auf der Planai, wo im unteren Bereich der Planaiabfahrt die dort ansässigen Bergbauern sogar mähen, und ansonsten mit diesen Schipisten zusätzlich Weideflächen zur Verfügung stehen für das Jungvieh, für die Schafhaltung und auch für das Wild. Das möchte ich nur anmerken.

Zum Flächensicherungsprogramm, weil der Kollege Weilharter auch gemeint hat, er sitzt da hinten, so pauschal, es gibt kein Geld im Umweltbereich. Das ist völlig falsch, du darfst nicht nur die Ansätze der Gruppe 5 hernehmen. Es gibt auch in der Gruppe 7 einen Ansatz von 250.000 Schilling für dieses Flächensicherungsprogramm, und diese 250.000 Schilling werden ergänzt um weitere 250.000 Schilling aus dem Landschaftspflegefonds. Also stehen für das Jahr 1988 insgesamt 500.000 Schilling zur Verfügung. Was ist dieses Flächensicherungsprogramm? Mittels des Flächensicherungsprogrammes soll die rechtzeitige Erhaltung artenreicher Biotope in der ursprünglichen Flora und Fauna ermöglicht werden und gleichzeitig einer fortschreitenden naturräumlichen Verarmung bestimmter Regionen entgegengewirkt werden. Zu dem Zweck ist vorgesehen, im Wege von Privatverträgen den Eigentümern dieser Flächenarten eine bestimmte, im Sinne der Erhaltung gewünschte und zu vereinbarenden Bewirtschaftungsform durch Prämien abzugelten. Und ich sage durchaus, wir sind aus der Sicht der Landwirtschaft bereit, in dieser Frage mit allen jenen zu verhandeln, die Achtung und Respekt vor dem Eigentum haben.

Zur zweiten Geschichte einige wenige Sätze. Es ist eine neue Initiative der Landwirtschaftskammer und des Landwirtschaftlichen Fortbildungsinstitutes, die Sache mit den Umweltberatern. Wir haben hier 20 hochqualifizierte, gut ausgebildete Leute, Abgänger von unseren höheren Bundeslehranstalten, zum Teil haben sie auch das pädagogische Seminar in Wien-Ober St. Veit absolviert, die derzeit arbeitslos sind. Die Arbeitsmarktverwaltung hat in dankenswerter Weise die Ausbildungskosten übernommen. Dieser Ausbildungskurs wurde Montag dieser Woche am Raiffeisenhof gestartet, und diese 20 Leute sind jetzt bis 6. Februar 1988 in Ausbildung. Sie werden dann in Pilotprojekten in der Steiermark eingesetzt werden, zum ersten im Bezirk Leibnitz zwei Teams zu je zwei Personen, und zwar im Zusammenhang mit der Verbesserung der Boden- und Grundwasserverhältnisse.

Ich gehe nicht eigens auf das Nitratproblem ein, das, bitte – man muß das sehr deutlich sagen –, nicht nur ein Problem der Landwirtschaft ist, sondern auch ein Problem der Gemeinden und mancher ungelöster Fra-

gen im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung. Ein Teil dieser Umweltberater wird im Bezirk Radkersburg für Düngungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen eingesetzt, ein Teil wird für Umweltschutz am Bauernhof in zwei Gemeinden der Bezirke Hartberg und Felzbach eingesetzt, und einige Leute werden mit der eigenen Erstellung eines Pflanzenschutzmittelauswahlprogrammes für den Ackerbau über den Einsatz von PTX betraut. Das nur kurz zur Erläuterung. Eine wichtige Sache, die ohne Mithilfe – ich sage es noch einmal – der Arbeitsmarktverwaltung, des Umweltfonds im Land Steiermark und der Landwirtschaftskammer nicht verwirklicht werden könnte.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich eines sehr deutlich sagen: Der Bedarf an gesunder Umwelt im weitesten Sinn des Wortes ist beinahe unbegrenzt. Es muß daher auch eine Aufgabe besonders der Agrarpolitik, aber auch von uns allen sein, der Gesellschaft begreiflich zu machen, daß im Produzentenpreis für unsere agrarischen Produkte die Arbeit der Bauern nicht nur für die Erzeugung dieser Produkte, sondern auch für den Aufwand zur Umwelterhaltung abgedeckt sein muß. Lebensmittel, meine Damen und Herren, können importiert werden, eine gesunde, lebenswerte Umwelt aber muß an Ort und Stelle erhalten und gestaltet werden. Das wollte ich anmerken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich nehme mir nicht heraus, den Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher zu belehren, aber ich möchte vielleicht nur einige Dinge klarstellen aus der Sicht – wenn Sie es so haben wollen – eines verantwortungsvollen Funktionärs, der auch das Glück hat, in der Gebietskrankenkasse tätig zu sein. Herr Abgeordneter, diese Diskussion habe ich früher immer von der Zuhörertribüne mitverfolgt. Im letzten Jahr waren die gleichen Aussagen; es geht alljährlich um die gleiche Situation. Sie haben sie auch heute wieder dargestellt. Es schaut so aus, als würde die Gebietskrankenkasse leichtfertig Geld nach Wien geben und es der Steiermark entziehen. Ich brauche Ihnen, gerade weil ich Sie sehr schätze, nicht sagen, daß es ein ASVG gibt, wo die Dinge klar und deutlich geregelt sind (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Mit 44 Novellen!“), wo die Gebietskrankenkassen verpflichtet sind, ganz egal, meine Damen und Herren, ob sie positiv oder negativ gebaren, diese Mittel abzuführen. (Abg. Schrammel: „Hauskrankenpflege!“) Dazu komme ich schon noch. Da bekommst du schon noch eine Antwort von mir, Kollege Schrammel.

Ich möchte nur eine Zahl zitieren: Wir haben für das Jahr 1986 aus der Gebietskrankenkasse an den Ausgleichsfonds 62,5 Millionen Schilling auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen abgeführt. Wenn ich jetzt dazu etwas sage, dann deshalb, weil es irgendwo fast unfair ist und weil immer wieder auch der Obmann und Vizepräsident des Hauptverbandes Sametz hier zitiert wird, als sei er derjenige, der die Dinge nicht nach klaren Richtlinien macht: Er trägt immerhin die Verantwortung für 810.000 Anspruchsberechtigte in

der Steiermark, und die Gebietskrankenkasse hat ein Budget von über 5 Milliarden Schilling mehr als die Stadt Graz. Ich bin sehr froh und glücklich, daß auch die Arbeitgeberkurie in der Gebietskrankenkasse immer wieder bestätigt und auch die Einschau des Bundesministeriums für soziale Verwaltung der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse eben einen dementsprechend positiven Bericht ausgestellt hat, daß sie die bestgeführte Kasse in unserem Bundesgebiet ist.

Und weil Sie die 62 Millionen Schilling an den Ausgleichsfonds zitieren. Ich habe hier auch eine Aufstellung: Die Zuwendungen und Zweckzuschüsse, die zum Beispiel aus diesem Solidaritätstopf an die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft gehen, haben von 1981 bis 1985 226,6 Millionen Schilling betragen. Und ich habe selbst im Sektionsausschuß der allgemeinen Krankenversicherung natürlich auch einmal gesagt, daß, wenn jede Kasse nur aus dem Ausgleichsfondstopf herausnehmen will und nicht schaut, daß sie positiv gebart, dann wird dieser Topf bald leer sein, dann gibt es keinen Ausgleichstopf. Daher bin ich persönlich sehr stolz, daß es gerade der Steiermark gelingt, positiv zu gebaren.

Und eine Zahl – Sie haben es angeschnitten, Sie sind sehr glücklich darüber –: Aus dem KRAZAF, bitte, haben die Steiermärkische Gebietskrankenkasse und das Land Steiermark von 1979 bis 1986 nach Wien 2,2 Milliarden Schilling eingezahlt, und in das Land Steiermark für die Gebietskrankenkasse und Spitalserhalter haben wir 4,4 Milliarden Schilling zurückbekommen. Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich.

Und wenn Sie, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, von den niedrigen Pflegegebührensätzen in der Steiermark gesprochen haben, gebe ich Ihnen sicherlich recht: das stimmt. Ich möchte Ihnen auch hier nur sagen: Die durchschnittliche Beitragsgrundlage der Gebietskrankenkassen in Österreich liegt bei 13.062 Schilling, und Sie wissen sehr wohl, daß wir in der Steiermark in der Einkommenspolitik – nur mehr Burgenland ist schlechter dran – an siebenter Stelle liegen, und bei uns ist die Beitragsgrundlage 12.422 Schilling. Das heißt im Klartext natürlich: Größere Einnahmen können größere Ausgaben bedeuten, und das ist eben in der Steiermark diesbezüglich nicht möglich.

Und jetzt darf ich noch abschließend vielleicht dem Kollegen Schrammel ein paar Aspekte zur Hauskrankenpflege sagen – und das möchte ich auch herausstreichen –: Grundsätzlich ist weder der Präsident Sametz gegen eine Hauskrankenpflege, sondern er hat das öffentlich – und das ist im Protokoll nachzulesen –, sogar bei der letzten Hauptversammlung der Gebietskrankenkasse, herausgestrichen, daß er nicht gegen die Hauskrankenpflege ist. (Abg. Schrammel: „Aber er bezahlt nichts!“) Ja, wart' ein bißchen. Wenn du noch ein bißchen zuhörst, sage ich dir dann schon, warum und wieso. Das wirst du vielleicht dann begreifen.

Auf der anderen Seite wissen wir, daß im Koalitionsübereinkommen natürlich drinnensteht, daß die Hauskrankenpflege eine Pflichtleistung der Krankenkassen werden soll, als begleitende Maßnahme, aber bitte, die Reduzierung der Spitalsbetten. Es wird sicherlich verlangt, daß die Hauskrankenpflege nur von Pflegepersonen, die entsprechende Fachkenntnisse, Fähigkeiten haben, ausgeübt wird. Das ist auch ein Grund.

Eine Umwandlung der Hauskrankenpflege von einer freiwilligen Leistung in eine Pflichtleistung ohne nähere sozialpolitische Begründung, die auch Hand und Fuß hat, kann ich mir persönlich sicherlich nicht vorstellen.

Daher sind meine Fragen dazu, Kollege Schrammel – (Abg. Schrammel: „Andere aber zahlen freiwillig!“) und jetzt höre, bitte, ganz aufmerksam zu.

Die Frage Nummer eins lautet: Wer wird zu den Hauskrankenpflegebedürftigen zählen? Das ist zur Zeit noch ungeklärt. (Abg. Schrammel: „Das ist ein Widerspruch zu deiner Frau Präsident!“)

Das Zweite: Werden die bisher als sogenannte Pflegefälle bezeichneten Personen in diese neue Pflichtleistung aufgenommen? Ist ungeklärt.

Drittens, Kollege Schrammel – wart' noch, nachher kannst du dich zu Wort melden –: Wie wird man die geographischen Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, überwinden?

Und ich sage noch einmal: Ich bin auch nicht gegen die Hauskrankenpflege, sondern hier muß es Konzepte geben und dementsprechende Unterlagen, daß das auch Realität werden kann. (Abg. Schrammel: „Die Frau Präsident sitzt im Vorstand!“) Woher werden die notwendigen Mittel kommen?

Das, was du jetzt meinst, bitte schön, dazu werde ich dir nachher noch etwas sagen. Sie gibt es ja noch nicht. Wie stellst du dir das, bitte, vor? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Anfangen einmal!“) Es kann in einer Stadt leichter funktionieren, und daher ist es wirklich wichtig: Wenn man sagt Hauskrankenpflege, dann muß auch die Lösung angeboten werden. Wie stellt man sich bei entlegenen Gebieten vor, hier die Hauskrankenpflege durchführen zu können? (Abg. Schrammel: „Da gibt es ein ganz klares Konzept!“) Ja, du bist sicher allwissend, ich weiß das. Ich könnte dir dann das Fürstenfelder Beispiel zitieren. (Abg. Schrammel: „In Fürstenfeld funktioniert es mustergültig!“) Das glaubst aber nur du. Ich zeige dir dann die Zahlen. Die kann ich dir privat geben, damit ich die anderen Herrschaften nicht zu sehr belaste. Erkundige dich einmal selbst. (Abg. Schrammel: „Das ist ein leeres Gerede!“) In Fürstenfeld haben wir die Situation, daß es wohl die Hauskrankenpflege gibt, aber kein einziges Spitalsbett weniger ist, und daß ihr nur zu 84 Prozent ausgelastet werdet, und das ist das generelle Problem, grundsätzlich „Ja“ Hauskrankenpflege, aber bitte parallel Reduzierung der Spitalsbetten. (Abg. Schrammel: „Auch das!“) Denn die Deutschen, meine Damen und Herren, haben erst jetzt wieder bei einer Tagung der Deutsch-österreichischen Kommission – deswegen sind wir als Gebietskrankenkassenfunktionäre auf der Hut – festgestellt, daß die Kosten explodieren, daß keine Spitalsbetten reduziert werden, und sie liegen bereits bei 7 Milliarden D-Mark Kosten für die Hauskrankenpflege. Selbst die Wiener haben im Jahre 1983 mit – sage und schreibe – 35.000 Schilling begonnen. Im Jahre 1984 haben sie bereits 35 Millionen Schilling dafür einsetzen müssen, und die Mittel steigen, und wieder nachweislich ohne Reduzierung der Spitalsbetten. Wenn man als verantwortlicher Kassenfunktionär die Gelder der Versicherten, die letztendlich, meine Damen und Herren, Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind, zu verwalten hat, dann muß man natürlich eine andere oder vorsichtigere Einstellung zu

den Dingen bekommen. Und wenn diese Fakten, die ich aufgezählt habe, geklärt sind, dann wird es auch hier zu Lösungen kommen, und das wäre unsere Aufgabe, nicht nur immer zu reden, sondern auch konkrete Lösungsvorschläge anzubieten, wie die offenen Fragen gelöst werden können. Ich sage nur noch ein Beispiel. (Abg. Schrammel: „Die Frau Präsident Zdarsky gibt es dir. Sie versteht etwas davon!“) Ich werde dich dann belehren und aufklären in der Frage. Ich nehme mir nicht heraus, allwissend zu sein, aber da traue ich mir, freiweg zu sagen, daß ich von der Materie sicherlich mehr verstehe als du. Aber einen Satz möchte ich noch dazu sagen, meine Damen und Herren, wie gefährlich die Situation oft in manchen – (Abg. Schrammel: „Du bist ein gescheiter Kerl!“) Ja, Gott sei Dank, sonst wäre ich nämlich nicht drinnen. Wenn du so gescheit wärest, wärest vielleicht du drinnen. Ich bin nicht der Gescheiteste, aber ich habe eine Verantwortung für die Versicherten mitzutragen.

Es gibt jetzt eine neue Position, die sich die Ärzte von der Gebietskrankenkasse versucht haben, auf Grund verschiedener Dinge zu holen, das sogenannte Ärztegespräch. Wir sagen das Kaffeeplauscherl, meine Damen und Herren. Das wird der Sozialversicherung in den nächsten Jahren, und wenn man nur einen Behandlungsfall mit einem Honorar von 80 Schilling festsetzt, wo der Arzt ein sogenanntes Gespräch führt, amerikanische Wissenschaftler haben festgestellt, daß der Arzt normal im Drei-Minuten-Gespräch wissen müßte, was dem Patienten fehlt. Bei uns brauchen sie eine Viertelstunde. Aber bitte, ich kann das nicht beeinflussen, diese Viertelstunde, verrechnet für die Gebietskrankenkasse, kostet 25 Millionen Schilling letztendlich wieder die Versicherten. Und, meine Damen und Herren, wenn es so weitergeht, Herr Kollege Schrammel, dann werden wir uns unterhalten müssen, wie wir das Beitragsaufkommen verändern. Du kannst den Versicherten eine goldene Uhr schenken, keine Frage. Nur mußst du uns sagen, wie sie finanziert wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll: Frau Präsident! Hoher Landtag!

Zur Gesundheit nur einen Satz, eine Bitte: Der Referent, die Regierung und das Hohe Haus mögen die Wünsche und die Pläne zu einer Umstrukturierung des regionalen privaten Krankenhauses der Diakonissen in Schladming möglichst großzügig unterstützen! Die Konzepte liegen am Tisch.

Dann darf ich aber noch einiges zum Naturschutz ausführen. Seit der zuständige Referent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, die Initiative ergriff und der Hohe Landtag für den Naturschutz finanzielle Mittel bereitstellte, konnten allein im laufenden Jahr 6,3 Millionen Schilling für wichtige Naturschutzprojekte und -anlagen verwendet werden. Vom Begutachtungsausschuß konnten mit einstimmigen Beschlüssen folgende wesentliche Vergaben empfohlen werden. Ich möchte mich beim Naturschutzbegutachtungsausschuß für diese einmütigen Beratungen auch sehr, sehr herzlich bedanken, bei meinem Stellvertreter Brandl und bei allen Mitgliedern. Einige wichtige Beispiele dürfen hier aufgezählt werden,

damit man sieht, was hier wirklich in vielfältiger Weise und konkret geschehen ist. Zum Beispiel für den Ausbau der landeseigenen Vogelforschungsstätte 525.000 Schilling, für den Naturpark Pöllautal 187.000 Schilling, für die biologische Station Bruck-Weiental einen Teilbetrag von 100.000 Schilling oder für den geplanten Nationalpark Niedere Tauern, für Informations-, Beratungs- und Betreuungsvorarbeiten 400.000 Schilling, für den Ankauf eines Feuchtbiotops bei Burgau durch den Österreichischen Naturschutzbund 100.000 Schilling, für die Finanzierung der durch die hiesige Fachstelle geleiteten Artenschutzprogramme, die beschlossen wurden, 146.000 Schilling, für die Finanzierung von ebenfalls durch die hiesige Fachstelle des Naturschutzes geleiteten Landschaftsplanungsprojekte 248.000 Schilling, weiters für das Gesamtprogramm des Naturschutzbundes 634.000 Schilling, dann eine Basisförderung für die Naturschutzjugend für solche naturschutzbezogene Projekte 86.000 Schilling, für die Aktion „Schüler retten Naturlandschaften“ der Österreichischen Naturschutzjugend 359.000 Schilling, für die Förderung eines Ankaufes von zwei Feuchtbiotopen bei Waltersdorf 170.000 Schilling, für die Steiermärkische Berg- und Naturwacht ein Teilbetrag von 100.000 Schilling, für die Landschaftsplanung des Ennstalbodens 99.000 Schilling, für das Artenschutzprojekt des Institutes für Umweltwissenschaften und Naturschutz 425.000 Schilling, für die Basisförderung des Institutes für Umweltwissenschaften und Naturschutz 180.000 Schilling, für die Förderung der Restaurierung von drei Wassermühlen in der Gemeinde Gams bei Hieflau 100.000 Schilling. (Abg. Sponer: „Die Zahlen merken wir uns nicht alle!“) Aber das sind wesentliche Beispiele, aus denen man erkennen kann, aus welchen wesentlichen Teilbeträgen sich diese 6 Millionen Schilling zusammensetzen, und da sie doch die ganze Steiermark berühren, ist vielleicht der eine oder andere Abgeordnete interessiert, daß er weiß, was mir an Projekten vorliegt.

Eine Position darf ich dennoch auch im Detail noch sagen, Herr Abgeordneter, auch wenn Sie kein Interesse daran haben. Wir wissen, daß heuer auch zehn Jahre öffentlich-rechtliche Körperschaft der Steirischen Berg- und Naturwacht gefeiert wurde. Hier wurde ein Beitrag von 200.000 Schilling geleistet. Diese Beispiele lassen sich – wie gesagt – bis zur Höhe von 6,3 Millionen Schilling allein für dieses Jahr fortsetzen mit einer großen Zahl von Beispielen. Eines darf ich noch sagen: Naturpark Grebenzen, Sölktaier und Pöllautal 300.000 Schilling als Teilbetrag. Insgesamt, Hohes Haus, wurden 14,6 Millionen Schilling aufgewandt, seit dieser Begutachtungsausschuß Bestand hat. Durch den Ankauf oder die Pachtung konnte der Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen gesichert und teilweise wesentlich erweitert werden. Die Förderungen an den Naturschutzbund oder an die Naturschutzjugend, die Berg- und Naturwacht, die Naturparke oder für die Planung eines geplanten Nationalparks in den Niedere Tauern, und anderes mehr sind lobenswerte Projekte.

Es ist Beachtliches geschehen. Viel Arbeit steht uns allen noch bevor. Dabei ist es notwendig, die Gesprächsbereitschaft unter den Betroffenen stets zu pflegen, selbstverständlich, und in erster Linie natürlich auch mit den betroffenen Grundbesitzern. Es ist

aber hier feststellbar, daß ein erhebliches Verständnis auch vorhanden ist. Wir haben gerade früher vom Abgeordneten Schwab gehört, daß die Kammer selbständige Programme hier auch beschlossen hat. Dazu ist auch Augenmaß notwendig, ganz besonders aber weiterhin viel Liebe für unsere schöne Steiermark. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner übergebe ich dem Herrn Abgeordneten Grillitsch das Wort.

Abg. Grillitsch: Sehr geschätzte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einer meiner Vorredner hat schon zum Problem des Waldes heute Stellung bezogen, und ich stimme in vielen Fragen mit ihm überein. Es darf aber, bitte, nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Jahr 1965 die Waldschäden um 30 Prozent zugenommen haben und – ich wiederhole – welche Gefahr es bedeutet, wenn die Waldschäden sich im gleichen Ausmaß wie jetzt fortsetzen. Wenn man das in anderen Ländern gesehen hat, was das bedeutet, so glaube ich, sagen zu dürfen, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um dieser Frage auch Herr zu werden. Es ist bedrohlich, daß wir gerade in Regionen, wo wir uns sehr um die Reduzierung der Werte bemüht haben, in den letzten Jahren eine gewisse Stabilisierung feststellen konnten, daß aber in entfernteren Gebieten durch eine Ozonschicht, oder was immer die Ursache ist, sich die Schäden stark vermehren. Wir haben in der Steiermark auch ein sehr großes Ausmaß an Waldschäden, und man spricht in ganz Österreich von einer 12-Milliarden-Grenze, die heute bereits erreicht ist. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, werden wir bald die 20-Milliarden-Grenze erreicht haben. Ich glaube, man muß deshalb von der gesetzlichen Seite her alles unternehmen, damit man auch die Frage der Autos in den Griff bekommt. Laut Aussagen des ÖAAB, Entschuldigung ÖAMTC – (Abg. Rainer: „Ich habe gar nicht gewußt, daß die mit soviel Schadstoffen fahren!“) ÖAAB deshalb, ich sage das mit Freude, um das einflechten zu dürfen, verehrte Frau Präsident, weil er heute bei den Personalvertretungswahlen erfolgreich war, und da müssen Sie mir schon auch verzeihen, daß man das natürlich auch gerne erwähnt – (Abg. Rainer: „Daß er schwarz ist, habe ich gewußt, aber daß er den Wald ruiniert, das habe ich nicht gewußt!“) Ja, ja, paßt schon. Also merk dir eines: Alles, was schwarz ist und von den Schwarzen kommt, ist sicher gut. Laut Aussagen des ÖAMTC wären 30 Prozent, das sind 730.000 Pkws in Österreich, mit Katalysator nachrüstbar. Man müßte sich darüber Gedanken machen, wie man diese Situation auch begünstigt.

Ich glaube, von steirischer Seite dürfen wir dankbar und stolz sein, daß die Steiermärkische Landesregierung die Umweltfragen immer sehr ernstgenommen hat, daß man sich hier vor allem bemüht hat, bei ÖDK in Voitsberg genauso wie in Zeltweg, Mellach und in der obersteirischen Industrieregion, der Umwelt den Vorzug einzuräumen, und zwar auch zum Schutz des steirischen Waldes. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Kalnoky: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf meinen Kollegen Gennaro eingehen, nur so kurz, um ihm zu sagen, daß er ganz einfach mit seinen Behauptungen nicht recht hat. Er verwechselt zu einem großen Teil Äpfel mit Birnen (Abg. Gennaro: „Ich bin Obstesser!“), denn Sie sagen zwar, daß die Gebietskrankenkasse zur bestgeführten Kasse gehört, aber das gehört sie – da haben Sie schon recht – auf Kosten der Steirer. Und daß die Wiener uns diese Komplimente machen, das ist sehr schön, aber auch das geht auf Kosten der Steirer. (Abg. Gennaro: „Aber gegen das Gesetz sind Sie auch nicht, oder?“) Ändern! Es muß eine neue Struktur hineinkommen. Ich werde Ihnen dann schon auch kreativere Pläne zukommen lassen. Man muß den Gewerbetreibenden deshalb helfen, weil sie viel später erst selbständig werden und weil viele in ihrer Jugend in eine andere Kasse einzahlen, und das gleiche gilt bei den Bauern, wo einfach sehr viele junge Bauern weggehen und eben nicht die älteren Bauern mit ihrem Beitrag unterstützen.

Ich möchte aber eigentlich mit einem Wort von dem großen Arzt Virchow beginnen, der im vorigen Jahrhundert gesagt hat: „Epidemien gleichen großen Warnungstafeln, an denen Politiker mit Verantwortung lesen können, daß in dem Entwicklungsgang ihres Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen kann“, und ich glaube, wir machen keine sorglose Politik. Sie wissen auch, daß unsere Epidemien unsere Zivilisationskrankheiten sind, an denen die Menschen entweder zu früh sterben oder, wenn sie nicht sterben, sehr oft nicht länger leben, sondern leider einfach länger krank sind. Hier muß man wirklich etwas Wesentliches verändern. Frau Präsident Zdarsky hat auch in ihrer Rede gesagt: „Sozialpolitik muß vorbeugen“, und ich glaube, es gibt keinen Bereich, wo wir in der Gegenwart nicht vom Vorbeugen sprechen.

Ich kann mich sehr gut an die Budgetrede von Herrn Landesrat Dr. Klauser erinnern – vielleicht erinnern Sie sich auch –: Er hat es für den wirtschaftlichen Bereich gemeint, er hat von einer „verheerenden Pyramide der Bevölkerung“ gesprochen. Das bekannte Dreieck, die Pyramide der Vergangenheit, ist nicht mehr vorhanden. Diese verheerende Pyramide, von der Herr Landesrat Dr. Klauser sprach, steht sozusagen auf dem Kopf. Und jetzt kommt es darauf an, daß wir alles tun, damit diese Spitze doch halbwegs die oberen Massen aushalten kann. Das heißt, daß alt sein nicht auch gleichzeitig heißt krank sein, und alt sein nicht gleichzeitig heißt Pflegefall sein. Natürlich wird es viele Pflegefälle geben, aber das hängt auch zu einem großen Teil vom Gesundheitsbewußtsein der Menschen ab. Wenn Sie Hofrat Dr. Knapp fragen, wie das Verhältnis bei den Kosten eines Altersplatzes in einem Altersheim und eines Pflegeplatzes in einem Pflegeheim ist, so ist das eins zu vier. Und Hofrat Dr. Burger hat mir eine Zeichnung – ich habe sie dann ein bißchen vergrößert – vom Statistischen Zentralamt in Wien zukommen lassen, wie die Steiermark statistisch im Jahr 2030 aussieht. Sie schaut so aus, daß die Menschen wirklich weitgehend über 60 sind. Und ich glaube, die Schrift auf der Tafel heißt: Wir müssen alles tun, damit die Menschen über 60 eben auch gesund

sind. Das heißt, daß in unserem gesamten Struktur-system wirklich neue Wege gegangen werden müssen. Das ist nicht einfach, denn Gesundheit ist bei uns ein Kompetenzgemisch, und es kann nicht so sein, daß alle und somit keiner verantwortlich ist, sondern letztendlich müssen alle zuständig sein.

In der Verfassung ist das leider nicht wirklich klar definiert. In der Verfassung ist die Sozialpolitik von der Gesundheitspolitik getrennt, und doch gehört Gesundheit und Soziales so nah zusammen. Fast alles, was im Gesundheitsbereich finanziert wird, kommt aus dem Sozialbudget oder steht in der Kompetenz des Hauptverbandes und somit beim Sozialminister.

Ich habe auch eine erschreckende Datenanzahl vom Statistischen Zentralamt über die Entwicklung der Schulkinder in den letzten Jahren. Es zeigt sich, daß die Allergien ansteigen, daß die Haltungsschäden ansteigen, Karies ansteigt, und vielleicht am erschreckendsten ist, daß es eine echte Zunahme der Sprachfehler gibt. Ich glaube, das sind wirklich die Zeichen an der Wand, weil ein Sprachfehler bedeutet nicht nur eine somatische Störung, sondern gleichzeitig auch, daß dort etwas seelisch nicht in Ordnung ist, denn die Sprache ist doch der Zugang zur Seele, und es ist für uns und unsere Demokratie sicher nicht gut, wenn wir nicht miteinander sprechen können.

Ich glaube schon, daß die Gebietskrankenkasse ganz einfach auch eine Vorbildfunktion hätte, die sie nicht wahrnimmt. Immerhin versichert sie 80 Prozent der Beschäftigten und 65 Prozent der Gesamtbevölkerung, und es ist gesetzlich so verankert, daß die kleineren Kassen, die vielleicht durchaus flexibel sein möchten, einfach gebunden sind, da sie nichts tun können, wenn die Gebietskrankenkasse nicht will. Ich habe mit dem Obmann Sametz einen sehr interessanten Briefwechsel. Ich habe mich darum beworben, ihm angeboten, daß mit der Gebietskrankenkasse gleichzeitig das, was im Schulzahnambulatorium in Graz getan wird, auch für die steirischen Kinder am Land angeboten werden könnte. Ich bekam daraufhin einen sehr – ich würde fast sagen – naiven Brief, daß eigentlich die Gebietskrankenkasse ungeheuer viel für die Prävention tut. Und da wurde aufgezählt: Kuraufenthalte, Rehabilitation und, und, aber nichts von dem, was ich möchte, weil die primäre Prävention im ASVG nur auf freiwilliger Basis, gesetzlich nicht verankert ist, sondern nur freiwillig, und daher Obmann Sametz für die Grazer Kinder 49 Schilling pro Kind bezahlt, aber nichts für die anderen steirischen Kinder. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein einziger Abgeordneter hier im Haus nicht dafür ist, daß die Kasse letztendlich auch für die anderen steirischen Kinder etwas dazu beiträgt, die Kindergartenprogramme durchzuführen. Immerhin hat die Kasse nicht, wie sie angenommen hat, einen Überschuß von 40 Millionen Schilling, ich glaube, viele hier im Haus wissen nicht, daß die Kasse 110 oder 111 Millionen Schilling Überschuß gemacht hat. Und diese 110 Millionen Schilling, die hätte man sicher anders einsetzen können. (Abg. Gennaro: „Davon ist ein Teil in den Unterstützungsfonds gegangen. Gehen Sie zu Obmann Sametz in die Gebietskrankenkasse, da wird er Sie belehren!“) Belehren! Ich kann wirklich nur lachen, denn ich war oft da. Ich gehe sogar ganz gern zum Sametz, weil ich mir das einfach gerne anschau, wie ein Mensch freundlich und gelassen ist

und so tut, als wenn er vielleicht bereit wäre, etwas zu tun, und daß dann gar nichts geschieht, das halte ich einfach für eine Inkonzsequenz. (Abg. Gennaro: „Ich wiederhole: Ein Teil davon ist in den Unterstützungsfonds gegangen!“ – Abg. Kohlhammer: „2 Prozent vom Budget sind das!“) 2 Prozent vom Budget hätte ich sehr gerne für meine Prävention. Wenn Sie sehen würden, was in anderen Ländern getan wird und was hier nicht getan wird, die 2 Prozent wären ganz wesentlich. Die 111 Millionen Schilling Gewinn, mit denen könnte man durchaus eine andere Gesundheitspolitik machen. (Abg. Gennaro: „Gewinn gibt es keinen in der Kasse, nur einen Überschuß!“) Weil das Land Steiermark zum Teil Aufgaben übernehmen muß, die die Kasse einfach nicht erfüllt, bitte. Eigentlich wäre eine Krankenversicherung ja dafür da, kostendeckend zu zahlen. (Abg. Gennaro: „Da befinden Sie sich im Widerspruch mit Univ.-Prof. Dr. Schilcher!“) Er meint den KRAZAF, aber der KRAZAF wird ja nicht allein von der Gebietskrankenkasse gezahlt. Die Krankenkasse zahlt nicht den KRAZAF, da werde ich Sie einmal aufklären. Das kommt aus ganz anderen Quellen. Auch wenn Sie eine Tasse Kaffee zahlen, zahlen wir sie für den KRAZAF, weil 2 Prozent der Mehrwertsteuer zum Beispiel in den KRAZAF gehen. (Abg. Gennaro: „Das haben Sie im Vorjahr schon einmal gesagt, ich habe das im Protokoll gelesen!“) Gut, auf jeden Fall, der Obmann Sametz – ich unterhalte mich recht gerne mit ihm, es ist eigentlich immer wieder erstaunlich, wie ein Mensch, der sehr sympathisch wirkt und ganz gelassen antwortet, so letztendlich mit seinen Gedanken immer wieder eine Nullrunde fährt, ständig.

Die primäre Prävention: Das möchte ich auch noch sagen, es wurde vom Kollegen Gennaro gesagt, in anderen Ländern können Ärzte in drei Minuten eine Diagnose stellen. (Abg. Gennaro: „Das habe nicht ich, sondern haben Experten festgestellt!“) Sie haben das sozusagen zitiert und uns damit glauben gemacht, daß Sie diesen Experten glauben. In drei Minuten kann ich Ihnen ganz genau sagen, was geschieht. In drei Minuten kann man ein Medikament verschreiben, da kann man auch zwei verschreiben. Man kann eine Überweisung schreiben. Alles Dinge, die viel mehr kosten als ein Gespräch. Ein Gespräch könnte vielleicht auch veranlassen, daß die einzelnen ihre krankmachenden Lebensgewohnheiten ändern, und davon redet die ganze Welt. Und das weiß man heutzutage, daß wir einfach mit unserer Zeit noch nicht leben können. Wir alle müssen es erst lernen. (Abg. Gennaro: „Frau Dr. Kalnoky, hat bis jetzt der Arzt mit dem Patienten nicht gesprochen?“) Sie halten zuwenig vom ärztlichen Gespräch, das ist die Motivation, und das kann man nicht in drei Minuten. (Abg. Gennaro: „Nur zahlen müssen wir es!“) Das ist wesentlich billiger. Das werden Sie irgendwann auch begreifen, daß 15 Minuten Gespräch wesentlich günstiger sind als eine Überweisung oder viele Medikamente. Und das ist es. (Beifall bei der ÖVP.) Reden Sie einmal mit Ing. Paierl, der in Amerika beim Marathon mitgelaufen ist. Dort bewegen sich die Ober- und Mittelschichten, und auch hier beim Jogging treffen sich die Ober- und Mittelschichten. Aber wenn Sie sozial sind, dann müssen Sie doch wollen, daß auch die anderen sozialen Gruppen unserer Bevölkerung einfach lernen, ihre krankmachenden Lebensgewohnheiten zu ändern, um gesünder zu sein.

Die Bauernkrankenkasse wäre durchaus bereit, sie ist aufgeschlossen, aber sie kann einfach nicht, weil die Gebietskrankenkasse sie sozusagen blockiert, man sieht das nämlich auch im ländlichen Bereich, daß die vier ersten Zivilisationskrankheiten die üblichen sind, es ist Herz-Kreislauf, Magen, Darm, Bewegung, Stützapparat und letztendlich – das muß man sagen – an vierter Stelle schon das Zentralnervensystem.

Ich habe der steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz ein Modell eingerichtet „Das gesunde Dorf“. Es haben sich viele Dörfer gemeldet, die mittun wollten. Wir wollen neue Wege gehen, um hinauszugehen auf das Land und die Menschen zu motivieren, sie anzusprechen, ihnen zu sagen, was sie tun könnten. Ich bin jedes Jahr sehr betroffen, daß die Gesellschaft nicht mehr Budget hat. Und ich bin auch zu Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth gegangen und habe mich beklagt. Aber er hat mich überzeugen können, daß er jedes Jahr für mich kämpft, aber daß Landesrat Dr. Klausner zwar von der verheerenden Pyramide spricht, daß er aber letztendlich die Konsequenzen nicht sieht. Wir können überhaupt nur für die Zukunft und für unsere Kinder sorgen, wenn ältere Menschen einfach auch gesünder sind. Es wird ganz sicher auch eine Aufgabe für uns sein, die Sechzigjährigen nicht einfach als Senioren abzuschreiben, sondern zwischen 60 und 75 können die Menschen noch lange gesund und aktiv sein, und das brauchen wir. Hölderlin sagt: „Wo Gefahr ist, da wächst auch das Rettende“. Ich glaube, im heurigen Jahr ist etwas ganz Wesentliches geschehen. Es wurde das Gesundheitsministerium vom Umweltministerium getrennt. Ich glaube, das war eine wirklich gute Trennung, weil bisher die Umwelt die Gesundheit erdrückt hat. Ich glaube, daß das wirklich ein neuer Weg sein kann, und ich bin ganz besonders davon berührt, daß Minister Löschnak diesen Fonds gegründet hat „Gesundes Österreich“. Ich bin auch stolz darauf, daß wir als Steirer aufgefördert sind, dort mitzuarbeiten. Dieser Fonds ist meiner Meinung nach das erste Mal in der Bundespolitik eine Weichenstellung dafür, daß der Zug in Richtung Lebensqualität fahren kann. Die Gesundheit mit ihrem Kompetenzgemisch muß jedem ein Anliegen sein. Niemand kann sich davonschleichen, damit diese Spitze, die Pyramide, von der ich gesprochen habe, damit diese Spitze, die auf dem Kopf steht, die Last halten kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz: Sehr verehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist jetzt etwas mehr als eine Woche her, daß ich die Ehre und Auszeichnung habe, dieses Ressort führen zu dürfen. Vor mir hat seit dem Jahr 1980, also mehr als sieben Jahre, Herr Landesrat Gerhard Heidinger gemeinsam mit den Damen und Herren dieses Hohen Hauses, gemeinsam mit der Landesregierung, und wenn auch seit 1. Jänner 1986 in modifizierter organisatorischer Form, die politische Verantwortung für die 21 steirischen Krankenanstalten getragen. Ich sage das ausdrücklich und mit Respekt gegenüber meinem Amtsvorgänger, weil unter seiner politischen Verantwortung, wie auch in all den Jahren vorher,

Ideen entwickelt worden sind, Initiativen gesetzt, Werke begonnen wurden, deren Gestaltwerdung und Vollendung in das Jahr 1988 und auch darüber hinaus in die Zukunft reichen, und weil – so meine ich – Fairneß und Anstand es gebieten, jenem Mann, der diese Leistungen in Gang gesetzt hat, sie ihm auch zuzuordnen und ihm den gebührenden Dank zu erweisen, wenn auch ihre Gestaltwerdung und ihre Ergebnisse später sichtbar werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage der Krankenhäuser und der Krankenhausversorgung spielt in der gegenwärtigen politischen Diskussion eine außerordentlich große Rolle, und zwar in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Ich werde mich daher bemühen, weil ich das auch als Auftrag der Damen und Herren dieses Hohen Hauses ansehe, an die gestellten Aufgaben sachlich heranzugehen, nicht nur mit beherztem Engagement, sondern sachlich und objektiv. Dort, wo es Probleme gibt, werde ich mich diesen Problemen sehr gerne stellen, wobei ich die Herausforderungen als sachliche Herausforderungen ansehe und als Bewährungsprobe, und ich werde dabei mit jedermann vorurteilsfrei und vorbehaltlos das Gespräch suchen, verhandeln und zusammenarbeiten, und zwar im Interesse unserer 21 steirischen Krankenanstalten, ihrer Patienten, ihrer nunmehr über 10.000 Beschäftigten und nicht zuletzt auch im Interesse des österreichischen und des steirischen Steuerzahlers.

Leider ist das Spitalswesen in der letzten Zeit im Bewußtsein vieler Mitbürger, Politiker, auch der Medien, der Versicherungsträger zumeist auf die Kostenproblematik zusammengeschrumpft. Dieser zwar wichtige, aber dennoch etwas einseitige Blick auf die Kosten versperrt oft die Erkenntnis, daß für diese Kosten natürlich auch erhebliche medizinische und pflegerische Leistungen erbracht werden, so daß durchaus die Behauptung ihre Gültigkeit hat, daß es im Spital primär eine Leistungsexplosion gegeben hat und erst dadurch Kostenschübe entstanden sind, deren Grenzen zu definieren allerdings eine gemeinsame politische Aufgabe ist.

Statistisch läßt sich feststellen, daß im Jahr 1986 – die Zahlen für 1987 liegen noch nicht vor, werden aber wahrscheinlich auch nicht wesentlich anders sein – 197.000 Steirerinnen und Steirer sich in stationärer Pflege befunden haben. Zusätzlich wurden fast 12.000 Patienten aus anderen Bundesländern betreut, und jeder dritte Steirer – ziffernmäßig waren das 428.000 – wurde ambulant betreut. Die Zahl der Pflgetage betrug 2.880.000.

Zur Erfüllung der stationären und ambulanten Versorgungsleistung stand 1986 ein Ausgabenvolumen von 5,1 Milliarden Schilling zur Verfügung. Für 1987 wurden 5,5 Milliarden Schilling und für 1988 5,666 Milliarden Schilling veranschlagt.

Nun aber, meine Damen und Herren, zum Landeszuschuß zur Abgangdeckung und für Investitionen. Das ist ja das, was uns eigentlich interessieren sollte, und auch mein Freund Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher hat diesem Problem eine Kernaussage gewidmet, und wenngleich wir in den vergangenen Jahren sehr oft miteinander parallel oder auch paargelaufen sind, in diesem einen Fall gehen unsere Kreise ein bißchen auseinander.

Die Mittel für den Landeszuschuß unter Außerachtlassung jener Mittel, die vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gekommen sind, betrugen 1986 1.029 Millionen Schilling, sie werden 1987 1.126 Millionen Schilling und 1988 voraussichtlich 1.205 Millionen Schilling betragen. Sie sind also gestiegen, und zwar in den Jahren 1986 auf 1987 um 9,5 Prozent, im Jahr 1987 auf 1988 um 6,9 Prozent und liegen damit natürlich schon deutlich über der allgemeinen Indexsteigerung. Nun sind das nicht Ziffern, die ich etwa der Rechtsabteilung 10 oder der Rechtsabteilung 12 entnehme, wobei ich zubillige daß mein Freund Univ.-Prof. Dr. Schilcher diesen Ziffern dann allenfalls eine gewisse Skepsis entgegenbringen würde, sondern ich entnehme diese Ziffern dem Wirtschaftsplan 1988, der von der Steiermärkischen Krankenanstalten-Ges. m. b. H. in der letzten Aufsichtsrats-sitzung allen Aufsichtsräten vorgelegt wurde und der dort eindeutig als Landeszuschuß den Betrag von 1.205 Millionen Schilling ausgewiesen hat. Ich habe diesen Wirtschaftsplan sehr genau gelesen, wie ich überhaupt in den letzten Tagen und Wochen das, was ich gelesen habe, nur noch in Kilogramm oder in Laufmetern bemessen kann. Was diese Zahlen im einzelnen betrifft, so werden sie die Herren Vorstands-direktoren Posch und Moser, die im übrigen hier im Zuschauerraum anwesend sind und die ich auch sehr herzlich begrüße, wahrscheinlich gerne bestätigen.

Wie sich dieser Landeszuschuß im einzelnen detailliert, können wir uns im Anschluß daran sehr gerne gemeinsam noch anschauen.

Nun, meine Damen und Herren, sind diese Beträge in der Tatsache enorme Beträge. Wenn Sie aber das Ausgabenvolumen des gesamten Landesbudgets diesem Landeszuschuß 1988 für die Spitäler im Ausmaß von etwa 1,2 Milliarden Schilling gegenüberstellen, wobei ja darin alle Sachkosten, der gesamte Personalaufwand für nunmehr über 10.000 Bedienstete einschließlich der Pensionen inbegriffen sind, so sind das dennoch „nur“ 4,6 Prozent, oder mit anderen Worten: 95 Prozent des Landeshaushaltes werden für andere Zwecke als die 21 steirischen Landeskrankenanstalten ausgegeben.

Und ich möchte bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, auch etwas sagen, was in diesem Haus schon oft gesagt worden ist: nämlich, daß die steirischen Landeskrankenanstalten auch vor dem 1. Jänner 1986, also dem Stichtag der Ausgliederung, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit geführt worden sind. So lagen zum Beispiel 1985 in der Steiermark die durchschnittlichen Krankenhauskosten laut KRAZAF-Statistik pro Belagtag um 14 Prozent und pro stationärem Fall um 9,8 Prozent unter dem österreichischen Durchschnitt.

Aber, meine Damen und Herren, ich stehe nicht an zu sagen, daß auch nach der Ausgliederung unsere Krankenanstalten zu den kostengünstigsten in ganz Österreich zählen, und ich bestätige sehr gerne auch das Bemühen der Herren Geschäftsführer, unter Bedachtnahme auf eine zeitgemäße medizinische Versorgung der Bevölkerung einen wirtschaftlichen Betrieb und die Deckung der Investitionserfordernisse sicherzustellen, wie das auch vor ihnen die Herren der

Rechtsabteilung 12 nach bestem Wissen und Bemühen getan haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht jetzt zu dem wohl aktuellsten Problem, nämlich zur Spitalsfinanzierung für die Zukunft, einige Worte sagen: Bekanntlich kam es in den letzten Tagen zu einem Übereinkommen zwischen dem Bund und den einzelnen Bundesländern mit dem Ergebnis einer Verlängerung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds für die nächsten drei Jahre. Gleichzeitig sollen die Mittel für diesen Fonds um rund 2 Milliarden Schilling aufgestockt werden, wobei rund 1,7 Milliarden Schilling aus der Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherung an jene der Pensionsversicherung resultieren sollen und aus dem 50-Schilling-Verpflegskostenbeitrag pro Person und Tag, während die Krankenkassen ihrerseits weitere 300 Millionen Schilling dazufließen lassen werden. Die Aufteilung dieser Beträge länderintern ist allerdings noch nicht erfolgt.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einem Problem, das die Öffentlichkeit in den letzten Tagen und die Gemüter sehr bewegt hat, das ist der Verpflegskostenbeitrag von 50 Schilling. Ich gebe gerne zu, daß diese 50 Schilling niemandem von uns in diesem Hohen Haus Freude bereiten, denn ein Grundsatz und gesundheitspolitischer Grundsatz muß es sein, daß niemand von irgendeiner Spitalsleistung ausgeschlossen sein darf durch finanzielle Barrieren oder sonstige finanzielle Hindernisse. Ich würde auch einen Selbstbehalt, der die Zurverfügungstellung einer medizinischen Leistung überhaupt oder deren Qualität von der finanziellen Situation eines Kranken abhängt, entschieden ablehnen. Aber, meine Damen und Herren, die Überlegung ganz einfach, daß der Patient, auch wenn er nicht im Krankenhaus wäre, zu Hause in irgendeiner Weise für seine Verpflegung aufkommen müßte, und vor allem die soziale Staffelung und die vorgesehenen bekannten Ausnahmen lassen die Regelung, wenn auch nicht mit Freude, so doch annehmbar erscheinen. Die Ausnahmen treffen bekanntlich auf alle Personen zu, deren Einkommen geringer ist als die Ausgleichszulage, weiters auf alle jene, die bereits jetzt einen Selbstbehalt zahlen, und sollen insgesamt und jedenfalls auf die Dauer von 28 Tagen begrenzt sein. Aber, meine Damen und Herren, vor allem wir Steirerinnen und Steirer dürfen nicht übersehen, daß die Verlängerung des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds für uns Steirer eine enorme Bedeutung hat. Und es ist hier schon gesagt worden, daß die Steiermark 1986 aus dem KRAZAF netto 598 Millionen Schilling erhalten hat.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist darüber hinaus aber auch das Bemühen, im Zusammenhang mit dieser KRAZAF-Neuregelung doch zu einer gewissen Reform des Spitalwesens zu kommen. Zum einen, und auch davon ist schon gesprochen worden, werden im kommenden Jahr alle Spitäler, die Mittel aus dem KRAZAF erhalten wollen, ihr Verrechnungswesen auf den sogenannten Patienten-Diagnoseschlüssel umstellen müssen. Das heißt kurz heraus gesagt, der KRAZAF wird nicht mehr automatisch die Defizite abdecken, sondern es wird ganz konkrete Honorierungen der bestimmten medizinischen Leistungen geben, egal, ob ein Blinddarm zwei Tage dauert und der Patient dann

nach Hause geht oder ob es Komplikationen gibt und der Betreffende unter Umständen auch zehn Tage im Spital bleibt. Die medizinische Leistung wird mit einem bestimmten Betrag finanziert. Beschlossen wurde ferner eine Reduktion der Bettenanzahl um rund 2000 Akutbetten zugunsten geriatrischer Betten. Das ist ja eines der Hauptprobleme überhaupt zur Zeit in der Spitalsproblematik. Und schließlich sollen Großgeräte, für die insgesamt 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt sein werden, nur dann gefördert werden, wenn die Aufstellung dieser Geräte nach einem Gesamtplan koordiniert erfolgt.

Darüber hinaus, und damit schließe ich mich jetzt der Diskussion über die Hauskrankenpflege an, soll – und das halte ich für besonders bedeutsam – in einigen politischen Bezirken Österreichs bereits im kommenden Jahr ein Modellversuch gestartet werden, bei dem alle Träger der medizinischen Versorgung, also die Krankenanstalten, die Ambulanz und die niedergelassenen Ärzte, die Vorsorge- und die Nachsorgeeinrichtungen, auch die Hauskrankenpflege in einem Sozial- und Medizinverband zusammengeschlossen sein sollen, und nach den Vorstellungen des KRAZAF sollen hier auch die Gebietskrankenkassen mit einer Finanzierung an der Hauskrankenpflege beteiligt werden. Ich halte zumindest diese Gedanken für sehr interessant und ein Versuchsmodell, das es zu beachten geben wird.

Und nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich zu einigen konkreten Dingen des Landes Steiermark zurückkomme und vor allem zu den Investitionen und zu den Bauvorhaben des Jahres 1987. Sie alle wissen, daß im Juli dieses Jahres das Krankenhaus Rottenmann eröffnet wurde. Mit der Fertigstellung dieser neuen Krankenhausanlage, die 268 Betten umfaßt, geht ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung des Bezirkes Liezen in Erfüllung. Zum Ausbau und zur Generalsanierung des Landeskrankenhauses Feldbach ist zu sagen, daß die feierliche Spatenstichfeier bereits erfolgt ist, wobei die Vorgabe für die Generalsanierung und den Ausbau mit 248 Betten vorgegeben ist und die Bauabwicklung in zwei Bauabschnitten erfolgen wird. Und, meine Damen und Herren, weil es gerade in den letzten Tagen hier Pressemeldungen gegeben hat, die die Bevölkerung dieses Bezirkes mit Recht beunruhigt haben, muß man mit aller Deutlichkeit feststellen, daß diese Meinungen über einen angeblichen Wassereinbruch und eine Bauverzögerung und auch eine Bauverteuerung um einen bestimmten Millionenbetrag, der dort auch genannt ist, völlig unrichtig und falsch sind und nur Verwirrung ausgelöst haben. Ich will gar nicht darauf eingehen, wie es überhaupt zu dieser Pressemeldung gekommen ist. Sie ist ganz einfach falsch, und die Herren der Landesbaudirektion haben mir gesagt, daß es am 15. Dezember im Gemeinderat in Feldbach eine Aufklärung mit den zuständigen Fachleuten geben wird, um die Bevölkerung dort zu beruhigen. Der Baufortschritt beziehungsweise die Arbeiten gehen planmäßig weiter. Zum Neubau des Krankenhauses Bruck ist zu sagen, daß der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11. Mai 1987 das erarbeitete Ausbaukonzept der Fachabteilung IV b beschlossen hat. Derzeit läuft noch der Architektenwettbewerb. Die Eröffnung wird am 11. und 12. Jänner dieses Jahres erfolgen beziehungs-

weise die Juryentscheidung in diesen beiden Tagen getroffen werden. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß es über die gemeinsame Finanzierung der Bauvorhaben Neubau Bruck und Ausbau und Sanierung Feldbach einen politischen Konsens gegeben hat und daß im kommenden Jahr für beide Bauvorhaben ein Betrag von 130 Millionen Schilling zur Verfügung stehen wird.

Am Landeskrankenhaus Graz gab es beachtliche Investitionsprojekte, von denen ich nur anführen darf die Fertigstellung des Nuclear-Magnetic-Resonanz-Zentrums, die Fertigstellung des Ambulatoriums der Universitätsklinik für Neurochirurgie, den Beginn der Detailplanungsarbeiten für den Neubau der Universitätsklinik für Kinderchirurgie, den Beginn einer Ziel- und Gesamtplanung für das „LKH 2000“, das ist ein ganz großes Planungsprojekt, das sich jetzt in seinem ersten Stadium befindet, und dann auch der Beginn des Umbaues einer Infektionseinheit für AIDS-Kranke an der IV. Medizinischen Abteilung.

Auf dem Gerätesektor sind für das LKH Graz besonders zu nennen der Austausch – und jetzt muß ich sagen, auch ich war durch die Begriffe, die ich jetzt nenne, zunächst sehr verwirrt, bin aber gerne bereit, mein inzwischen erworbenes Wissen im Anschluß dann, wenn gewünscht, weiterzugeben –, aber jedenfalls der Austausch eines Schädelcomputertomographen durch einen Hochleistungsganzleistungscomputertomographen und der Ankauf des genannten SPECT, das ist die Abkürzung für Single-Photon-Emission-Computer-Tomograph, für die Universitäts-Nervenklinik. Ebenfalls genannt wurden die schon beschlossenen Konzepte, Strukturkonzept Stolzalpe. Der Herr Abgeordnete Bacher freut sich mit der Region und mit uns über dieses Konzept. Auch das Strukturkonzept für das Landes-Sonderkrankenhaus Graz, mit dem die intramurale Psychiatriereform nun beschlossen wurde.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Sätze auch zu den Bauvorhaben des Jahres 1988. Für 1988 ist auf dem Bausektor ein Investitionsvolumen von 594 Millionen Schilling vorgesehen. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt aus Bundes- und Landesmitteln. Dazu kommt eine Eigenleistung der Krankenanstalten-Ges. m. b. H. in der Höhe von 65 Millionen Schilling.

Schwerpunkte dieses Ausbauprogrammes werden im LKH Graz die Weiterführung der Detailplanung für das Projekt „Neubau Kinderchirurgie“, die Generalsanierung und der Zubau für das Institut für Pathologie und die Umbauarbeiten für die neue Ambulanz der dermatologischen Klinik sein.

Im LKH Leoben: die Generalsanierung der beiden gynäkologisch-geburtshilflichen Operationssäle; im LKH Radkersburg wird ein großer Umbau begonnen: die Generalsanierung außerdem der chirurgischen Ambulanz und der Physiotherapie; im LKH Hartberg erfolgt der Einbau einer gemeinsamen Intensivstation für die chirurgische und die medizinische Abteilung und vieles mehr.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Leistungsbilanz und diese Vorschau vielleicht auch deshalb so ausführlich gemacht, weil ich korrekterweise festhalten möchte – und ich habe das schon eingangs meiner Rede getan –, daß ein großer Teil dieser Leistungen unter der Rechtsabteilung 12, mit Hofrat Dr. Schaffer

an der Spitze, begonnen wurde, daß aber jetzt diese Arbeiten von den Geschäftsführern, den Herren Vorstandsleitern Posch und Moser, gut weitergeführt werden. Insgesamt wissen wir alle bereits seit Jahren von einem Investitionsrückstau, der unsere steirischen Krankenanstalten betrifft. Dieser wurde zuletzt mit etwa 7 Milliarden Schilling in der Summe beziffert. Wenn man die Baufertigstellung rechnet, werden es etwa 10 Milliarden Schilling sein. Wir müssen uns alle, meine Damen und Herren, bewußt sein, daß diesen Rückstau zu bewältigen es gewaltiger Anstrengungen des Landes Steiermark mit Hilfe des Bundes brauchen wird.

Und, meine Damen und Herren, vielleicht darf ich es so sagen: Wir haben uns im vergangenen Jahrzehnt zu einem großen Schulausbauprogramm bekannt, und vielleicht entschließen wir uns für das kommende Jahrzehnt zu einem großen Ausbauprogramm unserer steirischen Krankenanstalten, um den Steirerinnen und Steirern, den Patienten, wirklich moderne und allen Anforderungen entsprechende Spitäler beschleunigt zur Verfügung stellen zu können. (Allgemeiner Beifall.)

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich, eigentlich fast schon zum Schlusse kommend, auch noch eine grundsätzliche Bemerkung anfüge: Mit der Gründung der Krankenanstalten-Ges. m. b. H. erfolgte eine klare Trennung von politischer und betrieblicher Verantwortung, eine klare Trennung von hoheitlicher und privatwirtschaftlicher Tätigkeit. Wir sollten uns aber darüber klar sein, daß diese Trennung der Politik von den rein betriebswirtschaftlichen Entscheidungen nicht mit der Entlassung der politischen Verantwortung und der Verantwortung der Kontrollpflicht gleichgesetzt werden darf. Diese Verantwortung kann und darf niemand dem Steiermärkischen Landtag, der Landesregierung und – wenn Sie wollen – auch dem Krankenanstaltenreferenten abnehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich wissen wir, daß auch kleine und disloziert gelegene Krankenanstalten nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der größten Sparsamkeit zu führen sind, daß aber die Frage der Versorgung und der Versorgungsgerechtigkeit einzelner Regionen jedoch nie allein mit dem Rechenstift erfolgen kann, und wir treffen uns da mit einem anderen Problem unserer steirischen Heimat, das vielleicht noch viel schwerer ist und wo wir dieselbe Einstellung und dieselben Antipoden in unseren Überlegungen zu berücksichtigen haben: Auf der einen Seite den Rechenstift und auf der anderen Seite die politische Verantwortung aus der Sorge um die Region und die Bevölkerung, die dort lebt. Meine Damen und Herren, zwischen diesen beiden Polen wird sich unsere Diskussion auch in Zukunft bewegen.

Nun möchte ich aber sagen, daß die Ursache der Kostenentwicklung nicht nur bei den Spitälern liegt. Der Kollege Bacher hat die gestiegene Lebenserwartung zitiert. Es ist in der Tat so, daß von 1950 bis 1986 bei den Männern die Lebenserwartung von 62 auf 71 Jahre, bei den Frauen von 67 gar auf 77 Jahre gestiegen ist, daß damit natürlich ein verstärkter Anfall von Krankheiten in den höheren Lebensjahren gegeben ist, und zwar nicht nur einer Krankheit, sondern vieler Krankheiten, und die Statistik zeigt uns ja bei den Belagszahlen, daß 40 bis 50 Prozent der Belags-

tage von Patienten konsumiert werden, die über 60 Jahre alt sind. Das ist also einer der Gründe der gestiegenen Kostenentwicklung.

Der andere Grund ist aber, meine Damen und Herren, das System. Das System, nach dem heute fast sämtliche Versorgungsleistungen medizinischer Art nach wie vor in die Spitäler verlagert werden, statt daß das Krankenhaus eigentlich jenen Stellenwert einnehmen sollte, der ihm an sich zukäme, nämlich „nur die oberste und letzte und bestausgestattete Form in einem integrierten Sozial- und Gesundheitssystem zu sein“. Auf diese Entwicklung, meine Damen und Herren, die wir alle finanziell in den letzten Jahren so zu spüren bekommen haben, haben weder jene kaum oder keinen Einfluß gehabt, die bis zum 31. Dezember 1985 die Geschäfte geführt haben, und vor diesem Dilemma stehen, meine Damen und Herren, auch die neuen Herren, die seit 1. Jänner 1986 die Geschäfte führen. Aus dem Grund werden die angepeilten und erhofften Sparmaßnahmen dadurch an gewisse Grenzen stoßen. Der Landeszuschuß steigt vorläufig weiter; er wird – wie gesagt – 1988 1,2 Milliarden Schilling betragen, damit deutlich über der allgemeinen Indexsteigerung liegen, wie ich das vorhin schon ausführen durfte.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, jetzt als vorletztes einige persönliche Bemerkungen zu machen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen und wo ich sicher bin, daß ich mich mit meiner charmanten Kollegin Dr. Kalnoky hier treffe: Gesundheitspolitik darf nicht nur kurativ sein, sondern muß und sollte in erster Linie präventiv sein. Denn es ist sicherlich besser, eine Krankheit zu verhindern als sie nachher zu heilen. Ich kann für unsere Krankenanstalten sagen: Der billigste und damit angenehmste und für uns liebste Steirer ist der, der überhaupt nicht der Spitalspflege bedarf und ins Krankenhaus kommt.

Nun liegen die Ansatzpunkte einer Prävention sicherlich nicht nur im Bereich der Gesundheitspolitik im engeren Sinn, sondern reichen weit in andere Bereiche hinein: in die Bildungspolitik, in die Verkehrspolitik, in die Wohnbaupolitik, in die Arbeitswelt, eigentlich in alle Bereiche unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren. An mancher Krankheit trägt die Gesellschaft Schuld – das ist kein Zweifel –, manche Krankheit ist vom einzelnen verschuldet, wo Bewegungsarmut, Ernährungsfehler, Alkoholmißbrauch, Nikotinmißbrauch, Streß und manches andere hier zu Entwicklungen führen, die sehr unerfreulich sind.

Und, meine Damen und Herren, da kommt uns eine ganz, ganz große erzieherische Aufgabe zu. Ich sage nicht Zwang, sondern ich sage erzieherische Aufgabe. Denn es ist ja fast kurios: Wir haben die Infektionskrankheiten besiegt, aber wir laufen heute Gefahr, von den Zivilisationskrankheiten besiegt zu werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Vorsorgeprogramm des Gesundheitsministeriums mit Minister Löschnak hohe Anerkennung zollen, dessen erstes Jahr der Kariesprophylaxe gewidmet ist, und ich zolle meine Anerkennung in gleicher Weise der Frau Abgeordneten Dr. Kalnoky, die hier für das erste Jahr federführend ist und in hervorragender Weise mitarbeitet.

Ich kann Ihnen allen, meine Damen und Herren, versichern, Sie werden in mir für diese Arbeit einen aufrechten und ernsthaften Mitstreiter finden.

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ganz zum Schluß, einem langjährigen Brauch dieses Hohen Hauses folgend, aber auch deshalb, weil es mir selbst ein aufrichtiges Bedürfnis ist, allen Bediensteten unserer Anstalten für die erbrachten Leistungen, für ihren Einsatz und für ihr unermüdliches Bemühen um die Patienten meinen besonderen Dank auszusprechen. Stellvertretend für alle Mitarbeiter danke ich jenen Herren, die im Jahr 1987 aus dem Dienst ausscheiden. Das sind Herr Univ.-Prof. Dr. Hans Hofmann, der langjährige Vorstand der Augenklinik in Graz, das ist Herr Univ.-Prof. Dr. Friedrich Heppner, dem allergrößte Verdienste für den Weltruf der neurochirurgischen Klinik gebühren, es ist Herr Univ.-Prof. Primarius Dr. Hermann Buchner, langjähriger Leiter des Landes-Sonderkrankenhauses auf der Stolzalpe, ich darf nennen Herrn Primarius Dr. Oskar Colombo, Leiter der Chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Fürstenfeld, Herrn Primarius Dr. Hubert Reinisch, Vorstand des Pathologischen Institutes am Landeskrankenhaus Leoben, sowie Herrn Primarius Dr. Heribert Pokan vom Landes-Sonderkrankenhaus Graz. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke allen Herren, wie Sie es mit Ihrem Applaus getan haben, für ihre langjährige Pflichterfüllung und wünsche ihnen alles Gute für ihren Ruhestand.

Mein Dank gilt allen Bediensteten in der Rechtsabteilung 12 mit Herrn Hofrat Dr. Schaffer an der Spitze und allen Bediensteten in der Zentralverwaltung der Steiermärkischen Krankenanstalten-Ges. m. b. H. mit den Herren Vorstandsdirektoren Dkfm. Posch und Dr. Moser und ihren Mitarbeitern. Mir ist bewußt, daß alle Herren in gleicher Weise das Wohl unserer steirischen Krankenanstalten im Auge haben und daß sie ihre vielfältigen Aufgaben trotz öffentlicher Diskussion gut meistern. Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, danke ich sehr herzlich für Ihr großes Interesse, welches Sie gegenüber dem steirischen Gesundheitswesen und dem Krankenanstaltenwesen im besonderen bekundet haben, und danke im voraus allen jenen, die der Gruppe 5 ihre Zustimmung erteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus!

Ich bin einige Antworten schuldig, ich werde es kurz machen. Kollege Weilharter hat beklagt, daß die Mittel für den Umweltschutz geringer geworden sind. Es ist nur scheinbar so, denn wenn Sie alle Posten zusammenzählen, die mit Umweltagenden zu tun haben, habe ich tatsächlich ein Plus von 3,8 Millionen Schilling.

Zur zweiten Frage „Murwald“ wollten Sie eine Antwort haben, was wirklich los ist. Ich habe sie mehrmals und öffentlich gegeben, kann nur nochmals wiederholen: Wir sind zurzeit nicht am Zug, sondern die Entscheidung liegt bei der Gemeinde. Ich habe aber auch erklärt, wenn die Gemeinde die Absicht haben sollte, für die Deponie eine Baubewilligung zu erteilen, und zu diesem Zweck den Flächenwidmungsplan ändern würde, bekämen Sie von uns keine Zustimmung. Ich glaube, damit ist die Angelegenheit klargestellt.

Letzter Punkt: Der Herr Abgeordnete Zellnig hat – glaube ich – mit Recht das Waldsterben angeschnitten. Das ist leider eine sehr große Wirklichkeit, eine traurige Wirklichkeit. Ich muß dir leider auch recht geben, daß ein Faktor immer übersehen wird, das sind die sogenannten Schältschäden, die sind beachtlich. Wir haben nach der Forstinventur im Jahre 1971, von 1961 bis 1970, sieben Millionen Festmeter Schältschäden in der Steiermark gehabt, im jetzigen Zeitpunkt sind es 17 Millionen Festmeter Schältschäden. Also eine gewaltige Zunahme von 47 Prozent. Im Prinzip muß man sagen 7,5 Prozent des Bestandes der Vorratsfestmeter sind bereits geschädigt. Und wenn Sie die Stämme nehmen, sind es 104 Millionen Festmeter in der Steiermark oder 12,4 Prozent aller Stämme, die bereits durch Schältschäden beeinträchtigt sind. Es ist, glaube ich, ein gewaltiger volkswirtschaftlicher Schaden, der durchaus mit den Schäden aus der Luft zu vergleichen ist.

Abschließend darf ich Ihnen noch sagen, daß hier sicher auch die Überhegung mitspielt. Wir haben wahrscheinlich zu hohe Rotwildbestände. Die Rotwildabgänge sind zurückgegangen. Wenn man die Abschüsse und das Fallwild zusammenzählt, waren es 1975 15.600 Stück, 1987 10.812 Stück. Ich glaube, daß wir daher zu hohe Wildbestände haben, so daß neben den Schäden, die durch die Luftbeeinträchtigung entstehen, auch noch zusätzliche Beeinträchtigungen festzustellen sind. Soviel kurz zu den angeschnittenen Fragen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Klasnic: Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Erhart: Frau Präsident! Hoher Landtag!

Ich wiederhole meinen Antrag, den Posten und Ansätzen der Gruppe 5, Gesundheit, zuzustimmen.

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren!

Sollten Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 5 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kollmann: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“ umfaßt den Straßenbau im allgemeinen mit den Bundesstraßen, den Landesstraßen und den sonstigen Straßen und Wegen, die gemeinsamen Kosten zu Bundes- und Landesstraßen. Ein weiteres Unterkapitel ist der allgemeine Wasserbau mit der Förderung der Wasserversorgung, mit der Förderung der Abwasserbeseitigung, dem Umwelt- und dem Wasserwirtschaftsfonds und dem Schutzwasserbau mit den Konkurrenzgewässern, der Wildbachverbauung und den Lawinenschutzbauten. Weiters der Straßenverkehr und der Luftverkehr. An Einnahmen sind in der Gruppe 6 budgetiert 31.097.000 Schilling, an Ausgaben 1.325.257.000 Schilling. Ich bitte namens des Finanz-Ausschusses um Annahme.

Präsident Klasnic: Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Harmtodt das Wort.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte – wie immer – das Positive in den Mittelpunkt stellen und heute ganz kurz über die Abwasserreinigungsanlagen sprechen. Es gibt immer wieder Klagen, daß für die Umwelt zu wenig getan wird, Worte helfen allerdings nichts, wir müssen Taten setzen. Und wir haben hier im Land Steiermark Großartiges geleistet und große Taten gesetzt. Ich darf einige Zahlen nennen: In der Steiermark wurden 2454 Millionen Schilling für Abwasserreinigungsanlagen ausgegeben. Das ist sogar ohne Firmen. Die drei Hauptflüsse möchte ich in erster Linie nennen, und zwar die Mur, Enns und die Raab. Für die Mur wurden 85 Anlagen realisiert mit 1.608.858 Einwohnergleichwerten, und diese Kosten, die dafür entstanden sind, sind sehr hoch, und zwar 1850 Millionen Schilling. Für die Enns wurden 25 Anlagen errichtet, und zwar für 11.430 Einwohnergleichwerten, mit Kosten von 260 Millionen Schilling. Für die Raab sind es 18 Anlagen für 133.480 Einwohnergleichwerten mit Gesamtkosten von 217 Millionen Schilling. Für die übrigen Flüsse in der Steiermark gibt es 16 Anlagen mit 93.000 Einwohnergleichwerten und Kosten von 132.600.000 Schilling. Einen sehr großen Fortschritt gibt es für die Raab. Ich sage das nicht deshalb, weil ich für die Raab zuständig bin, sondern deshalb, weil wir hier wirklich sehr große Fortschritte erzielt haben. Die Raab war – das habe ich hier in diesem Hohen Haus schon gesagt – einmal der fischreichste Fluß von ganz Steiermark, und in den letzten Jahren gab es hier sehr, sehr große Schwierigkeiten. Wir haben aber Gott sei Dank das alles in den Griff bekommen, und wir haben sehr große Leistungen erbracht. Auch die Firmen haben hier wesentlich mitgewirkt.

Wir haben ja in der Landwirtschaft jährlich in unserem Bezirk im Durchschnitt 60 Betriebe verloren. Wir mußten daher Betriebe ansiedeln, und die haben klarerweise auch unsere Raab verschlechtert. So hat zum Beispiel die Firma Schmidt in Wohlsdorf eine vollbiologische Kläranlage gebaut, die mustergültig funktioniert. Auch die Firma Steirerobst hat eine moderne Spezialvorkläranlage errichtet. Sie wurde im heurigen Jahr eröffnet, und es werden nur mehr 7000 Einwohnergleichwerte in die Verbandskläranlage von Gleisdorf eingeleitet. Die Firma Schmidt, Feldbach, hat die größte, modernste Betriebskläranlage von ganz Österreich errichtet, und das sozusagen ohne Förderung – das habe ich hier im Hohen Haus ebenfalls schon gesagt.

Beim Abwasserverband mittleres Raabtal wird noch fieberhaft gearbeitet, die Verbandskläranlage Feldbach wurde jetzt fertiggestellt und hat den Probetrieb aufgenommen; Paldau und Kirchberg ist ebenfalls fertig, und die Verbandskläranlage in Fladnitz für sechs Gemeinden wird im nächsten Jahr begonnen.

Ich habe von großen Erfolgen gesprochen, und zwar deshalb, weil wir bereits früher die Güteklasse II erreichen als ursprünglich vorgesehen wurde. Wir hatten am Anfang Schwierigkeiten – und das habe ich auch hier im Hohen Haus gesagt – mit der Standortfindung für Kläranlagen. Das ist gar nicht leicht. In der

Anfangsphase hatten wir sehr große Schwierigkeiten, aber in der Endphase haben wir das Gott sei Dank mit viel Aufklärung mustergültig geklärt.

So darf ich abschließend noch sagen, daß wir dafür Verbände gegründet haben, und diese Verbände haben sich sehr gut bewährt. Überschaubare Verbände, und diese haben hier wirklich Großartiges geleistet. Das Land Steiermark und der Wasserwirtschaftsfonds haben uns finanziell geholfen. Aber auch die Gemeinden haben ihre Beiträge geleistet, und vor allem auch die Bevölkerung muß hier etwas berappen. Trotz dieser Belastung, vor allem im ländlichen Bereich, wo die Entfernung oft sehr groß ist, sind große Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht entstanden. Hier müßte man überlegen, ob wir nicht sehr hart betroffenen Familien und Gemeinden ein bißchen unter die Armé greifen könnten.

Ich habe gesagt, daß wir Taten gesetzt haben, und diese Taten waren notwendig. In Verbindung mit Abwasserreinigungsanlagen haben wir einen sehr großen Beitrag für die Umwelt geleistet. Danke schön fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gottlieb, dem ich das Wort erteile.

Abg. Gottlieb: Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Was den Straßenbau im allgemeinen, im besonderen aber den Ausbau unseres überregionalen Straßennetzes, welches so wichtig für die Entwicklung unserer Wirtschaft und des Fremdenverkehrs ist, betrifft, müssen wir in größeren Zeiträumen denken. Zu groß und oftmals zu zeitraubend sind die Schwierigkeiten, die in der Vorbereitungs- und Planungsphase erst überwunden werden müssen, bis mit dem Bau überhaupt begonnen werden kann.

Man denke hier nur an die Beispiele in der Vergangenheit – die Pyhrnautobahn hier im Raum von Graz, oder erst jüngste Ereignisse im Bereiche des oberen Ennstales. Der Straßenbau in unserem Land ist in diesem Hohen Haus kein Streitthema mehr, was zwar, meine Damen und Herren, für die Debatte abträglich, aber sonst natürlich von großem Vorteil ist.

Der bescheidene Wohlstand und ein immer stärker werdendes Verkehrsaufkommen prägte lange Jahre hindurch die Straßenplanung und damit den Straßenbau. Dies sei deshalb vermerkt, weil aus heutiger Sicht Kritiker im nachhinein oft allzu leichtfertig von Planungssünden, Bausünden und verantwortungslosem Planen sprechen, ohne auf die Rahmenbedingungen der damaligen Zeit einzugehen.

Ein Reizthema ist es da und dort für Umweltschützer und solche, die sich dafür halten. Aber man muß feststellen, daß sich dies bei uns in durchaus vertretbaren Grenzen hält. Nicht zuletzt deshalb, weil sowohl vom Bund als auch vom Land berechtigten Einwänden großzügigerweise Rechnung getragen wurde und wird. Manche Bürgerinitiativen versuchen unter dem vordergründigen Deckmantel umweltgerechten Bauens, die Straßenplanung in erheblichem Maße zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang heißt dies, daß die Unterschriftenliste den Sachverstand nicht ersetzen kann. Das Urteil der vielen ist ohne Zweifel

demokratische Kontrolle, verkehrsgerechte Planung kommt aber damit noch lange nicht zustande.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, feststellen zu können, daß in den letzten Jahren im Straßenbau viel geschehen ist. Die zwei großen überregionalen Straßenzüge sind in Planung, im Bau und teilweise bereits fertig. Die Südautobahn ist durchgehend von Wien über den Wechsel, über die Pack bis Sankt Andrä in Kärnten befahrbar. Im Halbausbaue des Autobahnabschnittes von Gleisdorf nach Hartberg ist auf der Strecke von Ilz nach Sebersdorf der Vollausbau fertig.

Seit dem Sommer dieses Jahres ist die im Raum Graz so umstritten gewesene Pyhrnautobahn durchgehend von Traboch im Liesingtal bis wenige Kilometer vor der österreichisch-jugoslawischen Staatsgrenze befahrbar. Damit ist eine spürbare Entlastung des Durchzugsverkehrs in der Landeshauptstadt Graz eingetreten. Mit dem Ausbau der Pyhrn- und Südautobahn ist unser berechtigter Wunsch nach weiterer Schließung des Verkehrsdreieckes Graz–Wien–Linz–Graz in Erfüllung gegangen.

Die für die Obersteiermark so wichtige Verkehrsverbindung durch das Mürz- und Murtal befindet sich im richtigen Zeitplan. Vor einigen Tagen wurde das Bau-los Bruck an der Mur–Oberaich freigegeben.

Man kann beruhigt feststellen: Bis Ende dieses Jahrzehnts wird die Mürz- und Murtal-Schnellstraße vom Semmering bis Judenburg durchgehend befahrbar sein. Dieser Straßenbau bringt natürlich Impulse für die Bauindustrie und das Baugewerbe.

Mit einem besseren Verkehrsangebot werden wir sicher leichter Investoren für diese so schwer geprüfte Region in der Obersteiermark finden.

Vom Mürz- und Murtal hinweg komme ich aber nun zum Sorgenkind Nummer eins des steirischen Straßenbaues: zur Pyhrnautobahn. Politiker, Wirtschaftsfachleute aller Couleurs sprechen von der Notwendigkeit einer Annäherung beziehungsweise eines Anschlusses an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Anfang der neunziger Jahre wird der Rhein-Main-Donau-Kanal verkehrswirksam. Die Industriestandorte an der Donau werden an Attraktivität gewinnen. Wir müssen daher aus steirischer Sicht alles unternehmen, damit auch unsere Industrie in diesem europäischen Wettkampf nicht auf der Strecke bleibt.

Alle Prognosen deuten darauf hin, daß sich der transnationale Güterverkehr bis zum Jahre 2000 verdoppeln wird.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß die Schiene diesen Verkehrsanteil nicht aufnehmen kann. Zudem liegt für den europäischen Nordwest-Südost-Verkehr ein Verkehrsgutachten vor, das die Blanko-Consalting Hamburg im Auftrag der EWG erstellt hat. In der Prognose dieses Gutachtens wird festgestellt, daß der Straßengütertransit auf der Pyhrnroute in der Steiermark von derzeit 200.000 Transit-Lkw jährlich auf 500.000 Transit-Lkw ansteigen wird. Bezüglich des Pkw-Verkehrs wird bis zum Jahre 2000 eine Zunahme von 35 Prozent prognostiziert.

Die Pyhrnautobahn verläuft mit rund 170 Kilometer über die Steiermark. Mit der Fertigstellung der Umfahrung von Graz im Juni des heurigen Jahres sind derzeit

117 Kilometer verkehrswirksam, 14,3 Kilometer im Bau und 38,7 Kilometer in Bauvorbereitung. Im Bau ist der Abschnitt Vogau-Staatsgrenze, der im kommenden Jahr noch vor der Hauptreisezeit bis Spielfeld verkehrswirksam wird. Der Zusammenschluß der Pyhrnautobahn mit der Slowenika-Autobahn an der Staatsgrenze Spielfeld-Šentilji wird am 1. Juli 1990 erfolgen. Bis dahin wird der Grenzübergang modern und leistungsfähig ausgebaut sein und durch die Trennung zwischen Personen- und Güterverkehr die derzeit noch bestehenden Rückstauprobleme zu den Verkehrsspitzenzeiten der Vergangenheit angehören lassen. Im Bau ist auch die zweite Richtungsfahrbahn der Umfahrung von Trieben, die ebenfalls 1988 dem Verkehr übergeben wird. Mit den Bauarbeiten für die Umfahrung von Rottenmann wurde bereits vor einigen Wochen begonnen, sodaß bei Einhaltung der vorgesehenen Baudurchführungspläne mit der Verkehrswirksamkeit im Jahre 1990 gerechnet werden kann.

Noch auszubauen ist im Palten-Liesingtal der 38,7 Kilometer lange Schoberpaß-Übergang zwischen Gaishorn und Treglwang mit den Bauabschnitten Gaishorn–Wald, Wald–Kalwang, Kalwang–Mautern und Mautern–Traboch. Für diesen Ausbau werden in der Steiermark noch rund 3 Milliarden Schilling benötigt, welche entweder über die normalen Topfmittel oder im Wege einer Fremdfinanzierung aufgebracht werden müssen. Es wäre für die Steiermark, die sich mit rund einer Milliarde Schilling am Ausbau der Pyhrnautobahn beteiligt, nicht einsichtig, wenn die Fertigstellung dieser Autobahn nur daran scheitern würde, weil der Straßenbau die legitime Quelle der zweckgebundenen Einnahmen verloren hat. Aus den aufliegenden Bauzeit- und Finanzierungsplänen der Pyhrnautobahn ist ersichtlich, daß der Ausbau des Schoberpaß-Überganges verkehrswirksam bis zum Jahre 1994 abgeschlossen werden könnte. Dazu ist es aber notwendig, daß bereits im kommenden Jahr das Bauvorhaben Gaishorn–Wald mit Gesamtkosten von 820 Millionen Schilling ausgeschrieben und vergeben wird. Der rasche Ausbau dieser Autobahn ist für die Steiermark schon deshalb notwendig, weil die Umstrukturierung und Standortsicherung der steirischen Wirtschaft nur mit europareifen Verkehrsverbindungen gelingen kann. Daher können wir aus der Sicht der Steiermark die jüngste Mitteilung des zuständigen Bundesministers Robert Graf, daß für den Ausbau der Pyhrnautobahn, das heißt, Ausbau sowohl in der Steiermark als auch in Oberösterreich, zusätzlich 20 Milliarden Schilling aufgenommen werden, nur unterstützen. Und, Herr Landeshauptmann, ich glaube, aus dieser Situation heraus auch die Unterstützung des gesamten Landtages zu erbitten, damit du bei deiner Verhandlung mit dem Herrn Bundesminister auch die gesamte Stärke dieses Landtages hast. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Neben der Verbindung der Pyhrnautobahn in den Donaauraum beziehungsweise nach Westösterreich muß auch auf die Dringlichkeit eines Ausbaues der Eisenbahnen hingewiesen werden. (Abg. Kammlander: „Bravo!“ – Landesrat Dr. Heidinger: „Man muß nur Geduld haben, Frau Abgeordnete!“) Die Eisenbahnen haben im Verkehrswesen der Steiermark seit langer Zeit einen besonderen Stellenwert. Wie in den meisten Ländern der Welt haben die Eisenbahnen auch in Österreich die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflusst und die Industrialisierung des

Landes beschleunigt. Gravierend – und zwar in negativer Hinsicht – ist aber die Tatsache, daß von den 820 Kilometern der Österreichischen Eisenbahn in unserem Bundesland lediglich 231 Kilometer als zweigleisige Strecken aufscheinen. Wichtige Streckenabschnitte werden eingleisig geführt. Ich erinnere an die Streckenführung St. Michael über den Schoberpaß hinaus nach Selzthal bis Bischofshofen oder von Graz nach Spielfeld. Dies hat zur Folge, daß es auf der eingleisigen Strecke von St. Michael bis Selzthal pro Tag zu mehr als 13 Stunden unproduktiver Wartezeiten in den Zugskreuzungen kommt. Zur Aufklärung sei erwähnt, daß auf der eingleisigen Strecke St. Michael–Selzthal oft 90 bis 100 Züge in 24 Stunden verkehren, weshalb diese Strecke zu den am stärksten belasteten eingleisigen Strecken der Österreichischen Bundesbahnen zählt. Dies ist immer wieder der Grund, weshalb behauptet wird, beim Verkehrsangebot der Bahn scheint die Steiermark eher stiefmütterlich behandelt zu sein. Oder, was besonders bei vielen Reisenden aus dem Westen gesagt wird, was die Schiene betrifft, hört Westeuropa in Bischofshofen auf. Die Steiermark und damit die Südbahn insgesamt ist eindeutig gegenüber den westlichen Bundesländern benachteiligt. Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen, daß damit der zweitgrößte Industrieraum Österreichs verkehrsmäßig praktisch von der Welt mehr oder weniger abgeschnitten ist. Aber nur ein Gebiet, das verkehrsmäßig und informationstechnisch von allen Seiten gut erreicht werden kann, hat heute die Chance, mithalten zu können. Damit wir diese Benachteiligung beseitigen, wäre es von einer besonderen Dringlichkeit, die Strecke von St. Michael bis Selzthal zweigleisig auszubauen. Ebenfalls wichtig wären der Ausbau von Graz nach Spielfeld und die Verbindung durch das Mürztal Richtung Wien durch die Errichtung des sogenannten Semmeringbasistunnels zu verbessern.

Abschließend gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zum Problem der Abwasserbeseitigung und der Reinhaltung der Flüsse in unserem Land. Am 12. März 1985 fand hier in Graz im Rittersaal, hier nebenan, der sogenannte Mur-Gipfel statt. Vertreter des Bundes, des Landes, der Gemeinden und der größeren Industriebetriebe einigten sich hier, ein Programm zu erstellen, dessen Ziel es ist, innerhalb von wenigen Jahren die Qualität unserer Mur entscheidend zu verbessern. Vieles, meine Damen und Herren, ist in diesen zweieinhalb Jahren geschehen. Für meine Region, ich meine hier das mittlere Murtal, darf ich sagen, daß wir in Entsprechung dieser Beschlüsse im Sommer die große Verbandskläranlage des Abwasserverbandes Region Frohnleiten in Betrieb genommen haben. Seit dem Herbst dieses Jahres ist die große Industriekläranlage der Kartonfabrik Mayr-Melnhof in Probebetrieb und ebenfalls seit einigen Wochen die Großkläranlage der Papierfabrik Leykam in Gratkorn.

Meine Damen und Herren, diese drei Projekte verbessern die Wasserqualität der Mur um über 500.000 Einwohnergleichwerte. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, wir haben in dieser Region des mittleren Murtales, von Frohnleiten beginnend bis Gratkorn, alles darangesetzt, um die Verschmutzung unserer Mur hintanzuhalten und die Wasserqualität wieder auf die Wassergüteklasse II zu bringen.

Ich möchte von dieser Stelle aus dem Herrn Landesbaudirektor Hofrat Dipl.-Ing. Andersson für die nette und gute Zusammenarbeit sehr herzlich danken. Ich darf Sie bitten, Herr Landesbaudirektor, diesen Dank auch den Beamten Ihrer Fachabteilungen weiterzugeben, und ich bitte Sie auch in Zukunft – so wie bisher – um eine gute Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL.)

Abschließend darf ich feststellen, daß wir gemeinsam hier viel erreicht haben. Gehen wir diesen erfolgreichen Weg auch in die Zukunft gemeinsam zum Wohle unserer steirischen Heimat. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auch heuer können wir in der Steiermark auf ein sehr erfolgreiches Jahr im Straßenbau zurückblicken. Wieder wurde ein großer Schritt in der Verwirklichung unseres überregionalen Straßennetzes und zur Erreichung unserer verkehrspolitischen Ziele getan.

Das Straßenbauereignis schlechthin dieses Jahres war aber zweifellos die Verkehrsfreigabe der Umfahrung von Graz mit dem 9755 Meter langen Plabutschunnel am 27. Juni. Er ist damit der siebent längste Tunnel der Welt und der zweitlängste Tunnel in Österreich. Diese Verkehrsfreigabe war auch mehr als nur die Befreiung der Landeshauptstadt Graz vom internationalen und überregionalen Durchzugsverkehr, sie war auch der Auftakt einer neuen, von Landeshauptmann Dr. Krainer eingeleiteten Straßenbaugesinnung gegenüber der Umwelt. Zum ersten Mal wurden bei diesem Umfahrungsprojekt alle Fragen des Umweltschutzes umfassend formuliert und einbezogen. Und zum ersten Mal konnten auch die Bürger tatsächlich in das Planungsgeschehen unmittelbar eingreifen. Die Freigabe des Plabutschunnels war aber auch ein Schlußstrich – und viele in diesem Haus und darüber hinaus werden sich daran erinnern – unter einem jahrelangen Planungs- und Verfahrensprozeß, aber auch – und ebenso wird man sich daran erinnern – eine Abrechnung mit jenen oft selbsternannten Experten oder politischen Mandataren, die jahrelang Demagogie mit einer sensibilisierten Bevölkerung getrieben haben.

Wovon war da nicht oft die Rede! Von einem Ungeheim, vom Nach-der-Länge-Durchschneiden eines Berges, wie unsinnig das sei. Und vor allem, was die Verkehrswirksamkeit betrifft, gab es keine Woche oder keinen Tag, an dem in dieser Zeit nicht Negativstes prognostiziert worden wäre. Es sind übrigens dieselben Leute, die heute noch die Pyhrnautobahn in Frage stellen und bei denen die alpenquerende Verkehrsbetrachtung bei der Tauernautobahn aufhört.

Die Realität sieht folgendermaßen aus: Seit dem Eröffnungstag am 27. Juni – also in weniger als fünf Monaten – sind mehr als 1.800.000 Kraftfahrzeuge, darunter 250.000 Lkws, durch den Tunnel gefahren. Es gab Verkehrsspitzen mit über 20.000 Kraftfahrzeugen in 24 Stunden und den höchsten sogar mit 26.500 Kraftfahrzeugen in 24 Stunden. Bis Ende dieses Jahres werden also rund zwei Millionen Kraftfahrzeuge den

Plabutschunnel durchfahren haben, was einem durchschnittlichen täglichen Verkehr von rund 12.000 Kraftfahrzeugen in 24 Stunden entspricht. Das ist also etwa viermal soviel als die seinerzeitigen Experten für die Annahme dieser so wichtigen Umfahrung von Graz in Aussicht gestellt hatten. Diese Zahlen unterstreichen die Richtigkeit dieses Umfahrungsprojektes, und es wäre heute unvorstellbar, erinnern Sie sich doch daran, welche Autoschlangen von Kraftfahrzeugen, Lkws und Pkws, jede Woche, besonders am Wochenende, Graz zum Stauzentrum Österreichs gemacht haben. Verkehrschaotische Zustände, stundenlange Wartezeiten waren damals an der Tagesordnung.

Das Wesentliche an dieser Lösung ist nicht nur die Ableitung der Verkehrsmenge aus der Stadt Graz, sondern auch die Entlastung der Umwelt für die Grazer Bürger. Die genannte Verkehrsmenge auf den Straßen von Graz, wie sie sich seinerzeit durchquälen mußte, hat folgende Schadstoffe produziert: 460 Tonnen Kohlenmonoxid, 74 Tonnen Stickoxide, 36,7 Tonnen Kohlenwasserstoff, 3324 Kilogramm Ruß und 184 Kilogramm Blei. Bei der jetzt erfolgten Durchfahrt durch den Plabutschunnel erzeugt die gleiche Menge von Kraftfahrzeugen wesentlich weniger. Die Verminderung der gesamten Umweltbelastung für die Grazer beträgt: minus 147,5 Tonnen Kohlenmonoxid, minus 5 Tonnen Stickoxide, minus 12,2 Tonnen Kohlenwasserstoff, minus 666 Kilogramm Ruß und minus 44 Kilogramm Blei.

Und noch ein wesentlicher Zusatz: Die laufend durchgeführten Luftmessungen in der Umgebung der Ablufttürme haben bisher trotz der hohen Verkehrsbelastungen keine Erhöhung der bereits vor der Inbetriebnahme des Tunnels vorhandenen Schadstoffkonzentrationen, die sich noch immer in Hundertstelmilligramm pro Kubikmeter Abluft bewegen, gezeigt. Trotzdem, weil es noch besser werden soll, wird für das ungelöste Filterproblem an einer Lösung gearbeitet, und es ist zu hoffen, daß die damit befaßten Fachleute auch hier in absehbarer Zeit eine Lösung finden.

Meine verehrten Damen und Herren, so ist der Plabutschunnel nicht nur für uns Grazer, sondern weit darüber hinaus ein hervorragendes Beispiel einer konsequenten und zukunftsorientierten Verkehrs- und Umweltpolitik geworden. Für dieses Beispiel sind viele Grazer und Steirer dem Landeshauptmann und Referenten für den Straßenbau in der Steiermark zu Recht sehr dankbar. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) Als oftmaliger Benützer dieses Tunnels, weil ich in dieser Gegend wohne, schließe ich mich diesem Dank herzlich gerne an. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Ofner. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Seit ich dem Landtag angehöre – und das sind immerhin sieben Jahre –, habe ich fast bei jeder Straßendebatte den weiteren Ausbau der ehemaligen B 17 von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze, und im besonderen den Ausbau der Scheiflinger Öfen, gefordert. Leider, Herr Landeshauptmann, so ziemlich ohne Erfolg. Trotzdem reiße ich mich heute wieder unter die Straßensänger ein, verspreche aber, daß ich sehr kurz singen werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vorjahr hatte ich die sehr große Hoffnung nach einer Aussprache mit dem Herrn Landeshauptmann, daß mit dem Ausbau der Scheiflinger Öfen nun endlich im heurigen Jahr begonnen wird. Meine große Hoffnung wurde leider, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wieder nicht erfüllt.

Dabei muß man feststellen, daß der Verkehr auf dieser ehemaligen B 17 ständig und von Jahr zu Jahr zunimmt, vor allem was den Lkw-Verkehr betrifft. Es ist – und ich sage es wirklich so – fast eine Zumutung für den Verkehrsteilnehmer, diese Strecke von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze zu befahren. Wenn ich das vielleicht mit einem kleinen Beispiel hier näher anführen darf, so kann ich sagen, daß man von Neumarkt bis Judenburg, das sind 36 Kilometer, rund eine dreiviertel Stunde fährt, von Judenburg bis Graz, das sind rund 94 Kilometer, fährt man gleich lang, also wieder eine dreiviertel Stunde. Hier kann man eigentlich ersehen, was für ein Unterschied es ist und welch fürchterliche Strecke hier oben ist. Ich möchte nicht weiter auf Einzelheiten eingehen, sie sind dem Hohen Hause hinreichend bekannt, und ich habe sie zu oft hier schon vorgetragen. Ich möchte Sie nun nochmals, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wiederum ersuchen, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, damit endlich mit diesem Bau, mit diesem Straßenstück, vor allem der Scheiflinger Öfen, aber auch dem weiteren Ausbau von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze, begonnen wird. Die Bevölkerung – und da bin ich wirklich überzeugt – wäre sicher sehr, sehr dankbar dafür. Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Purr das Wort.

Abg. Purr: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Im Jubiläumsjahr der Eisenbahn ist es – glaube ich – angebracht, einige genauere Ausführungen vorzubringen. Sie werden möglicherweise überrascht sein, daß ich nicht in ein Nur-Kritik ver falle, sondern absolut bemüht bin, die positiven Seiten des neuen Bahnkonzeptes hervorzuheben, und nicht nur deshalb, weil mir vielleicht Umwelt oder irgend andere Themen vorschweben und ich hier Sympathien gewinnen möchte, sondern ich glaube, daß einfach die alten Eisenbahnlinien für das 21. Jahrhundert nicht geeignet sein können und daß wir in Österreich europareife Bahnlinien brauchen. Ein Argument dazu: 1993 wird London durch einen Kanal an das Festland Europa angeschlossen sein. Die Problemlösung muß lauten: Verbesserung des derzeitigen Eisenbahnnetzes und Bau neuer Linien. Die Bundesbahnen stellten Ende November das erste Ausbauprogramm für die Jahre 1988 bis 1992 vor, dieses enthält ein Ausbauvolumen in Höhe von 15 Milliarden Schilling. Vorgesehen ist die Schaffung eines integrierten Taktfahrplanes, Ausbaumaßnahmen an der Westbahn, die Verbindung über den Schoberpaß sowie Ausbau der Tauernachse und Verbesserungen im Bereich der Bahnhöfe.

Aber vielleicht einiges zum Ist-Zustand, meine Damen und Herren. Von Graz nach Wien ist die schnellste Verbindung derzeit 2 Stunden 20 Minuten. Es gibt für das Jahr 2000 von der Bundesbahn das

Programm, diese Strecke – nämlich über die Oststeiermark – in 1 Stunde und 6 Minuten zu schaffen. Aber lassen wir das Soll einmal beiseite, und sehen wir uns die Verbindungen an, die Graz, die Hauptstadt unseres Landes, zu anderen Bundesländern hat. Wir brauchen nach Linz 3 Stunden 25 Minuten, wir fahren nach Innsbruck in mehr als 6 Stunden, wir brauchen nach Salzburg durch das Ennstal 4 Stunden 10 Minuten, und nach Klagenfurt, das sind etwa 150 Straßenkilometer, brauchen wir 2 Stunden 53 Minuten. Vorstellbar, daß diese Strecke überwiegend mit dem Auto befahren werden muß, weil eben zu zeitaufwendig. Im großen und ganzen scheinen wirklich von der Bundesbahnseite her diese 15 Milliarden so gut wie sicher zu sein, und das Jahr 1988 steht vor der Tür. Ich hoffe aber auch, daß die präliminierten 60 Milliarden bis zum Jahre 2000 realisiert werden können, denn wenn die Bahn konkurrenzfähig bleiben will und nicht weiterhin Marktanteile an andere Verkehrsträger verlieren soll, dann muß sie nicht nur ihre Infrastruktur, sondern auch ihre Organisation durchgehend erneuern. Und ein offenes Wort dazu, auch die Produktivität der ÖBB-Mitarbeiter muß an den Leistungsstandard der führenden europäischen Bahnverwaltungen herangeführt werden. Die Steiermark ist von diesen kurzfristigen Maßnahmen betroffen, wie bereits erwähnt wurde, durch den Ausbau der Strecke Schoberpaß–Ennstal, wobei das vorläufig so aussieht, daß der schnellste Zug zwischen Leoben und Bischofshofen derzeit 2 Stunden 40 Minuten braucht und daß derzeit eine eingleisig durchgehende Strecke dort zur Verfügung steht mit einer Ausnahme von fünf Kilometern, die zweigleisig ausgebaut wurden. Ziel ist in erster Linie, die Fahrzeit zwischen Leoben und Bischofshofen um 25 Minuten auf 2 Stunden 15 Minuten zu reduzieren. Es ist auch vorgesehen die Errichtung der Umfahrungsschleife Selzthal.

Zweites Bauvorhaben während der Jahre 1988 bis 1992: Neubau des Semmeringtunnels, Ist-Zustand, sehr interessant. Die Höchstgeschwindigkeit auf dieser Strecke beträgt zirka 55 bis 70 Stundenkilometer. Es ist vorgesehen, daß man durch diesen Tunnel eine Fahrzeitverkürzung von 30 Minuten erreicht. Das heißt, man wird etwa zwischen Wien und Graz mit 2 Stunden auskommen können. Dennoch, meine Damen und Herren, sehr bedenklich seit dem Ausbau der Autobahn, des teilweisen Ausbaues Gleisdorf–Hartberg, fährt man von Graz sehr bequem in 1 Stunde 30 Minuten nach Wien, der Zug scheint demnach 2 Stunden zu brauchen. In der Geschwindigkeit liegt dann wahrscheinlich auch mehr oder weniger die Attraktivität, nicht nur im Komfort. Ich möchte auf alle Fälle darauf hinweisen, daß das Konzept der Bundesbahn, das Konzept „2000“, leider die Strecke Graz–Spielfeld nicht enthält, wofür nach den jetzigen Berechnungen 1,6 Milliarden Schilling aufgewendet werden müssen. Eine Forderung, von der wir auf keinen Fall ablassen können, stellt diese Verbindung doch die Verbindung in Richtung Balkan dar, und – glaube ich – man sollte, wie sich auch immer die Eisenbahn in Richtung Osten und Westen und Norden entwickeln sollte, keinesfalls auf diese Südverbindung verzichten. Gestern hat am Hauptbahnhof in Graz ein Symposium stattgefunden unter dem Titel „Hochleistungsbahnen im Alpen-Adria-Bereich“. Es waren ausländische Vertreter anwesend, der Eisenbahndirektor

von Verona, Monfardini, der Professor Skonc aus Ljubljana von der Eisenbahnverwaltung, es war auch Ungarn vertreten mit Dipl.-Ing. Kerkapuli aus Budapest. Und alle diese Konzepte sehen im großen und ganzen eine Verbindung zur Adria vor. Das heißt, diese Eisenbahn, die über den nördlichen Teil der Oststeiermark, über Hartberg Richtung Gleisdorf gehen soll, muß Realität werden, wobei ich aber hier und auf Grund der Aussagen von Professor Rießberger von der Technischen Universität Graz sagen kann, man muß diese Bahnlinie nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem Koralmtunnel sehen.

Der Koralmtunnel scheint für unsere Steiermark eine unabdingbare Forderung zu sein, und es gilt, diese Idee, die ja natürlich etwa 60 Jahre alt ist, auf alle Fälle auch weiterhin zu betreiben, und hinweg über alle Parteigrenzen danke ich allen Leuten, die diese Idee unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Interessant in dem Zusammenhang erscheint mir, daß eine neue Linie Graz–Klagenfurt überhaupt die erste neue Linie seit dem Zerfall der Donau-Monarchie wäre. Und vergessen wir bitte nicht, daß alle Eisenbahnlinien dem Konzept der alten Monarchie entsprechen. Leider hat die Stadt Graz – es war natürlich gestern auf Grund des Umstandes, daß in Graz Gemeinderatswahlen bevorstehen, schon jemand dort anwesend – auf dem Gebiet wenig Aktivitäten und wenig Interesse gezeigt. Dabei würde Graz damit wirklich Drehscheibe im Süden Österreichs oder im weitesten Sinne im Südosten Europas werden. Diese neue Linie „Koralmbahn“, so utopisch sie dem einen oder anderen erscheinen mag, stellt die optimale Verbindung der östlichen und südwestlichen Steiermark mit unserer Bundeshauptstadt dar, die damit einen direkten Zugang zur Adria erhält. Weiters würde sie den Ostkärntner Raum wirtschaftlich völlig erschließen. Interessant ist in dem Zusammenhang auch, daß die Kärntner davon nichts hören lassen. Der Raum Lavamünd, Sankt Paul und Wolfsberg würde das dringend brauchen, aber auch die Kärntner Initiativen sind da – glaube ich – noch weitgehendst zu wecken, denn es ist ja unvorstellbar, daß die Steiermark eigentlich einzig betreibende Kraft dieser Idee mit internationaler Beteiligung wäre. Und weiters vor allem ist eines nicht zu übersehen, daß damit eigentlich eine Verbindung der im Süden gelegenen Bundesländer hergestellt werden kann: nämlich Burgenland, Steiermark und Kärnten.

Meine Damen und Herren, sehr wichtig: Wenn dieser Tunnel von London zum Festland Europa 1993 fertig sein wird, dann wird es eine Verkehrslinie geben London–Frankfurt–Würzburg–Wien, eine weitere Skandinavien–Hannover–Würzburg–Wien, eine Linie Berlin–Prag–Wien, Moskau–Warschau–Kattowitz–Wien.

Und übersehen wir, bitte, nicht die Bemühungen, die unsere Nachbarländer im Westen unternehmen: Nämlich Deutschland, ebenfalls mit neuen Bahnlinien; ein Blick nach Frankreich, und wer sich für Eisenbahnen interessiert, weiß, was TSCHW bedeutet; ein Blick nach Italien: Der Elektrozug 450 wird bereits im nächsten Jahr probeweise zwischen Mailand–Rom–Reggio di Calabria verkehren. Man wird die Strecke von Mailand nach Rom in 4 Stunden 30 Minuten zurücklegen. Das ist dort kein Zukunftsprojekt mehr, sondern,

bitte, Realität. Die Italiener werden eine ganz moderne Bahn bis an unsere Staatsgrenze heraufführen, bis nach Tarvis, und das in allernächster Zeit. Das wurde auch gestern vom dort anwesenden Präsidenten der Eisenbahnverwaltung Verona ganz deutlich hervorgehoben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte, nehmen wir das wirklich ernst, was die Eisenbahnverbindungen betrifft. Wir brauchen sie nicht nur, weil ich sage, wir verbinden damit die Weststeiermark oder die südliche Steiermark mit Kärnten und schaffen uns damit einen direkten Weg zur Adria, sondern wir verbinden damit eben im wahrsten Sinn des Wortes den südöstlichen Raum von Österreich, und denken wir daran, daß die neue Bahn nicht nur besser sein soll als heute, sondern daß sie gut genug für morgen sein muß. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

Abg. Weilharter: Sehr verehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf mich wirklich aus zeitökonomischen Gründen sehr kurz halten, aber trotzdem – glaube ich – ist die Frage der Straßen in der Steiermark ein sehr wichtiges Problem, daß man dazu auch Stellung nimmt. Es wird sicherlich niemand in diesem Haus widerlegen, und es ist sicherlich ein berechtigter Wunsch der Bevölkerung, nämlich der Wunsch nach Straßen, der Wunsch nach Ausbau der Eisenbahnen. Es ist dieser Wunsch sicherlich auch dadurch unterstrichen, wenn es sich bei denen, die die Wünsche stellen, um die Betroffenen handelt. Es ist dann sicherlich ein berechtigter Wunsch, wenn sie an Körperschaften, an die Politiker, an die Verantwortlichen herantreten, und zwar im Bewußtsein, daß Straßen zur Anhebung der Verkehrssicherheit, zur Senkung der Umweltbelastungen und vor allem aber auch aus wirtschaftlicher Notwendigkeit gebaut werden.

Dieser Wunsch und diese Forderung der Bevölkerung wird aber damit unterstrichen, wenn die Forderung kommt – es ist auch ein diesbezüglicher Resolutionsantrag eingebracht worden –, daß man bei allen diesen Projekten versucht, Entscheidungen zu treffen und Prioritäten setzt. Diese Forderung wird auch dadurch verstärkt, daß auf zahlreichen Straßen der Steiermark – und da denke ich an die Pyhnautobahn, da denke ich an die Ennstalstraße, da denke ich an die Straße über den Schoberpaß; wenn es dort zu Problemen kommt, da die sogenannten Anschlußstücke fehlen, nämlich, wenn der Ausbau an und für sich nicht vorangetrieben wird, wenn die Pyhrn einer Fertigstellung nicht in absehbarer Zeit entgegensehen kann. Bestärkt und vor allem laut wird dieser Wunsch immer, wenn furchtbare Unfälle passieren, wo die Folgen gegen die Gesundheit und gegen den Menschen gehen, wenn es Tote und Schwerverletzte gibt.

Meine Damen und Herren, ist es nicht eine Aufgabe dieses Hohen Hauses, zu versuchen, dem entgegenzusteuern? Ich glaube, gerade aus diesen Gründen hat die Bevölkerung dann an und für sich sehr wenig Verständnis dafür, wenn mit großem Prunk Eröffnungen beziehungsweise Spatenstiche erfolgen. Wenig

Verständnis hat aber die Bevölkerung auch dafür, wenn es auf Kosten ihrer berechtigten Wünsche zu Kompetenzstreitigkeiten kommt, wie es in jüngster Zeit bei der Diskussion um den Ausbau der Ennstalstraße der Fall war. Ich darf aus diesem Anlaß den „Kurier“ vom 20. Oktober dieses Jahres zitieren. Es steht im „Kurier“ gleich nach der Überschrift im ersten Absatz: „Um eine Grundsatzdiskussion wird der steirische Naturschutzbeirat nun wohl nicht mehr herumkommen, sollte seine Arbeit nicht in einer Sackgasse, Augenauswischerei, Politpackelei enden.“ Ich zitiere den „Kurier“ weiter: „Den Stein ins Rollen hatte eine vom Vorsitzenden des Beirates Hermann Kröll, Volkspartei-Landtagsabgeordneter, initiierte Kampfabstimmung über die Ennstalbundesstraße gebracht.“ Ich fahre nochmals fort in diesem Bericht: „Die Mehrheit der Mitglieder hat gegen den geleisteten Eid zum Schutz und zur Erhaltung der Natur agiert. Zahlreiche Gutachten beweisen das.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, gerade aus diesen Gründen ist es sicherlich notwendig, daß man Prioritäten setzt, daß man aber auch vor allem einen anderen Weg wählt, indem man den Menschen sagt, was in nächster Zeit im Bereich des Straßenbaues passieren wird und vor allem passieren soll.

Ich könnte diese Negativliste fortsetzen: Da war am 30. November wiederum in einer steirischen Zeitung zu lesen, daß es einen Kompetenzstreit unter der hohen Beamtschaft des Landes Steiermark gibt. Es handelt sich in dieser Auseinandersetzung um den Neubau einer Sulmbrücke zwischen Kitzeck und Großklein. Es ist die sogenannte „Ponton-Brücke“, wo es um einen Betrag von 1,6 Millionen Schilling geht, und die Bevölkerung hat halt sehr wenig Verständnis dafür, wenn einfach nicht entschieden wird und wenn es auf ihre Kosten geht, vor allem auf Kosten der Lebensqualität der Menschen, die in diesen Regionen wohnen.

Genau aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, und der Herr Kollege Ofner hat es schon vorweg auch gesagt, ist auch der berechtigte Wunsch der betroffenen Bevölkerung aus dem Bezirk Murau und aus einem Teil des Bezirkes Judenburg, aber auch aus den anderen angrenzenden Bezirken schon jahrelang hier in diesem Haus erhoben worden, nämlich um eine endgültige Fortsetzung und um den endgültigen Ausbau der Bundesstraße 17, der Verbindung von Judenburg bis Dürnstein. Es geht auch darum wieder um diese drei wichtigen und mir wesentlich scheinenden Faktoren, wie bei allen Straßenbereichen der Steiermark, nämlich Anhebung der Verkehrssicherheit, Senkung der Umweltbelastung, und vor allem ist es für die Region eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Ich darf daher wirklich allen Ernstes die Aufforderung an dieses Hohe Haus aussprechen, nehmen wir den Straßenbau sehr ernst, versuchen wir nicht, mit solchen Dingen, wie ich es zitiert habe aus dem „Kurier“, abzulenken und vor allem die Verwirklichung zu verzögern.

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka: Angesichts der späten Stunde möchte ich mich, was den Vorsatz betrifft, auch an meinen Vorredner, Abgeordneten Weilharter halten.

Aber zur Sache muß man schon eines sagen, Herr Abgeordneter Weilharter, eigentlich müßten Sie wissen, welchen Wert Meldungen des „Kuriere“ haben, vor allem wenn Sie den „Kurier“ auch letzten Sonntag gelesen haben. Es wäre, glaube ich, besser, würden Sie sich beim Vorsitzenden des Naturschutzbeirates selbst erkundigen, wie dort die Sitzungen ablaufen, wie die Stimmung im Naturschutzbeirat ist (Abg. Pinegger: „Das ist die blaue Gläubigkeit!“), wie die Stimmung im Naturschutz ist. Ich bin selbst Mitglied dieses Beirates und kann Ihnen sagen, daß der Abgeordnete Kröll in einer schwierigen Situation dort den Vorsitz übernommen hat und nach 14 Jahren, in denen diese Frage, was die Ennstal-Trasse betrifft, diskutiert worden ist, endlich zu einer Entscheidung gekommen ist. Und das – glaube ich – hat sich jeder, der an dieser Frage interessiert ist, gewünscht, daß nach 14 Jahren entschieden wird. Und wenn hier eine Entscheidung getroffen worden ist, so ist es sicherlich sehr leicht, diese Entscheidung im nachhinein zu kritisieren. Ich kann nur eines sagen, es hat – (Abg. Kammländer: „Waren Sie dabei?“) ich war dabei – es hat eine ausführliche Diskussion gegeben, eine ausführliche Information. Und nach einer ausführlichen Diskussion ist es dann zu einer Entscheidung gekommen. Ich weiß nicht, ob in Ihren Gremien, Herr Abgeordneter Weilharter, immer einstimmige Entscheidungen erfolgen. Und warum ist es etwas Schlechtes, wenn auch einmal im Naturschutzbeirat keine einstimmige Entscheidung fällt? (Abg. Kammländer: „Unter Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat es keine mehrheitlichen Beschlüsse gegeben!“) Darf ich noch eines dazu sagen, der „Kurier“ hat – wie in vielen anderen Fällen – auch diesen Artikel richtigstellen müssen, einige Tage später, nur zu Ihrer Information.

Jetzt zur Sache und zum Thema. Man sieht es, wenn man auf der Tribüne der Berichterstatter sieht, daß ein Jahr nach Tschernobyl die Umweltdebatte aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden ist, die Umweltprobleme leider nicht. Sie sind uns geblieben, und wer meine Vorredner gehört hat, und ich möchte mich hier nicht in Wiederholung ergehen, Wald und Boden sind schwer bedroht. Ihr Zustand verschlechtert sich leider nach wie vor. Und kommt es hier nicht zu radikalen Maßnahmen, sind sie zum Sterben verurteilt. Anders ist die Entwicklung und die Tendenz, was unser Wasser anlangt. Die Mur hat tatsächlich eine Chance, in den neunziger Jahren wieder ein grüner Fluß zu sein und keine tote Kloake. Als mit dem Mur-Gipfel 1985 begonnen wurde, dieses – ich möchte fast sagen – bedeutendste Gewässersanierungsprojekt Österreichs in Angriff zu nehmen, war noch nicht absehbar, ob es möglich sein wird, tatsächlich bis zum Jahre 1990 das zu erreichen, was man will, wieder eine Mur zu haben, von der man zu Recht sagen kann, daß sie ein lebendiger, ein grüner Fluß ist. Wichtig ist, daß etwas geschieht. Wenn viele mithelfen, geht es umso leichter, Kollege Gennaro: Was ist bisher geschehen? Im Gegensatz zu anderen Gipfeln konnte beim Mur-Gipfel eines erreicht werden, was ich ganz wichtig für Sanierungsprogramme und für jedes Sanierungsprogramm in Zukunft halte, nämlich daß dieses Programm überwacht wird und daß alljährlich an die Landesregierung ein Bericht abzugeben ist. Unter dem Vorsitz von Landesumweltkoordinator Hofrat Dr. Manfred Rupprecht konnte kürzlich der Bericht für 1987 vorge-

legt werden. Dieser Bericht sagt einerseits, daß – wie schon im Jahre 1986 auf 1987 bei den durchgeführten Salmonellenuntersuchungen – ein positives Ergebnis erreicht werden konnte. An insgesamt 23 Probenahmestellen konnten keine Viren nachgewiesen werden. Stichprobenartige Überprüfungen der Mur haben im Sommerhalbjahr 1987 keine nennenswerte Änderung im biologisch-ökologischen Wasserstand ergeben. Auch bei chemisch-physikalischen Untersuchungen ist eine Änderung in der Belastungssituation nicht erkennbar. Dieses Ergebnis wirkt nicht sehr erfreulich auf den ersten Blick. Es entspricht aber deshalb den Erwartungen, weil die bedeutenden Abwasserreinigungsanlagen zurzeit gerade anlaufen oder noch im Bau sind und ihre Wirkung demzufolge erst im ersten Halbjahr 1988 tatsächlich eintreten wird. Nach einer gewissen Regenerationszeit ist zu erwarten, daß der Fluß im Frühjahr 1988 mit einer deutlichen Verbesserung der Wassergüte ausgestattet sein wird. Vorsichtige Prognosen sagen sogar, daß es um eine ganze Gütestufe sein wird. Bis Ende November 1987 konnten folgende Abwasserreinigungsanlagen entlang der Mur neu in Betrieb gehen, und die liegen, Kollege Gennaro, weil Sie vorher die Sondersituation der Stadt Graz und der politisch hier Verantwortlichen angeschnitten haben, weit nördlich von Graz: in Scheifling, in Leoben, die Steirische Brauindustrie-AG., die Leykam-Mürztaler AG., das Werk in Bruck; in Frohnleiten und im Leibnitzfeld konnten Betriebe die Wasserreinigungsanlagen in Betrieb nehmen. Bis Ende 1987 werden den Betrieb aufnehmen: die Kartonfabrik Mayrmelnhof in Frohnleiten, die Leykam-Mürztaler AG. in Gratkorn und die Vianova in Werndorf. Mit diesen Maßnahmen wird die Konzentration chemisch abbaubarer Stoffe nach dem Mur-Sanierungsprogramm zu 75 Prozent erfüllt sein, die Konzentration biologisch abbaubarer Stoffe wird sogar zu 85 Prozent erfüllt sein. Des weiteren läuft ein eigentlich sehr teures Forschungsprojekt mit einem Betrag von 12,5 Millionen Schilling. Es ist auch hier das Land Steiermark beteiligt, um auf dem Gebiet der chlorfreien Bleiche entscheidende Fortschritte zu erreichen. Hier betreten wir europaweit ein Neuland, und es wird ein 18monatiger Großversuch sein. Auch die Kosten sind entsprechend groß, 103 Millionen Schilling plus 33 Millionen Schilling Betriebskosten. Aber die Mur soll ja nicht nur von der Schmutzfracht befreit werden, sondern damit sie auch wieder grün wird, ist eben dieser Versuch der chlorfreien Bleiche notwendig. Während also hier die ersten Erfolge beim Mur-Sanierungsprogramm zu verzeichnen sind, haben wir auch Erfolge aufzuweisen, was in dicht besiedelten Gebieten die Kläranlagen betrifft. 1972 gab es nur zwölf kommunale Kläranlagen. Diese Zahl konnte verzehnfacht werden. Wir liegen derzeit bei 120 Kläranlagen.

Jetzt komme ich aber zum Hauptanliegen meiner heutigen Rede und zu einem sehr, sehr schwierigen Problem. Im ländlichen Gebiet, im ländlichen Raum ist es aus vielen Gründen, die ich kurz anführen möchte, viel, viel schwieriger, zu einer gezielten und dem Stand der Technik entsprechenden Abwasserentsorgung zu kommen.

Zu klein dimensionierte und undichte Sammelgruben, die direkte Ableitung ungereinigter Abwässer in abflußlose und kaum wasserführende Gerinne, die

Versickerung ungereinigter oder nur mechanisch gereinigter Abwässer – all diese Tatsachen erfordern rasche Maßnahmen. Es ist zur Zeit in der Steiermark nämlich so, daß zwar 70 Prozent der steirischen Haushalte an öffentliche Wasserversorgungen angeschlossen sind, jedoch nur 52,7 Prozent, also knapp mehr als die Hälfte, an das öffentliche Kanalnetz. Hier eine Verbesserung zu erreichen, ist sicherlich ein sehr schwieriges Unterfangen. Bedingt durch die Kanallängen in den ländlichen Gebieten, durch die geringe Anzahl der Anschlüsse auf Grund der Streusiedlungsformen stoßen dem Stand der Technik entsprechende Abwasserentsorgungsanlagen an die Grenzen der Finanzierbarkeit der Gemeinden. Seit der Novelle 1986 des Raumordnungsgesetzes haben wir hier qualitativ eine neue Stufe erreicht, was die Anforderung, daß Land als Bauland zukünftig ausgewiesen werden kann, betrifft. Auf Grund dieser Novelle ist es jetzt notwendig, daß bis zum Zeitpunkt der Änderung beziehungsweise Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes ein örtliches Abwasserentwicklungskonzept vorliegen muß. Liegt dieses Konzept nicht vor, kann zukünftig Bauland nicht ausgewiesen werden. Hier erreicht man das, was man mit Hilfe des Wasserrechtsgesetzes schon längst erreichen hätte müssen, nämlich zu einer Abwasserwahrheit in den einzelnen Gemeinden zu kommen. Gleichzeitig sind natürlich auch die Gemeinden angehalten, Schritte zu unternehmen, um gegen die wachsende Gewässerverschmutzung etwas zu unternehmen.

War im letzten Jahrzehnt und in der Vergangenheit die Vollziehung des Wasserrechtes oft leider nur sehr mangelhaft – und es gibt ja noch immer unbewilligte Einleitungen in öffentliche Gewässer –, versucht man heute, diese Versäumnisse aufzuholen. Ein Schritt in diese Richtung – ich möchte nicht näher darauf eingehen – war ein von der Landesregierung auf Anregung von Landesrat Dipl.-Ing. Schaller von Ziviltechnikern erstelltes Modellprogramm für die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum. Für diese Modellstudie „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“ wurden acht Gemeinden ausgewählt, und die Ergebnisse können sich sehen lassen, denn sie zeigen, daß es bei einem entsprechenden Willen doch möglich ist, die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Nurmehr einen Satz dazu: Wir haben lange gebraucht, aber wir haben es doch geschafft, ein modernes Müllbewirtschaftungsgesetz in diesem Haus zu verabschieden. Ich hoffe, daß es uns im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung auch gelingen wird, vielleicht schon im nächsten Jahr, aber sicherlich noch in dieser Periode des Landtages ein modernes Abwasserwirtschaftsgesetz zu diskutieren und zu verabschieden. Wir brauchen es, wollen wir das sicherstellen, was sicherlich von uns allen der Wunsch ist, nämlich reines Wasser und eine gesunde Umwelt auch noch der nächsten Generation übergeben zu können. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reicher. Bevor ich es ihm erteile, darf ich dem Hohen Haus mitteilen, daß ich noch vier Wortmeldungen habe. Wenn jede Wortmeldung sich der Kürze befleißigt, stehen wir knapp vor dem Abschluß der Gruppe 6, was sich alle wünschen.

Abg. Reicher: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Personalvertretungswahlen haben die Stimmung ein bißchen locker gemacht, und ich glaube, die Herren haben sich gerade beraten, wie weit wir Mitgefühl bringen sollen. Ich werde also versuchen, mein Referat etwas ruhiger mit Mitgefühl vorzutragen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich freue mich über diesen Respekt!“) Wenn man Erfolg hat, tut man sich leichter. (Abg. Schützenhöfer: „Mein Mitgefühl hält sich in Grenzen, ihr bleibt bei 20 Prozent!“) Spezifische Veränderungen sind natürlich für uns auch ein Erfolg – im spezifischen Bereich der Personalvertreter. Ich freue mich trotzdem.

Ich möchte in der Gruppe 6 im speziellen auf den Nahverkehr der Steiermark beziehungsweise auf den Verkehrsverbund Großraum Graz näher eingehen, der sich irgendwo – zumindest der Verkehrsverbund – in einem Dornröschenschlaf befindet. Ich bin auch auf die Idee gekommen, weil im Rahmen der Veranstaltung der Optimismuswerkstatt in der steirischen Arbeiterkammer ja hier ein Großteil interessierter Unternehmer und steirischer Paradeunternehmer grundsätzlich die Infrastruktur für notwendig halten, um den Transitverkehr zwischen Steiermark und Europa zu beschleunigen, wobei im Hauptreferat des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer auch von ihm richtigerweise vermerkt wurde, daß für die Arbeitnehmer die Möglichkeit eines raschen Erreichens ihres Arbeitsplatzes geschaffen werden muß. Ich weiß, daß schon seit Jahren der Plan eines Verkehrsverbundes geplant wird, aber eigentlich nie realisiert worden ist. Und es ist nur eine Möglichkeit, diese Mobilität für die Arbeitnehmer zu unterstützen, wenn wir halt einen Nahverkehrsverbund mit einem Tarifverbund verbunden in der Steiermark und im Großraum Graz besitzen, der leider noch nicht realisiert werden konnte. Vom Tarifverbund her wissen wir, daß er besteht, daß es ein Modell gibt, daß auf Initiative der Stadt Graz auch an das Land herangetreten wurde, den Nahverkehrsverbund zu installieren. Bisher ist es nicht verwirklicht worden. Ich weiß auch, daß das Land der finanziellen Mitbeteiligung an dieser Verkehrsmilliarde nicht nachgekommen ist, mit der Begründung, daß ihre Landesbahnen eine andere Situation gegenüber den anderen Bundesländern aufweisen, sie bestimmte Kosten verursachen und hier halt diese 20prozentige Beteiligung finanziell eines größeren Aufwandes als bei anderen Bundesländern bedarf, um das zu realisieren.

Der erste Schritt vielleicht einer kostengünstigen Möglichkeit, Arbeitnehmer in den Großballungsraum zu bringen, war sicher auch die von den Sozialisten schon lang geforderte Pendlerpauschale. Die ursprüngliche Erwartung, daß 2500 potentielle Pendler den Tarifverbund in Anspruch nehmen würden, war leider zu hoch gegriffen. Auf Grund einer Zählung am 30. November waren es leider nur 600 Pendler. Die geringe Inanspruchnahme und die gegenüber dem Anfangsstadium rückläufige Zahl der Benutzer hat dazu geführt, daß seit Beginn dieses regionalen Zeitkartentarifverbundes für das gesamte System insgesamt nur 1,2 Millionen Schilling aufzuwenden waren. 600.000 Schilling davon waren die Einführungskosten, und bisher wurden lediglich 600.000 Schilling für die Abgeltung von Tarifverlusten in Anspruch genommen.

Das hat sich natürlich vom ersten Jahr von 120.000 Schilling auf 480.000 Schilling im Jahr 1987 erhöht.

Nicht nur, daß es eigentlich von Anfang an nicht anders zu erwarten war, daß das Interesse so erschütternd gering ist, sind auch die anderen Ziele, die man sich bei dieser Gründung vorgestellt hat, nicht annähernd verwirklicht worden. So sollten in erster Linie Zug- und Busintervalle weiter verdichtet und die Fahrpläne der einzelnen Unternehmer bestmöglich aufeinander abgestimmt werden. De facto hat sich hier überhaupt nichts geändert. Es muß halt das Ziel in Zukunft sein – das steirische Ziel –, einen echten Verkehrsverbund nach Vorbild des Verbundes der Ostregion – wie Sie ja wissen: Wien, Niederösterreich und Burgenland – zu realisieren. Zwar gibt es auch hier mit der Einbeziehung der Buslinien noch Probleme. Danach ist nicht zuletzt wegen des massiven Einsatzes schienengebundener Verkehrsmittel, der natürlich der größte Investitionsfaktor von der Kosten- seite her ist, der Verkehrsverbund Ostregion ein echter Hit geworden. Die Zeitkartentarifverbände nach dem Grazer Muster, wie wir sie in Linz und in Salzburg haben, führen daneben ein Schattendasein, das nur durch einen massiven Ausbau und eine erhebliche Investition – wie schon erwähnt –, die ganz einfach notwendig ist, beseitigt werden kann. Es zeigt aber wiederum immer mehr auf, daß wir hier den Anschluß nicht gefunden haben an andere Bundesländer und daß wir in dieser Situation in der Steiermark wieder die letzten sind. Ich fürchte auf Grund des neuen 1. Abgabenänderungsgesetzes 1987, wo für eine Zweckbindung dieser Nahverkehrsmilliarde zugunsten der neuen Bahn, die heute hier sehr generell und positiv ist, nur mehr in beschränktem Ausmaß Mitteln in diesem Ausmaß zur Verfügung stehen, wird es notwendig sein, den Nahverbund zu finanzieren. Und das bedeutet also konkret, daß die Bundesländer, die schon bisher das Arrangement mit dem Bund gemacht haben, erheblich besser bedient sind als die Steiermark und wir jetzt in der Situation, wo die budgetäre Situation nicht so gut wie in den vergangenen Jahren ist, es uns in der Umsetzung nicht gelingen werden wird, von der finanziellen Seite her, meine ich, hier diesen Verbund einzuführen. (Präsident Klasnic: „Das ist Zweckoptimismus!“) Es ist ein Zweckoptimismus, das ist schon richtig: Nur, ich glaube, daß man zu diesem Zeitpunkt, wo die Förderungsmittel oder die Möglichkeit bestanden hat, und wenn wir also diese Situation erkennen, stärker erkennen, daß auf Grund der Arbeitsmarktsituation der Pendler nicht nur vom Tarif her, sondern auch vom Verbund her eine flexible Möglichkeit besitzt, daß wir diesen Verbund in Angriff nehmen müssen und uns trotzdem nicht scheuen dürfen, hier ein Finanzierungskonzept zu finden, um bestimmte echte Konzepte überhaupt einmal zu erlegen, wie der Verbund von der Organisation her aussehen soll. (Abg. Kammlander: „Haben wir nicht schon genug Geld für Konzepte ausgegeben?“) Ja, das stimmt wahrscheinlich. Ich bin noch nicht so lange da, ich habe es so verfolgt. Es dauert schon sechs Jahre. Es sind zwar sechs oder sieben Jahre, seit dem Jahre 1981 zumindest bewegt es den Landtag. Ich habe mir die Protokolle angesehen, Abgeordnete auch der sozialistischen Fraktion, aber wenn die Konzepte so lange nicht verwirklicht werden oder überhaupt nicht erstellt werden können und das Kosten verursacht, frage ich mich,

warum tut man das? Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß gerade unter dem Diktat der derzeit leeren Kassen (Abg. Pinegger: „Wer hat sie geleert?“) es daher einen Weg geben muß. Den gibt es überall. Ich lerne auch da mit am Diktat der leeren Kassen, daß man über Null-Lohnrunden beispielsweise die Finanzierung verschiedener Betriebe vornehmen muß. Aber dazugelernt habe – glaube ich – nicht nur ich, sondern auch Sie. Das habe ich innerhalb des Jahres auch schon begriffen. Aber ich gebe das schon zu, daß ich auch etwas gelernt habe. Wir lernen sicher alle in letzter Zeit dazu. Wir brauchen uns nur fallweise jeweils in der Sache natürlich anagitieren, um irgendwo wenigstens im polemischen Hintergrund einen Erfolg zu haben. (Landesrat Dr. Heidinger: „Bitte in das Mikrophon reden, Herr Abgeordneter, sonst hören wir nichts!“) Danke! Ja, nachdem Sie mich direkt auffordern, Herr Landesrat, möchte ich an Sie persönlich auch die Frage stellen: Was unternehmen Sie unter diesen Gesichtspunkten? In Zukunft ist für Sie der Nahverkehrsverbund gefallen. (Landesrat Dr. Heidinger: „Das werde ich Ihnen morgen erzählen!“) Bitte, darum habe ich mich ja heute zum Wort gemeldet, aber es geht ja auch zu einem anderen Tagesordnungspunkt. Ich würde Sie wirklich bitten, daß Sie erklären, was Sie für den Nahverbund vorhaben, wie Sie ihn finanzieren wollen, ob die Möglichkeit besteht, weil ich glaube, daß nach diesem langen Suchen von Konzepten und auch, was die Forderung der Arbeiterkammer und Gewerkschaft, soweit ich mich erinnere, an Sie schon seit etlichen Jahren war, wäre diese Maßnahme natürlich auch von der Investitionssumme ein arbeitsmarktförderndes Mittel für SGP und so weiter, es wäre auch dahin gehend sehr vehement gefordert worden, hier diesen Verkehrsverbund zu gründen. (Abg. Dr. Maitz: „Chemie macht es möglich!“) Chemie macht vieles möglich, auch mit Chemie können wir die Mur wieder sanieren, und die Chemie hat schon vieles möglich gemacht, und ich würde Sie noch einmal konkret bitten, mir dann diesbezüglich Antwort zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth, dem ich es erteile.

Abg. Kanduth: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Abgeordnete der Freiheitlichen Partei, der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei haben vor einigen Tagen einen Resolutionsantrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, alles zu tun, damit die Pyhrnautobahn so rasch als möglich fertiggestellt wird. Wir haben dies nicht getan, um jene zu ärgern, die aufgerufen sind, so scheint es, alle Aktivitäten zu verhindern oder Grund zu vergeuden. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil es für uns Obersteirer eine Überlebensfrage ist, eine Überlebensfrage in der wirtschaftlichen Hinsicht und eine Überlebensfrage auch als Verkehrsteilnehmer, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Und daher sind wir – glaube ich – sehr wohl berufen und aufgerufen, solche Anträge einzubringen. Der Verkehr auf dieser Strecke hat sich von 1970 bis 1980 verdoppelt. Im Jahre 1986 wurden auf dieser Strecke 3,370.000 Fahrzeuge gezählt, das gibt Tageshöchstsätze mit 30.000 Kraftfahrzeugen pro

Tag, meine Damen und Herren. Das gibt einen Jahreschnitt von fast 9500 Fahrzeugen. Wenn wir diesen Jahreschnitt aufrechnen, dann wissen wir, daß wir in einigen Jahren die ominöse Grenze, wie man sie jetzt gehört hat, daß eine Autobahn erst rentabel wird mit 16.000 pro Tag, sehr bald erreicht haben werden. Es ist alles zu tun, damit wir, bevor wir diese Ziffern erreichen, diese Straße fertiggestellt haben. Und ich möchte Ihnen auch dazu eines sagen, Frau Kammlander, Sie sind nicht auf dieser Straße unterwegs, im Jahre 1985 haben sich auf dieser Straße 607 Unfälle ereignet, 743 Personen wurden leicht, 367 Personen schwer verletzt und 52 getötet. Das ist nicht zu übersehen, meine Damen und Herren! (Abg. Kammlander: „Das hat ja nichts mit der Straße zu tun!“) Wir fordern mit Recht diese Straße, und daher meine ich, daß es richtig ist, wenn wir, die wir diesen Antrag unterschrieben haben, auch auf unsere Abgeordneten im Nationalrat einwirken, damit sie die Wunschvorstellung unseres Wirtschaftsministers Robert Graf dementsprechend unterstützen, die heißt, wenn es ihm möglich ist, im nächsten Jahr 25 Milliarden Schilling Sonderfinanzierung zur Verfügung gestellt zu bekommen, dann sind im Jahre 1995 alle Schnellstraßen und Autobahnen in Österreich fertiggestellt. Und das ist das, was wir brauchen, was wir uns wünschen, damit wir wirtschaftlich und als Verkehrsteilnehmer überleben. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Das ist hinsichtlich der Kürze einsamer Rekord, zweieinhalb Minuten.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Kurz und bündig! Thema Straßenbau: Das, was die Verkehrsplanung in der Steiermark betrifft, gerade das Ennstal, und was der Herr Kollege Kanduth gesagt hat, ist an und für sich eine Sache, über die man vielleicht kurz reden kann, die aber derart schwerwiegend und vor allem für die steirische Fremdenverkehrswirtschaft ein ganz großes Problem ist. Wir haben das Thema Verkehrsplanung. Verkehrsplanung hat die Aufgabe, über große Linien und generelle Linien zu entscheiden. Und daher bin ich für den Ausbau der Pyhrnautobahn und der Pyhrn zur Schiene. (Abg. Kammlander: „Ja, ja!“) Die Frau Abgeordnete Kammlander ist nicht meiner Meinung und murmelt schon wieder etwas in ihren nicht vorhandenen Bart. (Abg. Kammlander: „Ich kann mich ja zu diesem Punkt zu Wort melden!“) Ich bin aber, was diesen Punkt betrifft, ein Fachtechniker und möchte appellieren, daß wir in der Steiermark wirklich gemeinsam versuchen, diese Nadelöhre in Oberösterreich zu durchbrechen. Sicher kann man über naturnahe Linienführung reden, aber daß diese Pyhrnautobahn ausgebaut werden muß, und zwar vorrangig, ist für mich eine technische Notwendigkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Denn eines steht fest – und ich kenne die Probleme des Ennstales an und für sich auch recht gut, nachdem ich nicht nur verwandtschaftliche Verhältnisse habe, sondern das auch das Gebiet meiner Kinderjahre war. Und ich kenne den Richard Kanduth – glaube ich – seit 40 Jahren. Und trotzdem muß ich dir sagen, lieber Richard, du zäumst das Pferd von hinten auf. Denn eines steht fest: Dieses Ennstal, ein Juwel unserer

Landschaft, braucht eben keinen Transitverkehr (Abg. Gennaro: „Zum Schwammerlsuchen nicht, aber für den Verkehr!“), und du kannst hier mit Zahlen spielen, soviel du willst: Wir wollen nicht, daß dieser Verkehr in das Ennstal hineingezogen wird. Wir wollen nicht, daß eine Fremdenverkehrslandschaft, so wie im Inntal, durch eine Verkehrslawine, wo es automatisch Verkehrstote gibt, so beeinträchtigt wird, daß als Folge natürlich Waldsterben eintritt und ein Schwund der Fremdenverkehrswirtschaft heute schon spürbar ist. Wir wollen keine Autorennbahn entlang der Enns! (Abg. Kanduth: „Ich habe von der Pyhrnautobahn gesprochen!“) Was das Detail der Planung im Ennstal betrifft, muß ich als Bauingenieur sagen: Man soll eben nicht auf Wasser bauen! Und eines steht fest: Das Beispiel in Selzthal, wo man ein Moor nur gequert hat, das bis heute nicht zur Ruhe gekommen ist, das die steirische „Waschrumpel“ ist, bitte, mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 40 Stundenkilometern, ist eben ein lebendes und noch in Bewegung befindliches Negativbeispiel. Und jenem Technikerkollegen, der auf die Wahnsinnsidee kommt, von Liezen bis nach Trautenfels entlang der Enns 15 Kilometer diese „Waschrumpel“ zu planen und einem Politiker einzureden, muß ich sagen, und zwar an die Adresse des steirischen Straßenbaukoordinators: Das ist ein Fehlplanung! Wir wollen heute schon die Frage stellen: Wer wird für diese Fehlplanung auch finanziell verantwortlich gemacht werden?

Das, was hier im Anna-Graben passiert ist, daß man sozusagen im Landschaftsschutzgebiet und Wasserschongebiet eine Sonderabfalldeponie als Vorwand nimmt, daß man noch 30.000 Kubikmeter um fast 700.000 Schilling hinhaut, das ist ja, Gott sei Dank, dank des Landtages abgebogen worden. Aber genau dieser Straßenbaukoordinator unterliegt einem wahnsinnigen Irrglauben, denn eines steht fest: Auf Wasser, Herr Landeshauptmann, und ich bitte Sie, das noch einmal überprüfen zu lassen, kann man nicht bauen, und dort ist zu 96 Prozent Wasser. Denn in der Steiermark genügt es uns, wenn die Autobahnen abrutschen, in der Oststeiermark oder woanders. Das sind sicher bautechnische Fehler, die sozusagen nicht vorhersehbar waren. Aber das, was sich im Ennstal im Moorgebiet abspielt, ist eben vorhersehbar. Darum, lieber Richard, glaube ich, wir müssen da gemeinsam schauen, daß wir die Pyhrn weiterbringen.

Eines, was uns natürlich überhaupt nicht paßt, ist, daß dann in den Medien steht: „Diese Ennstal-Straße ist die Trasse der Naturschützer.“ Ich glaube, da sind einfach leichtgläubige Journalisten einer Fehlinformation aufgesessen. Oder daß Naturschützer für diese Trasse sind. Das ist eben unrichtig, das stimmt nicht, denn die Fachleute im Naturschutzbeirat haben sich ja tatsächlich gegen diese Sache ausgesprochen. Ich gebe Ihnen recht: Der Naturschutzbeirat ist sicher ein politisches Instrumentarium. Wir sind im Naturschutzbeirat nicht vertreten; vielleicht kann man das noch im Laufe der nächsten Jahre ändern. Wir würden hier gerne mitarbeiten. (Landesrat Dr. Heidinger: „Das hängt vom Wahlergebnis ab!“) Nein, warum? Man kann hier im Landtag ohne weiteres Novellen machen, daß im Naturschutzbeirat alle im Landtag vertretenen Parteien – wenigstens Fachleute – hier die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten.

Und eines muß man sagen: Ich habe wenigstens die Ausbildung dazu.

Der Naturschutzbeirat ist für uns sozusagen ein politischer Beirat, der nicht das Gewicht hat, das er haben könnte, und wir daher sagen müssen: Wir waren nicht dabei und können hier im Naturschutzbeirat natürlich auch keine Verantwortung mitübernehmen und müssen sogar diese Entscheidung, die der Herr Kollege Dr. Lopatka als positiv herausgestellt hat, daß nach 14 Jahren endlich einmal eine Entscheidung gefallen ist, akzeptieren. Das ist vielleicht von Ihrer Warte aus löblich, aber wenn Sie sehen, daß hier 14 Jahre gekämpft wurde, dann sieht man ja, welches Problem in der ganzen Sache drinliegt, und dann soll man nicht mit der politischen Eisenbahn drüberfahren (Abg. Tschernitz: „Es ist traurig, daß man 14 Jahre gebraucht hat!“), was ja meiner Meinung nach leider passiert ist.

Und ich muß sagen, der Kollege Kröll ist in seiner Funktion als Obmann des Naturschutzbeirates sicher nicht zu beneiden. Ich beneide ihn nicht.

Die Planung im Ennstal hat sogar für uns etwas ganz Interessantes – das ist ja zu Stegers Zeiten passiert, wie der Frischenschlager noch Verteidigungsminister war –: Es ist eine Trasse, zweieinhalb Kilometer lang, schnurgerade, entlang der Enns gelegt worden, und es gibt Aussagen, daß es hier zu Untersuchungen über den Anstellwinkel von Düsenjägern im Notfall gekommen ist. Denn wir haben ja schließlich oben den Militärflughafen Aigen, und man möchte anscheinend im inneralpinen Gebiet, wie im Inntal, diese Düsenjets im Notfall zur Landung bringen. Und daß die zweieinhalb Kilometer mit der Landebahn der Draken zusammenpassen, ist ja sozusagen eine Binsenweisheit. (Abg. Tschernitz: „Das ist ein Blödsinn, Herr Kollege!“) Wir wollen aber keine Draken in der Steiermark notlanden sehen, wir wollen sie, bitte, gar nicht!

Was den Wasserbau betrifft: Der Kollege Harmtodt ist einer jener Abgeordneten, der sehr viel dazugelernt hat. Denn wenn man das miterlebt hat, was in der letzten Zeit mit ihm parteipolitisch aufgeführt wurde – und da zähle ich mich auch dazu, bitte, mein volles Eingeständnis. Das Wort „Bürgermeister Fischtod“ war leider ein geflügeltes Wort; wir haben uns angeschlossen, aber er hat im letzten Jahr, gerade was die Raab betrifft, irrsinnig viel geleistet, dazugelernt, und ich glaube heute, daß er auch gewisse Dinge fachlich richtig vertreten kann. Gratuliere, Kollege Harmtodt! Du bist für mich nicht mehr der Bürgermeister „Fischtod“, sondern du bist wirklich ein Raab-Spezialist, und ich glaube, daß mit dir auch wieder die Fische, wenn du so weitermachst, in die Raab kommen, wie sie seinerzeit waren.

Was das ganze Gebiet der Abwasserreinigung betrifft: Wir reden immer von vollbiologischen Kläranlagen. Bitte, das Wort ist so wie in der Waschmittelwerbung ein Weißmacher, der absolut nicht stimmt. Die Technik kann nicht vollbiologisch klären, denn klären bedeutet, bestenfalls zu 30 Prozent reinigen. Mehr ist nicht drinnen! Und das, was uns heute die Probleme bereitet, sind die Salze im Abwasser, es sind die Stickstoffverbindungen, es sind die Phosphatverbindungen und es sind die Detergenzien. Dieses Problem kann man im städtischen Bereich nur durch Anschaltung von technischen Entsalzungsanlagen meistern.

Man nennt das dann vier- und fünfstufige Anlagen, Phosphateliminierungsanlagen. Die BRD fängt bereits an. Auch der Bürgermeister Harmtodt hat bereits das Areal für so eine Anlage vorgesehen, und zwar flächenmäßig. Stimmt das oder habe ich recht? Wir haben vor zwei Jahren auch darüber gesprochen, und ich glaube, er hat das wirklich ernstgenommen.

Was den ländlichen Bereich betrifft, ist es genauso wie bei der Abfallbewirtschaftung. Wenn man die Abwässer sozusagen am Ort des Entstehens trennt, tut man sich wesentlich leichter, und man kann dezentral entsorgen und erspart sich kilometerlange Kanalsysteme, die nicht nur aufwendig im Bau sind, sondern auch in der Erhaltung. Wir glauben, und wir sind sicher, daß es hier zu technisch-biologischen Kombinationen kommen wird und kommen muß. Dieses Forschungsprojekt bei uns in der Gemeinde, das mit Landes- und Bundesmitteln gefördert wurde, weist genau in diese Richtung hin. Sieben Jahre Forschung mit besten Ergebnissen für die Planung, den Bau und vor allem für einen Betrieb. Denn man hat bis heute nicht gewußt, wie man solche Pflanzenreinigungsanlagen oder Pflanzensysteme, Pflanzenstufen, auch betreibt. Die Forschung hat gezeigt: Wenn man diese Anlagen mäht, vor allem in der Winterperiode, dann besteht keine Chance, daß sie überwintern können. Das ist dann so wie bei einem Auto ohne Motor. Wenn ich die Pflanze abschneide, ist es genauso, als ob ich von einem Auto den Motor ausbaue. Dieses Vehikel kann praktisch dann nur mehr bergab laufen, und genau diese gleiche Erfahrung haben wir bei uns gemacht. Wir lassen uns nicht vermiesen, daß es heißt, Pflanzenanlagen sind nicht Stand der Technik. Wir wollen ja auch nicht, daß sie Stand der Technik sind, sondern Stand der Ökologie. Und Stand der Technik sind eben diese kleinen Kläranlagen, die die Aufgabe haben, das Wasser so vorzuklären, vorzubehandeln, daß es nachher in einer Pflanzenstufe zu 70 Prozent noch nachgereinigt werden kann. Der Vorteil ist, wir brauchen keine technischen Phosphateliminierungsanlagen, wir brauchen keine Ozonierungen, keine Bleichungen, keine Entkeimungen des Abwassers, weil hier die Natur das am besten regelt. Und jeder, der in der Landwirtschaft zu tun gehabt hat, der weiß, daß man das Abwasser, wie es in der Landwirtschaft üblich ist, am besten in Biomasse umsetzt. Im Biotop entstehen Schilf und Binsen. Und das ist die Biomasse, damit ziehe ich die Nährstoffe heraus. Ich habe es deswegen hier gesagt, weil wieder letztes Mal beim Volksanwalt irgendein Obergescheiter gesagt hat, das ist nicht der Stand der Technik. Irgendwelche Hofräte, die nur Technokraten sind, die werden das bis heute nicht kapieren. Aber in der Steiermark sind wir weiter, und es sind bereits 15 Anlagen auch gefördert worden. In der Richtung wird es auch weitergehen, da bin ich sicher.

Was mir im Budget wieder auffällt, und deswegen hätten wir ganz gern bei der Erstellung des Budgets wenigstens einmal reingeschaut und mitgeblättert, daß unter der Post 7781 schon wieder der Ausdruck drinnen ist „Regulierungen kleiner Gewässer“. Bitte, das Wort „Regulierungen“ wollen wir in Zeiten des natürlichen Wasserbaues in der Steiermark wegbekommen. Das Wort „Regulierungen“ wollen wir streichen. (Abg. Trampusch: „Herr Abgeordneter, Sie können Ihre

Redezeit nicht regulieren!" – Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „O. K., wird gestrichen, wir machen das!“ Gerhard, ich gib dir vollkommen recht, ich habe es in meinem Voranschlag bereits gestrichen, und du wirst es hoffentlich in deinem auch machen, also die Post 7781, bitte streichen Sie alle das Wort „Regulierungen“ und ersetzen Sie es bitte von mir aus mit „Räumungen“ oder so etwas. Aber das Wort „Regulierungen“ ist einfach negativ behaftet, hat uns jahrzehntelang den Wasserkreislauf beschleunigt, Hochwässer gebracht, das heißt, die unteren haben praktisch die Hunde gebissen, weil die Hochwässer durch die ständigen Beschleunigungen stärker geworden sind. Wir wollen eben nach Jahrzehnten der Beschleunigung durch Regulierungen, Kanalisierungen, das Wort „Wasserrennbahn“ ist ein bißchen polemisch, hat aber auch Einklang gefunden, Trapezkünstler und wie alles genannt wird, nun Jahrzehnte des Rückhaltes setzen. Und ich weiß, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als Umweltlandesrat hier dem Rückhalt auch eine besondere Bedeutung in der Steiermark zukommen hat lassen, und ich glaube, daß es auch in dieser Richtung in den nächsten Jahren richtig laufen wird, daß die Richtung stimmt. Das ist für uns schon wesentlich, daß wir wissen, daß die Richtung stimmt. Ich kenne aber natürlich auch die Probleme des Rückhaltes, denn die Rückhalteplanung ist wesentlich zeitaufwendiger, ist wesentlich kostenintensiver und vor allem das Problem, Sie müssen auch den Grund dafür bekommen. Sie müssen sozusagen dort Rückhalteflächen bekommen, wo es eigentlich kein Hochwasser gegeben hat, lieber Gerhard, um die unteren zu schützen. Machen Sie einem oben klar, daß die unteren Leute geschützt werden. Das ist ein psychologisch wahnsinnig schwieriges Problem, und daher muß man auch den Leuten, die auf der Beamtenebene damit umgehen, gewisse Schuld zugestehen. Wir wollen das ja auch. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist eine klare Sache! Geduld ist alles!“) Lieber Gerhard, wir sind immer einer Meinung. Ich sehe, wir kommen immer mehr zusammen.

Was die Wildbachförderung in der Steiermark betrifft, bitte, solange es zu Wildbachsperrern, zu Monumentalselbstdarstellung in Beton im Sölkatal kommt, würde ich sagen, müßte das Land dort den Hahn vehement zurückdrehen. Die Mure ist heute genug angeschnitten worden. Wir wollen sicher eine grüne Mure. Grün ist für uns immer gut, ist ja auch eine Werbung für uns Grüne. Aber solange man nicht zur Sauerstoffbleiche kommt, wird es weiterhin auch bei besten technischen Kläranlagen eine 80 Prozent chemische Verunreinigung geben. Da kommen wir nicht herum, weil sich das technisch nicht lösen läßt. Und die Lignosulfonsäure als Ergebnis der Chlorbleiche ist eben karzogen und versucht uns das Grundwasser im Murenanbereich. Die Klärschlamm Entsorgung ist sattem bekannt, es ist bisher ein sehr schwer lösbares Problem, und wir wollen nicht, daß die Landwirtschaft durch eine Verdünnungspolitik darauf zahlt, durch eine Verseuchung der Böden mit Schwermetallen und anderen Stoffen, die die Mikrobiologie des Bodens stört. (Abg. Trampusch: „Aufhören, die Redezeit ist um!“) Deponien, ich glaube, hier sind wir im letzten Jahr einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Die Deponie im Murwald ist dank der Mithilfe – auch der Kollege Sponer, der jetzt nicht da ist, hat im Hinter-

grund eifrigst mitgearbeitet, der Kollege Grillitsch und andere, die oben die Problematik kennen, denn eine Giftmüllpyramide als Statussymbol einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft über einem Grundwasserfeld für 50.000 Menschen ist einfach nicht verantwortbar. Und jedem, der hier versucht, sein Schärfelein beizutragen, gebührt eigentlich, daß ihm der Dank der obersteirischen Bevölkerung sozusagen nachhängt oder nachschleift, oder der Dank soll ihm ewig nachschleifen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bitte umblättern!“) Wir sehen nämlich die Problematik der Deponie in den Altlasten südlich von Graz, lieber Gerhard, das kostet uns 70 Millionen Schilling, allein die Sanierung einer Deponie. Und es gibt südlich von Graz nachweislich 49 andere. Ich habe nicht viel zum Nachblättern. Ich bin sozusagen fertig (Abg. Gennaro: „Herr Kollege, können Sie bitte Ihre Rede regulieren?“), und nachdem der Herr Kollege Gennaro sich jetzt noch meldet, eine Adresse an sein AMS, weil die Amerikaner sind ja ausgestiegen, die haben im richtigen Moment die Kurve gekratzt, weil die Subvention haben sie ja. Ihr werdet noch sehen, wie ihr mit eurer High Technology Second Generation weiterkommt, weil die sind schon bei der vierten Generation, und die sogenannten Abwässer, nach Bescheid des Landeshauptmannes, und zwar die sogenannten Abwässer aus der zweiten Reinigungsstufe und Filterstufe gehen bis heute noch in den Schwarzl-Teich. Wir werden uns demnächst wieder sehen vor den Schwarzl-Teichen, Herr Gennaro. Vor den Schwarzl-Teichen wird unser nächster Treffpunkt sein. (Abg. Gennaro: „Dich nimmt ja keiner mehr ernst!“) Und in dem Sinne – glaube ich –, daß im Umweltschutz in der Steiermark sehr viel Positives geschieht, und wir werden auch solche Sachen wie bei AMI demnächst in Ordnung bringen. (Abg. Gennaro: „AMS!“) AMS, entschuldige, weil ja ihr im Stich gelassen worden seid. Übrigens zu euren 1500 Beschäftigten, die nach dem Bescheid des Landeshauptmannes vorscheinen, gibt es – glaube ich – nur mehr 400 oder so weiter, und ich hoffe, daß ihr wenigstens auf dem Stand bleiben könnt. Danke!

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Naturschutzbeirat, ennsnahe Trasse. Darf ich feststellen, ich habe als Mitglied Fachleute gehört, ich habe als Mitglied den Erich Tschernitz gehört und dann habe ich ohne jede Weisung dort mich an der Abstimmung beteiligt und eine Entscheidung getroffen. Ich möchte hier nicht diskutieren, wie leicht es Fundamentalisten haben, jedenfalls leichter als ein Politiker, der umfassend seiner Verantwortung gerecht werden will. Jedenfalls kann ich nur sagen, es ist nicht lustig, sich hinterher dann von Mitgliedern des Beirates an einen Eid erinnern lassen zu müssen. Ich kann nur bezeugen, daß die Verhandlungen fair vom Vorsitzenden geführt wurden, und falls der Stil sich dort ändern sollte, dann müßte man den Beirat anders organisieren, weil sonst kann ich nicht Mitglied des Beirates sein, wenn ich nicht in dieser Art wie bisher agieren darf. Das dazu.

Aber eigentlich wollte ich dem Kollegen Purr noch eine Ergänzung nachschicken. Ich bin ihm sehr dank-

bar, daß er sich hier sehr ausführlich zur Eisenbahn geäußert hat, natürlich auch dem Kollegen Gottlieb, der es vor ihm getan hat. Er hat angesprochen die 60 Jahre alte Forderung Koralmtunnel, ich darf sagen, aktualisiert sicher nicht länger als zehn Jahre, durch die Verkehrswirtschaftliche Gesellschaft durch Präsident Dr. Tropper. Dort habe ich es jedenfalls aufgeschnappt und seit dieser Zeit all die Bemühungen, all diese Weitertragen dieser Forderung, dieser Idee, dieser „Spinnerei“ am Anfang, zuerst über den Verkehrsminister Lacina, damit er überhaupt den Auftrag gegeben hat, diese Variante mitzuprüfen, dann diese De-Little-Studie, und jetzt wird darüber diskutiert, Realisierung nach dem Jahr 2000 oder nicht, aber das Jahr 2000 findet schon bald in zwölf Jahren statt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und ich bin mit dem Abgeordneten Purr einer Meinung, daß die Stadt Graz relativ lang gebraucht hat, um die Bedeutung selbst zu artikulieren beziehungsweise sie in den Raum zu stellen. Ich bin aber jetzt dem Bürgermeister der Stadt Graz sehr verbunden, daß er in zwei Veranstaltungen sehr deutlich diese Forderung herausstellte und offensichtlich für den Wirtschaftsraum Graz erkannt hat, was diese Bahnverbindung bedeuten würde.

Ich habe in der Gruppe 0 schon kurz die raumplanerischen Aspekte angesprochen, die da notwendig sind, und ich möchte jetzt kurz an den Antrag erinnern, der zu diesem Thema ein halbes Jahr lang unterwegs ist, und möchte eine konkrete Bitte anbringen, obwohl ich weiß, daß der Herr Landesrat Dr. Heidinger nicht zuständig ist, weil es dafür keine Zuständigkeit im Land gibt, wie er einmal festgestellt hat. Ich möchte ihn konkret bitten, ob nicht er initiativ werden kann, diesen von uns vorgeschlagenen Beirat sofort einzusetzen, wie immer der heißen mag. Jedenfalls würde ich doch meinen, daß wir uns sehr beeilen sollten, die steirischen Interessen zu finden und sie dann möglichst schnell in Richtung Wien gemeinsam, wie wir das ja immer tun wollen, zu vertreten. Sonst werden wir ganz sicher fremd bestimmt. Wie weit wir das jetzt noch beeinflussen können, ist eben die Frage. Wir sollten es jedenfalls tunlichst versuchen. Ich würde mir wünschen, daß wir nicht warten, daß dieser Landtagsantrag formal erledigt über das Amt der Landesregierung dann wieder in den Landtag kommt, sondern daß wir jetzt schon – mittendrin – uns zusammensetzen, zusammenraufen, alle daran Interessierten zu dieser Diskussion einladen und auch Fachleute miteinspannen beziehungsweise sie damit befassen. Ich habe mir von Professor Dr. Rießberger erzählen lassen, daß der oberösterreichische Landeshauptmann ihn zum Beispiel konkret beauftragt hat, einen Vorschlag zu erarbeiten für eine Verbindung von Linz in Richtung Graz beziehungsweise in Richtung Steiermark. Ich würde mir also wirklich sehr, sehr wünschen, daß diese steirischen Interessen bald einheitlich artikuliert werden und daß sich der Herr Landeshauptmann, so wie jetzt kürzlich der Bürgermeister der Stadt Graz, sich dann ganz persönlich auf diese Anliegen setzen kann und daß wir gemeinsam versuchen, uns im Sinne einer optimalen Einbindung der Steiermark für dieses Eisenbahnnetz zu verwenden. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hohes Haus!

Da ich doch von mehreren Abgeordnetenkollegen auf Grund der Entscheidung des Naturschutzbeirates zugunsten der Ennstalstraße nahe der Enns direkt angesprochen wurde – diese Entscheidung ist mit elf zu fünf ausgegangen –, muß ich Ihnen ein kurzes Wort aus meiner Sicht zu dieser Entscheidung sagen:

Erstens habe ich mir das Wirken meines Vorgängers Hermann Schaller zum Vorbild genommen, indem man alles tut, um die Meinungen, die divergierend sind, nach Möglichkeit abzustimmen und wenn es irgendwie geht, auch zu einer Meinung zu kommen. So auch in dieser schwierigen Sache. Es war unbestritten, Hohes Haus, daß wir, nachdem das letzte weitere Zugeständnis mit auch erheblichen Kosten, nämlich eine Kosten-Nutzen-Studie vom Büro Snizek, vorlag – und der Beirat war da einstimmig –, nach Studium dieser Unterlagen bei der ersten Herbstsitzung eine Entscheidung herbeiführen sollen. Das war einstimmig, vor den Ferien.

Weiters war der Beirat einstimmig der Meinung – und zwar hat es da nicht die Unterscheidung von solchen oder solchen Fachleuten gegeben, sondern von allen Mitgliedern – ist von allen als ordentliche Mitglieder mit einer Stimme anerkannt worden –, daß es nunmehr nach den Jahren der Entscheidung, nach den vielen Varianten und nach den erheblichen Umplanungen zwischen den beiden Möglichkeiten, die am Schluß vorlagen, nämlich eine Bundesstraße und keine S 8, nicht 22 Meter Breite, sondern 8,5 Meter Breite, nicht 130 bis 140 Hektar Grundverlust, sondern 50 Hektar Grundverlust – das war die eine Alternative –, oder den Ausbau der bestehenden Straße ohne zusätzliche Verkehrsflächen, aber mit einem Tunnel und mit erheblichen anderen Bauwerken. Nun darf ich sagen: Da war die Entscheidung zu treffen, und sie wurde von uns in einer Weise gesucht, daß wir zunächst noch geworben haben – Kollege Brandl, Pötl in besonderer Weise und auch ich; es gibt ja genügend Zeugen –, eine gemeinsame Formulierung zu finden, daß beide Möglichkeiten offen sind. Die Betreiber – und das ist auch wieder das gute Recht, das ich jedem zugestehe –, die nur den Bestandsausbau als alleinige Möglichkeit sahen, haben darauf bestanden. Ein wichtiges Wort fiel in der Diskussion: Erkenntnisse haben wir jetzt genug, nun gilt es, Bekenntnisse zu setzen, und es ist einmal recht und billig, daß man sich bekennt. Das war dann der Wunsch, und als Vorsitzender habe ich einem stimmberechtigten Mitglied, wenn das sein unabdingbarer Wille ist, natürlich die Möglichkeit einzuräumen, auch über seinen Antrag abstimmen zu lassen, und als Vorsitzender habe ich als letzter die Stimme abzugeben. Diese Abstimmungen sind dann erfolgt, weil es ausdrücklich gefordert und gewünscht wurde. Das Ergebnis, das dann mit elf zu fünf für eine Bundesstraße nahe der Enns zwischen Selzthal, Liezen und Trautenfels herausgekommen ist und nicht der Bestandsausbau, hat dann diese öffentliche Diskussion entfacht, die auf einmal zwischen solchen und solchen Mitgliedern unterschieden hat. Es wurden Unterstellungen laut, die nicht gestimmt haben, und zwar hätte ich oder Kollegen hätten jene, die den Bestandsausbau forciert haben, gering geschätzt. Das alles ist nicht wahr; ich schätze jeden gleich, und ich werte jede Meinung gleich als seine,

aber sie müssen auch gleich wichtig sein und gleich gewertet werden. Dann wurde die Forderung erhoben, einen Fachbeirat zu machen. Da haben wir gesagt: „Bitte, damit müssen sich Regierung und Landtag befassen“, aber nach einer Diskussion über diese Thematik, einer eigenen Sitzung über zweieinhalb Stunden nur zu dem Thema, ob es zweckmäßig ist, einen reinen Fachbeirat anstelle des gemischten Beirates von jetzt zu installieren, war niemand mehr – ich betone das ausdrücklich anerkennend – der Meinung, daß es zweckmäßig ist, einen ausschließlichen Fachbeirat zu installieren, so daß jetzt wieder die Meinung herrscht, der gemischte Beirat soll bleiben. Nur gibt es Wünsche, und darüber haben wir auch Gespräche zugesagt, daß einige Fachleute, die jetzt beratend dabei sind, auch über Wunsch – und hier soll man weiterreden – fallweise zugezogen werden können, und zwar mit Stimmrecht. Das ist jetzt der Stand.

Und ich möchte Ihnen zum Schluß sagen: Ich achte und werte die fünf Stimmen, die sich gegen die elf ausgesprochen haben, absolut gleichwertig wie die elf. Ich darf nur auch bitten und erwarten, daß, wenn man so viele Jahre plant, so viele Varianten versucht und so viel Geld aufwendet, daß diskutiert, geplant und umgeplant wird, man dann in der Demokratie auch eine Zweidrittelmehrheit in einer reinen Variantenentscheidung schließlich auch von fünf, die nicht diese Meinung haben, zur Kenntnis nehmen sollte. Denn ich glaube, eine Entscheidung ist auch einmal notwendig, wenn sie mit mehr als zwei Dritteln getroffen wird. Und ich kann jedem guten Gewissens in die Augen schauen, ob er bei den elf oder bei den fünf ist. Die Verhandlungen wurden fair und ausgiebig geführt, aber es mußte hier endlich auch einmal eine Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten getroffen werden.

Das bin ich Ihnen auch zur Erklärung schuldig, und ich darf noch einmal sagen: Ich bedanke mich beim Beirat in seiner Gesamtheit, und ich bin mir sicher, daß wir weiterhin gute gemeinsame Entscheidungen finden werden – nach Diskussion, nach reiflicher Diskussion, aber irgendwo muß man auch zu einer Verantwortung der Entscheidung stehen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Zur Gruppe 6 hat es im Vorjahr eine Diskussion gegeben, die genau zwei Stunden 38 Minuten gedauert hat. Und im vorigen Jahr begann die Debatte um 21.32 Uhr und endete um 23.10 Uhr. Sie begann heuer interessanterweise um 21.06 Uhr, und wenn Sie einverstanden sind, wollen wir um 23.10 Uhr damit zu Ende sein. (Allgemeiner Beifall.)

Es hat also eine längere Diskussionszeit gegeben, das hängt unter anderem – glaube ich – damit zusammen, und da würde ich gerne dem Hohen Haus einen Vorschlag machen, daß von den zwölf Wortmeldungen sieben zu Straßenbaufragen gestellt wurden, fünf zu ganz unterschiedlichen Umweltfragen, zu Fragen auch des Flußbaues und schließlich, wie ich gehört habe, eben auch zur Bahn. Da es sich um andere Ressortzuständigkeiten handelt bei den Letztgenann-

ten, kann man vielleicht im nächsten Jahr eine Bündelung dieser Fragen, ähnlich wie in anderen Kapiteln, zustandebringen, weil man – glaube ich – dem Landtag nicht zumuten kann, daß auch die anderen Referenten heute noch hier ihr Schlußwort zu dieser Frage halten. Ich habe auch mit dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger und dem Herrn Dipl.-Ing. Schaller vereinbart, daß sie morgen die Fragen sozusagen mitbeantwortet werden anläßlich ihrer Kapitel.

Und nun zur Sache selbst. Wir haben Ihnen jedes Jahr auch diese Schaubilder gezeigt. Ich glaube, es ist eine gute Tradition, wenn ich das heuer wieder mache, weil viele – glaube ich – diese Arbeit sonst nicht zu Gesicht bekommen. Ich erinnere daran, daß es sich hier um die Kurve des Wirtschaftswachstums handelt, beginnend mit dem Jahre 1980, daß es sich hier um die Inflationskurve handelt und hier um die Arbeitslosenrate in Österreich. Es ist leicht erkennbar, daß das Wachstum in den letzten Jahren leicht rückläufig war, daß wir heuer etwa revidiert mit einem Prozent Wachstum am Ende des Jahres abschneiden werden und daß die Prognose derzeit für das Jahr 1988 bei 1,5 Prozent liegt. Ich bezweifle sie persönlich, das sage ich Ihnen auch, insbesondere nach den neuesten Indikatoren, die im Zusammenhang auch mit der deutschen Konjunkturentwicklung, aber auch vermutlich mit der amerikanischen über die Ätherwellen in den letzten Tagen hereingekommen sind, auch trotz des Beschlusses der Deutschen Bundesregierung gestern, ein Konjunkturstützungsprogramm zu beschließen. Es ist auch nach der Prognose die Inflationsrate höher im nächsten Jahr, bemerkenswert, als im heurigen. Wir sind heuer bei 1,5 Prozent, und es ist eine Prognose von 2,2 Prozent des Wirtschaftsforschungsinstituts vorliegend wie auch eine Steigerung der Arbeitslosenrate von 5,7 Prozent auf 6,1 Prozent. Auch da gibt es in den letzten Tagen Zweifel, ob es zu einer so markanten Steigerung kommen wird. Ich vermittele Ihnen aber trotzdem das, was sozusagen offiziell das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in seiner Prognose 1988 bisher sagt. Da es sich um die Baudebatte in diesem Hohen Haus handelt, möchte ich Ihnen gleichzeitig zu dieser Wachstumskurve des Bruttoinlandsprodukts auch die Kurve des Beitrages der Bauwirtschaft zum Wirtschaftswachstum zeigen, wobei sich ganz deutlich im Jahre 1987 die starke Konjunkturstütze Bauwirtschaft für die Gesamtkonjunktur 1987 herausstellt. Das Bruttonationalprodukt ist um ein Prozent gewachsen, der Anteil der Bauwirtschaft und sein Beitrag um 3 Prozent. Wir werden im nächsten Jahr knapp unter der allgemeinen Wachstumsrate nach der Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes liegen, 1,5 Prozent – wie schon gesagt –, der Beitrag der Bauwirtschaft bei einem Prozent, das heißt, daß im Zusammenhang mit dem, was hier über die Arbeitslosenrate insgesamt wachsend ausgesagt ist, die Bauwirtschaft heuer zu jenen wenigen Wirtschaftssparten gehört – ich hätte die Ziffern auch im Detail hier –, die gegenüber dem vorigen Jahr bemerkenswerte Rückläufigkeiten in diesem Bereich ausweisen. Man vermutet, daß angesichts des wachsenden Volumens im nächsten Jahr sich die Situation ähnlich darstellen wird im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit.

Ich wollte Ihnen in diesem Zusammenhang kurz sagen, weil das auch unterschiedlich – glaube ich –

interpretiert wurde, daß das Landesbaubudget mit einem Plus von 4,5 Prozent deshalb von uns auch budgetiert wurde, weil in Sonderheit im Hochbaubereich eine außerordentlich hohe Multiplikation gerade auch im Bereich der Beschäftigung damit verbunden ist. Wir haben also auch im nächsten Jahr eine bemerkenswerte Steigerung im Rahmen dieses rigiden Sparbudgets im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft unseres Landes erfreulicherweise zu registrieren und es auch ganz bewußt vorgenommen. Was im übrigen in dieser Frage die großen Hochleistungsstraßen anlangt, so wird nach den Eröffnungen des Plabutschunnels heuer und der Umfahrung Leoben, der zweiten Richtungsfahrbahn, sowie Bruck–Oberaich, die wir gerade vorgenommen haben, im nächsten Jahr der Abschnitt St. Michael–Preg in der S 36, Mitte 1988 die zweite Richtungsfahrbahn in Trieben der A 9, ebenso die erste Richtungsfahrbahn Vogau–Staatsgrenze und gegen Sommer Krieglach–Mitterdorf auf der S 6 und gegen Ende des Jahres 1988 das Stück Mitterdorf–Kindberg–Ost auch auf der S 6 erfolgen. Wir haben also in diesem Zusammenhang sozusagen auch die Ernte für ein Investment, an dem das Land in einem erheblichen Teil – wie Sie wissen – auch bei den Bundesstraßen sich in den letzten Jahren beteiligt hat, und es ist für mich auch keine Frage, daß der weitere Ausbau der Pyhrnautobahn ein ganz entscheidendes Element der steirischen Straßenbaupolitik bleibt, wobei es darauf ankommen wird, ob es dem Minister Robert Graf gelingt, diese 25 Milliarden Schilling Sonderfinanzierung tatsächlich zu erreichen, wie auch die ASFINAG-Finanzierung im Zusammenhang mit dem Bundeshochbau erreicht werden konnte. Ich wollte das auch in Richtung derer sagen, die erfreulicherweise sich hier so überzeugend zur Pyhrn und zur Schließung dieses inzwischen – wie wir alle wissen – zu 76 Prozent fertiggestellten großen Straßenzuges insbesondere mit der Umfahrung von Graz durch den Plabutschunnel solidarisiert haben. Was den Scheiflinger Ofen anlangt, teile ich durchaus Ihre Stimmung, Herr Kollege Ofner. Wir haben aber die erfreuliche Mitteilung seitens des Ministers Robert Graf bei der Spatenstichfeier in Rottenmann bekommen, daß das Stück, um das es geht und für das wir auch im naturschutzrechtlichen Teil miteinander sozusagen die Straßen freigeschaufelt haben, im kommenden Jahr begonnen wird.

Das ist auch ein Ergebnis der Verhandlungen des Sektionschefs Dr. Freudenreich einerseits und unseres Hofrates Theußl andererseits. Ich möchte bitte auch eines hier sagen aus gegebenem Anlaß, Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, der Hofrat Theußl – glaube ich – ist nicht mehr im Haus oder doch, ich hätte es auch in seiner Abwesenheit gesagt, ein Mann, der mit seinen Leuten und unserem Team überhaupt, Baudirektor, er und die ganzen Straßenbauleute, die Hitze des Tages ein Jahrzehnt lang getragen haben mit mir zusammen, und so erfolgreich getragen haben und im Grunde genommen natürlich bei aller menschlichen Unvollkommenheit einer Fehlplanung nicht gezeiht werden kann, hat auch in Zukunft mein Vertrauen, daß er in dieser Frage, die Sie angesprochen haben, Sorge dafür tragen wird, daß alle technischen Vorkehrungen getroffen sind, um auch ein so schwieriges Straßenstück nach dem Stand der Technik ausbauen zu können. Was haben wir nicht alles gehört, als wir den Plabutschunnel vorgeschlagen haben? Und ich

sage es noch einmal, bei zehn Gutachtern hat es mindestens fünf Meinungen gegeben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Es gibt in den Atomgeschichten auch zwei Gutachter! Der eine sagt so, der andere so!“) Nur, Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, Sie sind ein Mitarbeiter unseres Amtes lange Zeit gewesen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich möchte es auch wieder sein!“) Das ist auch Ihr gutes Recht. Nur, gerade als solchen spreche ich Sie an: Sie wissen, daß letzten Endes in der Auseinandersetzung um wissenschaftliche Gutachten differenter Natur einer zuletzt darüber befinden muß, für welches er sich entscheidet. Das ist auch das Risiko unseres politischen Amtes. Ich bin bisher damit gut gefahren, weil ich gute Mitarbeiter hatte, die in technischen Fragen auch ein gutes Urteil besitzen – auch in Ihrer Abteilung –, und ich möchte es auch in Zukunft so halten.

Lassen Sie mich schließen, damit ich mein Versprechen einlöse. Tscheliessnigg, der Chef der IV c, geht in Pension. Er ist hier. Ich bedaure es sehr, daß er, aber halt auch auf Grund seines Alters, das man ihm nicht ansieht, seine so verantwortungsvolle Aufgabe in Zukunft nicht mehr ausüben wird, aber ich danke ihm ganz besonders herzlich dafür, daß er mit großer Akribie, mit außerordentlichem Sachverstand und mit einem klassischen steirischen Pflichtbewußtsein diese seine so wichtige Aufgabe erfüllt hat. Ich danke Ihnen namens des Landes hier vor dem Landtag und wünsche Ihnen das Allerbeste für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter signalisiert mir, daß er auf sein Schlußwort verzichtet. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 ihr Einverständnis geben, um ein Händedeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechung um 23.10 Uhr – Wiederaufnahme der Sitzung am 4. Dezember 1987 um 8.30 Uhr.)

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Bevor ich die Worterteilung vornehme, möchte ich dem Präsidenten Buchberger herzlich danken, der eine Kostprobe steirischer Äpfel in das Haus bringen hat lassen. (Allgemeiner Beifall.)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hubert Schwab, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schwab: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 7 umfaßt die Wirtschaftsförderung und die Unterkapitel Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr. Diese Gruppe hat Gesamteinnahmen in der Höhe von 122,371.000 Schilling und Gesamtausgaben in der Höhe von 612,174.000 Schilling.

Die Gruppe wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Meine Damen und Herren, im einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die

Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist traditionsgemäß nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Buchberger: Verehrter Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ja, wir haben uns erlaubt, wie alljährlich, eine kleine Repräsentation unserer steirischen Äpfel zu kredenzen. Die habe nicht ich selber bezahlt, meine sehr verehrten Freunde, sondern die kommen aus dem steirischen Lagerhausbereich und sollen eine kleine Kostprobe steirischer Qualität sein.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, man soll eigentlich immer mit gutem Beispiel vorangehen. Auch heute wieder, beginnend bei dieser Agrardebate, ob man lang reden soll oder kurz. Allgemein wurde die Devise verkündet, etwas kürzer zu sein. Aber da wird man halt auch mit Schwierigkeiten konfrontiert, wenn man kurz spricht, daß nicht unter Umständen die Meinung aufkommt: 'Weiß er nicht mehr zu sagen? oder: Gibt es da keine Probleme? oder: Soll man nur so darüber hinweggehen?

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man wird halt versuchen müssen, ein Mittelmaß zu finden. Während der heutigen Tagesordnung steht uns auch bevor, den Grünen Bericht abzuhandeln und darüber Beschluß zu fassen. Dieser Grüne Bericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt Ihnen allen vor, und es ist aus dieser Zusammenfassung der agrarischen Problematik ersichtlich, wie breit der Produktionsbereich in der Agrarpolitik in der Steiermark ist. Und ich habe heute nicht das erste Mal, sondern auch schon öfter darauf hingewiesen, daß an und für sich die Steiermark von der Sicht der Landwirtschaft her gesehen ein Land der Vielfalt ist, ein Land äußerst günstiger Produktionsbedingungen, wenn ich an die Mittel- und Südsteiermark denke, aber auch ein Land kleiner, mittlerer bäuerlicher Strukturen. Diese Vielfalt in der Steiermark findet auch ihren Niederschlag im Grünen Bericht, wo ausdrücklich ersichtlich ist, wie weit die Produktpalette in der steirischen Agrarwirtschaft liegt.

Und Sie kennen ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, die agrarische Situation an und für sich, und wir haben ja auch schon seit Jahren von der Warte der Kammer her betrachtet auf diese Besonderheit hingewiesen und auch unsere Arbeit auf die günstigen klimatischen Bedingungen ausgerichtet und auf die klein- und mittelbäuerliche Agrarstruktur. Und wenn ich nur einige Besonderheiten herausstreichen darf, so möchte ich das deshalb tun, weil wir in der Landwirtschaft in der Steiermark meinen, daß es verfehlt wäre, sich etwa auf die Massenproduktion hinzuorientieren, sondern unser steirischer Grundsatz war immer der: Die steirischen Produkte müssen von höchster Qualität sein. Und ich darf Ihnen in dem Zusammenhang einige Beispiele sagen: Die Äpfel, die Ihnen heute hier präsentiert worden sind, sind höchste Qualität, und ich

darf Ihnen eines sagen: Wir legen größten Wert darauf, daß unsere Produkte nicht nur dem Geschmack nach hervorragend sind, sondern auch ohne alle Rückstände etwaiser über die einzelnen Spritzungen und so weiter verursachten Spritzmittel sind. Ausdrücklich kontrolliert, und Sie können diese Qualitäten, die Ihnen heute kredenzt worden sind, ungewaschen, ungeschält jederzeit genießen. Wir legen in dem Zusammenhang auf das größten Wert.

Und ein Weiteres, wenn ich nur ein paar Sätze über die steirische Weinwirtschaft sagen darf: Der steirische Wein hat höchste Qualitäten aufzuweisen. Bei einer jüngst abgehaltenen internationalen Weinkost sind die steirischen Weine höchstprämiiert worden. Also eine Entwicklung in den letzten 20 Jahren, die aus der Sicht von damals her nicht abzusehen war. Wir können hier die Konkurrenz mit aller Herren Ländern antreten. Wir sind zwar ein kleines Weinland in der Steiermark; wir produzieren 5 Prozent der Gesamtweinmenge in Österreich und ein Viertel dessen, was in der Steiermark konsumiert wird: ungefähr 120.000 Hektoliter; 400.000 Hektoliter werden konsumiert. Wir sind also europaweit, weltweit hier führend, auch von der Sicht der Steiermark.

Eine kleine Produktionssparte, um sie nur auch zu erwähnen, ist der Tabakanbau bei uns im Land. In Österreich werden 240 Hektar Tabak gebaut, davon in der Steiermark 180 Hektar. Wir haben diese Tabakbauern straff organisiert, haben ein Nahverhältnis auch zur Tabakregie, auch mit den führenden Leuten in dieser Einrichtung: Bis dato mit Leitinger, jetzt ab 1. Jänner 1988 mit Peppo Mauhart, der die Generaldirektion übernimmt; auch mit Vizepräsident Kamp. Es besteht für uns in der Steiermark die Möglichkeit, die Tabakanbaufläche auszudehnen. Momentan ist es so, daß in Österreich die Tabakproduktion nur 3 bis 4 Prozent des Verbrauches einnimmt. Wir haben also eine Importmenge von 96 bis 97 Prozent. Wir haben also hier noch weitere Ausdehnungsmöglichkeiten.

Ein Weiteres, um nur auf die steirische Situation hinzuweisen, ist der Anbau des Chinakohls, und ich darf Ihnen sagen: Wir exportieren dieses steirische Produkt nach Finnland und Schweden ohne jede Stützung. Unsere Exporteure haben schon vor Jahren diesen Markt aufgenommen, und ich habe vor einigen Wochen nun die Möglichkeit gehabt, in Finnland und in Schweden mitzuerleben, und von den Importeuren und auch von unseren Handelsvertretern in Helsinki und Stockholm, auch vom Botschafter Mussi in Stockholm ist uns gesagt worden, daß die steirischen Qualitäten in diesem Bereich hoch angesehen sind, und die Importeure von oben haben uns gesagt, daß auch weiterhin, wenn die Steiermark in der Lage ist, diese Qualitäten zu produzieren, die Schweden und die Finnen gerne bereit sein werden, dieses Produkt weiterhin zu kaufen.

Wir bauen die Kürbisse in der Steiermark, wir bauen Kren, wir bauen den Hopfen, Heilkräuter. Wir sind im Bereich der Sonderkulturen führend. Ich erwähne deshalb diese Produkte, weil dadurch, wenn wir auf diese besonderen Produkte eingehen, vor allem auch die Existenzmöglichkeit vieler kleiner bäuerlicher Betriebe gegeben ist. Und das scheint uns notwendig zu sein. Ich sage es auch deshalb, obwohl wir wissen, daß 60 Prozent unserer Bauern im Nebenerwerb tätig

sind und genau wissen, daß wir nicht den industriellen und gewerblichen Arbeitsmarkt zusätzlich belasten wollen, um wie gesagt, durch diese Sonderkulturen dem kleinbäuerlichen Betrieb die Möglichkeit einzuräumen, auf einer kleinen Fläche das zu erzeugen, was er für seine Familie dann in der Endkonsequenz zum Leben braucht. Wir legen besonderen Wert darauf, daß diese Sonderkulturen, und im besonderen der Wein- und Obstbau, sich nahe der Grenze ansiedeln. Und ich danke immer wieder von seinerzeit her, daß es möglich war, durch Krainer senior den Weinbauplan zu inszenieren, der die Basis dafür geschaffen hat, daß diese vielen kleinen Bauern direkt an der Grenze überhaupt eine Existenzmöglichkeit haben. Wir haben Vergleiche genug zu anderen Bundesländern. Das trifft für Niederösterreich zu und vor allem auch für Oberösterreich, daß wir in den Grenzbereichen eine Entsiedlung bis zu 20 und 30 Prozent registrieren müssen, daß die Leute von der Grenze absiedeln, daß die Grenze entsiedelt und entvölkert wird, was bei uns in der Steiermark auf Grund verschiedener Initiativen des Landes Steiermark nicht eingetreten ist. Wir legen also besonderen Wert darauf, daß die Besiedlungsdichte in diesen Regionen erhalten bleibt. Ich bin sehr dankbar dafür, daß es möglich gewesen war, in den letzten Jahren die Grenzlandförderung von seinerzeit 15 Millionen Schilling, vom Land Steiermark her gesehen, nun auf 30 Millionen Schilling aufzustocken. Der gleiche Betrag fließt auch von Bundesseite her, ebenfalls 30 Millionen Schilling, dem Land Steiermark zu. Wir haben daher jetzt 60 Millionen Schilling zur Verfügung, die etwa nicht gebraucht werden dafür, daß man Subventionen und was weiß ich was bezahlt – die Nachrede ist uns ja diesbezüglich bestens bekannt –, sondern diese Mittel dienen dazu, um die Infrastruktur im speziellen zu verbessern, um die Absatzförderung entsprechend anzureizen. Ich kann mit Überzeugung sagen, daß diese Mittel, die uns jährlich zur Verfügung gestellt werden, hier auf einen sehr fruchtbaren Boden gefallen sind. Daß es möglich gewesen war, auch die Hügelregionen in diese Förderungsaktionen einzubeziehen, möchte ich auch im besonderen registrieren. Es stehen uns also auch hier 10 Millionen Schilling zur Verfügung. Ich sage es noch einmal, es geht uns im speziellen darum, die Infrastruktur entsprechend zu verbessern, weil ich der Überzeugung bin, und sicherlich Sie auch mit mir, daß jedem einzelnen, der in diesen Regionen wohnt, auch das Recht zusteht, daß er zumindest einmal eine gute Zufahrt hat. Ich glaube, das ist das Um und Auf überhaupt, wenn wir also die jetzige Struktur erhalten wollen. Und das war immer unsere überzeugende Meinung. Da müssen wir schauen, daß die einzelnen über eine entsprechende Zufahrtsmöglichkeit verfügen, ob das im Sommer ist oder im Winter, das muß zu jeder Zeit möglich sein. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist, dann kann man mit Sicherheit annehmen, daß der in diesen entlegenen Gebieten nicht bleiben würde. Ich darf also für diese Investitionen und die Mittel, die uns dafür zur Verfügung gestellt worden sind, recht herzlich danken.

Das gleiche trifft auch für die Bergregionen zu. Hier haben wir die Bergbauernförderung von seiten des Landes und des Bundes. Ich freue mich, daß die 24 Millionen Schilling wiederum im Voranschlag verankert sind. Wir können also die Bergbauernförderung bei uns im Land im gleichen Maß durchführen. Ich darf

in dem Zusammenhang auch anerkennend registrieren, daß auch die Bundesförderung diesbezüglich im heurigen Jahr durch Minister Riegler angehoben worden ist bis zu einer Höhe von maximal 19.000 Schilling. Wir haben hier Förderungsmöglichkeiten auch für die Bergbauernregionen, um – wie gesagt – die Lebensbedingungen für diese Leute entsprechend zu erleichtern. Ich glaube, wir haben in dem Zusammenhang eine äußerst positive Agrarpolitik in Zusammenarbeit seitens der Kammer mit dem Land Steiermark und im speziellen auch mit dem jeweiligen Agrarreferenten. Das war mit dem jetzigen Minister Riegler so gegeben und auch im besonderen mit dem jetzigen Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Wir haben aber darüber hinaus, meine sehr Verehrten, um auch das zu sagen, logischerweise auch unsere Schwierigkeiten und Probleme. Ich darf vor allem im Hinblick auf ein künftiges eventuelles Arrangement mit der EG sagen, daß ich mich persönlich klarerweise auch zu einem Anschluß zur EG bekenne. Aber es wäre verfehlt zu übersehen, daß es logischerweise dann auch zu gewissen Problemstellungen kommen wird, völlig klar. Das wird nicht nur für die Landwirtschaft zutreffen, sondern auch für weite Bereiche des gewerblichen Bereiches und tief hinein. Wenn man weiß, wie die Vorarbeiten jetzt laufen für einen Binnenmarkt in der EG bis zum Jahre 1992, Gewerbefreiheit, freie Niederlassung, tief in den agrarischen Bereich hinein echte Einschnitte, und es wäre verfehlt zu sagen, es wird schon irgendwie gehen. Gerade auf Grund unserer kleinbäuerlichen Agrarstruktur werden wir mit äußerst schwierigen Dingen konfrontiert werden. Das ist mir völlig klar, aber da geht es darum, ein offenes Auge zu haben, klar die Dinge zu erkennen und einmal Umschau zu halten, wie sieht es dort aus. Ich darf Ihnen eines sagen aus der Sicht der Landwirtschaft, ob wir, wenn wir ohne Bedingungen einzugehen, die jetzige Agrarstruktur zu erhalten in der Lage sein werden, ist eine Frage. Ich glaube es nicht. Ich darf Ihnen nur einige Beispiele sagen. Wir haben den Landwirtschaftsminister aus Baden-Württemberg, Herrn Weiser, bei uns gehabt vor zwei Jahren bei der Kammervollversammlung. Er hat uns berichtet, und ich kenne die Agrarstruktur in Baden-Württemberg auch recht gut, ich war längere Zeit draußen, daß in den letzten 20 Jahren seit Bestehen der EG und etwas länger hinaus die Anzahl der bäuerlichen Betriebe um 30 bis 35 Prozent abgenommen hat. Wenn ich das ummünze auf unsere steirische und österreichische Situation, wenn es so wäre, daß nun in den nächsten 15, 20 Jahren die Anzahl der bäuerlichen Betriebe um 25, 30 oder 40 Prozent kleiner würde, daß die Leute dort absiedeln oder entsiedeln oder die Flächen nicht mehr bewirtschaftet werden, wenn das Unkraut wächst, ich bin auch für naturgetreues Wirtschaften, aber es hat alles seine Grenzen irgendwo, dann muß man sagen, wird sich der Fremdenverkehr noch so entwickeln wie jetzt, weil auf allen Almen und Bergregionen überall noch gepflegte Flächen und das gepflegte Umland vorzufinden oder anzutreffen ist. Das ist eine offene Frage. Oder wie groß werden dann die Betriebseinheiten sein müssen? Meine Herrschaften, in Amerika ist es so, daß sich die Betriebe mit einer Größe von 500, 600 Hektar gegenseitig zu Tode konkurrenzieren. Und nach diesem System drüben an und für sich theoretisch gesehen es so wäre, daß nur einer übrigbliebe – ich sage es ganz

offen – nach dem hochkapitalistischen System, das in Amerika das Leitbild überhaupt ist. Und wenn man in Deutschland, im Weser-Ems-Gebiet, in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein, im Raum Oldenburg sieht, daß dort die EG-konformen Betriebe eine Milchquote haben von 350.000 Liter – ein bäuerlicher Familienbetrieb, sage ich, er und sie, der Sohn studiert, die Tochter ist weg. Ob der Sohn zurückkommt, ist eine andere Frage. Beide arbeiten von 5.30 Uhr bis 21.00 Uhr in der Nacht, 350.000 Liter Richtmenge. Der erzeugt täglich 1000 Liter Milch, er und sie, beide. Wenn einer krank ist von beiden, dann ist nur mehr einer im Betrieb. Ich habe mit dem gesprochen dort, ich habe gesagt, lieber Freund, wie geht es? Ja, sagt er, wirtschaftlich geht es mir an und für sich gut. Ich habe ein Geld auf der Kante, aber auf Grund meiner gegebenen Situation, meiner persönlichen Auslastung auf meinem Betrieb habe ich gar nicht die Zeit dazu, das Geld verbrauchen zu können. Da muß ich mir sagen, ob es sinnvoll ist, einen solchen Betrieb führen zu müssen oder ein solches System zu fördern, wo es den mittel- und kleinbäuerlichen oder den wirklichen Familienbetrieb nicht mehr gibt, wo man noch Zeit hat zur Muse und zu anderen Dingen auch.

Ich möchte also noch einmal sagen: Wir bekennen uns zur EG. Und es wird sicherlich so sein – und das sage ich auch völlig klar –, daß wir uns die Dinge anschauen, daß wir über die Dinge reden müssen, aber es wäre verfehlt zu sagen: Das wollen wir eh nicht, wir lehnen das ab, und wir wurschteln so weiter wie bis dato. Das wäre der größte Fehler. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Dann hätten wir den Vorwurf als Berufsvertretung und wüßten nicht, wie die Dinge laufen. Ich bin froh, daß wir über diese Dinge reden, und ich darf Ihnen in dem Zusammenhang sagen, daß wir in Wien eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die sich ausdrücklich mit diesen Dingen befaßt, für den Eventualfall, daß wir zur EG kämen – vielleicht bis 1995, früher wird es ja nicht möglich sein. Etwa zu glauben, in den nächsten Jahren werden wir dort sein, und die werden uns mit Freude aufnehmen, weil wir flotte Leute mit Lederhosen sind, und das wird schon passen: Meine Herrschaften, da gibt es dann nichts. Das sind eiskalte Brüder, das wissen wir zur Genüge. Die sagen: „Wollt ihr oder wollt ihr nicht?“ Also, eine Arbeitsgruppe ist jetzt im Einsatz, um genau zu sondieren, und wir werden uns diesbezüglich dann auch in der Beratung der Bauern entsprechend vorzubereiten haben, wie wir uns zu orientieren haben, welche Früchte auch noch gängig sein werden und wie die Dinge dann laufen.

Und ich sage noch ein Zweites dazu, auch vorbereitend im Hinblick auf ein künftiges Arrangement zur EG: Wir haben momentan 60 Prozent Nebenerwerbsbauern. Ich könnte mir vorstellen, um die vielen kleinen Betriebe zu halten, daß wir die Anzahl der Nebenerwerbsbauern nicht verringern. Darum sage ich und wir auch zu unseren jungen Freunden bei jeder Gelegenheit, nach Möglichkeit einen zweiten Beruf zu erlernen. Das wird notwendig sein! (Allgemeiner Beifall.) Ob er den dann ausübt oder nicht, das ist eine andere Frage. Wir haben Beispiele genug, meine sehr Verehrten, und vor einiger Zeit habe ich wieder einen getroffen, der einen kleineren oder mittelkleineren Betrieb gehabt hat. Er hat einen zweiten Beruf erlernt: Schlosser, Mechaniker, und hat dann einen zweiten

Betrieb dazugeheiratet. Dann hat er gemeint: „So, jetzt geht es nicht mehr, jetzt bleibe ich daheim“, und hat seinen Beruf aufgegeben. Aber das, was er gelernt hat, kann ihm keiner wegnehmen. Und ich will auch nicht sagen, daß der dann in den Pfusch gehen soll, aber, bitte, die Nachbarschaftshilfe ab und zu wird sicher nicht zu verhindern sein. Aber, bitte, das ist alles eine andere Frage. Ich sage nur deshalb, einen zweiten Beruf zu erlernen!

Ich möchte an die Sozial- und Wirtschaftspartner in diesem Zusammenhang appellieren. Wir sollen nicht mit Nachdruck verlangen, daß die Anzahl der bäuerlichen Nebenerwerbsbauern zunehmen soll, weil das ja zusätzlich eine Belastung des industriellen und gewerblichen Arbeitsmarktes bedeutet. Völlig klar! Und man weiß ja nicht, meine sehr Verehrten – ich denke immer logisch oder versuche, es zumindest zu tun –, was ist jetzt, wenn ich als Nebenerwerbsbauer auf meiner Landwirtschaft mein Auskommen nicht mehr habe, dann habe ich nur die Möglichkeit, außerlandwirtschaftlich meine Arbeitskraft irgendwo anzubieten. Und wenn ich da wieder logisch weiterdenke, wäre ich unter Umständen als Nebenerwerbsbauer, wo ich daheim mein Haus habe und meine Erdäpfel selber erzeuge und das Fleisch produziere und den Most, den ich zum Trinken brauche, auch dazu, in der Lage, meine Arbeitskraft billiger anzubieten als der, der in der Stadt wohnt und seine Miete mit 5000 Schilling zu bezahlen hat, alles kaufen muß und so weiter. Diese Gefahr besteht unter Umständen. Und ich möchte den Betrieb kennen, der sagt, wenn ein Nebenerwerbsbauer daherkommt und sagt: „Paß auf, ich bin billiger als der Tischler, der jetzt da arbeitet. Er bekommt jetzt 70 Schilling, mich kannst du um 65 Schilling haben.“ Und wenn der Betriebsführer unter Umständen weiß, daß das einer ist, der etwas kann und auch mit Arbeitseinsatz bereit ist, dort einzusteigen, ich weiß nicht, ob der dann nicht sagt: „Na ja, wenn der um fünf Schilling billiger ist als der andere . . .“. Ich sage nur, man weiß ja nicht, wie sich die Dinge entwickeln könnten, und darum sage ich – auch aus der Sicht der Landwirtschaft gesehen –, daß wir alles tun müssen, um den Arbeitsplatz in der Landwirtschaft zu halten –, gerade in der gegenwärtigen schwierigen Situation im wirtschaftlichen Bereich. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sage das deshalb auch, ich bin kein Wissender, was industrielle Bereiche betrifft, aber ich habe ein bißchen Ahnung, wie es in einem Betrieb zugeht, wenn es zu Abbaumaßnahmen kommt. Ich bin mit der Elin sehr eng verbandelt. Nicht verbandelt – das ist ein bißchen übertrieben gesagt –, aber halt im engsten Nahverhältnis mit der Elin, Werk Süd. Wer die Verhältnisse kennt, weiß das. Und ich habe hinein bis in den Betrieb die besten Kontakte. Wenn es jetzt bei uns in Weiz so ist – ich sage das auch –, daß 600 in den nächsten Tagen – übernächste Woche muß es auf den Tisch gelegt werden; der neue deutsche Direktor, der installiert worden ist, Schneider oder wie. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Glesty!“) Nein, nicht der Glesty. Der deutsche Direktor war jetzt da. Wir haben ja nur mehr deutsche Direktoren. Ich weiß nicht, haben wir keine Österreicher mehr oder was? Es scheint am Management irgendwo zu fehlen oder an der Ausbildung des Managements, daß wir bei uns keine Leute mehr finden. Ich sage das nur deshalb,

weil ich mit diesen Dingen auch laufend konfrontiert werde.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte über diese Dinge nicht ins Detail gehen. Darf ich einige Aspekte noch anmerken, die über die steirische Agrarpolitik hinausgehen: Sie werden sich fragen, wie die künftige Agrarpolitik dann wirklich ausschauen soll. Eines ist uns klar, und da sind wir in enger Zusammenarbeit mit Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler, daß wir sagen: Auf Grund der gegenwärtigen Situation sind wir auf den internationalen Märkten nicht konkurrenzfähig. Es gibt ja keine echten Weltmarktpreise. Wenn die Amerikaner ihre Landwirtschaft mit 340 Milliarden Schilling jährlich stützen und die EG macht ungefähr das gleiche mit 350 Milliarden Schilling jährlich nur für Stützungsmaßnahmen und so weiter, und so weiter, und da sollen wir auf den internationalen Märkten mit diesen Riesenländern konkurrenzieren. Das ist unmöglich! (Abg. Gennaro: „Wie in der Stahlindustrie!“) Wir sind nicht konkurrenzfähig. Meine Herrschaften, es bleibt für uns keine andere Alternative zur gegenwärtigen Zeit. Wie lange die Amerikaner und die EG in der Lage sind, diese Mittel aufzubringen, das ist eine andere Frage. Ich glaube es ja nicht. In Amerika ist die Wohlfahrt, da tut man noch, was man kann. Ob die in den Folgejahren – der Herr Finanzreferent Dr. Klauser hat auf die amerikanische Wirtschaftssituation in seiner Einbegleitungsrede hingewiesen – in der Lage sein werden, die 340 Milliarden Schilling aufzubringen, ist eine andere Frage. Dann treten wir schon auch in Konkurrenz mit unseren hochqualitativen Produkten. Ich habe keine Sorge, aber die Waffengleichheit müßte gegeben sein. Aber auf Grund der gegenwärtigen Situation werden wir nicht konkurrieren können. Wir müssen den Markt auf den Inlandsbedarf einrichten. Gibt ja nichts anderes!

Und in der Milchproduktion sind wir dabei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird aber Schwierigkeiten mit sich bringen. Ich spüre es schon täglich. Nicht bei den Bauern selber. Wir werden die Milchproduktion auf 117 Prozent zurücknehmen. 100 Prozent Bedarf; eine gewisse Reserve ist notwendig, weil genau auf 100 Prozent hinzuproduzieren, dann wäre es die halbe Zeit sicher so, daß wir nicht in der Lage wären, den Markt und die Konsumenten zu beliefern. Das würde bedeuten, daß der allgemeine Absatzförderungsbeitrag weg ist – 0 bis 10 Groschen eventuell. (Abg. Zellnig: „Ganz weg!“) Sagen wir 0 bis 10 Groschen. Ich bin nicht der, der sagt: „Es darf gar nichts sein“. Es wird notwendig sein, ab und zu, weil ich die Produktion ja nicht so genau einrichten und so genau planen kann. Das kann ich in einer Schneiderwerkstatt machen, aber nicht in der Landwirtschaft. Das weiß jeder, der mit den Dingen befaßt ist. (Abg. Zellnig: „Herr Präsident, nur einen Satz dazu: Das kann man mit einem zusätzlichen Absatzbeitrag machen!“) Wir sind dafür, daß wir den auf 0 bis einige Groschen absenken. Völlig klar! Aber da tauchen jetzt die Probleme auf. Wir wissen jetzt schon, daß die österreichische Molkereiwirtschaft mit der Deutschen Bundesrepublik nicht konkurrenzieren kann. Wir produzieren in der österreichischen Molkereiwirtschaft um 33, 34 und 35 Prozent teurer als in Deutschland.

Sicher ist es so, daß die Lieferstruktur und die der Lieferanten anders ist als bei uns. Größere Einheiten, da kostet die Zulieferung weniger. Bei uns muß von jedem Graben jeder Liter zugeführt werden, muß bezahlt werden. Aber ich sage Ihnen nichts Neues, meine sehr Verehrten. Wir haben in der österreichischen Molkereiwirtschaft – und da rede ich nicht nur von der steirischen – um 3000 Leute zu viel beschäftigt. So ist die Situation. Einer sagt mir, 4000 seien zu viel. Das bringt mit sich, daß wir Strukturmaßnahmen setzen müssen – österreichweit, aber nicht nur in der Steiermark. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. Wir haben in Wien Molkereien, die kein Einzugsgebiet mehr haben. Die werden von uns mit pasteurisierter Milch beliefert, dort wird sie noch einmal pasteurisiert, und die zwei- bis dreimal pasteurisierte Milch wird dem Konsumenten in Wien angeboten. Aber scheinbar ist es so, ich sage das auch ganz unverhohlen heraus, weil man in Wien nichts hört von Strukturmaßnahmen bei den Wiener Molkereien. Bekanntlich ist es dort so – wir haben am Samstag eine Diskussion geführt am Raiffeisenhof, Dr. Kiesewetter, Dr. Angerer, ich schätze beide Herren sehr, das sind wissende Leute, und die wissen auch, um was es geht, ich habe gesagt, da muß also die Wirtschaftspartnerschaft oder Sozialpartnerschaft wieder zusammenstehen. Wenn es so ist, daß um 4000 Leute zuviel sind, dann darf es seitens der Betriebsräte bei uns keine Interventionen mehr geben. Was sollen wir denn machen? Anfangen mit solchen Strukturmaßnahmen muß man dort, wo keine Milch mehr ist. In Wien scheint es wirklich so zu sein, daß dort sozialpartnerschaftlich vereinbart ist, da sind rote Betriebsräte – höre ich –, daß man sozialpartnerschaftlich, wie es die Wiener so einfach machen, gesagt hat, da geben wir eine Ruhe in Wien, da dürfen wir nichts anrühren, es sollen 40 Prozent Ausländer auch beschäftigt sein in den Wiener Molkereien. Aber draußen in der Provinz könnt ihr machen, was ihr wollt. Da hauts euch gegenseitig die Schädel ein. Und damit sind wir nicht einverstanden. (Abg. Vollmann: „Wer entscheidet, die Betriebsräte oder die Unternehmer?“) Da wird der Vorschlag unterbreitet werden, und ich darf bitten, diesbezüglich dann keine Interventionen mehr zu machen, wenn es aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten fast verpflichtend ist, entsprechende Einsparungsmaßnahmen zu treffen, dann muß man das zur Kenntnis nehmen, meine Herrschaften. Es hilft ja nichts. Ich gehe auch so weit, ich halte nichts von großen Einheiten. Die VOEST hat es uns ja gezeigt, wie man es künftig nicht machen darf, nur einer, und dann haut es nicht hin. Jetzt tun wir wieder dezentralisieren. Und in der Molkereiwirtschaft gilt für mich das auch. Warum nicht viele kleinere Betriebe? Die Gröbminger oder die Gaishorner haben eine Molkerei mit 5000 Liter Tagesanlieferung. Sonst haben wir 80.000, 100.000 Liter wie in Weiz. Die haben 5000 Liter Tagesanlieferung, erzeugen einen Emmentaler, der Weltspitze ist. Der die ganze Gegend so berühmt gemacht hat, in der Gegend. Da sind wir konkurrenzfähig. Warum größere Betriebe? Warum Mureck auflösen? Die haben halt nur eine Tagesanlieferung von 15.000 Liter. Das Hin- und Herführen, dort ein paar Auto voll hin und da wieder ein paar weg und dort was dazu, das verteuert ja die ganze Geschichte. Die Milch gehört dort verarbeitet, wo sie produziert wird. Und das ist meines Erachtens ein wichtiger Faktor. (Abg.

Rainer: „Herr Präsident, du hast recht, aber sage das dem Generaldirektor! Erwinnere dich an den Kötter-Plan!“ Das ist schon alles vorbei. Liebe Freunde! Der Kötter-Plan ist genau zu einer Zeit erstellt worden, wie man auch gesagt hat, die VOEST und das muß man alles zentralisieren. Das war die Zeitepoche, wo man gesagt hat, nur die ganz Großen werden überstehen. Heute geht man wieder darauf zurück, daß man sagt, die kleinen Einheiten, so müssen wir es machen. Ich darf in dem Zusammenhang um die Unterstützung der Sozialpartner bitten, weil es logischerweise zu Freistellungen kommt, Leute! Und da muß ich bitten! (Abg. Rainer: „In dieser Richtung habt ihr alles in der Hand!“ – Abg. Vollmann: „Das ist alles schon zu spät!“) Nichts ist zu spät! Daß man wieder neue kleine Einheiten gründet, das ist auch klar, das wäre wieder ein Rückschritt, Freunde. Dort, wo die Molkereien bestehen, dort werden wir sie behalten, und da werden wir Ordnung machen. (Abg. Vollmann: „Es ist alles zu spät!“ – Abg. Schrammel: „Was ist das für eine Politik, zu sagen, es ist nichts zu machen?“) Meine Herrschaften, lieber Freund Vollmann aus dem Mürztal, das ist die einzige Molkerei in Mürzzuschlag, wo man gesagt hat, da haben die Weizer, die Jogler, wie ihr sagt drüben im Mürztal, die haben euch die Milch rübergeliefert nach Mürzzuschlag, und da haben die Jogler gesagt, warum sollen wir die nicht nach Weiz liefern und unbedingt rüber ins Mürztal, das ist auch klar. Das war ja eine vernünftige Aktion, die damals gemacht worden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wollte also zu dem leidigen Kapitel, zum viel diskutierten und leidigen Kapitel Milchwirtschaft sagen, daß wir mit Dipl.-Ing. Riegler in Wien die milchwirtschaftliche Frage lösen werden. Und das wird in kürzester Zeit geschehen. Ich darf das in aller Klarheit sagen.

Ein zweites Hauptproblem, das österreichweit auf uns zukommt, ein Angelpunkt der künftigen agrarpolitischen Entwicklung ist also die Getreidewirtschaft, völlig klar. Wir exportieren momentan oder heuer 950.000 Tonnen in den Osten, ungefähr eine Million Tonnen. Die Amerikaner liefern nach Rußland 30 bis 40 Millionen Tonnen. Wir sind jetzt noch in der Lage, diese Exporte tätigen zu können. Aber ich sage mit Sicherheit voraus, in einigen Jahren werden die Exporte nicht mehr möglich sein. Wenn man die Thesen Gorbatschows kennt, daß er sagt, die 3 Prozent Landwirtschaft, die momentan in Privathänden sind, Privathände ist übertrieben, was die Kolchosebauern jetzt bewirtschaften, ein Joch ein jeder, und diese 3 Prozent ernähren 30 Prozent der russischen Bevölkerung. Wenn Gorbatschow sagt, er gibt noch zwei Joch dazu zu dem einen, dann wäre es nach Adam Riese so, daß die drei Joch dann die 90 Prozent der Bevölkerung ernähren, wenn die russische Seele mitmacht. Das ist eine andere Frage. Aber rein theoretisch gesehen ist es so. Und wir können dann unsere Getreideprodukte überhaupt nicht mehr verkaufen. Wir sind es auch nicht zu finanzieren in der Lage. Das ist die Frage. Ein Hektar Mais, Export, 8000 Kilogramm, kostet 25.000 Schilling Exportförderung. Die Hälfte von den Bauern und die Hälfte von den Steuerzahlern berappt. Das geht auf die Dauer nicht. Wir legen daher jetzt besonderen Wert darauf, die Getreideflächen zu reduzieren. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich danke, daß man

mir eine Ruhepause gönnt, ihr könnt ruhig weiter diskutieren. Wir sind dabei, meine Herrschaften, die Getreidefrage zu lösen, und die muß gelöst werden. Ich sage ein offenes Wort dazu, es geht mir auch um die Gesunderhaltung der Böden. Unsere Böden im mitteleuropäischen Bereich sind nur deshalb gesund, weil wir seit tausend Jahren die Dreifelderwirtschaft betreiben, die Fruchtfolge nicht übersehen. Die Monokulturen zerstören die Böden. Sie sind momentan interessant, was man herauswirtschaftet, aber auf Sicht gesehen, für künftig gesehen, vernichtend. Wir sind beim Bodenschutz, wir sind über alle Parteien hinaus und treffen uns, daß wir die Fruchtfolge fördern, die Alternativen fördern, daß wir das produzieren, was wir jetzt noch importieren müssen. Wenn ich an die Eiweißfuttermittel denke, 600.000 Tonnen werden importiert, und wir bauen zu wenig. Wir sind mit den Italienern im Kontakt, die liefern uns frühreifere Sojasorten. Die Italiener haben in den letzten zehn Jahren von Null Sojaanbau 450.000 Hektar aufgestockt. Sie sind unabhängig von Amerika, aus dieser Sicht her gesehen. Da müssen wir selbst hinein. Wir werden das auch zu finanzieren in der Lage sein, weil die Exporte wesentlich teurer sind als das, was wir an Sütungen bei uns bräuchten. Wir werden die Berechnungen hier genau anstellen. Es sind die notwendigen Sorten nicht zur Verfügung gestanden, frühreifere Sorten. Es ist ja nicht so, daß bei uns, was in Amerika in den wärmeren Zonen wächst, auch unbedingt gedeiht und reift. Das ist ja die Frage. Aber jetzt auf Grund der züchterischen Maßnahmen sind wir soweit, daß wir uns hier in die Schlacht werfen können. Das wird in der nächsten Zeit gemacht.

Alternativen anzupflanzen, wir haben freiwillig angeboten, ich bin dem Dipl.-Ing. Riegler sehr dankbar, daß das so läuft. Aber ich sage ein offenes Wort dazu. Wer sich freiwillig nicht unterwerfen wird, eine notwendige Fruchtfolgemaßnahme zu setzen, den werden wir verpflichten. Es geht ja nicht. Um den Bauern zu halten, wird es eben notwendig sein, gewisse Maßnahmen zu setzen. Das gehört dazu, um dem ganzen ein bißchen mehr Nachdruck zu verleihen. Ich bin da gar nicht so zimperlich. (Abg. Gennaro: „Jetzt tut ihr euch schwer, weil ihr euren Landwirtschaftsminister nicht im Regen stehen lassen könnt!“) Bitte? Man hört das so schlecht. Meine Herrschaften, ich muß ja eines sagen, wir sind ja seinerzeit nicht weitergekommen. Die ersten Ansätze sind erst unter Minister Schmidt gesetzt worden. Ich sage das auch in aller Klarheit. Ich könnte euch Beispiele sagen, wo wir verhandelt haben im Landwirtschaftsministerium, wo der Minister Haiden damals gesagt hat, da bin ich nicht zuständig, geht zum Finanzminister. Wir waren auch dort, damals beim Dr. Vranitzky noch als Finanzminister. Ich sage auch da, ich bin da unverhohlen in meiner Aussage. (Abg. Zellnig: „Ein guter Mann!“) Wir sind damals beim Minister Dr. Vranitzky zwei Stunden gesessen, und zwar eine ganze Abordnung. Wir haben warten müssen, bis der Buchberger und der Kopetz abgefertigt waren – ich traue mich das auch zu sagen. Und er hat gesagt: „Buchberger, ihr habt recht“, und er hat uns beigeipflichtet. Ich erwarte, daß er uns auch unterstützt. Das muß man auch sagen. Ich muß aber noch einmal unterstreichen, daß der Herr Minister Haiden uns im Stich gelassen hat. Der hat uns alles gesagt, aber ich habe ihm auch alles gesagt, was

ich mir gedacht habe. (Beifall bei der ÖVP.) Die Steirer sind ja nicht so zimperlich, und ich persönlich auch nicht. Da kennen wir uns ja zur Genüge.

Wir werden also die Getreidefrage in den Griff bekommen, ich bin überzeugt davon. Aber ich sage es noch einmal: Wenn es freiwillig nicht geht – ich bin auch ein überzeugter Demokrat –, dann muß man, um das Ganze in Schwung zu bringen, dem ganzen Geschehen einen gewissen Nachdruck verleihen – um es so zu formulieren. Und ich hoffe, daß wir da zu Rande kommen.

Deshalb sage ich ja, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich bin an und für sich um die österreichische Agrarpolitik nicht besorgt, weil ich weiß, daß sie in guten Händen ist und daß die Leute das derpacken.

In Wien hat man die Sozialpartnerschaft – ich sage das noch einmal, und das ist ja meine Aussage schon immer gewesen: Ich habe die Gemeinschaft des Volkes in den schwierigen Zeiten immer in den Vordergrund gestellt. Bei uns in Österreich hat man die Parteipolitik – und das ist ja der Untergang oder hätte fast den Untergang bedeutet, wenn ich die jetzige Situation betrachte – immer in den Vordergrund gerückt, und irgendwer hat dann irgendwo Wirtschaftspolitik betrieben. Das ist der Fehler bei uns im Land! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir uns in Österreich nicht endlich wie die Schweizer dazu durchringen, daß wir zuerst einmal schaffen, schaffen, Häusle bauen und Wirtschaftspolitik betreiben und dann auch von mir aus irgendwo politisieren – ein jeder daheim oder sonst irgendwo – (Abg. Trampusch: „Die werden nicht vom Bauernbund nominiert!“), dann wird es funktionieren und sonst nicht. (Landesrat Dr. Klausner: „Nur die Politik verschafft dir die Rute im Fenster!“) So ist es. Darum ist es ja angenehm, wenn in der Steiermark der Obmann des Bauernbundes ab und zu eine härtere Aussage macht, daß der Präsident der Landwirtschaftskammer dann wieder ein bißchen explosiver wird.

Trotz der schwierigen Situation laufen die Dinge ins richtige Lot. Wenn ich nur denke: Die Einheitswerte haben wir dorthin gebracht, wo wir sie wollen; basieren wieder auf den Ertragswerten und nicht auf den Verkehrswerten, was ja seinerzeit der Herr Kreisky gemeint hat: Die Einheitswerte in der Landwirtschaft müssen tendentiell dem Verkehrswert angeglichen werden. Das wäre der Untergang der Landwirtschaft gewesen, das sage ich Ihnen auch. Wo sollten denn die Leute das Geld hernehmen, wenn die Erträge nicht da sind? Logischerweise müssen wir auch Steuern zahlen, aber nach dem Ertrag. Völlig klar! Das haben wir jetzt hingebracht. Die Weinbauern werden wir reduzieren. Den Satz pro Hektar von 126 Schilling auf 115 Schilling.

In der Forstwirtschaft können die Schäden in den Wäldern früh genug beim Finanzamt gemeldet werden, um eine Reduktion im Einheitswert zu erreichen. Die Basisberechnung bei der Neubemessung für die landwirtschaftlichen Flächen bleibt gleich. Da haben wir viel erreicht. Ich muß dem Herrn Minister Dipl.-Ing. Riegler – er ist nicht da, da tu ich mir leichter – wirklich ein Kompliment sagen. Und daß es in der Steiermark so funktioniert, muß ich auch sagen. Ich bin ja an und für sich mit Komplimenten sehr vorsichtig,

aber das funktioniert – ich habe es schon früher gesagt – mit dem Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Der Herr Landeshauptmann und die Herren in der Regierung unterstützen alle; der Herr Finanzreferent Dr. Klausner – auch ein Kompliment, gerade ein besonderes in der letzten Zeit.

Wenn also diese Politik weitergeführt wird: Neben den ökonomischen Fragen, meine sehr Verehrten – und das sind die entscheidenden, um die bäuerlichen Familien am Leben zu erhalten und ihre Existenz zu sichern –, werden wir den ökologischen Sachthemen unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wir marschieren da, wir versuchen, alles zu tun, wir reden in der Öffentlichkeit nicht viel davon, aber Sie können überzeugt sein, wir tun alles, um die Luft, das Wasser und den Boden gesund zu erhalten. Und ich hoffe, daß es uns gelingt. Halten wir alle zusammen. Wir werden die ökonomischen Fragen lösen und auch die ökologischen Probleme einer Lösung zuzuführen in der Lage sein. In diesem Sinne darf ich Ihnen für die Aufmerksamkeit danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig, dem ich es erteile.

Abg. Zellnig: Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Zuerst einmal besondere Freude für uns alle, die heute zur Sitzung gegangen sind: die Gabe der Landwirtschaft auf Initiative unseres Präsidenten Buchberger. Sechs Äpfel haben wir bekommen, sehr geehrte Damen und Herren. Das Erfreuliche für mich in der Farbe gesehen: In der Mitte sind die roten Äpfel als Sauerteig in der Agrarpolitik installiert, und das wollen wir zukünftig auch versuchen zu realisieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Gestatte mir vielleicht nur einen ganz kleinen Rückblick auf deine Budgetrede vor einem Jahr. Nicht zum Vorwurf, sondern nur zum Aufzeigen. Ich habe damals in meinem Schlußsatz argumentiert, daß der neue Landwirtschaftsminister die sozialistische Agrarpolitik realisieren wird müssen, was der Bauernbund auf Grund seiner Oppositionspolitik 17 Jahre zum Nachteil der Bauernschaft verhindert hat.

Herr Präsident, du hast damals einen Zwischenruf getätigt und hast wörtlich gesagt: „Was jetzt der Zellnig hineinargumentiert hat, da bleibt einem die Spucke weg“. Das ist auch im Protokoll so drinnen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die bleibt uns heute auch weg!“) Und heute stelle ich mit Freude fest, sehr geehrter Herr Präsident: Du hast jetzt 50 Minuten sozialistische Agrarpolitik interpretiert. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Da bleibt dir die Spucke weg!“) Grillitsch, du kannst dich eh zu Wort melden. Und ich stelle auch mit Freude fest: Wie du da vom Rednerpult weggegangen bist, hast du noch keinen trockenen Mund gehabt. Das ist das Positive in der gesamten Entwicklung, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich könnte jetzt auf einige Sachen eingehen; ich will es dann. Aber ich möchte nur ein sehr ernstes Problem herausnehmen, Herr Präsident: Ich war immer der Meinung, daß die Einheitswerte keine Verkehrswerte

sein können. Wir kennen das aus vielen Diskussionen, und wir haben auch sehr viel darüber diskutiert. Aber wenn man heute hergeht und sagt: „Jetzt ist alles gerettet, jetzt brauchen wir uns nicht mehr zu fürchten“, dann muß ich die Gegenfrage stellen: Bis jetzt ist der höchste Einheitswert bei den landwirtschaftlichen Grünflächen 31.000 Schilling gewesen. Neu auch 31.000 Schilling. Das ist ein Beweis dafür, daß wir in der Vergangenheit immer von dieser Basis aus die Einheitswerterechnung durchgeführt haben und nie in der Realität irgendwo ein Verkehrswert drinnen war. Was diesmal gelungen ist – aber das zweite Mal, das erste Mal hat es der sogenannte „verdammte“ Landwirtschaftsminister Haiden schon geschafft –, daß der Höchsteinheitswert am Weinsektor abgesenkt worden ist, und zwar auf 126.000 Schilling; ursprünglich 135.000 Schilling. Dieser erfolgreiche Weg ist auf Grund der Ertragslage fortgesetzt worden, und der Einheitswerthöchstbetrag ist jetzt von 126.000 auf 115.000 Schilling heruntergesetzt worden. Noch ein Wort dazu: In der Steiermark wird es für die Weinbauern keine nennenswerten Auswirkungen haben, weil wir die hohen Einheitswerte im Ertragswert auf Grund unserer schlechten Produktionslage, der Steilheit und vom Klima her, überhaupt nie erreichen, sondern es wird halt jenen Betrieben in Burgenland und in Niederösterreich Vorteile bringen. Ich freue mich über diese Entwicklung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zur allgemeinen Situation der Landwirtschaft: Ich gehe von folgender Basis aus: Uns österreichischen Bauern stehen 7,5 Millionen Mägen zur Verfügung, plus 2,5 Millionen Mägen durch den Fremdenverkehr, im Verbrauch am Nahrungsmittelsektor. Bei diesem Verbrauchsvolumen am Inlandsmarkt haben 290.000 österreichische Bauern nicht Platz drinnen. Wer etwas anderes behauptet, der hat sich mit der Lage nicht auseinandergesetzt. Am Weltmarkt, das hat der Herr Präsident Buchberger schon erklärt, gibt es sicherlich Platz, Lebensmittel zu verschenken. Ja, wir können auf Zeit, wenn wir es uns leisten können, Einkommenstransferzahlung durch das Verschenken von Bauernfleisch ins Ausland transferieren. Nur werden wir uns das nicht leisten können. Wir wollen nicht die Wertschöpfung dorthin bringen, also dort haben wir auch keinen Platz, sehr geehrte Damen und Herren! Und das Traurige für mich ist, daß auf der Welt der Hunger immer größer wird. Der Welthunger ist trotz dieser Überschußproduktionen nicht in den Griff zu bekommen. Das ist aber eine Sache der Umverteilung. Wir Menschen haben es bis jetzt noch nicht geschafft. Alle, die Hunger leiden, die haben sehr wohl das Geld, daß sie sich die modernsten Panzer und Kampfflugzeuge kaufen, aber keine Lebensmittel. Ich glaube, auch wir Österreicherinnen und Österreicher werden uns mit diesem Problem noch mehr beschäftigen müssen. Ich bin kein Jüngling mehr. Solange ich auf der Welt bin, habe ich das schon immer gehört, aber – wie gesagt – es stimmt mich einfach traurig.

Das nächste, sehr geehrte Damen und Herren, der Bauernbund – das ist jetzt keine Bosheit – (Abg. Buchberger: „Ein bißerl schon, irgend etwas steckt dahinter!“) Herr Präsident, es ist keine Bosheit, ich meine es wirklich ehrlich, der Bauernbund hat in den vergangenen 16 Jahren einfach ständig Lösungsmög-

lichkeiten in seinen Veranstaltungen draußen propagiert. Die Lösungsmöglichkeiten sind immer in eine Richtung gegangen. Eine einfache Aussage für einen Betriebswirt, wenn deine Betriebsmittel steigen, mußt du sie mit einer Mehrproduktion abdecken, damit der Betrieb wieder wirtschaftlich wird. (Abg. Buchberger: „Das ist schon lange vorbei!“ – Präsident Wegart: „Meine Damen und Herren, es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, sich beim Präsidenten zu Wort zu melden. Ich trage jeden in die Liste ein. Bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, er möge fortfahren.“) Aber eine Schnaufpause ist manchmal gut hier am Rednerpult. Also noch einmal, wenn die Betriebsmittel steigen, können sie nur durch Mehrproduktion abgedeckt werden. Das ist bis 1970 die Aussage gewesen, und dann kam der Beisatz, und für die Vermarktung ist deine Genossenschaft zuständig. Nach 1970, Herr Präsident, habt ihr euch sofort angeglichen, habt gesagt, wenn die Betriebsmittel steigen, müssen wir die Produktion anheben, aber für die Geldmittelbeschaffung ist der rote Minister zuständig. Das hat sich jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, geändert, und das ist heute auch von der Aussage des Herrn Präsidenten positiv interpretiert worden. Es ist jetzt um diese Forderung still geworden, es ist heute so, daß auch der Bauernbund einsehen muß, daß nur für einen aufnahmefähigen Markt produziert werden kann. Die nächste Frage, sehr geehrte Damen und Herren, und weil sie draußen in der Praxis immer sehr stark diskutiert wird, Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler, den ich persönlich sehr schätze, ich habe sehr viele Diskussionen führen können mit ihm, auch unlängst draußen wieder im Parlament, hat ein gutes Erbe übernommen. Ein gutes Erbe in der Land- und Forstwirtschaft. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Pörtl: „Das war kein gutes Erbe!“) Ich werde es auch mit Zahlen untermauern. Das Jahr 1986 war eines der schwierigsten Jahre in der Landwirtschaft. Ich sage euch warum: durch Tschernobyl. Wir haben darunter ganz gewaltig gelitten in der Steiermark. Trotz dieser schwierigen Einkommenssituation ist es gelungen – und der „Grüne Bericht“ wird jetzt vom Inhalt nicht mehr angezweifelt, weil es der erste „Grüne Bericht“ vom Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler ist, solange wir ihn erstellt haben, haben Sie immer gesagt, da stimmen die Zahlen nicht, aber heuer stimmen sie ja –, und in diesem Bericht stelle ich fest, daß in der Steiermark, im südöstlichen Flach- und Hügelland, die Einkommen zwischen 1985 und 1986 bei einer Betriebsgröße von 5 auf 15 Hektar um 9,4 Prozent real gewachsen sind, im Alpenvorland sogar um 29 Prozent und im Hochalpengebiet um 14,9 Prozent.

Sehr geehrte Damen und Herren! (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Du mußt 1985 auch zitieren!“) Herr Landesrat, ich komme darauf, ich bringe volle Information. Man muß dazusagen, die fehlerhafte Darstellung in diesen Berichten ist die, wenn man das Jahr vorher mit dem Jahr nachher vergleicht. Hat man eine gute Erntelage im Jahr vorher, so hat man einen gewaltigen Einkommenszuwachs, im nächsten Jahr ist vom Wettergott her die Ernte nicht in der Größenordnung erreichbar, da hat man einen gewaltigen Absturz, und das ist im Jahr 1985 gewesen. Wir sollen nicht Jahr für Jahr vergleichen, sondern wir sollen vielleicht zehn Jahre zu zehn Jahre vergleichen oder, wie ich es gemacht habe, 20 Jahre zu 20 Jahre vergleichen. Und

dieser Vergleich sagt in diesem Bericht aus, daß es in einem 20jährigen Durchschnitt von 1966 bis 1986 im Bundesmittel eine Einkommenszunahme in der Landwirtschaft gegeben hat real um 2,7 Prozent. Da haben wir jetzt die Ernteschwankungen ausgeschaltet. (Abg. Schrammel: „Das ist doch viel zu wenig, das ist ein schmählicher Vergleich zu anderen Berufen!“) Wenn jetzt einer, Herr Kollege Schrammel, sagt – (Landesrat Dr. Klauser: „Aber real ist das nicht wenig!“) Jetzt noch einmal, das ist nicht ein Ausdruck der Zufriedenheit, sondern eine Darstellung der Statistik, Kollege Schrammel, vergleicht man die Landwirtschaft in der EG, dort waren solche Einkommenszuwächse nicht erreichbar. Und wenn wir vergleichen und Vergleiche ziehen wollen mit den unselbständigen Erwerbstätigen, dann stellen wir fest, daß die Realeinkommenssteigerung in der Landwirtschaft nicht hinter der Realeinkommenssteigerung der unselbständigen Erwerbstätigen war, nur ist die Diskrepanz zwischen dem Einkommen eines Landwirtes und dem Einkommen eines außerlandwirtschaftlichen Einkommens noch immer sehr groß. Da hat es keine nennenswerten Veränderungen gegeben. Aber wir haben ungefähr gleiche Entwicklungen durchgemacht, und da lege ich Wert darauf, daß wir das festhalten.

Noch etwas: Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler, und es ist auch als eine besondere Leistung anerkannt und ausgesagt worden, ist der einzige Minister gewesen bei den Koalitionsverhandlungen, der in seinem Ressort mehr Geld einbringen konnte in einer Größenordnung von 1,7 Milliarden Schilling, 1700 Millionen Schilling. (Abg. Buchberger: „Von den Schulden gar nicht zu reden!“) Herr Präsident, ich danke dir für den Zwischenruf „Schulden“. Immer ist vom Bauernbund behauptet worden, daß die Minister Haiden und Schmid für den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag bei den Bauern mehr kassierten als sie zahlen mußten. Diese Schulden beweisen, daß sie zuwenig kassiert haben, sondern sie haben die Bauern geschont. (Beifall bei der SPÖ.) Und dieses Geld ist dann von der öffentlichen Hand dank der Koalitionsverhandlungen, dank unseres Finanzministers und von Minister Dipl.-Ing. Riegler abgedeckt worden. Also das Argument, daß zuviel abgezogen worden ist, hat einfach nicht gestimmt, sondern der Rückstand beweist, daß es zuwenig war, und zwar zum Vorteil und sicherlich nicht zum Nachteil der Bauern.

Sehr geehrte Damen und Herren, aber dazu noch: Zusätzlich hat jetzt der Herr Landwirtschaftsminister auf Grund der kritischen Situation in der Landwirtschaft über das Getreidepaket von den Bauern 600 Millionen Schilling kassieren müssen, zusätzlich zu den 1700 Millionen Schilling vom Staat. Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler hat auf Grund der kritischen Situation am Milchsektor durch die zweimalige Erhöhung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages 240 Millionen Schilling von der Bauernschaft kassieren müssen, und Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler hat durch den Einbruch am Rindfleischpreissektor, wo sehr viele Komponenten mitgespielt haben, ungefähr 800 Millionen Schilling Bauerneinkommen kürzen müssen. Das ist eine Größenordnung von 1640 Millionen Schilling. Eine gewaltige Belastung der Landwirtschaft, eine gewaltige Belastung des Budgets auf Grund der sehr ernsten Situation in der Land-

und Forstwirtschaft. Das letzte Mal schreibt das „Neue Land“ – Strohmaier hat den Artikel geschrieben –: Minister Dipl.-Ing. Riegler ist so gut, und er macht so viel für die Bauernschaft, daß man es öffentlich gar nicht aussagen darf, weil die anderen dadurch neidig werden. Das ist aber öffentlich gestanden, eine Zeitung ist eben nicht geheim. Und da frage ich mich in der Situation: Wie wird das dargestellt? Den Ernst der Situation – jawohl, bin ich dafür und bin dann auch gleichzeitig dafür, daß man den Bauern, wie wir es halt immer gemacht haben, die Wahrheit sagt.

Es wird in Zukunft schwer sein, sehr geehrte Damen und Herren, die positive Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft zu halten. Der Herr Präsident Buchberger hat auch in diese Richtung gesprochen.

Und jetzt einige Sätze zur neuen Agrarpolitik, und da werden wir jetzt ein bißchen in Konfrontation kommen, weil es halt nicht anderes geht. Nicht aus Bosheit, sondern einfach aus einer Sicht aufzeigen, wie es halt unter Umständen von der Finanzierung her geht. In der Vergangenheit ist das Wort „Alternative“ das Zauberwort in der Landwirtschaft draußen gewesen, die große Erwartung. Sehr geehrte Damen und Herren, so kritisch das ist, aber es ist wahr: Es gibt zurzeit in der Landwirtschaft keine selbsttragenden Alternativen, mit Ausnahme von Holzschnitzel – sonst haben wir keine. Alle anderen Alternativen brauchen sehr viel Geld. Ich sage nicht, daß wir es nicht tun sollen, sondern ich will nur aufzeigen, daß da nicht immer der Hoffnungsschimmer drinnen ist. Minister Schmid ist es gelungen, auf 70.000 Hektar Alternativen aufzustocken. Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler stockt jetzt die Alternativen von 70.000 auf 100.000 Hektar auf. Mit welchem finanziellen Ergebnis? Bei den 70.000 Hektar Produktionsalternativen haben wir uns ungefähr 100 Millionen Schilling an Ausgaben gegenüber dem Getreide erspart. Bei 100.000 Hektar werden wir uns 300 Millionen Schilling ersparen – das ist jetzt noch mehr Geld, Herr Präsident –, mit dem Ergebnis, daß wir aber 4200 Millionen Schilling wegbringen müssen, wenn wir da weiterkommen wollen. Und wenn wir das jetzt auf die Fläche umrechnen, dann werden wir 1200 Hektar Alternativen anbauen müssen, damit wir das Geld nicht mehr brauchen. Und 1200 Hektar Alternativen – da haben wir wieder keine Esser, haben wir am Inlandsmarkt wieder keinen Platz, sondern wir kriegen die gleiche Situation wie am Getreidesektor, und wir werden durch das Zauberwort „Alternativen“ das Problem der Landwirtschaft nicht lösen können. (Landesrat Dr. Klauser: „1,2 Millionen Hektar – du hast dich geirrt!“) Entschuldigung, 1.200.000 Hektar. Das ist ein Viertel der Getreidefläche – danke für den Hinweis –, und da schaffen wir es nicht mehr in dieser Größenordnung. Daher würde ich glauben, daß noch andere Überlegungen in die Agrarpolitik einfließen werden müssen.

Das nächste, sehr geehrte Damen und Herren: Die Förderung für die Alternativen ist auch nicht richtig angesetzt. Es gibt eine Flächenprämie und gleichzeitig einen Preisausgleich über die Produktion. Wenn man das umrechnen, dann kommt man immer wieder in die Produktionssteigerung hinein, weil der Bauer, der gute Erträge hat, die höchste Förderung bekommt und Bauern, die schlechte Erträge haben, einfach diese Alternativen als solche nicht anbauen können.

Das zweite in der neuen Agrarpolitik ist die Förderung der Brache. 140 Millionen Schilling stehen im Jahr 1988 zur Verfügung, daß wir in der Ungunstlage Ackerfläche aus der Produktion herausnehmen können. Agrarpolitisch – wenn wir es finanzieren können – bekommen wir dadurch weniger Produktion.

Die Frage für mich ist nur: Der Bergbauer und die Bauern in der Ungunstlage auf dem Berg oben bekommen nur 6000 Schilling für einen ganzen Bergbauernbetrieb, und sie sind verpflichtet, daß sie mit der Buckelkraxe das Heu heimtragen und weiterproduzieren. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn Brache, dann Brache für alle, Brache für die gesamte Bauernschaft. Wir haben es immer so ausgesprochen, wir stehen zu dem, und wir werden da sicherlich noch sehr viele Diskussionen haben. (Abg. Buchberger: „Da muß ich sagen, das dient nur dazu, um den Neid zu schüren! Ich muß jede Fläche eindämmen und umdisponieren!“) Ich nehme den Einwurf zur Kenntnis. Nur, wenn man jetzt sagt, den Neid zu schüren: Bei den niedrigsten Einkommen diesbezüglich keine Möglichkeit zu schaffen und bei den höchsten Einkommen in der Landwirtschaft diese Möglichkeit zu schaffen, Herr Präsident, das müssen wir halt in der Basis draußen diskutieren. Das hat nichts mit Neid zu tun – Grillitsch, du kannst dann eh reden –, sondern ich sehe es einfach so und will es da auch aufzeigen.

Ein wesentliches Faktum, sehr geehrte Damen und Herren, in der Agrarpolitik wird zukünftig sein, daß wir zu mehr Wertschöpfung kommen. Wir werden von der Rohproduktion wegkommen müssen. Wir machen das jetzt ja so: Wir exportieren billige Rohstoffe, importieren verarbeitete hochwertige Lebensmittel, zum Beispiel: Bei den Zuckerwaren haben wir eine Einfuhr von über 9000 Tonnen mit einem Gesamteinfuhrwert von 355 Millionen Schilling und eine Ausfuhr von nur 4000 Tonnen und 200 Millionen Schilling Wert. Wir haben zum Beispiel bei den Suppenwürfeln eine Ausfuhr von 257 Tonnen, eine Einfuhr von 1600 Tonnen, und die Wertschöpfung liegt im Ausland.

Das nächste, was ich überhaupt nicht verstehe, ist: Wir führen Teigwaren in der Größenordnung von 5183,5 Tonnen mit einem Wert von rund 68 Millionen Schilling ein und exportieren 545 Tonnen mit 8 Millionen Schilling. Der Herr Präsident Ing. Stoisser, der jetzt nicht da ist, hat in seiner Generalrede aufgezeigt und gesagt: „Alles in Österreich, das in privaten Händen ist, funktioniert, was halbstaatlich oder öffentlich ist, hat keine Wirtschaftlichkeit mehr“. Meine Frage ist jetzt wirklich die, die Verarbeitung unserer Rohprodukte liegt doch in privater Hand. (Abg. Buchberger: „Das kann nicht alles die Genossenschaft machen!“) Herr Präsident! Die Frage ist, hat hier die Privatinitiative in der Veredelung nicht funktioniert? Das ist ja unverständlich, daß man das Rundholz und die Bretter exportiert und die Möbel importiert. Wo bleibt hier die Initiative der Privatwirtschaft? Ich bin nicht in der Lage, daß ich als Bauer selber die Möbel mache oder die Kekse backe. Ich meine, die Privatindustrie wäre herzlich eingeladen – (Abg. Schrammel: „Meine Frau bäckt gute Kekse!“) hast schon gegessen, ja – die Privatwirtschaft wäre herzlich eingeladen, die Wertschöpfung im Inland zu nützen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe auch ein bißchen hinterfragt, warum klappt

das nicht? Weil ich glaube, daß man beim Rohstoffexport auch nicht immer schlecht fährt. Ein Beispiel: Man braucht nur einen Getreidesilo zu bauen, da bekommt man die ERP-Mittel mit 6 Prozent. Wenn er gebaut ist und angefüllt, bekommt man einen Transportkostenzuschuß, wenn der Getreidesilo voll ist, muß man nur das ganze Jahr dort Wache stehen, daß er nicht leer wird, denn dann bekommt man einen Lagerkostenzuschuß. Dazu gibt es natürlich die Handelspanne und die Exportstützung. Ja, vielleicht ist dies weniger Aufwand und ein sicheres Einkommen. Nur werden wir, auf Zeit gesehen – meiner Meinung nach –, nicht so leben können, sondern es muß sich hier etwas entwickeln. Noch einmal: Die Privatwirtschaft ist herzlich eingeladen, die Rohprodukte in der Landwirtschaft, die wir produzieren, zu veredeln und als hochwertige Güter zu exportieren. Ich glaube, wir liegen hier sicherlich in einer Meinung. Das Beispiel Milch hat der Herr Präsident – und ich danke dir – schon aufgezeigt. Ich habe auch kein Verständnis, daß man die Milch in Knittelfeld pasteurisiert und homogenisiert, nach Wien führt, pasteurisiert und homogenisiert, dadurch die Geschmacksrichtung verändert und auch keine Qualitätsverbesserung hat, und außerdem ist dort der größte Trinkmilchmarkt. Ich bin der Meinung, da muß etwas geschehen. Die Milch soll dort, wo sie produziert wird, marktfertig gemacht werden und soll dorthin exportiert werden, wo sie verbraucht wird. Da gehen wir vollkommen konform. Herr Präsident, nur eine kleine Anmerkung, das hätte die Molkereiwirtschaft schon immer tun können.

Das nächste Beispiel: Ich meine, vor drei Jahren haben wir in der Steiermark begonnen aufzuzeigen, weniger ist mehr. Ich kenne die Diskussion, auch hier in diesem Haus. Es geht um keinen Vaterschaftsprozess, sondern es ist heute nur der Beweis dafür, daß bei der Milch das Konzept, das vor drei Jahren von uns aufgezeigt wurde, vom Bauernbund vehement bekämpft worden ist, jetzt Wirklichkeit geworden ist und greift. (Abg. Buchberger: „Dein Konzept hast du niemandem verkündet!“ – Abg. Trampusch: „In den Landtagsprotokollen nachlesen, du liest das nicht, da steht das drinnen!“ – Abg. Buchberger: „Da steht das nicht drinnen, ich habe es genau gelesen!“) Über das freuen wir uns, Herr Präsident! Nur einen Schönheitsfehler hat es jetzt. Sehr geehrte Damen und Herren, ich will nicht, daß es in der Diskussion untergeht. Das hat jetzt einen Schönheitsfehler, Herr Präsident! Und der Schönheitsfehler ist der, daß unser Landwirtschaftsminister, den ich so schätze, den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag schon mindestens zwei Monate heruntersetzen hätte müssen, und er hat es nicht getan, und dadurch haben die Bauern kein Erfolgserlebnis. Sie brauchen das ja, wenn sie weniger produzieren, daß sie mehr einnehmen. Ich lade Sie recht herzlich ein, helft uns. Ich fordere den Landwirtschaftsminister Haiden auf – (Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Buchberger: „Das war wirklich ein Traum!“) Entschuldigung, daß ich Haiden sagte, gemeint ist Minister Dipl.-Ing. Riegler! Aber wenn ich Haiden gesagt habe, habe ich ein gutes Beispiel genannt, weil der hat ihn immer gesenkt, wenn ein bißchen mehr da war, aber bei Dipl.-Ing. Riegler müssen wir darum streiten. Halten wir zusammen, daß wir das demnächst schaffen.

Sehr geehrter Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller! Ich danke dir einmal ganz besonders für die Stellung-

nahme der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, die Dipl.-Ing. Werner Pewetz unterfertigt hat. Ihr kennt meine Aussage, ich habe immer gesagt, öffentliche Mittel direkt zum Bauern, dann ersparen wir uns etwas und so weiter. Diese Stellungnahme, die bringt nicht eindeutig heraus, daß durch das Umlenken von Direktzuschüssen das Einkommen in der Landwirtschaft zu halten ist. Ich habe es im Detail noch nicht studiert, aber das Wesentliche habe ich mir angeschaut. Ich möchte aber auf etwas besonders hinweisen, Herr Landesrat, weil in dieser Darstellung steht, die Umlenkung der Direktförderung, gekoppelt mit der Produktionszurücknahme, ist nicht ventiliert worden, sondern einfach nur die Umlenkung der Mittel und die Produktion weiter frei entwickeln lassen. Das habe ich nie gesagt in dem Haus. Ich habe in dem Haus immer gesagt, weniger ist mehr, das heißt, wenn ich Mittel umlenke, muß ich weniger produzieren. Und da gestatte ich mir ein Beispiel. Es ist sicherlich wissenschaftlich nicht erforscht, aber für mich rechnet es sich. Wenn ich heuer ungefähr 2,2 Milliarden Schilling für Rindfleisch und Rinderexport brauche, einschließlich der Ländermittel, und damit 333.000 Rinder exportiere; wenn ich jetzt die 333.000 Rinder nicht produziere, sondern vom Markt herausnehme, dann habe ich den Inlandsmarkt, ohne daß ich den Weltmarkt herinnen habe, da habe ich auch das Inlandspreisniveau, dann könnte ich jedem, der um ein Stück weniger produziert, 6600 Schilling direkt als Produktionsverzichtsprämie geben, und dann hätten wir den Markt entlastet. Und jetzt erarbeitet der Bauer ungefähr 15.000, 16.000 Schilling netto Rohertrag, der Reinertrag beim Bauern liegt jetzt, wenn er den Stier züchtet, maximal bei 3000 Schilling. Dann hätte er aber 6600 Schilling. Wir bräuchten nicht mehr Geld, sondern wir hätten den Markt entlastet, und das habe ich in dieser Stellungnahme, oberflächlich durchgesehen, nicht gefunden, Herr Landesrat. Ich danke recht herzlich für die Einladung. Wir werden uns bemühen, auch diesbezüglich zu versuchen, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Ich bin gerne bereit, daß wir auf diesem Konzept weiter diskutieren. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Transferzahlung als Direktzahlung Zukunft hat. Vielleicht nicht das allein, aber es wird sicherlich dazu beitragen. Noch einmal ein herzliches Dankeschön, Herr Landesrat, für diese Stellungnahme.

Jetzt kurz das kombinierte Einkommen. Heute habe ich mich wirklich gefreut, wie der Herr Präsident gesagt hat, die Nebenerwerbsbauern, es ist wirklich so vom Herzen gekommen. Das habe ich noch nie erlebt. Das war heute ein echtes Erlebnis für mich. Die Nebenerwerbsbauern sind im Interesse der gesamten Bevölkerung wichtig. Warum? Weil die kleinen Strukturen extensiv bewirtschaftet werden können und nebenher ein außerlandwirtschaftliches Einkommen dazukommt. Das muß ja nicht immer ein Nebenerwerbseinkommen sein. Das kann auch ein Zuerwerbseinkommen sein, im selbständigen Bereich, im unselbständigen Bereich. Ich weiß auch, welche Prügel wir von der Gewerblichen Wirtschaft immer bekommen. Bemühen wir uns gemeinsam, diese Schwierigkeiten auszuräumen. Es ist noch ein besonderer Aspekt, die Siedlungsdichte im ländlichen Raum. Wenn die Kleinbetriebe alle absiedeln, dann wäre das eine negative Entwicklung. Ich würde vor etwas warnen, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht mir auch

um die Struktur. Österreich wäre schlecht beraten, wenn das Eigentum von Grund und Boden nur mehr bei Großgrundbesitzern untergebracht sein würde, sondern wir brauchen die kleine Struktur. Ist in unserem gemeinsamen Interesse. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Und ich hoffe, daß es ausgeräumt ist. Ich hoffe, sicher bin ich mir noch nicht. Bis jetzt hat der Bauernbund mit den Maurer-Bauern, mit den Tischler-Bauern, mit den Schlosser-Bauern und mit den Beamten-Bauern immer ein „mords Gfrett“ gehabt. Ich meine, für euch waren sie nur wichtig, wenn es Bauernkammerwahlen gab, und in der Zwischenzeit habt ihr immer gesagt: Das ist die größte Konkurrenz für die Vollerwerbsbauern. (Abg. Buchberger: „Das ist eine Unterstellung, unerhört so etwas!“) Aber ich glaube, Herr Präsident, das ist heute durch deine so gewichtigen Aussagen bereinigt worden. Ich werde es meinen Nebenerwerbsbauern draußen sagen: „Jetzt haben wir auch einen Landwirtschaftspräsidenten“. Da sind wir ja sicherlich dann auf einer Linie. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Den haben wir schon immer gehabt!“) Man denkt um, man lernt mit der Zeit, man paßt sich an. Ist aber richtig so!

Das nächste, sehr geehrte Damen und Herren, das ist die Selbstvermarktung. Die Selbstvermarktung ist sicherlich nicht so gedacht, daß man durch die Selbstvermarktung die Probleme der Bauern löst. Das wäre falsch, aber die Selbstvermarktung ist ein Stein im Mosaik, wo wir etwas tun können. Und wir haben Beispiele, die gut funktionieren, nur brauchen wir ausgebildete junge Menschen. Ich hoffe, daß es gelingt, in der landwirtschaftlichen Ausbildung zukünftig auch Vermarktung zu unterrichten und nicht nur Produktion. Ich hoffe, daß es gelingt, daß es die derzeitigen Berater – das ist kein Vorwurf, aber weil die Ausbildung so ist – jetzt schaffen, daß sie den Markt beobachten und weniger auf die Erhöhung der Produktion beraten. Ich glaube, da sind sicherlich Wege einzuschreiten.

Ich bin aber gleichzeitig der Meinung und trete dafür ein: Was der Bauer selber produziert, soll er immer selbst vermarkten können. Ich meine, er soll nicht zukaufen – vielleicht in gewissen Bereichen, aber generell nicht. Darum habe ich kein Verständnis, um das derzeitige Buschenschankgesetz zu erwähnen, daß wir die Hauswürstel kochen dürfen, dann müssen wir sie in den Kühlschrank hinein und abkühlen, und kalt dürfen wir sie dann servieren, nur nicht warm. Und den Schweinsbraten dürfen wir braten, dann abkühlen – also zweimal Energie aufwenden –, und dann dürfen wir ihn servieren. Ich bin der Meinung, was man kaltgekocht servieren kann, soll man auch warmgekocht servieren können. Da bitte ich wieder um Verständnis der Handelskammer – wir ergänzen uns da ja gegenseitig –, denn es ist ja nicht immer Konkurrenz, sprich aber etwas offen aus: Buschenschankbetriebe, wo Massenabfertigung herrscht, sind nicht meine Buschenschankbetriebe. Buschenschankbetriebe für mich sind so kleine Einheiten, 30, 40, 50 Leute, die persönlich bedient werden und die dieses Produkt auch selbst produzieren können. Ich ersuche diesbezüglich um Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt einige Aspekte zur Agrarpolitik: Wir brauchen eine Anpassung der Marktordnungsgesetze. Wir brauchen mehr Markt, mehr Konkurrenz unter den

Betrieben und weniger Bürokratie. Da sind wir uns einig, der Herr Präsident hat auch in der Richtung gesprochen. Wir brauchen mehr Transferzahlungen als Einkommenshilfe. Ja, wir brauchen auch mehr kombiniertes Einkommen. Wir Bauern brauchen, sehr geehrte Damen und Herren, eine Agrarpolitik mit vielfältigen Teilfunktionen. Produktionslenkungs politik brauchen wir, Agrarstrukturpolitik brauchen wir, Regionalpolitik brauchen wir, Landwirtschaftspflege politik brauchen wir und eine landwirtschaftliche Sozialpolitik brauchen wir, um nur einige zu nennen. (Abg. Purr: „Was wurde 17 Jahre lang getan, wenn ihr das jetzt verlangt?“) Der Einwurf ist vollkommen richtig. Daß wir es nicht immer geschafft haben, das liegt an der Sozialpartnerschaft, die Präsidentenkonferenz ist nicht immer unserer Meinung gewesen, trotzdem wurden einstimmige Beschlüsse gefaßt.

Und jetzt zu den Sozialpartnern: Herr Präsident, ich danke bestens, daß du ein so gutes Verständnis für die Sozialpartner hast, und ich weiß, alles, was ich jetzt in der Politik gesagt habe, werden wir nur gemeinsam lösen können, und zwar im gemeinsamen Interesse. Aber dann mußt du es auch in den Aussagen bekunden. Ich habe kein Verständnis für den „Bauernbundesbrief“, der geschrieben hat, das sei eine Schweinerei. Zusammengehalten haben wir bei den Molkereiarbeiterlohnerhöhungen, und jetzt lassen uns die Sozialpartner, die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer, bei den Produzentenpreisen im Stich. So kann es nicht sein. Wenn wir ehrlich zusammenarbeiten, müssen wir uns auch von solchen Aussagen distanzieren, weil wir dann innerhalb der Sozialpartnerschaft – und die brauchen wir – sicherlich zu einer besseren Agrarpolitik kommen werden, und in diesem Sinne, sehr geehrte Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Klasnic. Ich erteile es ihr.

Abg. Präsident Klasnic: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ich dem Herrn Kollegen Zellnig jetzt zugehört habe, dann möchte ich ihm nur sagen: Wo immer wir in diesem Land hinkommen, spürt man, daß der Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer von allen Bauern, von den Vollerwerbsbauern und von den Nebenerwerbsbauern, geschätzt und geachtet wird. Die Landwirtschaftskammerwahlen haben es auch gezeigt. (Beifall bei der ÖVP.) Und besonders geschätzt und geachtet aus dem Grund, weil er für die Jugend in diesem Land so viel übrig hat, wenn es um die Ausbildung, um die Fortbildung und um die Weiterbildung geht. Dafür möchte ich dem Präsidenten danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Landwirtschaft, Lebenssituation, Einkommen, Erzeugnisse – ein Erlebnis im Jahr 1987: Gestatten Sie mir, daß ich einen kurzen Lagebericht bringe über Erlebnisse im Juli 1987 nach einer kurzen heißen Hochsommerzeit, nach Tagen der Hitze, die uns alle bedrückt haben, bin ich ins steirische Grenzland gekommen. Ins Grenzland, wo ich den Landstreifen von Dietersdorf über Straden nach Sankt Anna am Aigen beschreiben möchte. An einem Samstag wurde binnen weniger Minuten alles zerstört. Bäume in den

Wäldern wurden geknickt wie Zündhölzer, Dächer wurden zerschlagen, alternative Feldgemüsekulturen, die aufbereitet, neu versucht, vielleicht heuer erstmals Ertrag gebracht hätten, waren kaputt. Kürbisse lagen auf den Äckern, es gab kein Kraut mehr. Paprika, Tomaten, alles war zerstört.

Viele Weinbauern, besonders kleine Weinbauern, standen vor ihren zerstörten Kulturen und wußten eigentlich nicht, bei Unterversicherung, bei überhaupt nicht versichert sein, wie es weitergeht. Ein momentanes Nachdenken, eine kurze Mutlosigkeit, und dann habe ich erlebt, wie steirische Bäuerinnen und Bauern sich wieder hingestellt haben und gesagt haben: „Wir schaffen es. Wir haben heuer kein Einkommen, aber wir werden weitertun. Wir werden wieder von vorne beginnen, wir werden aufräumen, zupacken, einfach wieder anfangen, weil das Leben geht weiter.“ Meine Hochachtung gilt wirklich diesen vielen kleinen Bauern im steirischen Grenzland, die heuer davon betroffen waren, von diesem Unwetter, und die wirklich alles verloren haben. Meine Hochachtung gilt aber auch jenen, die sich sofort zu Nachbarschaftshilfeaktionen entschlossen haben. Es waren das zum Beispiel Bäuerinnen aus anderen steirischen Bezirken, die binnen Tagen viele Produkte ins Grenzland gebracht haben, um den Menschen dort zu helfen. Man hat gemerkt, Nachbarschaftshilfe wurde spürbar. Im Rahmen der Katastrophenhilfe österreichischer Frauen konnten wir ein wenig lindern. Auch der Herr Landeshauptmann und der Landesreferent haben gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium versucht, über das Katastrophenfondsgesetz zu helfen. Aber man hat dabei wieder erkannt, daß jene Menschen, die Schweres zu ertragen haben, sind es Lebens- oder Naturkatastrophen, uns allen – und da sind die bäuerlichen Menschen und bäuerlichen Familien im besonderen gemeint – ein Beispiel sein können. Das wollte ich heute zum Thema Landwirtschaft hier gesagt haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wenn ich mich heute zu diesem Budgetkapitel „Landwirtschaft“ zu Wort melde, so tue ich es nicht, weil ich soviel davon verstehe, sondern weil mir als Konsument viele Probleme der Landwirtschaft unverständlich sind und ich diese hier aufzeigen möchte. Vorerst aber möchte ich zu den sehr bewegenden Worten der Frau Präsident Klasnic sagen, daß es wirklich so ist, daß diese armen Menschen, die durch diese Naturkatastrophe so schwer getroffen wurden, wirklich Unmögliches geleistet haben, und trotzdem sie so bestraft wurden, wieder den Mut gefunden haben, alles aufzubauen.

Meine Damen und Herren, die EG-Länder und auch Österreich haben gerade in der Landwirtschaft eine ganz gewaltige Überproduktion zu verzeichnen. Egal, ob es sich jetzt um die Milch-, Fleisch- oder Getreideproduktion handelt. Es wurde von beiden Vorrednern, Präsident Buchberger und Herrn Kollegen Zellnig, schon angesprochen. Nur mit sehr hohen Startzuschüssen, aber auch mit Eigenmitteln der Bauern und der

Konsumenten konnte die landwirtschaftliche Produktion vermarktet werden. Weltweit werden zirka 120 Milliarden Dollar der Landwirtschaft vorgerechnet, von denen weniger als die Hälfte tatsächlich zu den Bauern kommen. Dazu zahlen die Verbraucher weitere 40 Milliarden Dollar an überhöhten Preisen. Auch in Österreich ist es nicht anders. Der Staat, der Produzent und der Konsument müssen jährlich hohe Summen aufbringen, damit diese Produkte vermarktet werden können. Die österreichische Agrarmarkordnung wird im heurigen Jahr mindestens 11 Milliarden Schilling verschlingen, wobei der Konsument über 3 Milliarden Schilling durch zu hohe Preise zu zahlen hat. Daß unsere Landwirtschaft in diese Sackgasse der Überproduktion geraten ist, ist ein weltweites Problem. Ein Problem der Entwicklung und der Forschung, aber auch, meine Damen und Herren, zu einem ganz, ganz großen Teil ein hausgemachtes Problem, und zwar von den Bauernvertretern persönlich, von der Bauernkammer. (Abg. Buchberger: „Rede nicht so einen Kohl!“) Ein Problem darum, ich komme darauf, Herr Präsident! Ein Problem darum, da die Bauernkammer jahrzehntelang, und dies auch in den letzten Jahren des Überschusses, die Bauern zu mehr Leistung aufgefordert hat. (Abg. Buchberger: „Ich kann nicht sagen: bleibt zu Hause und tut nichts!“) Jede Beratung der Wirtschaftsberater, die wieder der Kammer zuzuzählen sind, war auf mehr Produktion ausgerichtet. Auch in den landwirtschaftlichen Fachschulen wurde gelehrt, wie man mehr produzieren sollte und welche Menge Kunstdünger man verwenden soll, damit ja die Ernte und die Produktion eben hoch genug sind. Es wurde gelehrt, wie die reine Monokultur ausschauen sollte (Abg. Buchberger: „Darüber ist nie gelehrt worden, da hat man den Versuch gemacht!“), aber es ist sehr wohl in diesen Schulen immer auf das hingedrillt. Es ist immer gesagt worden, wieviel Spritzmittel verwendet werden sollen, damit ja jedes tierische Leben, alle Bakterien, so auch alle Pflanzen vernichtet werden. (Abg. Buchberger: „Die Monokultur ist nirgends gelehrt worden!“) Ich glaube schon, meine Damen und Herren, daß Ihnen das Thema nicht behagt. Das kann ich mir vorstellen. Aber es ist leider so. Sie müssen sich das – leider Gottes – gefallen lassen. (Abg. Schrammel: „Das ist ein Blödsinn!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und jetzt horche einmal zu, lieber Kollege Schrammel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Schrecken habe ich vor einigen Tagen in einem Artikel gelesen, es ist auch die „Landwirtschaftliche Mitteilung“, daß Pharmakonzerne fieberhaft an einem neuen Mittel mit dem wissenschaftlichen Namen Powinsomatrobin, kurz PST, arbeiten und es erforschen. Angeblich wird das Mittel auch in nächster Zeit in Österreich erhältlich sein. Dieses Mittel sollte eine Steigerung der Milchleistung von bis zu 40 Prozent erwirken. (Abg. Buchberger: „Das wird sicher nicht in Österreich erzeugt, aber angeboten. Da müssen wir aufmerksam machen, daß man davon nicht Gebrauch macht!“) Werden wir sehen! (Abg. Buchberger: „Das müssen wir gemeinsam verhindern!“) Aber auch ein wesentlich schnelleres Wachstum der Mast soll es bringen. Die Anwendung dieses Präparates würde ja nicht nur das Brachfallen von etwa 30 bis 50 Prozent der Grünlandflächen bis zum Jahre 2000 bedeuten, sondern auch eine weitere Qualitätsverschlechterung der Milch, der Rohmilch, durch Vermin-

derung bestimmter Inhaltsstoffe, und auch bei Fleisch könnten mit größter Sicherheit Rückstandsbildungen aufscheinen. In den USA ist gegen die Einführung des Präparates schon sehr erfolgreich ein Boykott von den Verbrauchern organisiert worden. In der BRD wird Anwendungsforschung bereits betrieben. In Großbritannien wird die Hormonmilch schon aus den Versuchsbetrieben vermarktet, und in Österreich soll sie – wie ich schon sagte – auch bald erhältlich sein, und an einer Produktionsanlage wird bereits gearbeitet. Und darum sage ich, Herr Präsident Buchberger, ist das nicht so klar, daß es in Österreich nicht kommen wird. (Abg. Buchberger: „Das müssen wir gemeinsam verhindern!“) Ja, richtig! Das müssen wir gemeinsam verhindern. Und darum sage ich, müssen wir zusammenhalten. Vor allem die Produzenten sollten sich wirklich querstellen! Herr Landesrat, ich möchte Sie wirklich darum ersuchen, daß diese Produktion der Hormonmilch in der Steiermark, ja überhaupt in Österreich nicht kommt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur Ex-Landwirtschaftsminister Dr. Erich Schmidt, sondern auch unser SPÖ-Bundesbauernobmann Franz Zellnig hat sich schon viele Jahre für die Produktionsverminderung in der Landwirtschaft eingesetzt. Es ist heute auch schon sehr angesprochen worden. Denn nur bei einer Rücknahme der Produktion wird es möglich sein, das Bauerneinkommen konstant zu halten oder zu erhöhen. Mit Freude kann ich daher feststellen, das freut mich wirklich, daß auch die Bauernkammer nun scheinbar zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Mich hat es sehr interessiert, daß in der „Kleinen Zeitung“ vom 2. Dezember wörtlich zu lesen war, daß auch die bauerliche Standesvertretung, die bisher eher die Produktionsvermehrung fordert, eine Reduktion der Milchproduktion befürwortet. Und Sie, Herr Präsident Buchberger, haben es heute gesagt, es steht auch in der Zeitung, daß die Gesamtrichtmenge der Milchleistung von 126 Prozent auf 117 Prozent des Inlandsverbrauches gesenkt werden sollte. Die Bauern werden das aber sicherlich nicht gerne hören und nicht freiwillig machen wollen. Und Sie sagten, daß man das eben gesetzlich verankern müßte, das heißt, sie zwingen müßte. Da muß ich auch sagen, was hätten Sie gemacht oder was hätte der Bauernbund gemacht, wenn ein Minister das so gesagt hätte? Na, der hätte einen anderen Aufstand erwarten müssen. (Abg. Buchberger: „Wir waren nie dagegen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich wirklich, warum haben sich die Bauernvertreter der ÖVP denn so lange gegen eine von der SPÖ geforderte Produktionsrücknahme zur Wehr gesetzt? Vieles wäre anders gekommen. Es ist wirklich so, daß Sie sich zu lange gegen eine Produktionsrücknahme zur Wehr gesetzt haben. Aber ich glaube, die Erkenntnis, daß das jetzt anders gemacht wird, ist auch viel wert. Daß die Bauern aber so gehandelt haben und so handeln haben müssen, verstehe ich insofern, da sie ja auch die Interessen der Genossenschaftsmolkereien und -käsereien mitvertreten mußten. (Abg. Buchberger: „Das ist nicht wahr!“) Jetzt sind wir so weit, daß man es trotzdem machen muß. Jetzt sind wir auf dem Punkt angelangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein Thema möchte ich ansprechen. Das ist die Direktvermarktung der landwirtschaftlichen Produkte. Meine

Kollegen Zellnig, Freitag, Prieschel und ich haben einen solchen Antrag in diesem Haus eingebracht, der sicherlich in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden wird. Wir Sozialisten sehen einfach nicht ein, warum der so viel gepriesene freie Bauer nicht selbst seine Produktion auf den Markt bringen kann. Gerade im Milchbereich hat er überhaupt keine Möglichkeit.

In unserem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung, so aber auch die Bundesregierung aufgefordert, jene Landwirtschaftsbetriebe zu fördern, die ihre Produktion selbst vermarkten. Es darf einfach nicht sein, daß durch das monopolhafte Vermarktungssystem der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Bauer immer mehr in die Rolle eines reinen Rohstoffproduzenten gedrängt wird. Die Abhängigkeit des Landwirtes von seiner Genossenschaft ist bereits so groß, daß der Bauer nur mehr die Risiken zu tragen hat, und die Genossenschaften haben den Gewinn, lieber Herr Präsident. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn dann in der „Landwirtschaftlichen Mitteilung“ ganz groß zu lesen ist, daß die Agrosserta einen stolzen Gesamtumsatz in der Höhe von 6,56 Milliarden Schilling für das Jahr 1986 zu verzeichnen hat. (Abg. Buchberger: „Ich freue mich, daß der Absatz da ist!“) Nur, von Gewinn steht leider nichts drinnen. Den hat man wohlweislich verschwiegen. (Abg. Buchberger: „Es darf scheinbar nur defizitäre Betriebe in Österreich geben!“) Herr Präsident, laß mich einen Preisvergleich mit den landwirtschaftlichen Produkten zwischen Österreich und der Bundesrepublik machen, und dann werden wir sehen, wer eigentlich die Gewinner dieser ganzen Sache sind: (Abg. Buchberger: „Wir haben um 4000 Beschäftigte in den Molkereien zuviel!“ – Abg. Zellnig: „Es geht nicht nur um die Beschäftigten, es geht um das System!“) Das werden wir sehen. Aber ich möchte sie trotzdem anführen, weil sie so eklatant hoch sind. (Abg. Buchberger: „Jeder Milchbauer muß den gleichen Preis bekommen!“) Das ist schon richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Präsident Buchberger, laß mich diese Vergleiche ziehen, weil sie so eklatant hoch sind, daß man sich das wirklich anhören sollte: Ein Kilogramm deutsche Markenbutter kostet 6,9 D-Mark, also rund 53 Schilling. In Österreich zahlt man 92 Schilling, um rund 40 Schilling mehr als in Deutschland. Ein Liter Frischmilch kostet in Deutschland 0,99 D-Mark, 7 Schilling. In Österreich zahlt man 11,70 Schilling. Rund um 4,70 Schilling mehr als in der BRD. Ein Kilogramm Mehl kostet in Deutschland 0,69 D-Mark, das sind rund 4,85 Schilling. In Österreich zahlt man dafür 14,60 Schilling, also um 9,75 Schilling pro Kilogramm mehr. Ein Kilogramm Emmentaler Käse kostet in Deutschland 9,98 D-Mark, das sind rund 70 Schilling. In Österreich zahlt man 127,40 Schilling. Fast das Doppelte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Preisvergleich spricht einfach für sich, und man kann ersehen, um wieviel mehr der Konsument oder um wieviel teurer der Konsument hier in Österreich eben lebt. (Abg. Buchberger: „Du forderst mich heraus: Bist du dafür, daß wir beinhardt Strukturmaßnahmen in der Molkereiwirtschaft setzen müssen?“) Es muß hier auf jeden Fall einiges geändert werden, Herr Präsident! Herr Präsident, eines noch: Der Preisunterschied entsteht sicherlich größtenteils durch die Vermarktung. Da gibt es gar keine Frage. Aber man zahlt dafür auch

diesen hohen Staatszuschuß. Das sind immerhin 9,6 Milliarden Schilling, und trotzdem zahlen wir für die Produkte um so viel mehr als in Deutschland. (Abg. Buchberger: „Den Staatszuschuß brauchen wir für Exporte!“)

Meine Damen und Herren, die Genossenschaften werden sich rasch umstellen müssen, sehr rasch, und sich auf einen eventuellen EWG-Anschluß vorzubereiten haben. Sonst sehe ich – das sage ich ganz ehrlich – für die Genossenschaften schwarz, aber leider Gottes auch für die Bauern.

Leider – und das möchte ich wirklich sagen – gilt bei uns nach wie vor der Spruch: „Der Bauer hat die Arbeit, die Genossenschaft den Gewinn.“ Dieser Spruch hat leider bittere Wahrheit. (Abg. Buchberger: „Wir werden beinhardt die Strukturmaßnahmen durchziehen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich mir wünschen, daß in Zukunft der Bauer selbst die Möglichkeit hat, seine Produkte zu vermarkten, daß der Konsument die Möglichkeit hat, eine Bauernbutter, eine Bauernmilch, ein Bauernbrot, ein Bauernwürstel zu kaufen. Und ich hoffe auch – und das hat ja der Kollege Zellnig schon angeschnitten –, daß die Einkommenssteigerung der Bauern aus dem Jahre 1986, welche unter dem – und ich muß es auch sagen – Ex-Landwirtschaftsminister Dr. Schmid im Bundesmittel real um 7 Prozent – also im Durchschnitt 17.117 Schilling – gelegen ist, möglich wurde, auch unter dem neuen Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler anhält. Das wünsche ich ihm, das wünsche ich auch allen Bauern. Er wird sich bemühen müssen, auch in Zukunft dieses gute Ergebnis, diese Einkommenssteigerung, für die Bauern zu erreichen. Wenn Minister Dipl.-Ing. Riegler und seine Bauernvertreter den Weg, den Ex-Landwirtschaftsminister Dr. Schmid, aber auch – und das möchte ich hier betonen – unser SPÖ-Bauernobmann Zellnig, vorgezeichnet haben, fortführt, dann bin ich sicher – und ich bin sehr optimistisch –, daß dann auch die Zukunft für den Bauern gut sein wird. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs: Sehr verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein praktizierender Bauer erlaubt sich – und vielleicht einer der älteren Generation –, zu unseren Problemen ein paar einleitende Worte zu sagen. Ich gehöre noch der Generation vor dem Zeiten Weltkrieg an, und es ist heuer 50 Jahre, daß ich als damaliger Obersteirer auch in den dreißiger Jahren – im Jahre 1937 – die Werkschule besucht und das Schlosserhandwerk erlernt habe. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige wissen es selbst und viele aus der Geschichte: Das waren harte Jahre, schwere Jahre, diese dreißiger Jahre. Und wir hoffen – Gott sei Dank bin ich auch der Meinung –, daß sich die nie mehr wiederholen werden. Wir haben eine Demokratie, die modern ist und die wir versuchen, gemeinsam – und das ist so oft in diesen Tagen gelungen. – zu meistern. Und ich habe als sehr aufmerksamer Zuhörer diese drei Tage zugehört, und ich bin zum Teil zur

Überzeugung gekommen, daß vor allem von der Sozialistischen Partei versucht wird, einen anderen Weg zu gehen. Es ist, lassen Sie mich ein paar Worte zur Koalition sagen, die Landeshauptmann-Partei, wo man in den Jahren angeschlossen war, Gott sei Dank, gemeinsam die Regierung gebildet hat, aber Sie jetzt versuchen und vor allem gestern bei ihren Wortmeldungen auch die Freiheitlichen, einem Landesrat nach dem anderen von uns einfach eines auszuwischen. Wir arbeiten doch gemeinsam, und wir wollen doch gemeinsame Beschlüsse fassen. Und worüber ich sprechen wollte, war die letzte Landtagssitzung beim Müllbewirtschaftungsgesetz. In fast allen Punkten und Paragraphen waren wir einig, nur Sie sagten – es trifft mich ganz besonders hier in der Region des Grenzlandes, in Halbenrain, mit der Mülldeponie dort –, Sie waren sich fast in allen Punkten einig, nur der Herr Landeshauptmann beziehungsweise die Landesregierung soll den Standort bestimmen. Jetzt möchte ich Ihnen eines sagen, gestern, kurz nach diesem Gesetz, waren in der Mülldeponie Halbenrain unsere Bürgermeister der Region, von der Rechtsabteilung 7 die Verantwortlichen und von der Rechtsabteilung 3 mit dem Betreiber der MDH, mit Schöffel, beisammen, um die Verwirklichung des Gesetzes sowie eines Erlasses bis 1. Jänner 1988 zu besprechen. Ich danke auch ganz besonders Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, der, seit er das Amt übernommen hat, in so rascher und kurzer Zeit dieses Müllwirtschaftsgesetz geschaffen hat und, so wie er sagte, wird nächste Woche, aber noch vor Weihnachten, ein Erlaß kommen. Unsere Bevölkerung von unten wird spüren, daß vor allem aus anderen Bundesländern, wo jetzt der Müll herkommt, hier eine Erleichterung wird. Und da danke ich recht, recht herzlich dafür!

Nun zu den Problemen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin als praktizierender Landwirt 1945 als Obersteirer in die Untersteiermark gekommen. Unser Auftrag war, dem Österreicher den Tisch zu decken. Wir haben das zwei Jahrzehnte, das sind 20 Jahre, versucht, in der Nachkriegszeit, wo noch 60 Prozent Selbstversorger waren und 40 Prozent noch importiert werden mußten. Ich glaube, das ist uns gelungen. Es ist Anfang der siebziger Jahre zum ersten Mal zur leichten Überproduktion gekommen. Und Sie wissen, ein Prozent nur in der Veredelungswirtschaft am Schweinesektor bringt schon einen Preisverfall. Wir haben dann versucht, und vor allem in der Grenzregion, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind doch 39.800 landwirtschaftliche Betriebe mit 7,6 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Durchschnitt von Deutschlandsberg bis Hartberg, die sich echt bemüht haben, hier richtig und vor allem Qualitätsprodukte zu produzieren. Das sind immerhin auch 100.000 Arbeitsplätze. Mit diesen 100.000 Arbeitsplätzen der bäuerlichen Bevölkerung, glaube ich, haben wir auch in der Grenzregion das Recht, uns hier um die Sicherung des Arbeitsplatzes zu sorgen. Es war die Möglichkeit in den siebziger Jahren, aus den kleinen Betriebsstrukturen durch die Veredelungswirtschaft mit wenig Hektar auf Fleisch zu veredeln und hier mehr zu erzielen. Nun sind wir in die achtziger Jahre hineingekommen, und es hat sich gezeigt, daß der falsche Weg in der Form jetzt gekommen ist, daß wir durch Preiseinbußen immer mehr produzieren, der Bauer hat immer weniger bekommen und mußte

immer mehr produzieren. Ich war des öfteren dabei, 1981, 1982, zum damaligen Landwirtschaftsminister Haiden mitzufahren, wir haben ihm über die Landeskammer, über die Bezirkskammern, wo wir Ringe gebildet haben, Arbeitsgemeinschaften, Initiativen angeboten, wie es möglich wäre, aus der Überproduktion vor allem auch beim Getreide zu kommen. Es wurde von ihm einfach weggewischt. Er hat – und das muß ich hier auch betonen – der Landwirtschaft als Minister genug Geld zur Verfügung gestellt, nur wurde das Geld – ich würde sagen – falsch angewendet in der Produktion, weil wir gesagt haben, und, lieber Kollege Zellnig, ich muß jetzt ein bißchen zu den Zahlen schauen, daß bei deiner Wortmeldung Alternativkulturen in der Steiermark hier nicht der richtige Weg gegangen wurde. Nur zu zögernd und um fünf Jahre zu spät, war wir jetzt mit Minister Dipl.-Ing. Riegler aufholen wollen. Nur ein paar Zahlen: Pferdebohne: Im Jahre 1985 waren es 753 Hektar, 1986 1412 und 1987 2751 Hektar; Körnererbse: 1976 206, und so führe ich das fort. Vor allem beim Winterraps, es haben sich voriges Jahr 22 Bauern im Grenzland zusammengetan mit der Meinung, es wäre möglich, mit Rapsöl den Traktor zu betreiben. Schauen Sie doch, nach dem Krieg, ein Drittel unserer landwirtschaftlichen Fläche wurde für Pferdegespann, Kuhgespann verwendet, ein Drittel! Und jetzt sind wir der Meinung, es ist erwiesen, daß ich mit einem Hektar Raps sechs Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten kann. Wenn wir diese Fläche jetzt herausbringen, den Raps anbauen und hier unsere Fahrzeuge selbst betreiben können, sind wir a wieder mit der Fläche geringer, und b auch hier unabhängig vom Ausland. (Abg. Zellnig: „Ein Satz dazu: Das, was du sagst, stimmt. Mich interessiert nur, um wieviel weniger Geld brauchen wir pro Hektar gegenüber dem Getreideanbau? Wie rechnet Ihr das?“) Ich habe hier nur Alternativen vorgezeigt, du bist immer ein Theoretiker, du errechnest das genau. Aber ich weiß nur soviel aus Aussagen des Ministers Dipl.-Ing. Riegler und auch von unserem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, daß es ein Drittel ungefähr der Fläche kosten würde gegenüber Getreide, was wir exportieren, ungefähr ein Drittel. So könnte ich das fortführen.

Eines noch, einen Dank, Herr Landesrat, du hast es jetzt verwirklicht, was Jahre unser Wunsch war, mit der Bergweinbauförderung, weil der Weinbau spielt in der Steiermark eine bedeutende Rolle. Es sind doch 3942 Weinbauern, sie bewirtschaften ein Gesamtausmaß von 2850 Hektar. Und ich danke herzlich dafür, daß dafür 7,2 Millionen Schilling bereitgestellt wurden, die heuer das erste Mal zur Auszahlung kommen, und zwar in zwei Zonen: Die erste Zone 3 mit 1220 Hektar je 3000 Schilling und die Zone 4 mit 590 Hektar je 6000 Schilling. Das heißt, daß auch hier diese Hanglagen, die schwerstens zu bearbeiten sind in der Grenzregion des südoststeirischen Hügellandes, hier bezuschußt werden, die hervorragenden Wein produzieren und diese Steillagen auch für den Fremdenverkehr kultivieren und sozusagen bewirtschaften. Und es ist wieder der Jahrgang 1987, der vor kurzem in Haidegg verkostet wurde, trocken, duftig und fruchtig.

Und wir sehen das auch heute wieder mit den Äpfeln, daß auch in unserer Grenzregion des südoststeirischen Hügellandes EG-reif produziert wird, daß wir nicht Quantität, sondern Qualität produzieren.

Und, Kollege Zellnig, ein Wort zu Buschenschank, warm auskochen: Es war im südsteirischen Raum eine Pressekonferenz, die du als Bundesobmann abgehalten hast, und in den Zeitungen ist groß geschrieben worden, daß man in den Buschenschanken auch warm auskochen darf. Ich möchte dazu eines sagen: Ich habe sehr viele Weinbauern, Buschenschanker, befragt: „Was sagt ihr dazu? Seid ihr einverstanden?“ Es war gerade das Gegenteil, was du gesagt hast, wo es auch deine Meinung ist, daß wir den Kleinbetrieb erhalten und den Kleinen helfen müssen. Das sind einige große Buschenschanker, die fremde Arbeitskräfte haben, die das halten könnten. Der Kleinbetrieb, der Familienbetrieb, der den ganzen Sommer draußen die Bewirtschaftung des Weingartens macht, hat ja gar nicht die Zeit, warm auszukochen, und da ist dann auch eine Konkurrenz zu unserer Gastronomie, die im Grenzland auch bestens geführt wird. Die Buschenschanken müßten ja dann auch besteuert werden. Es wäre doch unmöglich, hier eine Konkurrenz aufzubauen, wo die Gastronomie gegenüber den Buschenschankern viel mehr Steuern zahlt. (Beifall bei der ÖVP.) Wo wir dafür sind, das sind hausgemachte Mehlspeisen. Ich glaube, da müssen wir in der Novellierung schauen, daß uns das gelingt, daß Mehlspeisen angeboten werden dürfen. Es wird ja das Geselchte auch gekocht, aber kalt muß ich es geben. Und der Konsument, der Städter, kommt. Der will eine hausgemachte Jause, denn etwas Warmes kann er in seinem Gasthaus, wo er daheim ist, auch essen. Er will wirklich das Originelle aus der Buschenschank, das hier produziert wird, essen. Und, bitte, versteht mich da, das ist damit gemeint. (Abg. Zellnig: „Herr Kollege Fuchs, man soll das nicht so interpretieren. Das ist keine Verordnung, sondern ein Wunsch. Wer das will, soll das tun können. Wenn du für die Mehlspeisen bist – ich bin es auch. Ich sage, das Mehlspeisbacken macht viel Arbeit. Das Geselchte muß man kochen und soll es auch warm servieren dürfen!“) Bitte, wir sind auch dafür, wenn er selbst seinen Schnaps brennt, daß er ein Stamperl ausgeben kann. Denn wenn er eine zu kräftige Jause ißt, ein gutes Geselchtes, kann er eine Magenverstimmung bekommen, braucht daher ein Stamperl Schnaps. Das sehen wir alles ein. Aber daß man das generell warm auskocht, für das sind wir nicht.

Ich muß schon zum Schluß kommen: Wir werden alles versuchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn es noch so schwer sein wird, EG-reif zu werden. Es wird für uns in der Landwirtschaft nicht leicht sein, aber wir werden uns anstrengen und bemühen.

Ich glaube, wenn man so viele Kleinbetriebe in der Region hat, muß man auch ein bißchen mehr sagen dürfen. Und ich habe das Problem da unten, und ich kann es nirgends woanders sagen als hier im Hohen Haus, was ich gerne angebracht habe.

Zum Abschluß aber möchte ich einen Dank sagen: dem Landeshauptmann, der Landesregierung, vor allem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Landesrat Dr. Heidinger und Landesrat Dr. Klausner, und zwar in zwei Dingen. Das eine, wo Sie alle gemeinsam den Ausbau der Therme mitbeschlossen haben im Ausmaß von 92 Millionen Schilling, der vonstatten geht, weil wir wirklich der Meinung sind, daß Waltersdorf, Loipersdorf, Gleichenberg und Radkersburg, diese Region,

eine Thermenregion ist, wo man Mineralien ausnützen kann und hier gemeinsam in der kommenden schweren Zeit, wenn wir europareif werden sollen, die Chance haben, über den Fremdenverkehr, über diese Mineralien der Thermen, mit der Gastronomie und unseren Buschenschanken und den Betrieben der kleinen Landwirtschaften im Grenzland weiter bleiben zu können. Das sind wir als Verantwortliche unseren Vätern schuldig und noch mehr unserer Jugend. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Zdarsky.

Abg. Präsident Zdarsky: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich spreche wieder einmal zu einem Thema, das in dieser Gruppe eigentlich das ungeliebte Kind ist, denn es wird immer ein bißchen so auf die Seite geschoben. Sie wissen schon, was ich meine: Ich spreche zum Tierschutz.

Im vorliegenden Landesvoranschlag sind nicht wenig Posten dotiert, die dem Natur- oder Umweltschutz zugute kommen. Leider vermisste ich jegliche Stelle, die dem Tierschutz zugeeignet wäre. Ja, und wenn man vom Tierschutz spricht, und ich nehme da den eigenen Klub nicht aus, da bekommt man eigentlich von manchen Kollegen nur ein mitleidiges Lächeln zur Unterstützung. Ich glaube aber doch, daß es etwas ganz Wichtiges ist. Dem Tierschutz ist nämlich im Rahmen der ökologischen Bewußtseinsbildung ein hoher Stellenwert zuzumessen. Die Eingriffe des Menschen in das Ökosystem gefährden Tiere wie Menschen. 1200 Tier- und 25.000 Pflanzenarten sind derzeit vom Aussterben bedroht. Über 2000 Tierarten sind allein bei uns in Österreich gefährdet, Tiere, die wir vor nicht allzu langer Zeit zum Beispiel in unseren Gärten noch beobachten konnten. Und erst, wenn wir darauf aufmerksam gemacht werden, merken wir, daß viele junge Menschen zum Beispiel nicht einmal mehr einen Maikäfer gesehen haben, daß viel weniger Schmetterlinge über unsere Wiesen gaukeln und daß man bei Dämmerung kaum mehr eine Fledermaus sieht.

Es sind also Maßnahmen zur Förderung des Tierschutzgedankens anzustreben, wie zum Beispiel den Tierschutz im Unterricht. Und ich habe hier ein Buch, das von der Grazerin Charlotte Propst ist: „Tierschutz im Unterricht – die praktizierte Ethik“. Ich glaube, man müßte diesen Dingen viel mehr Aufmerksamkeit widmen. Es steht hier – ich zitiere –: „Im Interesse von Mensch, Tier und Umwelt, im Interesse einer gewaltloseren, gefahrloseren Lebensform hat jeder Pädagoge den inneren Auftrag wahrzunehmen und eine positive Mensch-Tier-Beziehung in das Erziehungsgut einzuflechten.“ Wir haben hier in der Steiermark einen Umweltschutzbeirat, einen Naturschutzbeirat. Ich vermisste den Tierschutzbeirat. Denn das wäre – glaube ich – auch ein Weg, den Tierschutzgedanken mehr in all unsere Aktivitäten, in all unsere Beschlüsse, die wir fassen, hineinzubringen.

Es würde einen wesentlichen Ansatzpunkt zu einer Erziehung darstellen, die einer differenzierten Wertevermittlung Rechnung trägt. Und ich erhoffe mir von der Änderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ein Umdenken und Aufwerten im Tierschutz.

Vergangene Woche wurde ein SPÖ-Antrag im Nationalrat eingebracht, der in seinem Inhalt in Zukunft sicherstellt, daß Tiere unter den besonderen Schutz der Gesetze gestellt werden und nicht so wie bisher als Sache zählen. Nach den bisher geltenden Bestimmungen dieses Gesetzbuches wird bisher alles, was von der Person des Menschen unterschieden ist und zum Gebrauch der Menschen dient, als Sache definiert. Heinz Fischer, der Klubobmann des SPÖ-Nationalratsklubs, sagte dazu, daß es ein großes Anliegen sei, auch im AGB den Unterschied zwischen Tieren und anderen Sachen herauszuarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ethik gegenüber den Menschen und Roheit gegenüber dem Tier ist nicht zu vereinbaren. Grausamkeit gegen Tiere geht nahtlos in Grausamkeit gegen Menschen über. Deshalb kann man auch Tierversuche nicht bejahen. Sie sind heute nicht mehr notwendig. Ich habe vor dreizehn Jahren im Bundesrat einmal zum Tierversuchsgesetz gesprochen und damals schon auf die Gewebekultur hingewiesen und daß man wirklich die Tierversuche schon durch viele Dinge ersetzen kann. Aber besonders beeindruckt hat mich etwas. Im heurigen Herbst war ich mit dem Herrn Präsidenten Wegart hier in Graz bei einer Firma, und zwar bei der Firma Paar in Straßgang, die sich mit dem Bau von wissenschaftlichen Instrumenten und Präzisionsmaschinen befaßt. Die Frau Präsident Klasnic war auch dabei. Und dort haben wir einen Apparat gesehen – das ist ein Apparatebau, die befassen sich wirklich mit Apparaten, die für die Zukunft geschaffen werden –, und dort haben wir einen Apparat gesehen, und es wurde mir auf meine Frage erklärt, am Samstag haben sie so einen Apparat nach Ludwigshafen geliefert. Am Montag wurde er aufgestellt, und am Dienstag haben sie draußen ein Medikament durchgecheckt, wofür ein ganzes Jahr Tierversuche gemacht werden müßten, also an einem Tag ein Medikament apparativ durchgeforst und durchgetestet und sehr, sehr viele Tiere wirklich damit geschont. Ich glaube also, daß wir wirklich diesen Dingen viel, viel mehr Augenmerk zuwenden müssen. Tierversuche können in Zukunft vermieden werden. Sie müßten abgeschafft werden. Tierversuche sind nicht nur vom ethischen Standpunkt abzulehnen, sondern auch aus sachlichen, medizinischen Gründen.

Sehr geehrte Damen und Herren, alle Lebewesen haben nur ein Leben, und alle haben Angst um ihr Leben und möchten es beschützen, auch die Tiere. Tiere haben viel – und jetzt zitiere ich Frau Charlotte Propst: „Tiere haben viel ältere Lebensrechte als wir Menschen. Sie haben übergenuß Blutzoll geleistet, nicht nur in der Medizin, sondern auch in der Industrie, in der Mode, in der Kosmetik und sogar in der Rüstungstechnik. Es ist einfach an der Zeit, sich nach neuen Wegen umzusehen.“ Ende des Zitates. Und Berta von Suttner sagt: „Wer die Opfer nicht schreien hören, nicht zucken sehen kann, dem es aber, sobald es außer Seh- und Hörweite ist, gleichgültig ist, daß es schreit und daß es zuckt, der hat wohl Nerven, aber Herz hat er nicht.“ Geben wir dem Gedanken des Tierschutzes in unserem Herzen Raum und verhalten wir uns auch zu jeder Stunde danach. Wir geben uns und unseren Nachkommen, aber auch unseren Tieren mehr Freude an dieser Welt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schweighofer das Wort.

Abg. Schweighofer: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Als Bergbauer darf ich mich in meiner Wortmeldung auch bergbäuerlichen Problemen zuwenden. Wir Österreicher sind sicherlich ein Volk, das seine Berge liebt. Wir wissen aber in sehr vielen Bereichen nicht unbedingt, welche Schwierigkeiten, welche Anstrengungen ein Bergbauer, der dort oben leben muß und seinen Hof bewirtschaftet und daraus noch ein einigermaßen gerechtes Einkommen erwirtschaften muß, welche Schwierigkeiten er hat. Die Kürze der Vegetationszeit, die starke Hangneigung, der karge Boden und die mangelhafte Infrastruktur sind sicherlich wesentliche natürliche Erschwernisse bei der Bewirtschaftung eines Bergbauernhofes. Diese Produktionserschwer-nisse führen zu einer sehr hohen Arbeitsbelastung der bergbäuerlichen Familien. Handarbeit ist zwar schwierig, doch ist der Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten am Berg nur begrenzt möglich, und außerdem sind die Anschaffungskosten für einen hangtauglichen Traktor in letzter Zeit sehr teuer geworden. Für den Ankauf eines hangtauglichen Traktors, eines Allradtraktors mit der entsprechenden PS-Leistung, muß der Bauer heute über 500 Festmeter Fichtenholz verkaufen. Wenn wir uns zurückerinnern, im Jahre 1981 waren es noch um rund 120 Festmeter weniger. Die Gesamtzahl der Bergbauernbetriebe hat sich vom Jahre 1980 mit 125.000 auf 117.000 Bergbauernbetriebe in Österreich im Jahre 1986 verringert. Das ergibt einen Rückgang von 6 Prozent. Rund 39 Prozent der österreichischen Bauern sind Bergbauern. Die Einkommensentwicklung der Bergbauern ist alles eher als rosig. 27 Prozent von den Bergbauern müssen sich mit einem Einkommen unterhalb der Armuts-grenze, die wir ja gestern diskutiert haben, begnügen. Angesichts dieser Tatsache ist es sicherlich nicht verwunderlich, daß jährlich in etwa 1000 Bergbauern die Bewirtschaftung ihres Hofes aufgeben, und das muß uns sicherlich nachdenklich stimmen. Die wichtigste Einnahmequelle in der Berglandbewirtschaftung ist sicherlich die tierische Produktion. So ist der Anteil der Bergbauern an der Rinderhaltung 56 Prozent, am Milchsektor, an der Milcherzeugung 59 Prozent und in der Schafhaltung 64 Prozent. Es ist daher die Einkommensentwicklung am Rinder- und am Milchmarkt sehr eng mit der Entwicklung der Bergbauern verbunden. Und wenn in den letzten fünf Jahren die Rindererzeugung auf eine Rekordhöhe von 740.000 angestiegen ist und im gleichen Zeitraum der Pro-Kopf-Verbrauch des Österreichers von rund 22 Kilogramm auf 19 Kilogramm gefallen ist, so bedeutet dies wieder weniger Verbrauch im Inland. Diese steigende Produktion auf der einen Seite und der rückläufige Inlandsabsatz auf der anderen Seite führen sicher zu einer Überproduktion und zu einer Belastung des Marktes. Dazu kommt noch die Erhöhung der Abschöpfung durch die EG, die im Jänner 1987 bei 8 Schilling gelegen und im August auf 14 Schilling angestiegen ist. Damit ist sicherlich auch mit zu erklären, warum der Preisrückgang gerade bei den Rindern eingetreten ist. Trotz dieser finanziellen Engpässe im Budget ist es unserem Minister Dipl.-Ing. Riegler gelungen, die Mittel für die erforderliche Überschußverwertung auch aufzubringen. Vom Jän-

ner bis August 1987 konnten die Exporte bei Zucht-, Nutz- und bei Einstellrindern gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 39.350 Stück angehoben werden. Diese Rinderexporte haben zu einer sehr deutlichen Verringerung des Viehstandes geführt. Laut der Viehzählung vom 3. Juni 1987 gab es in Österreich um rund 65.000 Rinder weniger als im Vorjahr. Mit dieser Bestandsverringerung wurde auf längere Sicht eine Phase der Entspannung am Rindermarkt eingeleitet. Laut dem Koalitionsabkommen, das heute schon genannt worden ist, hat Minister Dipl.-Ing. Riegler in sehr harten Verhandlungen erreicht, daß die Bundesförderung für den Viehabsatz gesichert ist und daß sie auch in den nächsten Jahren gesichert sein wird. Das Land hat für die Förderung des Viehabsatzes im Jahre 1987 92 Millionen Schilling, und auch für das Jahr 1988, im Budget. Darüber hinaus wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Ich darf daher im Namen der steirischen Bergbauern einen sehr persönlichen Dank an unseren Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, an unseren Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und an unseren Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler für die tatkräftige Unterstützung aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Durchgehend, gerade bei den zentralen Herbstviehmärkten, die ja ein sehr wesentlicher Einkommensfaktor für die Bergbauern sind, aber auch eine Richtschnur für die Rinderpreisentwicklung in der gesamten Rinderwirtschaft sind, hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen der Landeskammer, der Landesregierung und der Bundesregierung als sehr gut erwiesen. Durchgehend zufriedenstellende Preise haben den Marktverlauf gekennzeichnet. Dann kam der Markt auf der Brandlucken. Dieser Viehmarkt ist mit einem Gesamtauftrieb von über 400 Rindern zahlenmäßig sicherlich der stärkste von allen Zentralviehmärkten. Kurz vor Marktbeginn gelang es dann einigen wenigen Händlern, alle übrigen Viehhändler zu dem bekannten Käuferstreik zu bewegen. Um einen Marktzusammenbruch mit katastrophalen Folgen und Auswirkungen auf die Einkommen der Bergbauern zu verhindern, haben die Verantwortlichen versucht, mit der Agrosserta zu verhandeln. Die Agrosserta hat als bäuerliche Genossenschaft ihre Einkäufer angewiesen, alle Rinder zu kaufen. Bei der Endabrechnung hat sich ergeben, daß der Durchschnittspreis über dem der vorangegangenen Märkte gelegen ist. Und wenn der Herr Abgeordnete Zellnig im Juni dieses Jahres gesagt hat: „Für uns SPÖ-Bauern sind Genossenschaftsvertreter keine Bauernvertreter“, dann glaube ich doch, daß Genossenschaftsverantwortliche auch heute noch und gerade in diesem Beispiel im Sinne des vielzitierten alten Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der immer wieder hervorgehoben wird, im Sinne ihrer Mitglieder und im Sinne der Bauern gehandelt haben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zellnig: „Herr Kollege Schweighofer, nicht falsch zitieren! Ich habe gesagt, die bäuerlichen Genossenschaften sollen in Bauernhand bleiben!“) Herr Abgeordneter Zellnig, Sie haben im Juni gesagt: „Genossenschaftsvertreter sind für die sozialistischen Bauern keine Bauernvertreter.“

Am Milchsektor wird deutlich, daß sich die agrarpolitischen Maßnahmen, die Minister Dipl.-Ing. Riegler gesetzt hat, gut entwickeln. Die Ab-Hof-Regelung ist schon angeklungen, die freiwillige Lieferrücknahme

der Bauern hat auch gegriffen, und der allgemeine Absatzförderungsbeitrag wird in Kürze gesenkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Leitbild der Berglandbewirtschaftung muß der bäuerliche Familienbetrieb sein und auch bleiben, der in einer nachhaltigen Weise und im Wege einer umweltgerechten Produktion auch den bäuerlichen Familien eine lebenswerte Existenz ermöglicht. Wir tragen sicherlich die Verantwortung und haben auch die Pflicht unseren Kindern, unseren Nachkommen gegenüber, daß dieser einmalige Natur- und Lebensraum im Herzen Europas in seiner unverwechselbaren und einmaligen Wesensart erhalten bleibt. Wir haben das größte zusammenhängende Almgebiet in der Steiermark. Und gerade diese Almregionen geben uns auch die Chance im Fremdenverkehr. Eine Befragung von Urlaubsgästen in Österreich hat ergeben, daß mehr als 95 Prozent aller Gäste in ihrem Urlaub mindestens einmal eine Alm besuchen. Mehr als 50 Prozent der bewirtschafteten Almen befassen sich mit dem Fremdenverkehr. (Abg. Schrammel: „Auf der Alm gibt's keine Sünd'!“) Eine Alm ohne das dazugehörige Vieh entspricht sicherlich nicht den Vorstellungen unserer Gäste. Sie wollen die Rinderwirtschaft, den Almbetrieb, die Herstellung der köstlichen Produkte, die wir auf unseren Almen erzeugen, bis hin zum Almabtrieb, zu allen Festen im bäuerlichen Jahrlauf eben selbst miterleben.

Die Almwirtschaftsförderung, die Viehauftriebsprämien, der Almwegebau, die Umstellungsaktionen und Besitzfestigungsaktionen des Landes in einer Höhe von rund 10 Millionen Schilling tragen sicher zu einer Belebung unserer Almgebiete bei. Wenn wir diese Alm- und Bergregionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, funktionstüchtig erhalten wollen, dann müssen wir uns bemühen, verstärkt die partnerschaftliche Beziehung von uns Bergbauern zum Konsumenten noch zu verbessern, damit auch in der Direktvermarktung unsere Produkte, die wir auf unseren Almen erzeugen, gefördert werden.

Der Ausbau der Infrastruktur, damit im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen die Besiedelung erhalten bleibt, der Ausbau des Wegenetzes und die Erhaltungsmaßnahmen müssen auch von der öffentlichen Hand mitgetragen werden. Die Erhaltung der Bergwälder ist eine Überlebensfrage für die Berggebiete. Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Reduktion der umweltschädlichen Emissionen führen, um umweltfreundliche Technologien zu entwickeln. Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die uns erlauben, in den Bergregionen die erneuerbaren Energieträger sinnvoll zu nützen: Biomasse, Wasserkraft und andere regenerierbare Energieträger müssen der fossilen Energie vorgezogen werden. Die Weiterentwicklung der Direktzahlungen für die Bergbauernbetriebe als eine einkommenswirksame und auf Dauer ausgerichtete Gegenleistung der öffentlichen Hand für die landeskulturellen Leistungen der Bergbauern bei der Erhaltung des Berggebietes als Lebensraum, als Wirtschaftsraum und als Erholungsraum.

Die Bergbauern Direktzahlungen des Bundes sind im Jahre 1988 erstmals auf über 500 Millionen Schilling veranschlagt worden. Das ist eine Zunahme von rund 10 Millionen Schilling. Die Bergbauernausgleichszah-

lung des Landes beträgt wieder 25 Millionen Schilling. Hier muß die Gesellschaft sicherlich ein sehr klares Bekenntnis ablegen, ob sie bereit ist, die bäuerliche Landwirtschaft in den Berggebieten zu erhalten. Wenn sie das will, muß sie auch bereit sein, die Einkommensunterschiede und -nachteile mit laufenden Transferzahlungen auszugleichen.

Minister Dipl.-Ing. Riegler hat die Neuzonierung im Bergbauerngebiet in zwölf Zonen in Aussicht gestellt, und Präsident Dörfler hat in diesem Zusammenhang erklärt: mit dem Inkrafttreten der Neuzonierung und gerade auch im Hinblick auf die EG müssen die Bergbauern Direktzahlungen wesentlich aufgestockt werden."

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß diese Gelder nicht als eine Bauernförderung anzusehen sind, sondern eine Abgeltung der Leistungen der Bergbauern im öffentlichen Interesse und vor allem im Interesse des Fremdenverkehrs und der Volkswirtschaft sind. Wenn uns das gelingt, dann werden wir auch in Zukunft die bäuerliche Landwirtschaft in den Berg- und Almregionen erhalten können. Darüber hinaus auch dem Ruf Österreichs als Fremdenverkehrsland Nummer eins Rechnung tragen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter: Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn man heute so in die Runde der Abgeordnetenbanken schaut, dann ist faktisch eine optische Solidarisierung mit unseren Bauern feststellbar, denn es waren noch nie so viele Abgeordnete in einer so schönen Landestracht, im Steireranzug, hier im Haus. Ich habe aber bewußt eine andere Kleidung angezogen, nämlich im Bewußtsein dessen, wenn man von dem spricht, was man selbst tut, dann braucht man das optisch nicht kundzutun.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner der beiden großen Fraktionen hier im Haus haben sich in den Wortmeldungen so engagiert für unsere Bauern, daß ich auch dem einen oder anderen Glauben schenken kann, wobei ich meine, daß viele meiner Vorredner das auch vielleicht doch aus einer gewissen Überzeugung und einer Sachkenntnis heraus machen. (Abg. Buchberger: „Nicht nur aus einer gewissen Überzeugung, sondern aus Überzeugung!") Lieber Herr Präsident Buchberger! Ich gehe ja auch mit dir in vielen Bereichen konform, denn mir ist genauso wie dir die schwierige Situation unserer Bergbauern und vor allem unserer steirischen Bauern bekannt, und ich darf vorweg an die Spitze meiner Ausführungen stellen, nämlich ein herzliches Dankeschön allen Bauern der Steiermark, allen ihren Familien und allen Angehörigen, denn sie haben nicht nur in der Vergangenheit dafür gesorgt, mit spärlichem Einkommen, daß ihre Familien über die Runden kommen, sondern sie haben auch – was sehr wichtig ist – unsere Höfe bewirtschaftet und darüber hinaus die Landschaft gepflegt, die Umwelt gerettet und darüber hinaus zum volkswirtschaftlichen Beitrag etwas geleistet. Ich darf aber trotzdem beim Herrn Präsidenten Buchberger fortfahren, und der Herr Präsident Buchberger hat ja

anlässlich der 88. Tagung des Landesbauernrates am Raiffeisenhof dieses Jahres gemeint, wenn VP-Minister Dipl.-Ing. Riegler könnte wie er wollte, dann wären wohl bald alle Probleme gelöst. Herr Präsident Buchberger, ich gehe in dieser Frage mit dir ein bißchen konform, und zwar deswegen, bestätigt hat das an und für sich schon der Herr Minister Dipl.-Ing. Riegler, nämlich im Vorjahr in diesem Haus, das heißt, genau vor zwei Jahren anlässlich der Budgetdebatte, als er gemeint hat im Zuge seiner Ausführungen als Regierungsmitglied und zuständiger Landesrat hier im Haus: „Das ist gar nicht polemisch, wenn ich sage, daß Staatssekretär Murer im Grunde ein armer Mensch ist, sich in einem Ressort durchschlagen zu müssen.“ Er hat dies sicherlich schon vor zwei Jahren erkannt, wie schwierig es ist, Agrarpolitik zu machen, und er hat es auch in seiner kurzen Tätigkeit als zuständiger Ressortchef im Bund bewiesen. Es ist sicherlich eine ganze Reihe von Dingen zu vermeiden und zu vernehmen, was in diesem Jahr geschehen ist. (Abg. Kanduth: „Unsere Bauern sind unserer Meinung!") Ich darf, Herr Kollege Kanduth, damit beginnen, nämlich ich gehe sogar so weit in dieser Ausführung vom Präsidenten Buchberger, daß ich sage, der Herr Minister Dipl.-Ing. Riegler tut was er kann. Das beweist er mir einerseits damit, daß er das Ministerium wesentlich erweitert hat, nämlich um fünf Gruppen, um sechs Abteilungen und um drei Referate. Das bedeutet, Herr Präsident Buchberger, in anderen Formulierungen, 20 neue Arbeitsplätze im Ministerium, die in Richtung FCG-ÖAAB gehen, und zwar, was mich bedrückt in dieser Frage, es geht auf Kosten unserer Bauern. (Abg. Buchberger: „Der Staatssekretär ist eingespart worden!") Weil die Verwendungszulagen für diese Posten, die neu geschaffen wurden, in diesem Jahr immerhin 1,2 Millionen Schilling Bauerngelder kosten. (Abg. Kanduth: „Ihr habt ja lange Zeit gehabt, mitzureden. Warum habt ihr das nicht gemacht?") Herr Kollege Kanduth, da gehe ich vielmehr konform mit meinem unmittelbaren Vorredner, mit dem Kollegen Schweighofer, der gemeint hat, die Maßnahmen Dipl.-Ing. Rieglers greifen. Und sie greifen wirklich, das darf ich jetzt bestätigen. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer, eine Erhöhung der Verwertungsbeiträge, eine bereits zweimalige Erhöhung der Milchabsatzförderungsbeiträge, eine Erhöhung der Selbstfinanzierung bei den ÖKO-Flächen und, und, und. Diese Maßnahmen greifen, aber sie greifen nur in die Taschen unserer Bauern.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf aber trotzdem, nachdem es sich um einen steirischen Landtag handelt, auf die steirische Situation ein bißchen eingehen. Der Grüne Bericht weist im heurigen Jahr eine Einkommenssteigerung auf. Die Kammerstatistiken und Prognosen, die in letzter Zeit in die Häuser geliefert wurden, sprechen auch davon. Es wäre zu früh zu sagen, daß es sich hier um Zahlen handelt, die an und für sich den Effekt nicht haben, die nicht spürbar sind. Trotzdem gibt es aber viele Bereiche der steirischen Landwirtschaft, wo das sicherlich nicht spürbar ist, denn dort haben wir im zu Ende gehenden Jahr gravierende Rückgänge gehabt. Ich darf nur beim Kollegen Schweighofer anschließen, nämlich bei der ganzen Marktsituation, am Einstellermarkt, es sind heuer Preisverluste zu beklagen, pro Kilo bis zu 5 Schilling. Das ist ein gravierender Einkommensver-

lust für unsere Bauern, und den wird man so schnell sicherlich auch mit verschiedenen Maßnahmen nicht wettmachen können. Und damit klappt ja die Kluft bei den Bauern zwischen Einkommen und den Verpflichtungen und Verbindlichkeiten, was sie haben, immer weiter auseinander. Umso kritischer sehe ich auch die Situation bei den Budgetansätzen für die Kammer, die sicherlich auch eine sehr wichtige Rolle spielt, vor allem, wenn sie ihre Funktion ausübt, die Beratertätigkeit, wohin die Landwirtschaft künftig gehen soll. Bedenklich stimmen mich aber die Ansätze, die wiederum eine dreistellige Millionensumme für Personal sind, bedenklieh deswegen, wir wissen alle, daß wir einen vehementen Rückgang an Bauern zu verzeichnen haben. So hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Betriebsanzahl der landwirtschaftlichen Betriebe österreichweit um gut 400.000 Betriebe reduziert. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, aber die hat sicherlich zugrunde, daß die Einkommenssituation unserer Bauern ja sehr schlecht ist, aber vor allem nicht der Zeit angepaßt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich gestehe durchaus – wie schon gesagt – meinen Vorrednern in vielen Bereichen das Bemühen einer gewissen ehrlichen Äußerung in diesen Fragen, das versuchte Bemühen einer Lösung zu. Nur, ich meine trotzdem, es wird nicht damit getan sein, indem daß man sich optisch solidarisiert, indem man sich akustisch solidarisiert, sondern man muß auch versuchen, unseren Bauern eine Richtung in die Zukunft zu zeigen, nämlich in Richtung Alternativen, denn die Marktsituation, Herr Präsident Buchberger, ist mir genauso bewußt wie dir. Ich verspüre es täglich auch selbst auf meinem Hof, was es heißt, ein Vieh oder eine Milch oder irgendwas zu verkaufen, wenn eine Überschußproduktion am Markt ist und wenn man die Absätze nicht hat. Das Problem sind sicher einerseits aber auch wieder die großen Agrarimporte. Die Agrarimporte haben in letzter Zeit das Ausmaß – und du hast ja selbst irgendwann einmal ausgeführt – bei weitem überschritten im Vergleich, was die Autoimporte anlangt, wo wir selbst in Österreich keine Autoindustrie haben und doch sehr wohl eine gut funktionierende und sehr tüchtige Landwirtschaft, so haben aber die Kosten der Landwirtschaftsimporte die Autoimporte bei weitem überschritten. Es gibt aber sicherlich einige Alternativen, die man in Zukunft überlegen sollte. Da war vor kurzem im Fernsehen eine sehr interessante Sendung über die Situation unserer Bauern, und dort wurde vom ökologischen Landbau geredet. Dort ist sehr deutlich aufgezeigt worden, daß nämlich eine ganze Reihe von Natur- und Öko-Produkten importiert werden. Es wurde von einer Größenordnung von 90 Prozent gesprochen, und ich glaube, diese Dinge sind es wert, daß wir sie uns näher ansehen, und diese Dinge sollte man versuchen, unseren Bauern näherzubringen. Ich würde wirklich allen Ernstes darum bitten, denn ich sehe darin einen Ansatz, wiederum Importe zu drosseln, aber vor allem einen Ansatz, unseren Bauern eine Überlebenschance zu geben. Einen weiteren Ansatz sehe ich auch darin, daß es einen Brief seitens der Steirischen Handelskammer an den zuständigen Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Der Brief stammt vom 9. November dieses Jahres, worin die Steirische Handelskammer an den Herrn Landesrat herantritt mit der Bitte und der Frage dieser Abfuhr von Tierkörpern.

Und zwar darf ich aus dem Brief die Frage zitieren: In der Handelskammer ist man im Begriff, einen Beschluß zu fassen, eine Gesellschaft zu gründen, die ablieferungspflichtige Gegenstände an die TKV bewerkstelligen soll und abführen will. Entscheidend in diesem Brief ist für mich nämlich: Die Gesellschaft würde die Einsammlung und Abfuhr von Gemeinden zu einem Tarif vornehmen, der um 10 Prozent unter dem Tarif liegt, den die Agrosserta im Gebührenantrag zugrunde gelegt hat. Darüber hinaus – ist jetzt nicht spezifisch für die Bauern, aber sicherlich auch für das Gewerbe interessant –: Die Abfuhr der ablieferungspflichtigen Gegenstände von Schlachthöfen, Fleischhauereien würde sogar zu einem Tarif erfolgen, der um 25 Prozent unter dem Tarif der Agrosserta liegt.

Ich würde Sie, Herr Landesrat, sehr höflich darum bitten, daß Sie mir in dieser Frage eine Antwort geben. Ich meine nämlich, auch in diesen Bereichen kann man Bauerngelder einsparen und vielleicht unseren Bergbauern und unseren steirischen Bauern wieder helfen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend zu den Fragen der Landwirtschaft eine kleine Statistik noch anzumerken, nämlich die Situation der steirischen Bauern nach den Zonen. Es muß uns bewußt sein, daß rund zwei Drittel unserer steirischen Bauern in den sogenannten schwierigsten Zonen unter schwierigsten Bedingungen ihr spärliches Einkommen sichern. Es sind genau 11.758 Bauern in der Zone III, die eine Bergbauernzone ist, und in der Zone IV, die eine reine Handarbeiterzone ist. 5928 Bauern befinden sich in der Zone II und 4542 in der Zone I. Was ich dazu sagen wollte: Mir ist es völlig bewußt, daß in der Zone I das Einkommen nicht größer sein muß als unter Umständen in der Zone IV. Nur meine ich auch – und das ist sicherlich der Sinn dieser Zonierung –, daß unter Umständen in den Zonen I und II die Bearbeitung auf Grund der Gunstlagen leichter ist. Es ist aber auch auf Grund der Zahlen bewiesen, daß zwei Drittel unserer Bauern wirklich unter schwersten Bedingungen leben. Und ich habe das Ersuchen an dieses Hohe Haus und speziell an unseren Landesrat, sich wirklich diesen schwierigen Problemen unserer Bauern ernstlich in der nahen Zukunft anzunehmen.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch: Sehr geschätzte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man die heutige Agrardebatte so verfolgt, darf ich eingangs doch eines feststellen, daß in der Bewußtseinsbildung doch etwas passiert ist, daß wir uns in verschiedenen Fragen einig sind, vor allem in der Frage, daß man heute auch von dieser Seite aus auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauern draufkommt und auf die Bedeutung des Bauern in der Gesellschaft überhaupt. Meine Damen und Herren, die letzten Budgetdebatten haben uns immer wieder gezeigt, daß es hier große Auseinandersetzungen gegeben hat, und diese waren vorwiegend von einem machtpolitischen Denken getragen, das eben die Bauern einfach nicht zur Kenntnis genommen haben.

Und, Herr Kollege Zellnig, ich kann dir bei Gott nicht beipflichten, wenn du sagst, es sei den Bauern nie so

gut gegangen, und der heutige Minister Dipl.-Ing. Riegler würde die sozialistische Agrarpolitik vollziehen. Hätte in den vergangenen Jahren und vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine Gesprächsbereitschaft Platz im Denken des damaligen Landwirtschaftsministers gehabt, dann hätten wir heute bei weitem nicht diese großen Schwierigkeiten. (Beifall bei der ÖVP.) Schon damals, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben wir auf die weltweite Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft hingewiesen, und wir haben auch darauf hingewiesen, wie notwendig eine Eigenversorgung ist, wie notwendig es aber auch ist, daß die Produktion auf die Entwicklung des Marktes abgestimmt wird. Leider ist das ungehört geblieben. (Abg. Weilharter: „Meinst du damit weniger Kammer und mehr Bauer?“)

Gerade, weil du, lieber Kollege Weilharter, hier auch die Kammer angesprochen hast und jetzt wiederum ansprichst, glaube ich, setze dich, bitte, auseinander, wie wertvoll diese Einrichtung war. Natürlich, in einer Zeit wie heute – und auf das wollte ich eigentlich noch zu sprechen kommen – kann man auf die Beratung nicht verzichten. Und ich war sehr oft auch in deinem Bezirk, weil du hier ein Beispiel erwähnt hast, und habe dort auch verspürt, wie wertvoll gerade im kleinbäuerlichen Bereich heute in den verschiedenen Fragen, mit denen der Bauer auch befaßt ist, diese Beratung ist und wie berechtigt sie auch ist. (Beifall bei der ÖVP.) Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Zellnig hat gemeint, Dipl.-Ing. Riegler vollzieht jetzt die Agrarpolitik seiner Vorminister. Und ein sehr flexibler und beweglicher Minister Ihrer Fraktion, der leider nur ein halbes oder ein Jahr im Amt sein konnte, hat nach meiner Ansicht – und das ist nicht nur meine, sondern die Ansicht der breiten Masse innerhalb der Bauernschaft – das Konzept Dipl.-Ing. Rieglers aufgenommen und hat im letzten halben Jahr schon eine vernünftigeren Agrarpolitik eingeleitet, als wir sie unter Haiden eben gehabt haben. (Abg. Erhart: „Es ist ohne weiteres möglich, daß er vielleicht in ein paar Jahren wieder Minister wird!“) Ja, ja, aber du hörst gleich noch ein bißchen mehr, Luis. Schauen Sie, meine Damen und Herren, die Schwierigkeiten, die Haiden gebracht hat, waren die, daß es nur um Belastungen der Bauern gegangen ist. Bei den Gesamtabsatzförderungen hat die öffentliche Hand von 1970 bis 1986 dreimal so viel ausgegeben, der Bauer aber hingegen sechzehnmal so viel. Und wenn es um die Einkommensvergleiche geht, dann, lieber Kollege Zellnig, gibt es nur bei den Schlachtstieren in der genannten Zeit 1970 bis 1986 minus 31,7 Prozent, bei den Schweinen minus 43,3 Prozent, bei der Milch – obwohl sich die Milch preislich noch am ehesten weiterentwickelt hat – minus 17,7 Prozent. So könnte man die Liste fortsetzen bis zu den Tafeläpfeln 60 Prozent, Freilandtomaten 53 Prozent und, und, und.

Und, meine Damen und Herren, die Einkommenspolitik war immer eine tragende Säule unserer Argumentation, und es hat hier auch sehr heftige Debatten gegeben, wo wir wirklich nicht gleich waren. Ich bin sehr froh darüber, daß man es in der Bauernschaft heute auch verspürt und daß es vor allem unserem Minister Dipl.-Ing. Riegler gelungen ist, in dem einen Jahr, das er bald im Amt ist, einen Optimismus und

eine Hoffnung in die Bauernschaft hineinzubringen. (Abg. Weilharter: „Voin Optimismus und von der Hoffnung können wir nicht leben!“) Lieber Kollege, er ist nur unter dieser Voraussetzung dieses Amt angegangen, und er bringt halt diesen Optimismus und Hoffnung, was der Forstmann als Landwirtschaftsminister und die Gehirnprothese als Staatssekretär, der die Bauern vertreten sollte, aber scheinbar in den letzten Jahren überhaupt nicht zur Wirkung gekommen ist, eben auch versäumt haben. Damit ist dein Vorgänger oder Kollege Murer gemeint, um es auch deutlich zu sagen. (Abg. Zellnig: „Herr Kollege Grillitsch, du sagst die Wahrheit!“) Die ganze Agrarpolitik, lieber Kamerad Zellnig, ist darauf ausgerichtet, die Dinge jetzt zu ordnen, zu koordinieren, in den Griff zu bekommen, damit dann die Mittel nicht nur aufgewendet werden müssen, um die Exportüberschüsse zu finanzieren, damit man die Mittel auch aufwenden kann, um das Einkommen der Bauern zu verbessern. Das war eine der Voraussetzungen Dipl.-Ing. Rieglers überhaupt, du wirst es noch im Kopf haben, daß er das Amt nur angegangen ist, wenn es eine Aufstockung der Budgetmittel für das Landwirtschaftsministerium gibt, das in den letzten 17 Jahren am stärksten von allen abgeräumt wurde. Ich würde überhaupt sagen, gerade die Landwirtschaft oder die Bauernschaft war das größte Opfer der Politik der letzten 17 Jahre. Und es war auch eine seiner Hauptforderungen, daß die Alt-schulden, die die Bauern zahlen sollten, nun von der Öffentlichkeit übernommen werden. (Abg. Zellnig: „Einen Satz noch, dann nichts mehr.“) Bitte, ich will dich nicht unterbrechen, wenn du gerne etwas sagst. (Abg. Zellnig: „Ich möchte wirklich um eine ehrliche Antwort bitten: Was würde passiert sein unter einem sozialistischen Landwirtschaftsminister, der diese notwendigen Maßnahmen durch Einkommensverluste in der Bauernschaft gemacht hätte?“) Es hat es ständig gemacht, bitte! Er hat es ständig gemacht, und wir sind im Gespräch, der Kollege Fuchs hat schon gesagt, und ich war selbst auch einige Male mit, und es wäre schön gewesen, wenn du mitgefahren wärest mit den obersteirischen Bauern. Der Minister war ja gar nicht gesprächsbereit. Den haben die Sorgen der Bauern gar nicht interessiert. Und ich habe es im Vorjahr schon gesagt, weil er andere Interessen vertreten hat hingegen jetzt, meine Damen und Herren, und ich habe das vor 14 Tagen im eigenen Bezirk erlebt, der Minister fährt hinaus, die Säle sind voll, überfüllt, es wird diskutiert, es wird niemand niedergedroschen, es werden die Probleme und die Ernstheit der Situation ausgesprochen, und das ist Demokratie und das ist Verständnis. Gerade die Bauern, meine Damen und Herren, sind eine Berufsgruppe (Abg. Günther Ofner: „Hoffen wir, daß es so bleibt!“), die von Haus aus immer bescheiden sind und immer bescheiden waren. (Abg. Kirner: „Wo ist wer ‚niedergedroschen‘ worden?“) Ich habe das selber erlebt, „Verschwindet raus“, hat es geheißen im Ministerium, oder der Generaldirektor Pichler, „Was wollen Sie überhaupt heute hier“, wurde er angesprochen, „was geht Sie das an“ und quasi „was wollt denn Ihr hier bei mir“, ich war selbst mit dabei, das war die Brutalität. Aber, meine Damen und Herren, wir kommen sicher nicht weiter, wenn wir über die Vergangenheit diskutieren. Sind wir froh darüber, daß sich die Dinge geändert haben, daß hier eine vernünftigeren Situation Platz gegriffen hat.